

Inhaltsverzeichnis

Pressekonferenz	4
Pressemitteilung	8
1 Entwicklungen im Extremismus 1996	12
1.1 Rechtsextremismus.....	12
1.1.1 Entwicklungstendenzen	12
1.1.2 Mitgliederzahlen.....	16
1.1.3 Bericht des Justizministeriums NRW	16
1.2 Linksextremismus und -terrorismus	17
1.2.1 Entwicklungstendenzen	17
1.2.2 Mitgliederzahlen.....	21
1.2.3 Bericht des Justizministeriums NRW	22
1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus.....	22
1.3.1 Entwicklungstendenzen	22
1.3.2 Mitgliederzahlen.....	25
1.4 Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten.....	26
1.4.1 Fremdenfeindliche Straftaten.....	26
1.4.2 Politisch motivierte Gewalttaten.....	30
1.5 Extremismus im Internet.....	32
1.6 Scientology Organisation - Eine Aufgabe für den Verfassungsschutz?	34
2 Rechtsextremismus	40
2.1 Rechtsextremistische Parteien.....	40
2.1.1 Die Republikaner (REP).....	40
2.1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	49
2.1.3 Deutsche Volksunion (DVU)	55
2.1.4 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH).....	59
2.2 Neonazismus	60
2.2.1 Neonazi-Szene ohne klare Strukturen	60
2.2.2 Verbotene Neonazi-Organisationen.....	68
2.2.3 Junge Nationaldemokraten (JN)	69
2.2.4 Sauerländer Aktionsfront (SAF).....	73
2.2.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	75
2.2.6 Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.....	76
2.2.7 Neonazistische Verlage und Versandgeschäfte	80
2.2.8 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands-und Aufbauorganisation (NSDAP/AO).....	81
2.3 Rechtsextremistische Skinheads	84
2.4 Revisionismus	91
2.4.1 Einzelpersonen	92

2.4.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP).....	95
2.4.3 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung.....	97
2.4.4 Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V. (VGP).....	98
2.4.5 Eigenverlag Burg.....	99
2.4.6 Unabhängige Nachrichten (UN).....	99
2.4.7 Grabert-Verlag.....	100
2.4.8 Arndt-Buchdienst.....	101
2.5 "Neue Rechte".....	102
2.5.1 Junge Freiheit (JF).....	103
2.5.2 Staatsbriefe.....	112
2.5.3 Deutsches Kolleg (DK).....	115
2.5.4 Europa Vorn, Europa Vorn spezial.....	118
2.5.5 Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik.....	121
2.5.6 Nation & Europa - Deutsche Monatshefte.....	123
2.5.7 Thule-Seminar - Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.....	126
2.5.8 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG).....	127
2.6 Moderne Kommunikationstechniken.....	128
3 Linksextremismus und -terrorismus.....	131
3.1 Linksextremismus.....	131
3.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	131
3.1.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD).....	139
3.1.3 Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Nordrhein- Westfalen (PDS NRW).....	141
3.1.4 Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP).....	148
3.1.5 Marxistische Gruppe (MG).....	150
3.1.6 Troztkistische Gruppierungen in NRW.....	151
3.1.7 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Köln.....	151
3.2 Militante Linksextremisten.....	154
3.2.1 Bundesweite Organisierung.....	155
3.2.2 Militante Aktionen.....	156
3.2.3 Autonome.....	161
3.2.4 Publikationen.....	163
3.2.5 Antimperialistischer Widerstand.....	166
3.2.6 Kurdistan-Solidarität deutscher Linksextremisten.....	171
3.3 Linksextremistischer Terrorismus.....	180
3.3.1 Rote Armee Fraktion (RAF).....	181
3.3.2 Revolutionäre Zellen (RZ)/Rote Zora.....	183
3.3.3 Antimperialistische Zelle (AIZ).....	183
3.4 Moderne Kommunikationstechniken.....	185

4 Ausländerextremismus und -terrorismus	188
4.1 Türken	188
4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB, KAPLAN-Verband).....	188
4.1.2 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG; früher AMGT) .	189
4.1.3 Deutsche Türkische Föderation (ATF) - Almanya Türk Federasyon - sog. "Graue Wölfe"; früher: Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	192
4.1.4 Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C) - verboten –	193
4.1.5 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten (TKP/ML)	194
4.1.6 Marxistische Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Kommunistische Partei - Aufbauorganisation (KP-IÖ)	195
4.1.7 Solidaritätsaktionen linksextremistischer türkischer Gruppierungen (DHKP-C, TKP/ML, MLKP).....	196
4.2 Kurden: Verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und unterstützende Organisationen.....	199
4.3 Algerier: Islamische Heilsfront (FIS), Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)	215
4.4 Libanesen: AMAL, Hizb-Allah.....	216
4.5 Palästinenser: HAMAS, PFLP, DFLP.....	217
4.6 Iraner.....	217
4.6.1 Anhänger der iranischen Regierung	217
4.6.2 Gegner der iranischen Regierung.....	218
4.7 Nordiren: Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA).....	218
4.8 Srilanker/Tamilen: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	219
4.9 Inder: International Sikh Youth Federation (ISYF).....	220
5 Spionageabwehr.....	221
6 Wirtschafts- und Geheimschutz.....	227
7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen.....	229
7.1 Gesetzliche Grundlagen.....	229
7.2 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal	230
7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes	231
7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes	232
7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung	233
7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	234
7.7 Verarbeitung personenbezogener Daten und erläuternder Texte	235
7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen.....	236
7.9 Kontrolle des Verfassungsschutzes	236
7.10 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit	238
8 Abkürzungsverzeichnis	244

Pressekonferenz

Im Rahmen einer Pressekonferenz (Pressemitteilung) stellte Innenminister Franz-Josef Kniola den NRW-Verfassungsschutzbericht 1996 am 12.05.1997 mit folgenden Worten vor:

Sehr geehrte Damen und Herren,

der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die rechtsextremistischen Gruppierungen weiter fest im Blick.

Seit dem letzten Jahr versuchen Rechtsextremisten verstärkt, aus der bedrückenden Arbeitslosigkeit und aus den Ängsten der Bürger um ihre soziale Sicherheit politisches Kapital zu schlagen. Den Bürgern wird vorgegaukelt, ohne Ausländer gäbe es alle diese Probleme nicht und der Euro sei nur ein Trick unserer europäischen Nachbarn, sich deutsche Werte anzueignen.

Nicht zuletzt die Republikaner schüren Ängste, um ihr altes Patentrezept feilzubieten: Ausländer raus! Ich halte die Republikaner derzeit für gefährlicher für unsere Demokratie, als die öffentliche Berichterstattung über diese Partei vermuten läßt. Die Rep's versuchen, sich in aller Stille über die 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen 1998 zu schleichen. Die Partei hat sich im Kern überhaupt nicht verändert. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schönhuber versucht der heutige Parteivorsitzende Schlierer, jede öffentliche Berichterstattung in den Medien zu vermeiden. Schlierer weiß: In den Medien werden die Rep's durchaus kritisch gesehen. Keine Berichterstattung ist daher aus seiner Sicht der einzige Weg, um eine öffentliche Auseinandersetzung über die politischen Ziele der Rep's zu vermeiden. Öffentlichkeit und demokratische Parteien müssen rechtzeitig dagegehalten. Die demokratischen Parteien müssen Hoffnung und klare Perspektiven vermitteln und vor allem die Wähler in den Regionen ansprechen, wo Arbeitslosigkeit, soziale Not und Zukunftsängste die Menschen bedrücken. Andernfalls könnte es für alle Demokraten am Wahltag ein böses Erwachen geben.

Bemerkenswert ist der Versuch der NPD, seit 1996 aus ihrer politischen Nische auszubrechen. Bereits vor einigen Jahren erklärte ein führender Neonazi: "Die NPD ist wie eine Untote, sie kann nicht sterben". Seit dem Wechsel im Parteivorsitz ist neues Leben in der NPD. Sie zeigt sich aktionistisch und offen für Neonazis und andere heimatlose Rechtsextremisten. Faktisch kommt es zu einer Polarisierung der rechtsextremistischen Parteien zwischen REP und NPD.

Sorge bereitet mir vor allem die Entwicklung der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" zur wichtigsten Neonazi-Gruppierung. Dieser Kurs ist mit der NPD-Führung abgestimmt. Die gemeinsame Rudolf-Heß-Kundgebung von JN und Neonazis im August 1996 war dafür ein klares Signal. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das: Die JN wird zahlenmäßig stärker durch Zulauf von unorganisierten Neonazis aus verschiedenen örtlichen Cliquen.

Die Bedrohungslage ändert sich dadurch kaum. JN und Neonazis zusammen können wie bisher bis zu 150 Personen für bundesweite Aktionen mobilisieren. Politische Bedeutungslosigkeit will man durch inszenierte Medienereignisse überspielen. Die Neonazis sind insgesamt in NRW schwächer, aber auch unberechen-

barer geworden. Die staatlichen Verbotsmaßnahmen und die intensive Beobachtung haben die Szene aggressiver und feindseliger gemacht.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat als erster die Wochenzeitung "Junge Freiheit" systematisch ausgewertet und die Ergebnisse öffentlich gemacht. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat die Klage der "Jungen Freiheit" im Februar 1997 im vollen Umfang abgewiesen. Dieses Urteil hat Fakten für die anderen Verfassungsschutzbehörden geschaffen. Auch im vorliegenden Bericht wird wieder über die "Junge Freiheit" berichtet. Ich halte die inhaltliche Auseinandersetzung mit den intellektualisierten Formen des Rechtsextremismus für außerordentlich wichtig. Der NRW-Verfassungsschutz wird dabei auch in Zukunft seine Beiträge leisten.

Auf der Linken gibt es im Augenblick keine aktive terroristische Gruppierung.

Die AIZ hatte 1994 und 1995 sechs Sprengstoffanschläge verübt, unter anderem gegen die Bundestagsabgeordneten Blank und Breuer. Mit der Festnahme von zwei mutmaßlichen Haupttätern im Februar 1996 wurde ein geplanter Sprengstoffanschlag gegen MdB Freimut Duve vereitelt.

Ich berichte heute erstmals der Öffentlichkeit, daß die erfolgreiche Bekämpfung der AIZ im wesentlichen auf einer gelungenen Zusammenarbeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit dem Bundeskriminalamt beruhte. Die beiden mutmaßlichen Haupttäter, die inzwischen vor dem OLG Düsseldorf angeklagt sind, waren seit 1993 im Visier des NRW-Verfassungsschutzes. Wir haben der Bundesanwaltschaft personenbezogene Hinweise und Informationen über das politische und persönliche Umfeld der Angeklagten übermittelt. Nach Übernahme der Ermittlungen haben wir das BKA umfassend unterstützt. Auf Wunsch steht dem OLG ein Beamter der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums als Zeuge zur Verfügung.

Die RAF-Kommandoebene wird nach ihren öffentlichen Erklärungen vom Dezember 1996 nicht zu ihrer Konzeption des bewaffneten Kampfes zurückkehren. Allerdings habe ich die Sorge, daß sich aus dem früheren terroristischen Umfeld neue terroristische Gruppierungen bilden könnten. So gibt es in einer Gruppierung, die sich bundesweit auf drei Städte verteilt, eine intensive Diskussion über revolutionäre Gewalt und bewaffneten Kampf. Wir verfolgen diesen Prozeß sehr aufmerksam. Ich hoffe, daß diese jungen Menschen bald zur Vernunft kommen und die Grenze zur Gewalt nicht überschreiten.

Eine weitere Gefahr könnte sich aus einer kleinen Gruppe deutscher Linksextremisten entwickeln, die in Kurdistan für die PKK gekämpft haben und kämpfen. Diese sogenannten Kurdistan-Brigadisten haben ein klares Feindbild von unserer Gesellschaft, ideologischen Fanatismus und militärisches Know-how. Dies macht mir Sorge. Wir haben zwei Briefe eines deutschen Kurdistan-Brigadisten in Auszügen im Bericht veröffentlicht, um die Gedankenwelt dieser Personen anschaulich zu machen.

Im autonomen Spektrum gab es 1996 eine relativ geringe Mobilisierung für überörtliche Aktionen. Nur kleinere Gruppen aus NRW beteiligten sich an den militanten Aktionen gegen die Castor-Transporte nach Gorleben. Ich habe allerdings die Sorge, daß sich eine verstärkte Mobilisierung bei den NRW-Autonomem für Aktio-

nen gegen das Brennelement-Zwischenlager in Ahaus entwickeln könnte. Schon jetzt versuchen militante Gruppen, die bisher friedliche Protestbewegung zu beeinflussen.

Bei der PDS beschränke ich mich bewußt auf eine Einschätzung der Partei in Nordrhein-Westfalen. Der NRW-Landesverband ist nach wie vor ein Sammelbecken für Linksextremisten. Seit einem Jahr ist auch in NRW eine "Kommunistische Plattform" aktiv, die Arbeitsgemeinschaft des "Bundes Westdeutscher Kommunisten" hat sich vor kurzem in "Kommunistisches Forum" umbenannt. Diese Arbeitsgemeinschaften haben personell im Landesverband einen starken Rückhalt. Auf Kreisebene gibt es teilweise eine enge Zusammenarbeit mit der DKP und autonomen Gruppierungen. Wichtig ist für mich: Die PDS in Nordrhein-Westfalen ist nicht identisch mit der PDS, über die bundesweit in den Medien berichtet wird.

Im Ausländerextremismus war die politisch bedeutendste Veränderung der Kurswechsel des PKK-Führers ÖCALAN gegenüber Deutschland. Nach Drohreden und gewalttätigen Ausschreitungen in Bonn und Dortmund im März 1996 hat die PKK inzwischen ihren Respekt vor der deutschen Rechtsordnung bekundet. Das ist inzwischen die längste Phase ohne größere Gewaltaktionen. Ich kann nur hoffen, daß dieser Kurs anhält, trotz interner Widerstände von Hardlinern. In dieser Stillhaltephase haben inzwischen mehrere Großkundgebungen stattgefunden, zuletzt am 26. April hier in Düsseldorf, die allesamt friedlich verlaufen sind. Ich bin sicher, daß diese Demonstrationen dem berechtigten Streben der Kurden nach Frieden und mehr Selbstbestimmung in ihren Heimatländern mehr gedient haben als alle gewalttätigen Aktionen vorher.

Natürlich sind auch in NRW islamisch-extremistische Gruppierungen aktiv und versuchen, mit den verschiedensten Angeboten neue Mitglieder zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für die islamische Gemeinschaft "Milli Görüs", die enge Beziehungen zur türkischen Refah-Partei unterhält. Ich warne aber davor, die Bedeutung der Islamisten in Deutschland zu überschätzen. Nur eine verschwindend kleine Minderheit gehört islamistischen Gruppen an.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat 1996 intensiv die Nutzung des Internets durch deutsche und ausländische Extremisten von links und rechts beobachtet. Inzwischen wird diese elektronische Propaganda genauso für politische Analysen ausgewertet wie herkömmliches Schriftgut. Eine neue Qualität der Bedrohung unserer Demokratie sehe ich darin nicht. In der ungeheuren Datenfülle des Internet machen extremistische Angebote nur einen sehr geringen Teil aus. Die Nutzung neuer Medien verschafft noch keine zusätzliche Überzeugungskraft. Bemerkenswert sind allerdings die Möglichkeiten der informationellen Vernetzung von Extremisten untereinander. Natürlich werden auch strafbare Inhalte von Extremisten ins Internet eingespeist, allerdings in aller Regel von ausländischen Rechnern, wo sie sich der deutschen Strafverfolgung leicht entziehen können. Wir haben als Neuerung im Verfassungsschutzbericht bei allen Gruppierungen vermerkt, ob und seit wann sie im Internet erreichbar sind.

Ich sehe einen großen Informationsbedarf der Öffentlichkeit über die Scientology-Organisation (SC). Das von mir in Auftrag gegebene Gutachten über den extremistischen Charakter von SC ist inzwischen in einer Auflage von über 50.000 Exemplaren verteilt worden. Eine endgültige bundesweite Entscheidung über die Be-

obachtung durch den Verfassungsschutz ist noch nicht getroffen. Die Innenministerkonferenz wird im Juni über den Vorschlag einer Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden beraten. Die öffentlichen Kampagnen von SC in den vergangenen Monaten haben mich in meiner bisherigen Auffassung bestärkt: Ich trete weiterhin für eine gemeinsame bundesweite Beobachtung von SC durch alle Verfassungsschutzbehörden ein.

Abschließend noch einige Bemerkungen in eigener Sache über den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz: Erstmals wird in dem vorliegenden Bericht über den zahlenmäßigen Umfang von Abhörmaßnahmen nach dem G-10-Gesetz berichtet. Die Zahl dieser Maßnahmen lag in den vergangenen Jahren unter 10 pro Jahr. Es handelt sich also um ein Mittel, das bewußt sehr zurückhaltend eingesetzt wird.

Erstmals wird in dem Bericht auch die Organisationsstruktur der Verfassungsschutzabteilung im Innenministerium veröffentlicht. Auch dies soll ein Signal für mehr Transparenz und Offenheit sein.

Pressemitteilung

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

12.05.1997 Pressemitteilung:

Kniola: Republikaner gefährden weiterhin Demokratie - Neonazis in NRW schwächer, aber aggressiver und unberechenbar - NRW-Verfassungsschutz war AIZ früh auf der Spur

Düsseldorf, den 12.05.1997 Rechtsextremisten schüren seit 1996 verstärkt Ängste vor Arbeitslosigkeit, sozialer Deklassierung und der Währungsumstellung von Mark auf Euro, um so für ihre fremdenfeindlichen Ziele Stimmung zu machen. Innenminister Franz-Josef Kniola erklärte bei der Vorstellung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichts 1996 in Düsseldorf, daß sich die Republikaner (REP) in aller Stille auf die Bundestagswahl 1998 vorbereiten. Ihr Ziel sei es, diesmal die 5-Prozent-Grenze zu überspringen.

Der jetzige REP-Parteivorsitzende Schlierer verfolge im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schönhuber die Strategie, ohne Skandale und mit möglichst wenig Angriffsflächen seine Partei als Alternative für die Wähler anzubieten, die vom sozialen Abstieg betroffen sind. "Die Republikaner propagieren nach wie vor Fremdenfeindlichkeit in der Attitüde des Biedermanns", betonte Innenminister Kniola. Er warnte davor, sie zu unterschätzen: "Die REP sind weiterhin gefährlich für unsere Demokratie, auch wenn sie derzeit öffentlich kaum in Erscheinung treten." Kniola rief zur Wachsamkeit auf, sonst "könnte es am Wahltag ein böses Erwachen geben". Im Gegensatz zu den REP suche die oft totgesagte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verstärkt die Öffentlichkeit. Seit dem Wechsel des Parteivorsitzenden im Frühjahr 1996 zeige sich die NPD aktionistischer, kämpferischer und offen für Neonazis. Kennzeichnend für die neue Politik nannte Kniola die NPD-Demonstrationen in München am 1. März 1997 zur Ausstellung der Verbrechen der Wehrmacht und den fehlgeschlagenen Versuch einer Kundgebung in Leipzig am 1. Mai 1997. Eine führende Rolle hat die NPD bei den Internet-Angeboten deutscher Rechtsextremisten. Der Innenminister schloß nicht aus, daß die NPD bei der Bundestagswahl in Konkurrenz zu den REP antreten werde. Klar zeichne sich jedoch ab, daß es kein Wahlbündnis von Rechtsextremisten aus verschiedenen Parteien geben werde.

In der Neonazi-Szene ist nach Innenminister Kniola ein Zusammenwachsen von Neonazis und der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zu beobachten. Regional komme es teilweise zu einer Zusammenarbeit, teilweise zu einer Unterwanderung der JN durch Neonazis. Beispielsweise werde das sogenannte "Nationale Info-Telefon" in Düsseldorf, das eine wichtige Informationsfunktion im Neonazi-Lager habe, von einem JN-Aktivisten betrieben, der früher der inzwischen verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP) angehört habe.

Kniola stellte heraus, daß die Neonazi-Szene in NRW insgesamt schwächer geworden sei, obwohl die JN 1996 ihre Mitgliederzahl auf 80 verdoppeln konnten und damit die stärkste neonazistische Gruppierung in NRW sind. Die Neonazi-Szene sei wenig strukturiert, es gebe in NRW keine autonomen Kameradschaften.

Die Aktivitäten würden von weniger als 10 Führungsfiguren gesteuert. Die Neonazi-Szene könne in Nordrhein-Westfalen etwa 150 Personen bei bundesweiten Aktionen wie dem Heiß-Gedenkmarsch mobilisieren. Kniola warnte: "Die Neonazi-Szene ist zwar schwächer, aber auch aggressiver und unberechenbar geworden." In Einzelfällen könnten Gewalttaten nicht ausgeschlossen werden. Der Innenminister betonte, daß Verfassungsschutz und Polizei alles unternehmen werden, um die im August 1997 zu erwartenden Neonazi-Aktivitäten anläßlich des 10. Heiß-Todestages zu unterbinden.

Bestätigt sieht sich Innenminister Kniola durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf hinsichtlich der Einschätzung der Wochenzeitung "Junge Freiheit": "Das Gericht hat meine Auffassung geteilt, daß es bei der JF Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gibt." Damit seien auch für die anderen Verfassungsschutzbehörden Fakten geschaffen worden. Seit 1994 hatte der NRW-Verfassungsschutz als erste und bislang einzige Verfassungsschutzbehörde die der "Neuen Rechten" zugeordnete Wochenzeitung ausgewertet und darüber berichtet. Kniola erklärte, daß der "intellektualisierte" Rechtsextremismus auch zukünftig einer der Arbeitsschwerpunkte des NRW-Verfassungsschutzes sein werde.

Antiiperialistische Zelle "stillgelegt"?

Die größte von linksextremistischen Terroristen verursachte Gefahr ging in den letzten Jahren von der Antiiperialistischen Zelle (AIZ) aus. Die AIZ hat seit 1993 mehrere Sprengstoffanschläge unter anderem gegen Bundestagsabgeordnete gerichtet. Im Februar 1996 wurden zwei mutmaßliche AIZ-Mitglieder festgenommen. Seitdem gab es keine weiteren Anschläge mehr. Ein konkret vorbereiteter Anschlag auf einen SPD-Bundestagsabgeordneten konnte verhindert werden. Im April 1997 hat der Generalbundesanwalt Anklage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Innenminister Kniola hob hervor, daß die AIZ-Struktur im wesentlichen durch die Zusammenarbeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit dem Bundeskriminalamt (BKA) erkannt und erfolgreich bekämpft worden ist. Der NRW-Verfassungsschutz habe die beiden Angeklagten sowie ihr politisches und persönliches Umfeld seit 1993 beobachtet und seine Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft übermittelt. Das BKA sei nach Übernahme der Ermittlungen umfassend unterstützt worden.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) habe sich zwar im Dezember 1996 mit drei Erklärungen zu Wort gemeldet, sei aber derzeit weder handlungswillig noch handlungsfähig, so Kniola. Allerdings sei zu befürchten, daß aus dem sogenannten antiimperialistischen Widerstand neue terroristische Gruppierungen entstehen könnten. Die - zum Teil noch sehr jungen - Mitglieder des antiimperialistischen Widerstandes diskutierten intensiv Konzepte des bewaffneten Kampfes in der Tradition der RAF.

Eine weitere Sorge Kniolas betrifft deutsche Linksextremisten, die in Kurdistan für die Kurdische Arbeiterpartei PKK gekämpft haben oder noch kämpfen. Erstmals lägen nun Beweise vor, nämlich Briefe eines deutschen Kurdistan-Brigadisten an seine deutschen Genossen in der Bundesrepublik. Kniola erklärte: "Diese sehr kleinen Gruppierungen könnten versuchen, ihre Erfahrungen auch für einen bewaffneten Kampf in Deutschland zu nutzen."

Haupttätigkeitsfelder für militante Linksextremisten und Autonome waren 1996 die Castor-Transporte und die alljährliche Demonstration vor der Abschiebehaftanstalt Büren. Im Zusammenhang mit dem Brennelement-Zwischenlager im westfälischen Ahaus zeichne sich eine neue Lage ab. Militante Linksextremisten versuchten, die bisher friedliche Protestbewegung zu beeinflussen. Zu Aktionen in Ahaus werde inzwischen bundesweit in der militanten Szene aufgerufen.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in Nordrhein- Westfalen ist weiterhin auch ein "Sammelbecken für Linksextremisten", so Innenminister Kniola. Dazu gehören Mitglieder der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), ehemalige DKP-Mitglieder und DKP-Mitglieder mit Doppelmitgliedschaft sowie BWK-Mitglieder. Die PDS habe ihre Mitgliederzahl allerdings nur auf knapp 600 steigern können. Seit einem Jahr gebe es auch in der PDS-NRW eine "Kommunistische Plattform". Vor einem Monat habe sich die "Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)" in "Kommunistisches Forum" umbenannt.

Am 26. April 1997 veranstalteten Kurden in Düsseldorf eine Demonstration, deren friedlicher Verlauf gezeigt habe, daß die Entscheidung der zuständigen Polizeibehörde richtig war, die Veranstaltung nicht zu verbieten. Kniola: "Ich bin sicher, daß dem berechtigten Streben der Kurden nach Frieden und mehr Selbstbestimmung in ihren Heimatländern diese Demonstration besser gedient hat als alle gewalttätigen Aktionen vorher." Der Innenminister warnte jedoch davor, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu verharmlosen. Nach wie vor sei die PKK die bedeutendste Gruppierung extremistischer Ausländer in NRW. Nach den gewalttätigen Demonstrationen im März 1996 habe die PKK ihre Taktik geändert und erklärt, sie wolle zukünftig die deutsche Rechtsordnung respektieren. Dieser neue Kurs des PKK- Führers Öcalan sei innerhalb der PKK nicht unumstritten, werde aber bislang durchgehalten.

Die islamisch-extremistischen Gruppierungen nutzten soziale Probleme, Arbeitslosigkeit und fehlende berufliche Perspektiven von Jugendlichen, um mit sozialen Hilfestellungen, Freizeitangeboten und der Schaffung von Gebets- und Versammlungsräumen neue Mitglieder zu gewinnen und so Foren für die Verbreitung religiös verbrämter Ideologien zu schaffen. Besonders aktiv sei die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs" (IGMG), die enge Beziehungen zur türkischen Refah-Partei unterhalte. Diese habe ihre Anhänger in den letzten Wochen mehrfach gegen die Bundesrepublik aufgehetzt. Allerdings betonte Kniola, daß die weit überwiegende Zahl der hier lebenden Muslime keiner der im Verfassungsschutzbericht genannten islamistischen Organisationen angehöre. "Ich warne davor, die Bedeutung der Islamisten in Deutschland zu überschätzen." Weniger als zwei Prozent der bei uns lebenden Muslime verfolgten das Ziel, religiös-nationalistisches Verhalten über grundlegende Verfassungsprinzipien zu stellen.

Aktivitäten im Internet:

Intensiv habe der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seit 1996 die schnell zunehmende Nutzung des Internet durch Extremisten beobachtet. Bereits im August 1996 hatte der NRW- Verfassungsschutz den Bericht "Extremismus in Datennetzen" für den Landtag Nordrhein-Westfalen erstellt. Bemerkenswert sei, so Kniola, daß strafbare Internet-Veröffentlichungen von Rechtsextremisten grundsätzlich vom Ausland aus erfolgten.

Einen großen Informationsbedarf gebe es in der Öffentlichkeit über die Scientology-Organisation (SC). Dies zeige die große Nachfrage nach einem Gutachten von Professor Jaschke im Auftrag des Innenministeriums, das im Januar 1996 (Auflage 60 000) erschienen ist und von dem bisher über 50 000 Exemplare verteilt worden seien. Eine endgültige Entscheidung über die Beobachtung von SC durch die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sei noch nicht getroffen. Kniola: "Ich trete weiterhin für eine gemeinsame, bundesweite Beobachtung von SC durch die Verfassungsschutzbehörden ein." Eine Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden habe einen Vorschlag erarbeitet, über den die Innenministerkonferenz am 5./6. Juni 1997 beraten werde.

Erstmals wird im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht die Zahl der Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis veröffentlicht. Innenminister Kniola berichtete, daß die Zahl dieser vom Landtag kontrollierten Überwachungen seit geraumer Zeit unter 10 pro Jahr liegt. Der Verfassungsschutz setze dieses nachrichtendienstliche Mittel sehr zurückhaltend ein. Dazu Kniola: "Der Umfang der Abhörmaßnahmen des Verfassungsschutzes wird meistens überschätzt."

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht 1996 ist im Internet abrufbar unter:

<http://www.verfassungsschutz.nrw.de>

1 Entwicklungen im Extremismus 1996

Eine Besonderheit des Jahres 1996 war die sprunghaft zunehmende Nutzung des Internet als ein neues Medium für die Propaganda von deutschen und ausländischen Extremisten. Dieser Trend ist bisher ungebrochen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat sich technisch, organisatorisch und analytisch auf die neue Entwicklung eingestellt. Elektronisch verbreitete Propaganda wird ebenso ausgewertet wie herkömmliches Schriftgut.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seit November 1996 mit einer eigenen Homepage im Internet erreichbar (siehe Nr. 7.10)

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Entwicklungstendenzen

Im Laufe des Jahres 1996 wurden die folgenden wesentlichen Entwicklungen im Rechtsextremismus erkennbar:

- Das Potential der rechtsextremistischen Parteien konzentriert sich zunehmend auf "Die Republikaner" (REP) und die NPD, die sich immer mehr für Neonazis öffnet.
- Die REP haben sich unter ihrem Parteivorsitzenden Schlierer stabilisiert und formieren sich - möglichst unter Vermeidung von Skandalen - organisatorisch, politisch und finanziell für die Bundestagswahl 1998.
- Die NPD zeigt sich unter ihren neuen Parteivorsitzenden Voigt aktionistisch und systemfeindlich; sie billigt die Umwandlung ihrer Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) in eine ideologisch neonazistische Gruppierung.
- Die Neonazi-Szene ist seit den Organisationsverboten weitgehend strukturlos, allerdings personell vernetzt und unberechenbarer denn je.
- Bei der "Neuen Rechten" sind unterschiedliche Tendenzen erkennbar: Ein Teil der Publikationen und Zirkel äußert sich offen extremistisch, ein anderer Teil, wie z.B. die Wochenzeitschrift "Junge Freiheit" (JF), versucht, die Grenzen zwischen Extremismus und Konservatismus zu verwischen.

"Republikaner" formieren sich zur Bundestagswahl 1998

Mit dem Wiedereinzug der REP in den baden-württembergischen Landtag war der Abwärtstrend der REP gestoppt und der Parteivorsitzende Schlierer gestärkt. Schlierer hält mit einer Mehrheit des Bundesvorstands an einem strikten Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Gruppierungen fest. Er will sich offenkundig von der Strategie seines Vorgängers Schönhuber abheben und versucht, die REP für Protestwähler aus dem Potential demokratischer Parteien wählbar zu machen. Schlierer vertraut darauf, daß eine von den Medien wenig beachtete und von Skandalen unbelastete Partei mehr Stimmen auf sich ziehen kann.



Politisch behalten die REP ihre ausländerfeindliche Grundhaltung bei: Für innenpolitische Probleme werden direkt oder indirekt die Ausländer verantwortlich gemacht.

Im Laufe des Jahres 1996 intensivierten die REP ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die Parteizeitung "Der Republikaner" erschien - nicht zuletzt wegen der konsolidierten Finanzlage - wieder regelmäßig. In NRW wurden eine Werbezeitung sowie Flugblätter in relativ hoher Auflage verteilt. Der Mitgliederstand hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Innerhalb des NRW-Landesverbandes gab es wie in früheren Jahren Querelen und Uneinigkeit. Die Landesvorsitzende und eine Mehrheit im Landesvorstand setzen auf den Schlierer-Kurs. Dagegen gibt es parteiinterne Widerstände.

Trotz interner Spannungen bleiben die REP die derzeit bedeutendste rechtsextremistische Partei.

Neues Leben in der NPD - Öffnung für Neonazis

Die NPD versucht, sich unter dem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt als aktionistische und bündnisoffene rechtsextremistische Partei zu profilieren. Voigt hatte am 23. März 1996 die Nachfolge des inhaftierten Günter Deckert angetreten, der die Energien der NPD vornehmlich auf seine Kampagnen zur Leugnung des Holocausts konzentriert hatte. Unter Voigt öffnete sich die NPD für Neonazis aus den verbotenen Organisationen, die sich insbesondere bei ihrer Jugendorganisation, den "Jungen Nationaldemokraten" (JN), sammeln. Die NPD selbst unterstützte Neonazis und JN bei den Vorbereitungen zum Rudolf-Heß-Aufmarsch in Worms im August 1996. Politisch vertritt die NPD eine aggressive Gegnerschaft zur Verfassung. In verschiedenen Publikationen verbreitet sie einen pointierten Antisemi-

tismus. Letztlich versucht die NPD alle Rechtsextremisten zu sammeln, die sich selbst rechts von den REP einordnen.

Die 1995 auf Initiative der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) in NRW begonnenen "Runden Tische" wurden im ersten Halbjahr 1996 von der NPD fortgeführt und schiefen danach ein. Trotz aller beschworenen Gemeinsamkeiten fehlt es der NPD an Bündnispartnern: Die REP verweigern sich, die DVU hat eigene, vornehmlich wirtschaftliche Interessen, und die DLVH scheint politisch am Ende zu sein.

Neonazi-Szene und "Junge Nationaldemokraten"

Die traditionelle Neonazi-Szene hat seit den Organisationsverboten keine erkennbaren Strukturen entwickelt. Eine enge bundesweite Vernetzung beruht auf den persönlichen Beziehungen der führenden Aktivisten, die sich moderner Techniken bedienen. Neonazis organisierten 1996 mehrere bundesweite Aktionen, insbesondere der Aufmarsch zum Gedenken an Rudolf Heß in Worms im August 1996 wurde monatelang konspirativ geplant.



Worms: JN beteiligten sich am Haß-Gedenkmarsch im August 1996

Neu sind die enge Zusammenarbeit, die gemeinsame Planung und Durchführung von Aktionen mit den "Jungen Nationaldemokraten" (JN). Die JN haben sich in eine Kaderpartei mit nationalrevolutionärem Anspruch umgewandelt und vertreten ideologische Positionen, die von denen der traditionellen Neonazis kaum zu unterscheiden sind. Etliche Neonazis aus verbotenen Organisationen sind inzwischen Mitglieder bei den JN. Trotz dieser neonazistischen Ausrichtung werden die JN überwiegend noch von NPD-orientierten Funktionären geprägt. Faktisch sind die JN inzwischen die größte neonazistische Gruppierung. Das Nationale Infotelefon Rheinland (NIT) wird von einem JN-Mitglied betrieben, das früher der verbotenen FAP angehörte.

In Nordrhein-Westfalen übten Aktivisten der Sauerländer Aktionsfront (SAF) maßgeblichen Einfluß auf die Neonazi-Szene aus und setzten ihre Kooperation mit niederländischen Neonazis fort.

Insgesamt sind die Organisationskraft und Mobilisierungsfähigkeit der Neonazis - auch unter Berücksichtigung der JN - in NRW geringer geworden. Allerdings ist die Neonazi-Szene unberechenbarer denn je.

Seit April 1996 geben Neonazi-Funktionäre die bisherige "Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung" bundesweit mit insgesamt fünf Regionalausgaben heraus, darunter in NRW die "Westdeutsche Volkszeitung" (WVZ). Die Zeitungen sind erst bei näherer Durchsicht als Organe der Neonazi-Szene zu erkennen. In den Vordergrund werden aktuelle soziale Fragen gestellt, in der Hoffnung, damit mehr Interessenten gewinnen zu können. Bis zum Jahresende 1996 erschienen vier professionell aufgemachte Ausgaben der WVZ.

Teile der "Neuen Rechten" in offener Gegnerschaft zur Demokratie

Vertreter der "Neuen Rechten" versuchten auch 1996 entsprechend ihrer Strategie, publizistischen Einfluß auszuüben, um das politische Koordinatensystem in den Medien nach rechts zu verschieben.

Etliche Publikationen, teilweise auf recht anspruchsvollem Niveau, produzieren Gedankengut der "Neuen Rechten" in offener Gegnerschaft zur Demokratie westlicher Prägung. Teilweise wird ein autoritärer Staat unter der Führung geistiger Eliten, teilweise eine Wiederbelebung des Staufer-Reiches gefordert. Letztlich gehen alle Denkmodelle von Gesellschaften und Staatsgebilden aus, in denen sich das Individuum den völkisch definierten nationalen Interessen unterordnen muß. Typisch für diese offen extremistischen Teile der "Neuen Rechten" sind die monatlich erscheinenden "Staatsbriefe" und das sogenannte "Deutsche Kolleg" mit seiner Ideologie des *"Revolutionären Nationalismus"*. Ebenfalls als offen extremistisch sind die Zeitschriften "Sleipnir" und "Europa Vorn" einzuordnen. Das sogenannte Thule-Seminar in Kassel bezieht sich ausdrücklich auf die Ideen der französischen "Nouvelle Droite".

Auch in der bereits älteren rechtsextremistischen Publikation "Nation & Europa" finden sich inzwischen Beiträge einzelner Protagonisten der "Neuen Rechten". Die Beiträge haben teilweise einen fremdenfeindlichen oder auch revisionistischen Inhalt. Um "Nation & Europa" sammeln sich versprengte "Republikaner", Reste der DLVH und andere in dem vergeblichen Bemühen, das rechtsextremistische Lager zu einen. Dafür stehen Namen wie z.B. Schönhuber, Neubauer und der frühere Bundestagsabgeordnete Mechtersheimer.

Gericht bestätigt Anhaltspunkte für Extremismus bei der "Jungen Freiheit"

Die "Junge Freiheit" (JF) publizierte wie zuvor rechtsextremistische Autoren und Ideen, verbrämt mit Beiträgen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Trennung der JF von ihren Leserkreisen im Juni 1996 hatte zwei Elemente: Zum einen hatten etliche dieser "Konservativen Gesprächskreise" unzweifelhaft extremistische Aktivitäten entfaltet, zum anderen wollte die JF ihre bevorstehende Klage gegen das Innenministerium Nordrhein-Westfalen wegen des Verfassungsschutzberichts 1995 nicht mit den Leserkreisen belasten.

Mit Urteil vom 14. Februar 1997 wies das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Klage der JF gegen die Berichterstattung in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten 1994 und 1995 in allen Punkten zurück. Das Gericht stellte fest,

daß bei der JF Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen und die JF im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden darf. Das Gericht bestätigte, daß Positionen der "Konservativen Revolution" antidemokratisch seien. Die JF beruft sich regelmäßig auf die Denkschule der "Konservativen Revolution" aus der Weimarer Zeit und auf Theorien italienischer Faschisten.

Es handelt sich um das erste Urteil gegen eine Publikation der "Neuen Rechten", die sich bemüht, extremistisches Gedankengut als "*national-konservativ*" zu verschleiern. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz war bisher die einzige Behörde, die die JF systematisch ausgewertet und darüber berichtet hatte.

1.1.2 Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahl der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen (einschließlich rechtsextremistischer Skinheads) betrug Ende 1996 in Nordrhein-Westfalen ca. 5.500 (1995: 6.300). Sie verringerte sich gegenüber 1995 im wesentlichen durch Karteibereinigungen bei der DVU. Bei den traditionellen Neonazis treten Überschneidungen mit "Militanten Rechtsextremisten" und den "Sonstigen" auf, die durch Abzug von Doppelmitgliedschaften berücksichtigt werden.

Tabelle: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen im Rechtsextremismus (einschl. rechtsextremistischer Skinheads) in NRW 1996 und 1995

Organisationen, Gruppierungen	1996	1995
DVU (einschl. DVU e.V. und "Aktionsgemeinschaften")	2.300	3.000
DLVH	1.700	1.700
NPD	600	600
JN	80	40
Neonazis	160	180
Militante Rechtsextremisten (einschließlich rechtsextremistischer Skinheads)	400	400
Sonstige	300	250
Doppelmitgliedschaften	-210	-190
SUMME	5.470	6.300

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

1.1.3 Bericht des Justizministeriums NRW

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1996 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

Wegen rechtsextremistischer Aktivitäten sind bei den Staatsanwaltschaften des Landes NRW im Jahre 1996 insgesamt 2.364 (2.082) einschlägige Verfahren neu

anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 260 (284) Verfahren gegen 380 (401) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 220 (260) Personen, 19 (25) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 119 (137) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.2 Linksextremismus und -terrorismus

1.2.1 Entwicklungstendenzen

Folgende Entwicklungen waren im Jahre 1996 kennzeichnend für den Linksextremismus und -terrorismus:

- Die DKP stabilisierte sich weiter auf niedrigem Niveau; sie suchte direkt oder im Zusammenwirken mit von ihr beeinflussten Organisationen Bündnisse mit demokratischen und extremistischen Kräften.
- Der Landesverband NRW der PDS wurde auch 1996 stark von extremistischen Gruppierungen beeinflusst und arbeitete mit anderen linksextremistischen Parteien und Gruppen zusammen; es besteht eine enge Verflechtung mit dem Kölner GNN-Verlag, in dem mehrere extremistische Schriften erscheinen.
- Die Aktivitäten militanter Autonome um eine bundesweite Organisation stagnierten; die autonome Szene litt unter fehlenden politischen Konzepten, schwacher Mobilisierung, Querelen und finanziellen Engpässen; aus NRW beteiligten sich nur kleine Gruppen von militanten Linksextremisten an den Kampagnen gegen die Castor-Transporte.
- Teile des sog. Antiimperialistischen Widerstandes schlossen sich aus drei örtlichen Gruppen zu einem "revolutionären Projekt" zusammen.
- Andere Antiimperialisten unterstützten propagandistisch die verbotene PKK; einzelne Deutsche beteiligten sich als "Kurdistan-Brigadisten" an den militärischen Aktionen der PKK in Kurdistan; dabei hat auch der Kampf gegen den "BRD-Imperialismus" einen hohen Stellenwert.
- Die RAF meldete sich erstmalig seit 1994 mit politischen Erklärungen.
- Die Struktur der Antiimperialistischen Zelle (AIZ) wurde insbesondere durch effektives Zusammenwirken des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit dem Bundeskriminalamt zerschlagen.

Bescheidene Fortschritte bei der DKP

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die nach 1989 ihren gesamten hauptamtlichen Apparat und die Mehrzahl ihrer Mitglieder verloren hatte, stabilisierte sich 1996 weiter auf bescheidenem Niveau. Organisatorisch besteht die DKP in Nordrhein-Westfalen nach wie vor aus zwei selbständigen Bezirken, die keine Landesorganisation entwickelt haben. Das DKP-Organ "Unsere Zeit" (UZ) erscheint seit 1. Juli 1996 als Wochenzeitung (vorher vierzehntägig), um die Präsenz der DKP in den Medien zu verbessern.

Die von der DKP beeinflusste "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN/BdA) suchte auf regionaler Ebene die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Gruppierungen bis in das autonome Spektrum.

Das Verhältnis zwischen DKP und PDS blieb zwiespältig. Die DKP fühlte sich teilweise durch den Abgrenzungskurs der PDS auf Bundes- und Landesebene brüskiert, andererseits arbeiteten verschiedene DKP-Kreisverbände mit PDS-Gliederungen zusammen.

PDS in NRW stark extremistisch beeinflusst

Unter der Mitgliedschaft und in wichtigen Funktionen der PDS in NRW befinden sich Angehörige der ehemaligen dogmatischen "Neuen Linken" und frühere DKP-Mitglieder. Das politische Leben der Partei in NRW ist stark geprägt von Arbeitsgemeinschaften mit extremistischer Orientierung, wie z.B. der neugegründeten "Kommunistischen Plattform der PDS in NRW" und der Arbeitsgemeinschaft "Bund Westdeutscher Kommunisten", die wiederum eng mit dem Kölner GNN-Verlag verflochten ist. Organisatorisch ist die PDS in NRW nur schwach entwickelt, die Mitgliederzahl ist auf knapp 600 angewachsen. Verschiedene Kreisverbände führten 1996 gemeinsame Veranstaltungen mit DKP-Kreisverbänden durch. Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit der DKP auf örtlicher Ebene in aller Regel enger als auf Landesebene. Der PDS-Landesverband NRW setzte sich auf dem Schweriner Bundesparteitag im Januar 1997 ohne Erfolg für eine Beibehaltung von Doppelmitgliedschaften in DKP und PDS ein.

Militante Linksextremisten uneinheitlich

Militante Linksextremisten aus dem autonomen Spektrum erlitten 1996 Rückschläge bei ihren Bemühungen um eine bundesweite Organisation. Die Zahl bundesweit interessierter und engagierter Gruppen ging zurück. Bis auf die Themenfelder Antifaschismus und Castor-Transporte fehlten gemeinsame Interessen und Konzepte. Autonome beteiligten sich zwar an verschiedenen Demonstrationen, wie z.B. der jährlichen Kundgebung vor der Abschiebehaftanstalt in Büren oder der Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau im Juni 1996 in Bonn, die Beteiligung war aber insgesamt schwach. Verschiedene autonome Zeitschriften hatten mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen oder stellten ihr Erscheinen ein, wie z.B. die Zeitschrift "Agitare Bene" aus Köln.

Insgesamt konzentrierten sich militante Autonome zu einem großen Teil auf Aktivitäten in ihrer örtlichen Szene, die Neigung zur Teilnahme an überörtlichen Aktionen ließ nach. Eine Ausnahme gilt für die Aktionen militanter Linksextremisten gegen die Castor-Transporte nach Gorleben. Aus Nordrhein-Westfalen beteiligten sich kleine Gruppen militanter Autonome und Antiimperialisten aus verschiedenen Städten an den gewalttätigen Aktionen im Wendland. Eine größere Mobilisierung fand jedoch nicht statt. Bei Castor-Transporten durch oder nach NRW wäre die Situation anders zu beurteilen.

nr. 39/40
frühjahr '96
2 mark

clock
work

... (faded text at the top of the page)



**zusammen
für befreiung
kämpfen**

editorial

... (faded editorial text in the left column)

Wir werden stark sein!

Für den Kampf, um unsere Wahrnehmung zu erhalten

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)

... (faded text in the middle column)



Drei antiimperialistische Gruppen mit revolutionärer Orientierung aus Marburg, Mainz und Gütersloh haben sich zu der Gruppierung "Jarama" zusammengeschlossen. Es bestehen Verflechtungen zur Redaktion der antiimperialistischen Theorie-Zeitschrift "clockwork", die vom Ehemann einer RAF-Inhaftierten herausgegeben wird. Die Schrift ist unter Antiimperialisten, die weitgehend aus dem früheren RAF-Umfeld hervorgegangen sind, weit verbreitet. 1996 rief "clockwork" zur Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf auf, allerdings mit dem Ziel einer "revolutionären Perspektive in der BRD". "Jarama" und "clockwork" bekannten sich 1996 verbal mehr oder weniger deutlich zum gewaltsamen "Widerstand gegen die imperialistischen Machenschaften der BRD". Bisher gibt es allerdings noch keine Hinweise auf eine Aktionsphase.

Deutsche Kurdistan-Brigadisten

Teile der Kurdistan-Solidarität deutscher Linksextremisten werden von Personen des antiimperialistischen Widerstands gesteuert. Seit 1996 liegen Beweise vor, daß neben der propagandistischen Unterstützung der PKK auch eine militärische Unterstützung stattfand. Seit 1993 beteiligen sich deutsche Antiimperialisten einzeln und in Kleingruppen am Guerillakampf der PKK in Kurdistan, wo sie eine militärische und ideologische Schulung erhielten. Es gibt Hinweise auf eine konspirative Struktur aus Rückkehrern, Kriegswilligen und Organisatoren.



Deutsche Linksextremisten kämpfen für die PKK

RAF vom Aussteigerprogramm betroffen

Im Rahmen des sogenannten Aussteigerprogramms des Verfassungsschutzes stellte sich im November 1996 der als mutmaßliches Mitglied der RAF-Kommandoebene mit Haftbefehl gesuchte Christoph Seidler der Bundesanwaltschaft. Darauf reagierte die RAF-Kommandoebene mit einer Erklärung vom 29. November 1996. Nach Meinung der RAF benötige man auch in Zukunft illegale Strukturen und dürfe keinerlei Informationen darüber an den Staat preisgeben. Of-

fensichtlich fühlt sich die RAF-Kommandoebene durch das Aussteigerprogramm ins Mark getroffen und will andere davon abhalten, den gleichen Schritt zu tun.

In zwei Leserbriefen an die Tageszeitung "Junge Welt" und an die Szenezeitschrift "Interim" lehnte die RAF ihre Selbstaflösung ab, die zuletzt die RAF-Häftlinge Pohl und Hogefeld gefordert hatten. Eine Neuauflage des alten RAF-Konzepts des bewaffneten Kampfes komme ebenfalls nicht in Frage.

Die RAF-Kommandoebene erscheint derzeit kaum handlungsfähig oder -willig.

Anfang 1997 waren noch zehn ehemalige RAF-Mitglieder inhaftiert, 28 wurden seit 1992 aus der Haft entlassen.

AIZ-Struktur zerschlagen

Am 25. Februar 1996 wurden zwei mutmaßliche Mitglieder der Antiimperialistischen Zelle (AIZ) von Spezialkräften des Bundeskriminalamtes festgenommen und über 15 kg selbstlaborierter Sprengstoff in verschiedenen Erddepots beschlagnahmt. Anfang April 1997 erhob der Generalbundesanwalt Anklage wegen Sprengstoffverbrechen und wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Die AIZ hatte zwischen 1992 und 1995 sieben Brand- und Sprengstoffanschläge, darunter auch gegen die Wohnhäuser ehemaliger und amtierender Bundestagsabgeordneter begangen. Mit der Festnahme konnte ein neuer konkret geplanter Sprengstoffanschlag gegen einen Bundestagsabgeordneten verhindert werden.

Die Zerschlagung der AIZ-Struktur beruhte insbesondere auf einer wirksamen Kooperation des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt. Seit 1993 hatte der NRW-Verfassungsschutz die zwei jetzt angeklagten AIZ-Mitglieder und ihr politisches Umfeld systematisch beobachtet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden an die Bundesanwaltschaft weitergeleitet. Das stark konspirative Verhalten der beiden Angeklagten erschwerte die Sammlung gerichtsverwertbarer Beweise. Nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft und Beauftragung des Bundeskriminalamtes mit den Ermittlungen übergab der NRW-Verfassungsschutz die laufende Operation.

Bereits im NRW-Verfassungsschutzbericht 1995 wurde über einen Bruch im AIZ-Gefüge berichtet. Schon 1994/1995 kam es zu politischen Spannungen zwischen den islamisch-fundamentalistisch orientierten Angeklagten und anderen mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern. Seitdem war die AIZ auch in der linksextremistischen Szene auf Kritik gestoßen. In der Haft traten die beiden Angeklagten zum Islam über.

1.2.2 Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahl der wichtigsten linksextremistischen Parteien und Gruppierungen betrug 1996 in NRW 4.840. Diese Zahl ist gegenüber dem Stand von 1995 aufgrund eines Zuwachses bei der PDS leicht gestiegen.

Tabelle: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen im Linksextremismus in NRW 1996 und 1995

Organisationen, Gruppierungen	1996	1995
Militante Linksextremisten/Autonome	950	950
DKP	2.100	2.100
PDS	590	520
MLPD	600	600
VSP	unter 100	unter 100
Sonstige	500	500
Summe	4.840	4.770

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

1.2.3 Bericht des Justizministeriums NRW

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften des Landes NRW 1996 insgesamt 2.546 (1995: 1.246) Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1996 ist in 571 (259) Verfahren gegen 643 (303) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. 288 (175) Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt, 24 (23) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 66 (79) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus

1.3.1 Entwicklungstendenzen

Den Ausländerextremismus und -terrorismus prägten 1996 folgende Ereignisse:

- die gewalttätigen Demonstrationen der PKK im Februar und März, denen Friedensbekundungen des PKK-Generalsekretärs Öcalan folgten;
- Anschläge verschiedener linksextremistischer türkischer Organisationen, meistens als Reaktionen auf Ereignisse in der Türkei;
- die weitere Festigung der Strukturen islamisch-extremistischer Gruppierungen.

PKK versucht Friedenskurs in Europa einzuhalten

Seit Mitte/Ende 1995 hat sich für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die militärische Lage zugespitzt. Dies gilt nicht nur gegenüber den sogenannten Kriegsgegnern; auch innerparteilich befindet sie sich in einem Dilemma. Neu ist außerdem der seit März 1996 durch ihren Generalsekretär nicht nur verkündete, sondern in Europa tatsächlich auch eingehaltene Friedenskurs der PKK.

Die PKK befindet sich nicht nur in der Osttürkei in Schwierigkeiten, sondern auch in Europa; Öcalan ringt derzeit um politische Reputation. Dies zielt nicht nur auf die türkische Regierung, sondern gerade auch auf die Länder der EU. Deutschland hat zum einen wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung, zum anderen wegen

des hohen Bevölkerungsanteils türkischer Staatsbürger bei diesen politischen Bemühungen eine Sonderrolle. Die PKK fordert die Bundesregierung immer wieder auf, ihren Einfluß bei türkischen Regierungsstellen für mehr Autonomie der Kurden geltend zu machen. Bis März 1996 wurden derartige Appelle von besonders gewalttätigen Aktionen (Brandanschlagserie im Februar/März und die gewalttätig verlaufenden Demonstrationen am 9. und 16. März 1996) begleitet. Das Einhergehen von verbalen Behauptungen, die PKK sei friedlich, mit Gewaltaktionen entsprach der langjährigen PKK-Strategie: Parallelität von friedlichen Veranstaltungen und gewalttätigen Aktionen, wobei die Organisation den friedlichen Part sich selbst und den gewalttätigen den aufgebracht "Volksmassen" zuschrieb.



Gewalttätige Demonstration der PKK im März 1996 in Bonn

Ab Ende März 1996 betont die Organisation dagegen durchgängig ihre Absicht, den politischen Kampf in Deutschland ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu führen. Es wurden auch keine zentral gesteuerten Gewalttaten mehr festgestellt. Großveranstaltungen in Köln und Hamburg verliefen friedlich.

Die PKK-Aktivisten und -Mitglieder werden derzeit immer wieder aufgefordert, sich friedlich zu verhalten. Öcalan selbst betont in Interviews den Willen der PKK, in Deutschland nur friedlich zu agieren.

Die über das Jahresende 1996 anhaltende "Friedensphase" ist mit einer Dauer von bis dahin 9 Monaten im Vergleich zu denen der letzten Jahre die längste. Die Schwierigkeit Öcalans besteht darin, seinen Friedenswillen unter Beweis zu stellen und gewaltbereite Aktivisten und Funktionäre von seinem neuen Kurs zu überzeugen. Eine nicht unbedeutende Zahl von Funktionären soll von der Friedenslinie nicht überzeugt sein.

Die Organisation steht vor der Schwierigkeit, ihre Anhänger zu Aktionen zu bewegen und gleichzeitig den Friedensbekundungen Öcalans Rechnung zu tragen. Schon jetzt ist feststellbar, daß sie Schwierigkeiten hat, ihre Mitglieder zu mobili-

sieren, wenn es um politische Veranstaltungen und nicht um Kulturveranstaltungen geht.



Friedensfestival Kurdistan im Köln-Müngersdorfer Stadion

Das "Friedensfestival Kurdistan" am 21. September 1996 in Köln war für die PKK und Öcalan von besonderer Bedeutung. Diese friedlich verlaufene Großveranstaltung mit mehr als 50.000 Teilnehmern dürfte Öcalan und seine "Friedenslinie" politisch deutlich gestärkt und den "Hardlinern" innerhalb der PKK Rückhalt genommen haben.

Zur weiteren Mobilisierung ihrer Sympathisanten in Europa braucht die PKK sichtbare Erfolge. Trotz zahlreicher Anstrengungen ihrer Funktionäre war sie in den letzten Monaten nicht im Blick der breiten Öffentlichkeit. Als Ursache sieht die PKK das Verbot einerseits und die Angst der Sympathisanten vor polizeilichen Maßnahmen andererseits. Deswegen ist für die PKK die Aufhebung des Betätigungsverbots von großer Bedeutung, weil sie sich bei einer legalen, friedlichen politischen Arbeit mehr Zuspruch von gemäßigten Sympathisanten verspricht. Die PKK erhofft sich eine große Spendenbereitschaft der Kurden in Deutschland, was für die Finanzierung der Organisation wichtig ist.

Sollten politische Erfolge für die Organisation ausbleiben, wird sie zur Gewalt zurückkehren. Eine Stärkung der Erfolgsaussichten für einen friedlichen Weg liegt daher im Interesse aller, die weitere Gewalttaten der PKK verhindern wollen.

Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi (DHKP-C) (bisher: Devrimci Sol)

Eine der gefährlichsten türkischen extremistischen Organisationen ist die DHKP-C. Massive Gewaltaktionen verübt sie nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland. Im Zusammenhang mit der Gefängnisrevolte und dem sogenannten Todesfasten in türkischen Gefängnissen Anfang 1996 kam es zu zahlreichen Brandanschlägen und Besetzungen in Deutschland, die hauptsächlich auf das Konto von DHKP-C-Aktivisten gingen. Der Erfolg der Aktion hatte dabei Priorität vor Sicherheitsaspekten (z.B. Verhinderung der Enttarnung der Kader); insofern unterscheidet sich die DHKP-C von anderen terroristischen Organisationen.

Islamische Extremisten

Die islamisch-extremistischen Organisationen konnten durch vielfältige Vernetzungen ihre Strukturen festigen. Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende starke Mitgliederanstieg flachte ab. Vordergründig werden religiöse, soziale, kulturelle und karitative Ziele verfolgt, um in der Öffentlichkeit moderat zu erscheinen und die aggressiven ideologischen Gegensätze zur Demokratie zu verdecken. Mit vielfältigen Aktivitäten versuchten sie, ihren Einfluß auf die hier lebenden Muslime zu festigen und auszudehnen, wie z.B. durch die Schaffung von Gebets- und Versammlungsräumen, soziale Hilfestellungen und Freizeitangebote und durch Hilfsprojekte in den Herkunftsländern. Auf diese Weise sollen Foren für die weitere Verbreitung religiös verbrämter Ideologien geschaffen werden.

Im Gegensatz zu den Vorjahren stagnierte 1996 die Mitgliederzahl bei der zahlenmäßig größten extremistischen islamischen Organisation, dem türkischen Verein "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs" (IGMG). Zunächst hatte man sich von der Regierungsübernahme durch die ideologisch verbundene Refah-Partei in der Türkei Fortschritte erhofft, inzwischen sind viele Mitglieder unzufrieden und inaktiv. Den Führungsfunktionären wird vorgeworfen, trotz des hohen Spendenaufkommens zu wenig für die in Deutschland lebenden Türken zu tun.

1.3.2 Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder extremistischer Ausländer-Organisationen lag in Nordrhein-Westfalen 1996 fast unverändert bei rund 16.000. Einer starken Abnahme der Mitgliederzahl bei dem islamisch-extremistischen ICCB standen Zuwächse bei den linksextremistischen kurdischen und türkischen Organisationen sowie der nationalistischen ATF (Deutsche Türkische Föderation; früher: ADÜTDF, sog. "Graue Wölfe") gegenüber.

Gemessen an den rund zwei Millionen in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländern blieb der Anteil der Mitglieder extremistischer Ausländer-Organisationen mit 0,8% gering. Bei den Mitgliedern dieser Organisationen handelt es sich nur teilweise um gewaltorientierte Personen. Aus aktuellen politischen Anlässen gelingt es den extremistischen Ausländer-Organisationen allerdings immer wieder, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus in beträchtlichem Umfang Sympathisanten zu mobilisieren.

Bei den im folgenden genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre, teilweise geschätzte Angaben.

Tabelle: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen extremistischer Ausländer in NRW 1996 und 1995:

Organisationen, Gruppierungen	1996	1995
ICCB	600	1.200
IGMG	7.500	7.500
ATF (bisher: ADÜTDF)	2.000	1.800
DHKP-C	300	250
TKP/ML	600	600
MLKP	250	100
PKK	1.900	1.700
NWRI	300	300
Hizb-Allah	300	300
FIS, GIA	70	50
LTTE	200	180
Sonstige (div. kleinere Gruppierungen)	ca. 2.000	ca. 2.000
Summe	rund 16.000	unter 16.000

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

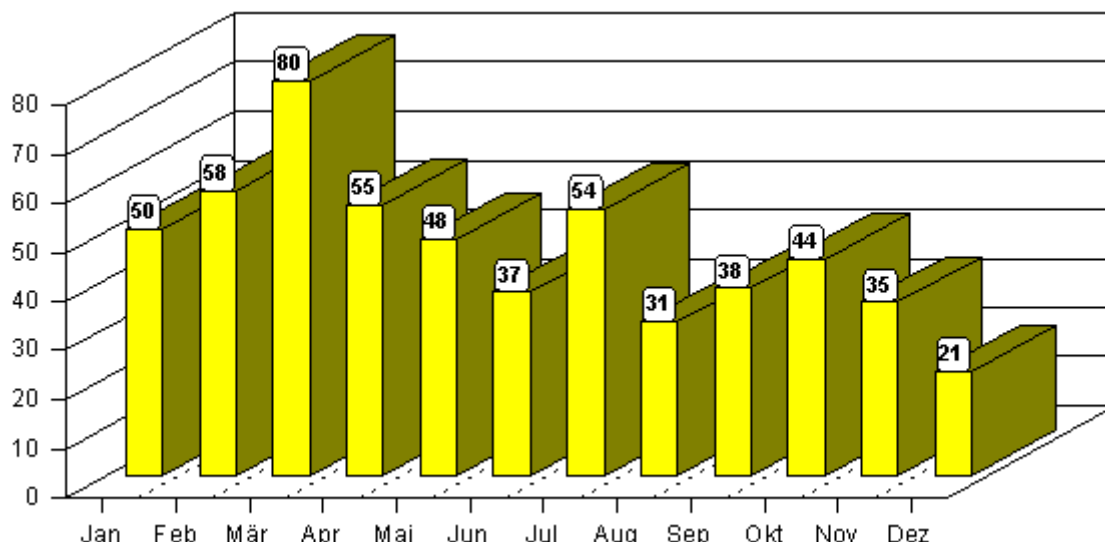
1.4 Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten

1.4.1 Fremdenfeindliche Straftaten

Insgesamt 551 (1995: 654) fremdenfeindliche Straftaten registrierte das Landeskriminalamt NRW 1996. Mit einem Rückgang um 15,7% gegenüber 1995 setzte sich die rückläufige Tendenz seit Mitte 1993 fort.

Die Zahl der Gewalttaten betrug 1996 in NRW 97 (1995: 139). Gegenüber 1995 gingen diese Straftaten sogar um 30,2% zurück. In den meisten Fällen der Gewalttaten handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Bei diesen Delikten wurden 74 (1995: 104) Menschen verletzt.

Fremdenfeindliche Straftaten in NRW 1996 nach Monaten



Die Entwicklung in den Monaten des Jahres 1996 verlief - wie in den Vorjahren - uneinheitlich: Die monatlichen Zahlen schwankten zwischen dem Höchststand im März mit 80 fremdenfeindlichen Straftaten und 21 im Dezember 1996.

Mit 223 lag die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten in der zweiten Jahreshälfte deutlich niedriger gegenüber 328 in der ersten.

Entwicklung in den Deliktgruppen

Die fremdenfeindlichen Straftaten verteilten sich in den Jahren 1992 bis 1996 folgendermaßen auf die einzelnen Deliktgruppen:

Deliktgruppen	1996	1995	1994	1993	1992	Differenz 96/95 in %
1 Tötungsdelikte (davon Versuche)	2 (2)	1 (1)	2 (2)	7 (5)	3	*)
2 Körperverletzungsdelikte	72	98	143	264	169	-26,5
3 Brandanschläge	4	10	11	70	109	*)
4 Landfriedensbruchdelikte	1	0	0	1	16	*)
5 Gewalttätige Sachbeschädigung	18	30	65	181	256	-40,0
1 - 5 Zwischensumme Gewalttaten	97	139	221	523	553	-30,2
6 Sonstige Sachbeschädigungen	13	16	31	90	163	-18,8
7 Propagandadelikte	87	104	184	469	343	-16,3
8 Bedrohungen/Nötigungen	70	95	185	557	288	-26,3
9 Sonstige	284	300	417	746	427	-5,3
1 - 9 SUMME	551	654	1.038	2.385	1.774	-15,7

Getötete und verletzte Personen	1996	1995	1994	1993	1992	96/95 in %
Getötete	0	0	0	6	1	*)
Verletzte	74	104	140	312	135	-29

*) Keine Angabe wegen geringer Fallzahlen

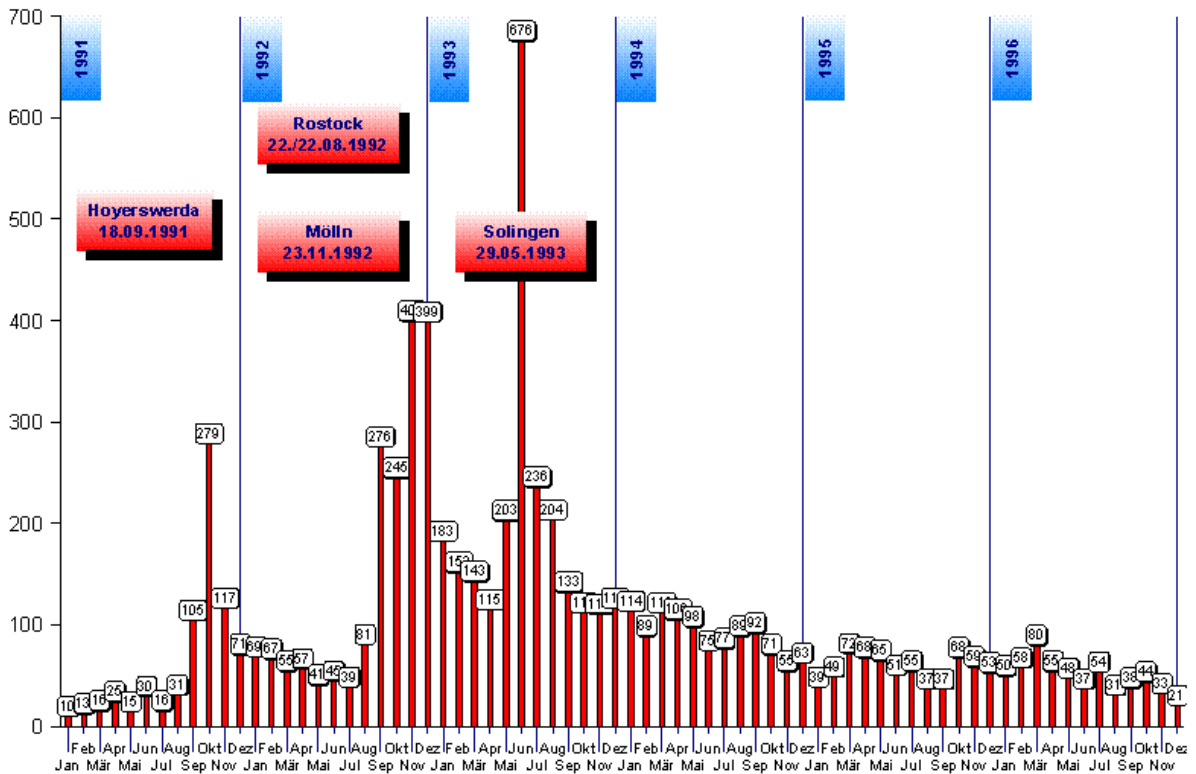
Die rückläufige Tendenz bei den fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten zeigt sich in fast allen Deliktgruppen. Lediglich bei den Tötungsdelikten und bei Landfriedensbruchdelikten war jeweils 1 Delikt mehr als 1995 zu verzeichnen.

In der Deliktgruppe Tötungsdelikte handelt es sich in beiden Fällen um versuchte Tötungen. In dem ersten Fall beschimpfte ein unter Alkoholeinfluß stehender 16jähriger Deutscher am 9. April 1996 in Essen eine 53jährige türkische Passantin mit fremdenfeindlichen Äußerungen, hielt sie fest und verletzte sie mit Messerstichen an Hals und Schulter schwer. Selbst nach seiner Festnahme äußerte er sich abfällig über Ausländer und bedauerte, daß ihm die Tötung der Türkin nicht gelungen sei.

Im dem zweiten Fall schossen unbekannte Täter am 9. Mai 1996 in Lippetal-Schöneberger Heide mit einem Schrotgewehr auf ein Asylbewerberwohnheim. Die Geschosse durchschlugen die Gebäudeaußenwand. Trotz der niedrigen Einschlaghöhe und der Streuwirkung der Geschosse blieben die beiden zur Tatzeit anwesenden Bewohner des Zimmers unverletzt.

Den mit -5,3% geringsten Rückgang gab es in der Deliktgruppe "Sonstige", zu der u.a. Volksverhetzung und Beleidigungen zählen. In dieser Deliktgruppe fielen 1996 mehr als die Hälfte aller fremdenfeindlichen Straftaten an.

Im Diagramm "Fremdenfeindliche Straftaten in NRW 1991 bis 1996" ist die rückläufige Entwicklung seit Juli 1993 zu erkennen. Durch Fanaltaten ausgelöste Anschlagwellen gab es seitdem nicht mehr. Allerdings hat sich der Rückgang der fremdenfeindlichen Straftaten 1996 gegenüber den Vorjahren weiter verlangsamt.



Fremdenfeindliche Straftaten in NRW 1991 bis 1996

Erkenntnisse über Tatverdächtige

Insgesamt stellte die Polizei bisher 385 Tatverdächtige fest. Darunter dominieren - wie in den Vorjahren - Männer mit 339 Tatverdächtigen gegenüber 46 Frauen (11,9%). Als Einzeltäter agierten 157 Tatverdächtige.

Einer rechtsextremistischen Gruppe oder Organisation gehörten 18 (4,9%) Tatverdächtige an; 32 (8,3%) der Tatverdächtigen waren Skinheads. Die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen gehörte keiner Gruppe oder Organisation an.

Bei über 180 Tatverdächtigen lagen bereits Vorerkenntnisse über politisch motivierte Straftaten (33), politisch motivierte Straftaten und sonstige Straftaten (49) oder sonstige Straftaten (98) vor.

Das LKA NRW ermittelte folgende Altersstruktur der Tatverdächtigen für 1996

Alter	Tatverdächtige	davon	
		männlich	weiblich
bis 13 Jahre	8	7	1
14 bis 17 Jahre	80	74	6
18 bis 20 Jahre	62	57	5
21 bis 24 Jahre	53	50	3
25 bis 29 Jahre	37	35	2
30 Jahre und älter	145	116	29
Summe	385	339	46

1.4.2 Politisch motivierte Gewalttaten

Im Jahr 1996 registrierte das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen 459 (1995: 556) vollendete oder versuchte Gewalttaten. Allerdings ist die Vergleichbarkeit mit 1995 durch eine Änderung bei der Erfassung der Landfriedensbruchdelikte, die sich auch auf die Gesamtzahlen der Gewalttaten auswirkt, nicht möglich. Alle anderen Deliktgruppen sind davon aber nicht berührt.

Tabelle: Politisch motivierte Gewalttaten nach Deliktgruppen 1996 und 1995

Deliktbereiche	1996	1995	Differenz 96/95 in %
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	7	1	*)
Körperverletzungen	189	145	30,3
Brand-/Sprengstoffanschläge	53	95	-44,2
Gewalttätige Sachbeschädigung	80	114	-29,8
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr	17	6	*)
Landfriedensbruchdelikte	113	195	**)
SUMME	459	556	**)

*) Keine Angabe wegen geringer Fallzahlen

***) Durch veränderte Erfassungspraxis nicht vergleichbar. Seit 1996 werden die Landfriedensbruchdelikte fall- und nicht mehr täterbezogen gezählt

Erheblich zugenommen haben die Tötungs- und Körperverletzungsdelikte sowie die gefährlichen Eingriffe in den Bahnverkehr. Dagegen gingen die Fallzahlen bei Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie bei gewalttätigen Sachbeschädigungen zurück. Terroristische Anschläge gab es 1996 nicht.

Während die fremdenfeindlichen Gewalttaten weiter zurückgingen (siehe Nr. 1.4.1) stieg die Zahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte von 14 auf 38 an. Dies gilt besonders für Körperverletzungsdelikte, von denen sich etwa die Hälfte gegen den politischen Gegner richteten. Die von dem am 17. März 1996 festgenommenen Rechtsextremisten Lemke gestandenen drei Morde an zwei Frauen und einem Mann in den Jahren 1995 und 1996 blieben unberücksichtigt, weil bei den polizeilichen Ermittlungen keine politische Motivation für diese Taten erkennbar wurde.

Die linksextremistischen Gewalttaten gingen insgesamt zurück. Bei den 17 gefährlichen Eingriffen in den Bahnverkehr, einem Brandanschlag und fünf Sachbeschädigungen handelte es sich um Protestaktionen militanter Atomkraftgegner gegen Atommülltransporte ("Castor-Transporte") sowie französische Atomtests. Drei Brandanschläge waren gegen den politischen Gegner von "Rechts" gerichtet.

Tabelle: Politisch motivierte Gewalttaten nach Motivbereichen 1996 (1995 in Klammern)

Gewalt motiviert durch		Tötungsdelikte (einschl. Versuche)	Körperverletzungsdelikte	Brand- und Sprengstoffanschläge	Gewalttätige Sachbeschädigungen	Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr	Landfriedensbruchdelikte	Summe Gewalttaten	%-Anteil an den Gewalttaten
Fremdenfeindlichkeit		2 (1)	72 (93)	4 (10)	18 (29)	0 (0)	1 (0)	97 (133)	21,9
Rechts- extremismus		0 (0)	27 (11)	0 (1)	10 (2)	0 (0)	1 (0)	38 14	8,3
	- Anti-semitismus	0 (0)	3 (1)	0 (0)	3 (2)	0 (0)	0 (0)	6 (3)	1,3
	- gegen den pol. Gegner	0 (0)	13 (3)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	13 (3)	2,8
Links- extremismus /terrorismus		0 (0)	10 (7)	4 (10)	24 (49)	17 (3)	5 (4)	60 (73)	13,1
	- gegen den pol. Gegner	0 (0)	6 (2)	3 (2)	6 (6)	0 (0)	2 (3)	17 (13)	3,7
Ausländerextremismus		5 (0)	80 (34)	45 (73)	28 (34)	0 (0)	106 (191)	264 (332)	57,5
Unklar		0 (0)	0 (0)	0 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (4)	0,0
SUMME		7 (1)	189 (145)	53 (95)	80 (114)	17 (6)	113 (195)	459 (556)	100,0

*) Einschließlich antisemitischer Gewalttaten; jedoch ohne von Rechtsextremisten mit fremdenfeindlicher Motivation verübte Gewalttaten

Der Anteil von Gewalttaten extremistischer Ausländer ist mit 57,5 % des Gesamtaufkommens weiterhin hoch. Dies beruht auf der großen Zahl von Delikten bei gewalttätig verlaufenen Versammlungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie anderer linksextremistischer türkischer Organisationen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Aktivitäten türkischer und kurdischer Extremisten im Zusammenhang mit den innenpolitischen Konflikten in der Türkei sowie dem Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland (siehe Nr. 4.2). Von den gemeldeten 113 Landfriedensbruchdelikten sind 106 Fälle auf kurdischen/türkischen Extremismus zurückzuführen.

So kam es am 16. März 1996 im Zusammenhang mit der verbotenen PKK-Veranstaltung in Dortmund durch aus den Niederlanden einreisende kurdische Demonstrationsteilnehmer auf der Autobahn A3 im Bereich des Grenzüberganges Elten auch zu erheblichen gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Verlauf u.a. unbekannte Täter mit gefährlichen Werkzeugen auf Polizeibeamte einschlugen und hierbei in zwei Fällen Beamte in lebensbedrohliche Situationen brachten. Art

und Ausmaß der Tatbegehung lassen den Schluß zu, daß der Tod der Opfer zumindest billigend in Kauf genommen wurde.

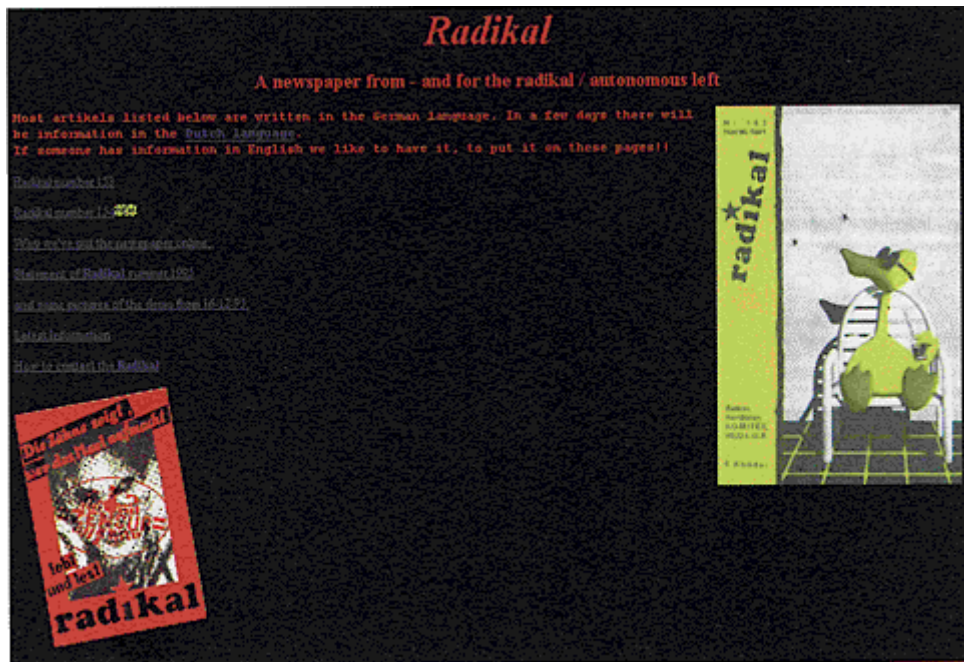
Am 29. März 1996 wurde ein Türke in Aachen von sechs "südländisch" aussehenden Personen durch Schläge mit Eisenstangen und Holzknüppeln schwer verletzt. Nach bisherigem Ermittlungsstand dürften Spendengelderpressungen für die PKK das Tatmotiv gewesen sein. Der Verletzte hatte mehrfach die geforderten Zahlungen verweigert.

Bei einem Schußwaffenanschlag auf zwei türkische Staatsangehörige am 27. August 1996 in der Duisburger Innenstadt wurde einer von ihnen tödlich getroffen, der andere verletzt. Beide Opfer gehörten der türkischen Kommunistischen Partei - Aufbauorganisation (KP-IÖ) an. Die türkische "Marxistische Leninistische Kommunistische Partei" (MLKP) YDK (Auslandsorganisation) (siehe Nr. 4.1.6) bekannte sich zu dem Anschlag. Sie bezeichnete beide Personen als "Gegenrevolutionäre Bande" und kündigte weitere Bestrafungsaktionen gegen Abweichler an.

Mit einer Handgranate verübten vermutlich ausländische Extremisten am 26. Juli 1996 in Castrop-Rauxel einen Sprengstoffanschlag auf eine türkische Moschee. 44 Brandanschläge, vornehmlich gegen türkische Einrichtungen, dürften ausländischen Tätern/Gruppierungen zuzurechnen sein. Eindeutige Organisationszuordnungen waren vielfach nicht möglich. 15 Fälle dürften der PKK (u.a. Anschlagserie im März 1996 im Zusammenhang mit der verbotenen PKK-Demonstration vom 16. März 1996 in Dortmund) und 14 Fälle den türkischen linksextremistischen Organisationen DHKP-C und TKP/ML (bei Anschlagserien im Januar und Juli 1996 als Solidaritätsaktionen zu Gefängnisrevolten in der Türkei) zuzurechnen sein.

1.5 Extremismus im Internet

Extremisten aller Richtungen nutzen die verschiedenen neuen Kommunikationsnetze intensiv. Darüber wurde bereits in den Verfassungsschutzberichten 1993, 1994 und 1995 und in dem Bericht "Extremismus in Datennetzen" (August 1996) für den Landtag Nordrhein-Westfalen ausführlich berichtet. Besonders intensiv nutzen Extremisten das Internet.



Linksextremistische Untergrundschrift »radikal« im Internet

Im Schatten des Internet-Booms in Deutschland ist auch die Zahl extremistischer Anbieter im Internet-Dienst World-Wide-Web (kurz: WWW) seit Anfang 1995 sprunghaft gestiegen. In Relation zum gesamten Informationsangebot des Internets ist der Anteil deutschsprachiger extremistischer Inhalte gering. Allerdings sind diese Inhalte auch für wenig geübte Anwender problemlos zu finden.

Der Aufbruch

Die nationale Internet-Seite aus Augsburg



Das WWW wird von Extremisten zunehmend zur Selbstdarstellung, zur Verbreitung von Schriften im Volltext oder in Auszügen und zur Propaganda aller Art genutzt. So sind die rechtsextremistischen Parteien NPD und REP im Internet ebenso vertreten wie verschiedene Neonazi-Gruppierungen. Aus dem Ausland bieten

Neonazis und Revisionisten ihre Agitation auch in deutscher Sprache an. Aus dem linksextremistischen Spektrum sind zum Beispiel die PDS, die "Autonome Antifa (M)" oder die Untergrundzeitschrift "radikal" im WWW verfügbar. Ebenso nutzen das WWW in Deutschland tätige Organisationen extremistischer Ausländer, wie zum Beispiel der PKK nahestehende Gruppierungen, die türkische linksextremistische DHKP-C oder die tamilische LTTE.

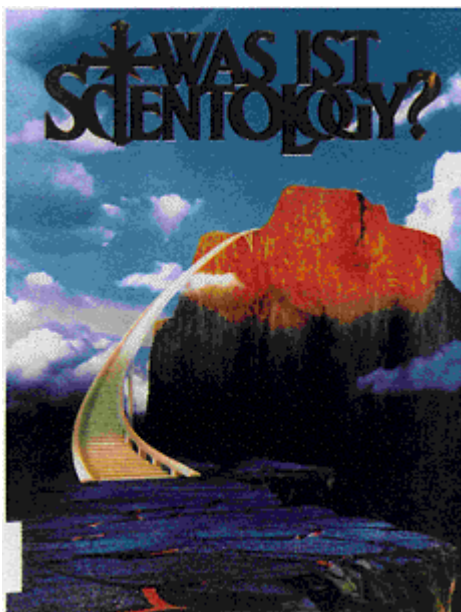
Das Internet, speziell der Dienst WWW, wird voraussichtlich in Zukunft noch verstärkt von Extremisten genutzt werden, weil damit auf technisch einfache, schnelle und preiswerte Art Informationen an ein potentiell millionenfaches Publikum gegeben werden können. Diese Vorteile werden besonders personell schwache Organisationen zu nutzen versuchen. Kleinstgruppen bis hin zu Einzelpersonen - z. B. aus der Neonazi-Szene - können mit diesen Möglichkeiten erhebliche Propaganda-Aktivitäten entfalten.

Neben der Gefährdung des Rechtsstaates, die grundsätzlich von extremistischen Bestrebungen ausgeht, ist der Rechtsstaat im Falle des Internet insofern betroffen, als die bisherigen Kontroll- und Steuerungsinstrumente sowohl an technische Grenzen stoßen als auch mit der weltweiten Dimension des Internet kollidieren. Auf der Ebene der Ministerkomitees des Europarates werden derzeit die Probleme im Zusammenhang mit der Informationstechnik erörtert.

Verstärkt muß die politische Auseinandersetzung mit Bestrebungen gegen Freiheit und Demokratie geführt und gefördert werden. Dazu gehört, daß - neben den Trägern der politischen Bildung - der Verfassungsschutz seine Aufklärungsarbeit weiter verstärkt, um die Öffentlichkeit auch über extremistische Bestrebungen in oder mit Hilfe von Datennetzen informieren zu können. Zu diesem Zweck stellt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seine Verfassungsschutzberichte und andere Berichte als Informations-Gegengewicht auch im Internet zur Verfügung (Adresse siehe Impressum; siehe auch Nrn. 7.10, 2.6 und 3.4).

1.6 Scientology Organisation - Eine Aufgabe für den Verfassungsschutz?

Die öffentliche Diskussion um die Praktiken der Scientology Organisation (SC) in den letzten Jahren hat sich 1996 unvermindert fortgesetzt. Standen zu Anfang der öffentlichen Auseinandersetzung in den 70er Jahren die Aspekte Jugendreligion und Psychokult im Vordergrund, folgten die medizinische, psychotherapeutische und psychoanalytische Betrachtung und Bewertung des "Auditing", der von SC praktizierten, weithin als "Gehirnwäsche" umstrittenen zentralen Verfahrensweise, um laut SC *"sich von seinem reaktiven Verstand und den Einschränkungen, die dieser einem auferlegt, befreien"* zu können. Zu Beginn der 90er Jahre rückten die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Frage der strategisch angelegten Infiltration entscheidungsrelevanter gesellschaftlicher Teilbereiche, die innerorganisatorische Ausdifferenzierung, Netzbildung und die damit verbundenen Strategien und ideologiekritischen Ansätze in den Vordergrund.



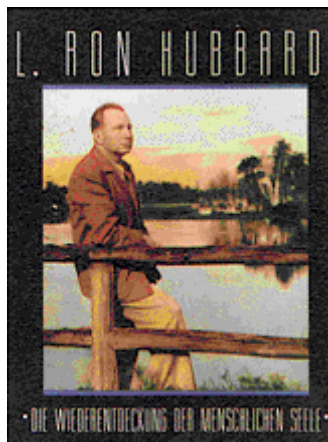
Titelseite eines SC-Bildbandes

Die für die Verfassungsschutzbehörden relevante Thematisierung der politischen Zielsetzung von SC erfolgte deutlich später und verlief seit 1993 höchst kontrovers. Schließlich beschloß die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 7. März 1996 unter anderem, fortlaufend zu prüfen, ob der Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes durch die Aktivitäten der Scientology-Organisation eröffnet ist. Mit den Ergebnissen dieser Prüfung will sich die Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Juli 1997 befassen. Die Ministerpräsidentenkonferenz erwartet dazu einen Abschlußbericht, der die Stellungnahmen der verschiedenen mit SC befaßten Fachministerkonferenzen zusammenführt. Für ihren Beitrag hierzu hat die Konferenz der Innenminister und -senatoren am 22. November 1996 zur Frage der Beobachtung der SC durch den Verfassungsschutz beschlossen:

"Die Innenminister und -senatoren halten es für notwendig, die Frage der Beobachtung der Scientology Organisation durch die Verfassungsschutzbehörden möglichst bald einer abschließenden Klärung zuzuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gebildet, die die Materialien und Erkenntnisse systematisch prüft und auswertet. Der Bund wird gebeten, sich mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe ist der Konferenz der Innenminister und -senatoren bis zu ihrer nächsten Sitzung vorzulegen."

Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen hat auf eine vollständige Auflistung des bei den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder vorhandenen Materials über SC hingearbeitet. Das vorhandene Material umfaßt ca. 10.000 Seiten. Hierbei sind allerdings die sog. HCO Policy Letters und HCO Bulletins, die für Scientologen verbindlichen vom Hubbard Communication Office herausgegebenen Handlungsanweisungen - insoweit sind allein 1.444 Titel nachgewiesen - seitenmäßig noch nicht berücksichtigt. Der Abschlußbericht wird sich u. a. mit den aktuellen, für die Verfassungsschutzbehörden relevanten Aktivitäten von SC befassen. Berücksichtigt werden die mehr als ein Dutzend 1996 von SC verbreiteten, aufwendig gestalteten Druckwerke, insbesondere das 833 Seiten starke Standardwerk "Was ist Scientology?",

das im freien Verkauf für 250 DM angeboten wird, im Zuge breit angelegter Public Relations-Kampagnen in hoher Auflage aber auch kostenlos, z. B. an öffentliche Stellen, verteilt wird. Publikationen wie



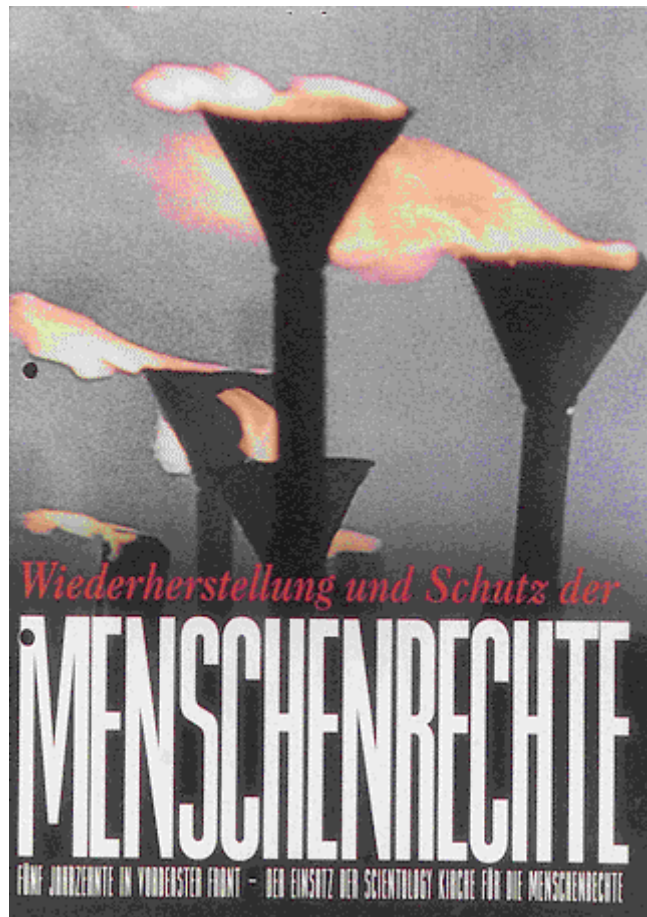
- "L. Ron Hubbard - Die Wiederentdeckung der menschlichen Seele",
- "Kunst als Propaganda gegen Juden und Scientologen",
- "Die Fakten hinter den Schlagzeilen",
- "Religiöse Apartheid 1996 - Unterdrückung von Grundrechten religiöser Minderheiten in Deutschland" und
- "Wiederherstellung und Schutz der Menschenrechte - Fünf Jahrzehnte in vorderster Front - Der Einsatz der Scientology-Kirche für die Menschenrechte"

sowie die über den SC-Verlag Freedom Publishing vertriebenen acht Gutachten "unabhängiger Wissenschaftler" aus sieben Ländern zur Frage, ob SC eine Religionsgemeinschaft ist, werden vorgestellt. Diese Publikationen vermitteln den Eindruck einer gezielten Strategie, SC als verfolgte religiöse Minderheit in der Öffentlichkeit erscheinen zu lassen.



Titelseiten von SC-Broschüren

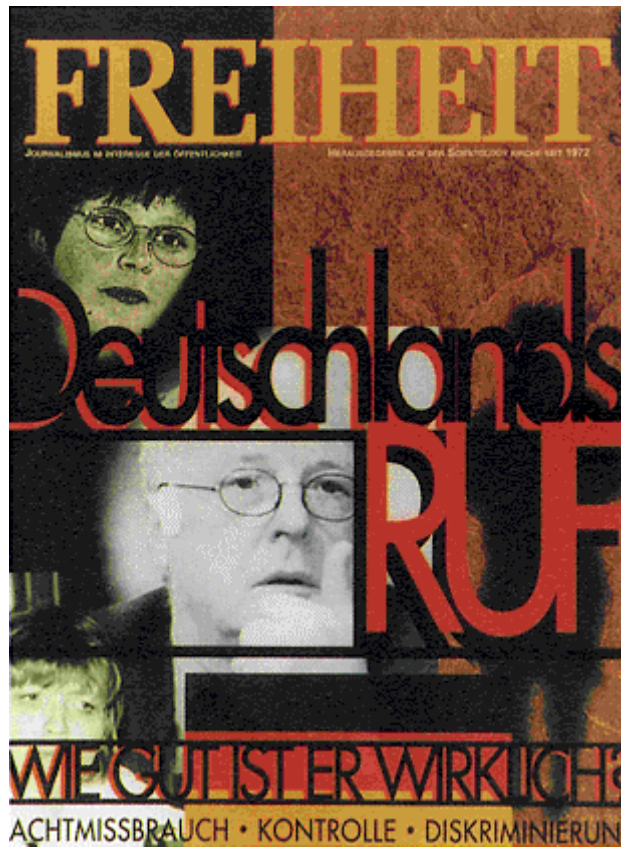
Dieser Eindruck gilt umso mehr, wenn man die von SC am 17. Oktober 1996 in den USA gestartete Anzeigenkampagne, z. B. in der New York Times, mitberücksichtigt. Nach 1994 und 1995 setzt SC erneut eine angebliche Diskriminierung der Scientology Organisation mit der Judenverfolgung des Nationalsozialismus in Deutschland gleich. Die Anzeigenkampagne in den USA und die sie in Deutschland begleitende Verteilung der Broschüre *"Kunst als Propaganda gegen Juden und Scientologen - Die Schatten der Vergangenheit im Deutschland der Gegenwart"* bestätigen, daß die Theorien und Zielvorgaben der Sekte und ihres Sektengründers Hubbard hinsichtlich des Umgangs mit Kritik und Kritikern auch in die Tat umgesetzt werden.



Gutachten: SC betreibt militante Demokratiekritik

Bereits in dem vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen SC-Gutachten des Politikwissenschaftlers Professor Dr. Jaschke waren das ausgeprägte Freund-Feind-Denken und die militante Demokratiekritik bei SC herausgearbeitet worden. Nach bereits im Jahre 1965 verfaßten Grundsatzpapieren Hubbards werden alle politischen Systeme, die sich kritisch mit SC auseinandersetzen, abgelehnt bzw. als Hindernis beim Erreichen scientologischer Glückseligkeit angesehen. Kritik an SC erlaubt nach der "Freiwild-These" der Scientologen, daß die von SC zu "unterdrückerischen" Personen erklärten Kritiker im scientologischen Sinne rechtlos und mit allen auch gewaltsamen Mitteln zu bekämpfen sind. Gegen jede Kritik kann SC sich abschotten, indem Personen zu "suppressive persons", Organisationen und Institutionen, aber auch konkurrierende oder kritische Ideen und Gedanken als "aberriert", also mit SC unvereinbar, erklärt werden. Versehen mit einer solchen Deklaration wird jedwede Form von Kritik ausgegrenzt oder ausgeschaltet.

Große Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dieser Kampagne der Scientology Organisation fand der offene Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl aus Dezember 1996, in dem Filmstars, Hollywoodregisseure, TV-Moderatoren, Schriftsteller und andere im International Herald Tribune vom 9. Januar 1997 erneut einen Vergleich ziehen zwischen der Judenverfolgung im Dritten Reich und einer Verfolgung von Scientologen in der Bundesrepublik Deutschland.



SC-Schrift "Freiheit" (Titelseite)

2 Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextremistische Parteien

2.1.1 Die Republikaner (REP)

Gründung

Landesverband NRW 1984

Bundesverband 1983

Sitz

Landesverband Geschäftsstelle in Senden bei Münster

Bundesverband Berlin

Vorsitzende

NRW Ursula Winkelsett

Bund Dr. Rolf Schlierer

Mitglieder

	1996	1995
NRW	ca. 1.700	ca. 1.700
Bund	ca. 15.000	ca. 17.000

Publikationen

Bundespartei "Der Republikaner", erschien 1996 wieder monatlich
Landesverband NRW "NRW-REPort", herausgegeben von der Landesvorsitzenden; erscheint vierteljährlich
Lokale Publikationen (z.B.)MK-REPort, Herne-REPort usw.

Internet

Die REP sind seit Herbst 1996 im Internet präsent. Die Internetadresse der REP-"Homepage" wurde am 19.10.96 vom "Nationalen Infotelefon Berlin" verbreitet.

Situation der REP auf Bundesebene

Nach dem Wiedereinzug in den Landtag Baden-Württemberg (9,1%) und Zugewinnen bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (3,5%) im März 1996 hat sich die Partei "Die Republikaner" (REP) wieder stabilisiert. Der Bundesvorsitzende Schlierer hat eine deutliche Mehrheit in der Partei hinter sich und versucht, die Partei personell, politisch und organisatorisch auf die Bundestagswahl 1998 vorzubereiten. Der Schlierer-Kurs einer klaren Abgrenzung von anderen rechtsextremistischen Parteien wird von dieser Mehrheit mitgetragen, ohne daß dies eine Absage an rechtsextremistische Inhalte und Positionen bedeutet.

Bundesparteitag 1996

Beim Bundesparteitag vom 4. bis 6. Oktober 1996 in Hannover unter dem Motto *"Unser Deutschland: Arbeit - Leistung - Wohlstand"* standen die Neuwahlen zum Bundesvorstand sowie Programm- und Satzungsänderungen im Mittelpunkt. Schlierer wurde mit 77% der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Sein Widersacher Dr. Rudolf Krause, ein erklärter Anhänger des ehemaligen Bundesvorsitzenden Schönhuber, hatte zuvor auf die erwartete Gegenkandidatur verzichtet. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wiedergewählt wurden unter anderem die NRW-Landesvorsitzende Winkelsett und ein REP-Funktionär aus Baden- Württemberg, der mehrfach mit rechtsextremistischen Aussagen von sich reden machte. Desweiteren wurden zwei Mitglieder des NRW-Landesverbandes zu Beisitzern im Bundesvorstand gewählt.

Schlierer hat seine Position auf dem Bundesparteitag weiter gefestigt. Alle von ihm vorgeschlagenen Stellvertreter wurden auch gewählt. Die bei den REP nach wie vor vorhandenen Befürworter einer "Vereinigten Rechten" haben einen weiteren Dämpfer hinnehmen müssen, stellen aber eine Minderheit, auf die Schlierer bei der innerparteilichen Machtbalance Rücksicht nehmen muß.

Eklat um die Mitgliedschaft von Ausländern bei den REP

Die NRW-Landesvorsitzende Winkelsett stellte den Antrag, im konkreten Einzelfall auch Ausländer, z.B. mit deutscher Muttersprache, in die Partei aufzunehmen. In der Begründung hieß es, daß auch der Landesverband NRW *"keine multikulturelle Partei Die Republikaner"* wolle und es sich um begründete Einzelfälle nach Entscheidung durch den Landesvorstand handeln solle. Dennoch löste der Antrag eine kontrovers geführte Debatte aus, bei der es zu tumultartigen Szenen kam. Mit Pfiffen und verbalen Unmutsäußerungen gegenüber dem zuvor gewählten Bundesvorstand machten sich die zahlreichen Antragsgegner bemerkbar. Kritisch wurde angemerkt, wenn ein Österreicher in die Partei eintreten wolle, solle er Deutscher werden. Nach Rücksprache mit Schlierer, der den Antrag zunächst unterstützt hatte, zog der NRW-Landesverband den Antrag zurück. Die hohe Emotionalität und Aggressivität der Diskussionsbeiträge lassen auf eine tief sitzende Ausländerfeindlichkeit der Parteibasis schließen, die sich hier an einem Antrag von eher marginaler Bedeutung entzündete.



Situation des Landesverbandes NRW - Innerparteiliche Machtverhältnisse

Innerhalb des Landesverbandes NRW schwelt weiterhin die Auseinandersetzung über die von Schlierer eingeschlagene Parteilinie, die vom Landesvorstand NRW nachhaltig unterstützt wird. Hinweise auf eine bestehende Opposition zum Landesvorstand ergaben sich z. B. aus der Verbreitung gefälschter Faxmitteilungen im Sommer 1996 und der ablehnenden Haltung von Teilen der Parteibasis gegenüber der geplanten REP- Mitgliedschaft von Ausländern. Diese auch durch persönliche Animositäten bedingte Opposition zum NRW-Landesvorstand konzentrierte sich insbesondere auf den Bezirksverband Ruhrgebiet.

NRW-Landesparteitag 1996

Am 31. August 1996 führte der REP-Landesverband NRW in Lüdenscheid seinen Landesparteitag als Mitgliedervollversammlung durch. Im Vordergrund des Parteitages standen die Nachwahlen von zehn Beisitzern im Landesvorstand sowie die geplante Auflösung des Bezirksverbandes Ruhrgebiet. Einer der nachgewählten Beisitzer ist der ehemalige Landesvorsitzende Uwe Goller.

Durch die vom Landesvorstand vorgeschlagene Neugliederung in 5 statt der bestehenden 6 Bezirksverbände sollte die Auflösung des mißliebigen Bezirksverbandes Ruhrgebiet beschlossen werden, den bereits die Kreisverbände Essen, Herne und Recklinghausen verlassen hatten. An der erforderlichen 2/3 Mehrheit fehlten nur wenige Stimmen. Der Landesvorstand versucht jetzt, die faktische Auflösung des Bezirksverbandes Ruhrgebiet zu erreichen, indem weitere Kreisverbände anderen Bezirksverbänden zugeschlagen werden.

Parteiorganisation und Parteiarbeit in NRW

Dem REP-Landesvorstand ist es bisher nicht gelungen, seine Untergliederungen zu konsolidieren bzw. die große Zahl von nahezu inaktiven Kreisverbänden zu reaktivieren. Seine Bemühungen um Stärkung seiner Strukturen werden vor allem deutlich an der geplanten bzw. bereits erfolgten Zusammenlegung von Kreisverbänden bzw. Neugliederung von Bezirksverbänden und der Verteilung von Propagandamaterial in hoher Auflage in Kreisen, *"die in den letzten Monaten (teilweise Jahren) durch Austritte von Funktionsträgern geschwächt wurden und über eine mangelnde Organisation verfügen"* (Rundschreiben der Landesvorsitzenden vom 21. April 1996).

Finanzen

Die Handlungsfähigkeit der REP ist erheblich von der Zahlung der Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien abhängig. Nach einem schmerzhaften Einnahmeausfall aus der staatlichen Parteienfinanzierung 1995 entspannte sich die Finanzsituation der gesamten Partei deutlich, nachdem sie 1996 rund 4,49 Mio. DM staatliche Mittel erhalten hatte. Daher konnten auch die Parteizeitung 1996 wieder regelmäßig herausgebracht und Verteilaktionen von Propagandamaterial finanziert werden. Gegenüber 1995 hat sich auch die finanzielle Lage des Landesverbandes NRW verbessert, wenn auch einzelne Untergliederungen nur über völlig unzureichende finanzielle Mittel verfügen.

Toller Wahlerfolg in Hessen

6,6% REPUBLIKANER

viertstärkste Partei!

Bald haben Sie keine Mark mehr!



Lösen Sie Seite 2: Mit dem EURO in den Ruin



Freitag 1997

REP

DIE REPUBLIKANER

Ort	Prozent
Offenbach	10,8 %
Wiesbaden	9,9 %
Biblis	14,8 %
Hanau	14,1 %
Dietzenbach	13,4 %
Eitville	12,8 %
Neustadt	16,4 %
Stadtallendorf	16,9 %

Wiesbaden, 18. Septemberbrunnen von bis zu 18,9 Prozent - Schon die REPUBLIKANER erneut über 200 Abgeordnete in die Rathäuser Hessens entsenden. Offensichtlich haben es die Deutschen saft, daß ihnen Bonner Politiker das Geld aus der Tasche ziehen, während jede Woche neue Pensionärskonten aufgedruckt werden.

Doch jetzt ist Schluss - jetzt erhalten Zahl & Co. die nötigen Dankablässe. Nach dem sensationellen Wahlerfolg 1996 in Baden-Württemberg

Arbeitslosigkeit erreicht Rekordhöhe!

Die Regierung schläft



Republikaner fordern: Jetzt müssen wir handeln!

NRW-Landesvorsitzende Uschi Winkelsett: „Wir brauchen eine neue Politik!“

Frau Winkelsett, warum haben so viele Menschen in Hessen die REPUBLIKANER gewählt?

Die Krise der alten Parteien kommt alle zugleich, SPD und CDU haben keine Lösungen für die Probleme der Zeit - und sind wehrlos bei den Problemen. Das erkennen immer mehr Bürger und wissen eine Alternative - die REPUBLIKANER.

Welche Chancen haben Sie für Ihre Partei in NRW?

NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland - in Deutschland. Hier werden Wähler gewonnen oder verloren. Die Menschen in Rhein- und Ruhr haben ein klares Gespür für politischen Wandel. Die Zustimmung zu unserer Partei ist groß und steigt nicht mehr. Wir sind optimistisch, denn ehemalige SPD-Wähler für uns gewonnen zu können. Die jetzige Koalition hat dazu geführt, daß wir REPUBLIKANER die große Arbeitsnehmerpartei (NAB) sind.

Wie beurteilen Sie Rutger-Diirix' Dasein?

Diese Koalition hat furchtbar schwer gearbeitet. Eine Politik, die Menschen gemeinsamen Nennern in diesem Zeitalter schafft nur die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Rut-Diirix betreibt eine Stückregime, es Lücken der Arbeitsmarkt Johannes Rau umgibt, was uns fast fertig. Wir brauchen eine neue Politik auch in Düsseldorf.



Uschi Winkelsett (35), NRW-Landesvorsitzende und abbaufähende Bundesvorsitzende der REPUBLIKANER, ist Mutter von vier Kindern und leidet an den Problemen der Familien in unserem Land.

Was kann man zukünftig von Ihnen in NRW erwarten?

Wir sind bereit, uns für die Interessen der Menschen in unserem Land einzusetzen. Wir machen keine Versprechungen, die wir nicht auch halten können. Wir machen Schritt mit Paragrafen, Dienstleistungszeit und Kollaboration. Aber unsere Aufmerksamkeit im Parlament wird dafür sorgen, daß sich schnell etwas verändert und sich Politik von SPD und CDU wieder daran orientieren, worin sie gescheitert sind und die Interessen der Bürger zu vertreten - und nicht ihre eigenen.

Rolf Schlierer

Seit zwei Jahren führt der 42jährige Arzt und Rechtsanwalt Dr. Rolf Schlierer die Bundespartei und ist gleichzeitig Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg.



Der Name Rolf Schlierer steht aber auch für politische Glaubwürdigkeit. Der Weg in der politischen Exilwelt hat es für Schlierer niemals gegeben und wird es niemals geben. Das ist zwar dem in dem Gründungsmitglied der REPUBLIKANER.

Eine Voraussetzung für die Gewährung staatlicher Mittel ist die Höhe der Eigenleistungen der Partei, z. B. in Form von Mitgliedsbeiträgen, Spenden oder Auslagenverzicht der Mitglieder. Der Bundesvorsitzende erinnerte im Rundschreiben vom 10. Juli 1996 daran, "daß die Partei die sog. 'selbsterwirtschafteten Eigeneinnahmen' durch Verzichtsspenden steigern muß". Wenn das Ergebnis von 1995 nicht mehr erreicht werden sollte (Bemessungsgrundlage ist die Zuwendung des Vorjahres), müsse die Partei für 1996 und bei den Abschlagszahlungen in 1997 mit erheblichen Einnahmeausfällen rechnen.

Mitgliederentwicklung

Der Mitgliederbestand des Bundesverbandes hat sich nach Aussage des Bundesvorsitzenden auf dem Bundesparteitag Anfang Oktober 1996 auf ca. 15.000 stabilisiert, nachdem die Partei in den vergangenen Jahren tausende Mitglieder verloren habe.

In NRW dürfte sich der Mitgliederbestand mit ca. 1.700 auf dem Niveau des Jahres 1995 gehalten haben. Die Mitgliederentwicklung wird vom Landesvorstand NRW als insgesamt positiv bewertet. Es gibt jedoch Hinweise auf einen weiterhin hohen Anteil von Mitgliedern, die keinen Beitrag zahlen. Sollte der Landesvorstand seine angekündigten Aktivitäten zum Ausschluß säumiger Beitragszahler durchführen, müßte dies eine drastische Verminderung des Mitgliederbestandes zur Folge haben.

Wichtigstes Agitationsfeld der REP in Bund und Land : Ausländerfeindlichkeit

Nachdem die REP in NRW in ihren Publikationen und Propagandamaterialien im allgemeinen mit extremistischen Äußerungen zurückhaltend waren, sind diese in jüngster Zeit wieder offener und aggressiver geworden. Für gesellschaftliche Mißstände werden direkt oder indirekt Ausländer verantwortlich gemacht, die Bewältigung gesellschaftlicher Krisensymptome wird pauschal auf Ausländerpolitik reduziert. So äußerte sich zum Beispiel im Frühjahr 1996 ein stellvertretender NRW-Landesvorsitzender im "MK-REPort", einem Rundschreiben des Kreisverbandes Mark: *"Wer immer auch eines der Probleme unseres Landes lösen will, muß sich der Ausländer-/Einwanderungspolitik widmen. Wer die sich aus der Masseneinwanderung ergebenden Probleme verniedlicht, betreibt bewußte Umvolkung!"*

Im "MK-REPort", Ausgabe III. Quartal 1996, wird unter der Überschrift *"Wie man das Aussterben der Deutschen beschleunigt"* bemängelt, Regierung und *"Altparteien"* würden *"... nichts für eine Familienförderung gegen die schleichende Einwanderung in unser Land unternehmen. Im Gegenteil: Das Stellen von bestem Wohnraum, hohe Sozialhilfeleistungen, Betreuung fast rund um die Uhr, Tolerierung von Autoanschaffungen in kürzester Zeit, übergroße Toleranz bei Straftaten, Strafen, die nur höhnisches Grinsen hervorrufen, Unterlassen von Abschiebungen usw. wirken wie ausgelegte Köder und locken immer mehr Menschen in unser bereits übervölkertes Land. Man gewinnt den Eindruck, als sei hier ein gigantischer Bevölkerungsaustausch im Gange! Warum nur machen die Politiker der Bonner Altparteien solches mit?"*

Auf dem Neujahrsempfang des Landesverbandes am 25. Januar 1997 in Essen hielt die NRW-Landesvorsitzende Winkelsett laut Presseerklärung vom 26. Januar 1997 eine *"sehr politisch gehaltene Neujahrsansprache"*. Darin wünschte sie sich deutsche Soldaten an unseren Grenzen mit dem Auftrag, *"Unrat"* von unserem Land fernzuhalten, der aus allen Himmelsrichtungen in unser Land *"geschleust"* werde. Da das Verb schleusen im aktuellen Sprachgebrauch in Bezug auf Menschen, nicht auf Sachen gebraucht wird, haben nicht wenige Teilnehmer des Neujahrsempfanges die Botschaft mitgenommen, es gelte, mit militärischer Hilfe menschlichen *"Unrat"* von unserem Land fernzuhalten. Die Landesvorsitzende bestreitet, diese menschenverachtende Deutung beabsichtigt zu haben. Tatsächlich kam es nach der Veranstaltung zu Protesten von Teilnehmern, die die Landesvorsitzende in eben diesem Sinne verstanden hatten. Der objektive Erklärungsinhalt wird nicht dadurch unerheblich, daß die Verfasserin möglicherweise etwas anderes zum Ausdruck bringen wollte.

Neues Agitationsfeld: Sozialabbau

Die REP griffen 1996 verstärkt Themen aus dem Bereich Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf und nutzten sie zur Agitation gegen Ausländer und gegen die demokratischen Parteien. Konsequenterweise wurden Vollbeschäftigung und sichere Renten von der Reduzierung des Ausländeranteils in Deutschland abhängig gemacht. Der Bundesvorsitzende Schlierer erklärte in seiner Rede auf dem Bundesparteitag 1996:

"Es geht nicht an, daß Arbeitnehmerrechte abgebaut werden, solange jedes Jahr Milliarden für nicht rückkehrwillige Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aus den Sozialkassen aufgebracht werden müssen. ... Wir rufen nicht 'Ausländer raus!', sondern wir sagen: Stopp der weiteren Massenzuwanderung. Wir machen nicht Ausländer für alles verantwortlich, sondern jene verantwortungslosen Politiker, die bis heute die Massenzuwanderung billigend in Kauf nehmen oder aber gezielt weitertreiben, um sich - frei nach Bert Brecht - in der Konsequenz ein neues Volk zu schaffen."

Im Herbst 1996 wurde die neu aufgelegte Werbezeitung der Bundespartei mit der Schlagzeile *"Ganz Deutschland kann wieder hoffen"* verbreitet. In allen Artikeln dieses Flugblatts wird zwischen Ausländern und den drängenden gesellschaftlichen Problemen ein Zusammenhang hergestellt. Die *"ungehemmte Zuwanderung"* von Ausländern wird für *"die damit verbundene steigende und chronische Arbeitslosigkeit"* und *"sich ständig erhöhende Kriminalität"* verantwortlich gemacht.

Ablehnung der Europäischen Union und des Euro

In den Äußerungen der REP finden sich zahlreiche nationalistisch begründete Befürchtungen und Forderungen. Das nationale Interesse wird als oberster Grundsatz staatlichen Handelns dargestellt und mit sozialen Themen verknüpft. Die REP treten für Deutschland als Nationalstaat ein und wenden sich vehement gegen die EU und die Einführung des Euro, indem nur die negativen Auswirkungen herausgestellt und zu einer Bedrohung aufgebauscht werden. Zwangsläufig ergänzen sich Ausländer- und Europafeindlichkeit in der Argumentation.

In der Ausgabe 7 - 8/1996 des Parteiorgans "Der Republikaner" lautete die Überschrift des Leitartikels *"Arbeit für Deutsche!"*. Der Bundesvorsitzende schrieb u.a. in seinem Bericht über eine REP-Demonstration am 16. Juni 1996 in Berlin:

"Allein 30.000 Bauarbeiter aus den Ländern der Europäischen Union und dazu noch einmal geschätzte 50.000 illegale Billiglohnarbeiter aus Osteuropa besetzen jene Arbeitsplätze, die für die einheimischen Arbeitslosen dringend benötigt werden ... Deshalb lautete eines der Transparente: Arbeit für Deutsche."

In seiner Rede auf dem Bundesparteitag - auszugsweise abgedruckt in "Der Republikaner" Nr. 10/96 - erklärte Schlierer :


"... Der Euro, dies wird immer deutlicher, wird für uns zur dritten Währungsreform, zu einem gigantischen Entschuldungsprogramm für den Staat und nicht zuletzt zu einem noch gigantischeren Vermögensvernichtungsprogramm für die Bürger. Ja zur DM - Nein zum Euro! Wir werden dieses Thema zu einem unserer Wahlkampfthemen 1997 und 1998 machen. ... Wir können nicht weiter Zahlmeister der EU und Sozialamt Mitteleuropas spielen, sondern wir müssen Prioritäten setzen. Prio-

ritäten, um den Sozialstaat zu retten. Die erste Priorität gilt dabei dem eigenen Volk."

Umstrittene Werbehilfe für die "Junge Freiheit"

Die REP-Landesvorsitzende Winkelsett stellte in ihrem Rundschreiben vom 27. September 1996 den Parteimitgliedern, die freiwillig ihren Jahresbeitrag von 120 DM auf mindestens 320 DM erhöhen, ein vom Landesverband finanziertes Jahresabonnement der Jungen Freiheit (JF) (siehe Nr. 2.5.1) als Prämie in Aussicht. Als finanzieller Anreiz wurde weiter ausgeführt: *"Alle Leistungen, welche die Spender einbringen, kosten sie in Wahrheit nur die Hälfte, denn das Finanzamt erstattet von jedem Beitrag, jeder Spende 50 % zurück."* Damit würde das Abonnement tatsächlich nur noch 100 DM für denjenigen kosten, der in seiner Steuererklärung diesen Betrag als Parteibeitrag oder Parteispende angibt. Der Bundesvorsitzende Schlierer warnte einige Wochen später dringend aus rechtlichen Gründen vor der Aktion.

**DIE
REPUBLIKANER**
- Die Landesvorsitzende NRW -



LV NRW, Postfach ~~1000000~~ Münster

Parteibüro
Postfach ~~1000000~~
~~10000~~ Münster
Tel. 0231 ~~1000000~~
FAX 0231 ~~1000000~~
D1: 0171 / ~~1000000~~
Kto.Nr. ~~1000000~~
Postgino Dortmund
BLZ 440 100 46

Prämie für Förderbeitrag 27. September 1996

Sehr geehrtes Mitglied,

der jährliche Regelbeitrag von DM 120,- deckt knapp jene Kosten, die für die Aufrechterhaltung der Parteiarbeit und Information der Mitglieder anfallen. Manche spendet neben seinem Beitrag noch in unregelmäßigen Abständen Sachleistungen oder Barmittel. Ohne diese Zuwendungen wäre manche Veranstaltung, manche wichtige Aktion nicht möglich gewesen.

Alle Leistungen, welche die Spender einbringen, kosten sie in Wahrheit nur die Hälfte, denn das Finanzamt erstattet von jedem Beitrag, jeder Spende 50 % zurück (max. DM 3.000,00 pro Jahr pro Person). Wer also einen Jahresbeitrag von z.B. DM 320,00 leistet, der zahlt tatsächlich nur DM 160,00 aus eigener Tasche.

Auch bislang schon haben einige Parteifreunde mehr als den Regelbeitrag geleistet. Um hierfür auch für alle anderen einen besonderen Anreiz zu schaffen, machen wir unseren Mitgliedern ein interessantes Angebot:

Wer bis zum 30. November 1996 seinen Beitrag auf mindestens DM 320,00 jährlich erhöht und voll einzahlt, der erhält als Prämie ein Jahresabonnement der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT!

Dies ist nicht nur ein Angebot, das der "rechten Sache" dient, es überzeugt auch kalte Rechner!

Entscheiden Sie sich noch heute und senden Sie den beigefügten Coupon mit Name, Anschrift und Angabe des neuen Betrags an uns zurück.

Mit freundlichem Gruß

Ulrich Winkelsett
Landesvorsitzende

☐

Ich,
(Vorname, Name) (P.Z) (Ort) (Straße, Nr)

erhöhe meinen Jahresbetrag auf DM 320,- (entrichte*) ihn bis zum 30.11.96 und

(bitte wahrliche ankreuzen) * Zahlungswiese wie bisher (Lastschrift / Überweisung)

erhalte dafür ein Jahresabonnement der Wochenzeitung Junge Freiheit als Prämie.

verschenke mein Jahresabonnement an
(Vorname, Name)

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift) (Anschrift)

Die REP und der französische Front National

Die REP haben seit jeher eine starke Affinität zum französischen Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen. Der FN wird wegen seiner Erfolge als Vorbild angesehen, zugleich scheuen die REP die offene rassistische Agitation des FN. Seit der Zeit einer gemeinsamen rechtsextremistischen Fraktion im Europa-Parlament 1989-1994 gibt es enge persönliche Kontakte zwischen Le Pen und dem früheren

REP-Parteivorsitzenden Schönhuber sowie dem früheren REP-Generalsekretär Neubauer, heute Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH). Direkte Kontakte zwischen Schlierer und Le Pen sind bisher nicht bekannt. An einem Treffen Le Pens mit den deutschen Rechtsextremisten Schönhuber, Dehoust und Neubauer am 11. und 12. Dezember 1996 in Straßburg beteiligte sich Schlierer demonstrativ nicht. Der FN beklagt seinerseits die starke Zersplitterung der deutschen rechts-extremistischen Parteien.

REP formieren sich zur Bundestagswahl 1998 - Ausblick

Parteispitze und Parteibasis sind sich einig in der Zielsetzung auf eine erfolgreiche Teilnahme an der Bundestagswahl 1998. Aus Sicht der REP geht es um das Überspringen der 5%-Hürde und um den Einzug in den Bundestag nach dem Modell Baden-Württemberg. Das gemeinsame Ziel überlagert derzeit alle Rivalitäten und eint die Partei hinter dem Parteivorsitzenden Schlierer. Auch die - eher marginalen - Auseinandersetzungen im REP-Landesverband NRW werden vor den Wahlen kaum eskalieren. Die Ausgangsbedingungen für die REP sind günstig. Für die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl bedarf es keiner Unterschriftenaktionen. Die Vertretung im Landtag Baden-Württemberg ermöglicht bundesweit die Aufstellung von Landeslisten. Die Parteiorganisation und die finanzielle Lage haben sich stabilisiert. Insbesondere die verschärfte Arbeitslosigkeit und die Diskussion über Sozialabbau liefern den REP neue Anknüpfungspunkte für ihre Agitation gegen Ausländer. So werden im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl von den REP in NRW Themen genannt, *"die den Bürgern unter den Nägeln brennen, nämlich der stattfindende Sozialabbau, die organisierte Kriminalität sowie das Finanz- und Schuldenchaos bei Bund, Ländern und Gemeinden"*.

2.1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung 1964

Sitz

NRW Bochum-Wattenscheid

Bund Stuttgart

Vorsitzende

NRW Udo Holtmann

Bund Udo Voigt

Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 600	ca. 600
Bund	ca. 3.500	ca. 4.000

Publikationen Deutsche Stimme; erscheint monatlich; Auflage: ca. 35.000
Deutsche Zukunft-Landesspiegel NRW; erscheint monatlich; Auflage: ca. 4.000

Dortmunder Stimmen; Schrift des NPD-Kreisverbandes Dortmund, erscheint vierteljährlich, Auflage: 500

Internet seit März 1996

Entwicklung und Situation der NPD auf Bundesebene

Der auf dem Bundesparteitag am 23. März 1996 neu gewählte NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hat sich gegen die anfangs starke innerparteiliche Opposition der Anhänger seines Vorgängers Deckert durchgesetzt. Voigt hat die revisionistische Agitation seines Vorgängers zurückgestellt und betreibt stattdessen einen kämpferischen Aktionismus, um die NPD als handlungs- und bündnisfähige Partei wiederzubeleben. Dies bedeutet nicht den Verzicht auf bekannte Agitationsthemen der NPD aus dem Bereich des Revisionismus, sondern eine breite politische Neuorientierung in offener Gegnerschaft zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die neue Bündnispolitik der NPD schließt bewußt auch Neonazis ein.

Die künftige Strategie der Partei hat der neue Bundesvorsitzende folgendermaßen umrissen: *"Von nun an muß es in der ganzen politischen Arbeit nur noch die NPD geben, die mit ganzer Kraft darum kämpft, den Etablierten die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, mit einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das alte System hinweg zu fegen und wieder ernsthaft die politische Macht- und Führungsfrage stellt. Dazu bedarf es eines neuen 'Wir-Gefühls',... welches sich in der Zusammenarbeit mit anderen Nationalen auf diese überträgt ..."* (Führungsrundschreiben 1/96, 9. April 1996).

Organisation

Die NPD gliedert sich in 15 Landesverbände; Berlin und Brandenburg bilden einen gemeinsamen Landesverband. Der nordrhein-westfälische Landesverband verfügt über 54 Kreisverbände, die unterschiedlich aktiv sind. Die seit Jahren rückläufige Mitgliederentwicklung der NPD konnte zunächst aufgehalten werden. Der Rückgang der Mitgliederzahl auf Bundesebene beruht auf Karteibereinigungen.

Vergebliche Bündnisbemühungen

Die NPD unterstützte 1996 die rechtsextremistischen Bündnisbemühungen in Form von "Runden Tischen". Auf dem Bundesparteitag am 23. März 1996 wurde beschlossen, eine gemeinsame Wahlplattform der nationalen Rechten unter Einbeziehung von DVU, REP und DLVH zu schaffen. Unter dem Namen "Bündnis Deutschland" will die NPD zur nächsten Bundestagswahl eine einheitliche Liste aufstellen. Dieses Vorhaben ist nahezu aussichtslos. Die REP haben bereits reagiert und *"jede Annäherung, jede Absprache und jede andere Form von Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen"* abgelehnt.

Das Projekt bundesweiter verschiedener "Runder Tische" ist inzwischen versandet. Ohne REP hat das Projekt keine Perspektive. Die DLVH, die neben der NPD die "Runden Tische" vorangetrieben hatte, steht selbst vor der Auflösung und kann keine neuen Impulse mehr geben. In NRW trägt der NPD-Landesverband den im Oktober 1995 gegründeten "Förderkreis Bündnis Deutschland" mit. In der 2. Jahreshälfte 1996 gab es keine Aktivitäten mehr.

NPD öffnet sich für Neonazis

Der Bundesvorsitzende Voigt setzt auf eine Öffnung der NPD gegenüber Neonazis. Die NPD toleriert Kontakte von JN-Mitgliedern zum neonazistischen Spektrum und nimmt Neonazis als Mitglieder in die Partei auf. Im August 1996 nahmen die JN mit Billigung und Unterstützung des NPD-Bundesvorstands an den Vorbereitungen und an der Durchführung der Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen teil. NPD/JN-Mitglieder arbeiteten erstmals eng mit dem "Aktionskomitee Rudolf Heß" zusammen. Der JN-Bundesvorsitzende hielt bei der Neonazi-Kundgebung in Worms eine Ansprache.



Deutschlandtreffen in Bonn

Nach ihrem letzten zentralen Deutschlandtreffen am 3. Oktober 1992 in Arnstadt (Thüringen) mit rund 1.000 Teilnehmern hatte die NPD 1996 nach Bonn eingeladen. An der Veranstaltung am 3. Oktober 1996 auf dem Münsterplatz nahmen nur ca. 150 Personen teil. Das Versammlungsverbot des Polizeipräsidenten Bonn wurde kurzfristig vom Verwaltungsgericht Köln aufgehoben. Auffällig war - im Gegensatz zu früheren Jahren - die überwiegende Zahl jüngerer Teilnehmer im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die Reden wurden massiv durch Gegendemonstranten mit Trillerpfeifen und Sirenen gestört. Starke Polizeikräfte konnten größere Ausschreitungen verhindern.

Bundesparteitag beschließt neues Grundsatzerprogramm

Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 7./8. Dezember 1996 in Oherl/Niedersachsen wurde auf der Grundlage eines Entwurfs der Programmkommission ein neues Parteiprogramm verabschiedet, das das Parteiprogramm von 1987 ablöst.

Das neue Programm spricht sich gegen Fremdherrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung aus und lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Dies deutet auf eine national- revolutionäre/befreiungsnationalistische Orientierung hin.

Mit dem neuen Parteiprogramm und einer verstärkten Problematisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen versucht die NPD ein augenfälligeres, unverwechselbares Profil in der rechtsextremistischen Szene zu gewinnen. In dem neuen Parteiprogramm - wie auch schon in den 1992 beschlossenen "Nationaldemokratischen Leitlinien Deutschland 2000" - wird besonders ein völkisch-kollektivistischer Ansatz erkennbar, wenn es etwa heißt, die "Volksherrschaft" setze die "Volksgemeinschaft" voraus.

Es ist erkennbar, daß die NPD unterschiedliche rechtsextremistische Grundmuster zu bündeln sucht, um so der Partei eine programmatische Grundlage zur Sammlung der *"nationalen Kräfte"* zu geben. Als gemeinsamer Nenner wird ein *"lebensrichtiges Menschenbild"* propagiert, das seine Grundlage in einer angeblichen *"natürlichen Ungleichheit"* der Menschen hat.



NPD im Internet

Einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit sieht Voigt in der Darstellung der Partei in den "Neuen Medien". Nachdem die Nationaldemokraten seit Jahren in T-Online (früher: Btx bzw. Datex-J) vertreten waren, stellte die NPD seit März 1996 als erste deutsche rechtsextremistische Partei Beiträge im Internet ein. Unter dem Motto "Unser Grundsatz: Dem Feind entgegentreten" forderte sie unter anderem "Schluß mit der Überfremdung Deutschlands, mit der kapitalistischen Ausbeutung und mit der antideutschen Vergangenheitsbewältigung". Außerdem wurden die Bezugsquellen rechtsextremistischer Publikationen genannt, Nationale Info-Telefone und Mailboxen aufgelistet und auf weitere Beiträge zum Thema "Nationalismus im Internet" verwiesen. Das Internet-Angebot der NPD mit seinen vielfältigen Verweisungen und Links zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Publikationen war und ist ein typisches Beispiel für die aktuelle informationelle Vernetzung im rechtsextremistischen Lager.

Auf Einladung der NPD und der JN fand am 20. und 21. Juli 1996 in Augsburg der 1. Nationale Internet-Kongreß statt. Auch Betreiber mehrerer Thule-Mailboxen waren angereist. Neben dem Austausch von Informationen war ein Hauptziel des Kongresses die Koordinierung bereits vorhandener *"nationaler"* Seiten im Internet. Zur Intensivierung ihres Internet-Projektes gründete die Partei einen *"Arbeitskreis Internet"*. Ein zweiter Internet-Kongreß folgte im November 1996.

Ausblick 1997

Unter ihrem neuen Vorsitzenden Voigt und durch den Aufwärtstrend der NPD- Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ist das Selbstbewußtsein der Partei gestiegen. Die von Voigt für die NPD propagierte Führungsrolle im rechts-extremistischen Parteienspektrum zeugt allerdings von Selbstüberschätzung der Partei. Offensichtlich jedoch ist der Versuch der NPD, eine Integration von neonazistischen Kreisen in die Partei zu bewirken und so dem neonazistischen Spektrum eine parteipolitische Fundierung zu geben. Ob die Partei hierbei erfolgreich sein wird, erscheint angesichts der Querelen sowie der Uneinigkeit im rechtsextremistischen Lager eher zweifelhaft. Insofern ist auch offen, ob sich die NPD allein oder mit anderen an der Bundestagswahl 1998 beteiligen kann oder wird. Ein Zusammenwirken mit den REP ist jedenfalls auszuschließen. Nicht auszuschließen ist eine indirekte Unterstützung der REP durch einen Wahlverzicht der NPD.

Förderkreis Bündnis Deutschland / Runde Tische von Rechtsextremisten

1996 war vor allem die erstarkte NPD Träger der "Runden Tische". Einfluß und Aktivitäten der DLVH (siehe Nr. 2.1.4.) gingen zunehmend zurück. REP-Mitglieder, die sich an "Runden Tischen" beteiligten, waren bereits 1995 von ihrer Partei abgemahnt oder ausgeschlossen worden. Der Förderkreis war im Oktober 1995 von Mitgliedern der DLVH, der REP, der NPD, der "Freiheitlichen", des "Aufbruch '94" und der DVU gegründet worden. Er hatte die Aufgabe, die von den "Runden Tischen" begonnene Bündnispolitik vorwärts zu treiben. In einer Selbstdarstellung bezeichnet er sich als notwendige Ergänzung zur bestehenden *"rechten Szene"* in NRW: *"... Unter Beibehaltung einer vorerst lockeren Struktur dient unsere Arbeit der Vernetzung und Koordination rechter Politik und der Geschlossenheit demokratischer Patrioten"*. Von der Publikation "Forum Bündnis Deutschland", die mit einer Auflage von rund 5.000 unregelmäßig erschien, kamen 1996 nur zwei Ausgaben heraus.

Veranstaltungen der "Runden Tische"

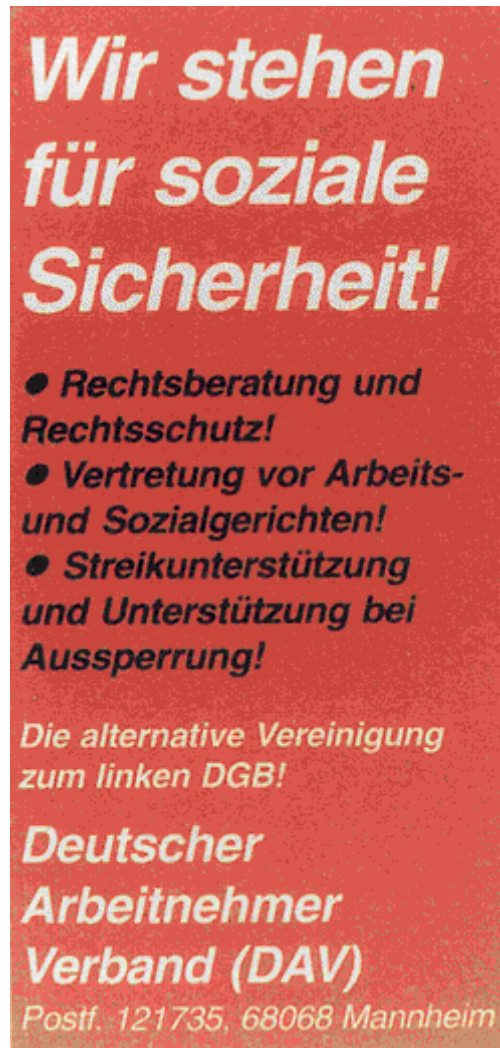
Die erste Veranstaltung im Jahr 1996 fand am 2. März in Mülheim an der Ruhr unter der Bezeichnung *"Erster Runder Tisch im Ruhrgebiet"* statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 170 Personen teil, unter ihnen Angehörige der NPD, der DLVH und der DVU. Als Referent trat der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber auf. Auf der zweiten Veranstaltung am 22. Juni 1996 in Krefeld war der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechttersheimer Gastredner.

Ausblick / Bewertung

Das parteipolitisch orientierte rechtsextremistische Lager in NRW konzentriert sich im wesentlichen auf REP und NPD. Damit sinken die Chancen für parteiübergreifende Bündnisbemühungen. Mit einer Kooperation zwischen REP und NPD ist bis auf weiteres nicht zu rechnen. Die "Runden Tische" sind zunächst am Ende.

Deutscher Arbeitnehmer-Verband e.V. (DAV)

Seit Jahren wird der DAV intensiv durch die NPD beeinflusst. Führungspositionen im Bundesvorstand, der seinen Sitz in Marl/Westfalen hat, sind von NPD-Mitgliedern bzw. ehemaligen NPD-Mitgliedern besetzt. Regionaler Schwerpunkt des DAV ist Nordrhein- Westfalen. Von den bundesweit über 2.000 Mitgliedern sind etwa zwei Drittel im Rentenalter. Die DAV-Publikation "Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung" (DAZ) erscheint zweimonatlich.



DAV-Anzeige

Der DAV wurde 1952 in Marl als "Verband der Bergmannsversorgungsschein-Inhaber" (BVSI-Verband) gegründet und 1960 in "Bergarbeiter-Verband" (BAV) umbenannt. Um auch Arbeitnehmer aus anderen Industriebereichen aufnehmen zu können, wurde die Bezeichnung 1972 in "Deutscher Arbeitnehmer-Verband" (DAV) geändert.

2.1.3 Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung

Landesverband NRW 11. Februar 1989

Bund 5. März 1987

Sitz

NRW	Hamm
Bund	München

Vorsitzende

NRW	Hans-Dieter Wiegräfe
Bund	Dr. Gerhard Frey

Mitglieder

	1996	1995
NRW	ca. 2.300	ca. 3.000
Bund	ca. 15.000	ca. 15.000

Publikationen

Deutsche National-Zeitung (DNZ); Auflage: rund 35.000; erscheint wöchentlich

Deutsche Wochen-Zeitung / Deutscher Anzeiger (DWZ/DA); Auflage: rund 21.000; erscheint wöchentlich

Die Partei wurde im März 1987 in München auf Initiative Dr. Frey's unter Einbeziehung des bereits seit 1971 bestehenden Vereins "Deutsche Volksunion e.V." als Wahlpartei "DVU Liste-D" gegründet. Die Umbenennung in Deutsche Volksunion (DVU) fand im Februar 1991 durch Satzungsänderung statt.

Organisation

Die DVU ist bundesweit in 15 Landesverbänden organisiert. Sie tritt in Nordrhein-Westfalen nicht durch Teilnahme an Wahlen in Erscheinung. Die Politik der Partei kommt ausschließlich in den Wochenzeitungen ihres Bundesvorsitzenden Dr. Frey zum Ausdruck, der seine Partei streng zentralistisch, dirigistisch und autoritär führt.

Finanzen

Einnahmen der Partei sind nach ihrer Finanzordnung Mitgliedsbeiträge, Sammlungen und Spenden. Tatsächlich finanziert sich die DVU im wesentlichen durch den Zeitungskonzern ihres Bundesvorsitzenden. Für Dr. Frey stellt der Verkauf seiner Wochenzeitungen eine wichtige Einnahmequelle dar. In diesen betreibt er massiv Werbung für Bücher, Münzen, Medaillen, Schallplatten und Videokassetten mit politischem Inhalt, die über seinen "Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH" (FZ-Verlag) bezogen werden können. In der Vergangenheit hat sich die DVU, insbesondere in Norddeutschland, nur an Wahlen beteiligt, wenn sie mit einer staatlichen Parteienfinanzierung rechnen konnte.

Neues Kooperationsangebot der DVU

Im Juni 1996 erklärte der DVU-Bundesvorsitzende die Bereitschaft seiner Partei, mit *"allen demokratischen nationalen Rechten"* zusammenzuarbeiten. Das berichteten seine Zeitungen Deutsche National-Zeitung (DNZ) und Deutsche Wochen-

Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) am 21. Juni 1996 unter der Überschrift *"Einheit der Rechten"*. Trennungslinien seien zu ziehen gegenüber *"NS-Zirkeln"*, die zu Kriminalisierung und Verbot führen würden, sowie gegenüber chronischen Querulanten, die schon sämtliche Rechtsparteien durchlaufen und überall nur Schaden angerichtet hätten. Das Kooperationsangebot richtet sich an die REP und die NPD. Eine Zusammenarbeit mit der DLVH schließt Frey mit der Bemerkung über *"chronische Querulanten"* erneut aus. Allerdings sind weder REP noch NPD auf das Kooperationsangebot eingegangen.

Noch im September 1995 hatte der DVU-Bundesvorsitzende die im Juli 1995 verabschiedeten Abgrenzungsbeschlüsse bestätigt, indem er erklärte, zur DVU gebe es keine Alternative.

Mit dem Kooperationsangebot vom Juni 1996 will die DVU auf ihre (partei-)politische Existenz aufmerksam machen. Offenbar ist sie besorgt, wenig beachtet und - etwa für Wahlabsprachen - nicht gebraucht zu werden.

Agitation

Allein aus dem Parteiprogramm der DVU, das bewußt allgemein gehalten ist, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, ist die rechtsextremistische Grundhaltung nicht ohne weiteres erkennbar. Die Partei tritt mit Parolen wie *"Deutschland soll deutsch bleiben"*, *"Deutschland zuerst"* und *"Gleichberechtigung für Deutschland"* dafür ein, den Ausländeranteil zu begrenzen, den *"zunehmenden Ausländerstrom"* nach Deutschland zu stoppen und die *"Zuweisung von Kollektivschuld und Kollektivverantwortung an die Deutschen"* einzustellen.



Die rechtsextremistische Grundhaltung der DVU wird sehr viel deutlicher an dem Inhalt ihrer publizistischen Sprachrohre DNZ und DWZ/DA, die im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Frey erscheinen. Beide Blätter greifen regelmäßig Tages-themen auf und führen nationalistisch und rassistisch geprägte Kampagnen durch, die sich vor allem gegen Asylbewerber und sonstige Minderheiten richten. Dabei wird der Eindruck erweckt, bei den Zuwanderern - mit Ausnahme der Aussiedler - handle es sich vornehmlich um Asylbetrüger, Kriminelle und Schmarotzer. Unverkennbar steht die massive fremdenfeindliche Propaganda im Gegensatz zur verbalen Distanzierung der Partei von Gewaltaktionen gegen Ausländer.

Darüber hinaus zeigt sich in den durchweg negativ geprägten Aussagen zu den Themen "Juden" und "Israel" der mit einer starken Personalisierung der Vorwürfe verbundene latente Antisemitismus der DVU. Zudem versucht Freys Presse, die NS-Verbrechen auch dadurch zu relativieren, indem sie dem nationalsozialisti-

schen Holocaust permanent das von anderen Völkern angeblich begangene Unrecht gegenüberstellt. Das ständige Aufrechnen nationalsozialistischer Untaten dient indes nicht der historischen Wahrheitsfindung, sondern ergibt in der Gesamtschau eine systematische Verharmlosung und Beschönigung bis hin zur Leugnung der Verbrechen des Dritten Reiches.

Das aktuelle Hauptziel der Agitation stellt - neben der ständigen Polemik gegen die EU, insbesondere gegen den Vertrag von Maastricht - das auf der Mitwirkung von Parteien beruhende politische System der Bundesrepublik Deutschland dar. Hier ist unter anderem die Rede von der *"Mißwirtschaft des Bonner Machtkartells"*, von der *"Unfähigkeit"* der *"abgewirtschafteten"* Volksvertreter sowie von den *"abgeschlafenen Bonzen quer durch alle Altparteien"*, die in einer *"infernalen Lust am Untergang"* ungerührt den *"Totalausverkauf des Landes"* betrieben.

DVU-Jahresversammlung

Bei ihrer Veranstaltung am 28. September 1996 in der Passauer Nibelungenhalle präsentierte sich die DVU vordergründig *"multikulturell"*. Indianer traten in vollem Federschmuck auf, segneten die DVU und ihren Vorsitzenden. Der Afroamerikaner Dr. Robert Brock plädierte für die Gleichberechtigung der Schwarzen. Der Vorsitzende der "Liberaldemokratischen Partei Rußlands" (LDPR), Wladimir Schirinowsky, ließ schriftlich mitteilen: *"Ich grüße aus Moskau die deutschen Nationalgesinnten"*. Den "Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung" erhielt der Rechtsextremist Jürgen Rieger (siehe Nr. 2.2.6) aus Hamburg.

2.1.4 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Gründung als Partei

Bund	3. Oktober 1991
Landesverband NRW	26. Oktober 1991

Parteienstatus abgelegt

19. Oktober 1996

Sitz

Bund	Villingen-Schwenningen
------	------------------------

Vorsitzende

Bund	Harald Neubauer, Jürgen Schützing, Ingo Stawitz (inzwischen auch NPD-Mitglied)
------	--

Mitglieder

	1996	1995
NRW	ca. 140	ca. 160
Bund	ca. 800	ca. 900

Publikation

"Rhein-Ruhr-Blitz, Nationale Zeitung für Nordrhein-Westfalen - Vereinigt mit den DomSpitzen"; 1996 nicht erschienen

Die DLVH wurde als Partei am 3. Oktober 1991 von Mitgliedern der Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte (DA), einem Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder der REP, der NPD und der DVU, gegründet. Sie verstand sich als Sammlungsbewegung "*aller nationalen Kräfte*". Im April 1996 beschloß der Bundesvorstand, die DLVH zukünftig als Verein weiterzuführen.

Durch die DLVH-Mitglieder und Herausgeber der Publikation "Nation & Europa" (siehe Nr. 2.5.6), Peter Dehoust und Harald Neubauer, besteht eine personelle Verflechtung mit der "Neuen Rechten", die aber programmatisch keine Auswirkung hat.

Bundesparteitag und Kongreß zur "*rechten Einheit*"

Der 4. ordentliche und damit letzte Bundesparteitag am 19. Oktober 1996 im mittelfränkischen Pfofeld beschloß die Umwandlung der Partei in einen Verein. Seitdem fanden auf Bundesebene nur unregelmäßig Vorstandssitzungen statt. Ausschlaggebend für die Auflösung als Partei war zuletzt das schlechte Abschneiden der DLVH bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März 1996.

Ein "*Kongreß zur rechten Einheit*" mit Schönhuber als Hauptredner fand am 20. Oktober 1996 statt; als Veranstalter firmierten die DLVH, die "Nation-Europa-Freunde" (siehe Nr. 2.5.6) und die "Freundeskreise Franz Schönhuber".

DLVH in NRW

In NRW waren 1996 kaum Aktivitäten der DLVH zu verzeichnen. Die Mitglieder konzentrierten ihre Kräfte auf den Förderkreis Bündnis Deutschland / Runde Tische NRW (siehe Nr. 2.1.2), der in der 2. Jahreshälfte 1996 keine Aktivitäten mehr entfaltete. Im August 1996 beschloß der Landesverband Nordrhein-Westfalen auch formell, seine Arbeit einzustellen. Aktivitäten auf Landesebene gab es danach nicht mehr.

Nennenswerte Reste der DLVH befinden sich in NRW nur in Köln. Dort treffen sich DLVH-Mitglieder regelmäßig zu politischen Stammtischen.

Wertung / Ausblick

Das Projekt einer Einigung von Rechtsextremisten durch die DLVH ist gescheitert. Offiziell will die DLVH nun mit der Umwandlung in einen Verein ihren Mitglieder die Möglichkeit eröffnen, sich anderen politisch nahestehenden Parteien anzuschließen, um so die Einheit der Rechten voranzutreiben. Die maßgeblichen Funktionäre werden wahrscheinlich nach anderen politischen Betätigungsmöglichkeiten - vor allem bei der NPD und den REP - suchen. Voraussichtlich wird die DLVH weiter an Bedeutung verlieren.

2.2 Neonazismus

2.2.1 Neonazi-Szene ohne klare Strukturen

Bis zu den Verboten neonazistischer Organisationen seit 1992 waren die deutschen Neonazis organisatorisch klar strukturiert. Die Bezüge innerhalb der Organisationen, die Rivalitäten zwischen den Organisationen und im Einzelfall die Zusammenarbeit von Organisationen prägten im wesentlichen das Bild. Die Neonazi-

Organisationen wurden von Bundes- und Landesvorsitzenden, Vorständen, einzelnen Beauftragten oder sonstigen Gremien gelenkt. Aus dieser klaren Strukturierung folgte zwangsläufig ein gewisses Maß an interner Kontrolle und Aufsicht, andererseits entwickelte sich bei besonders aggressiven Gruppen, wie z.B. der Nationalistischen Front (NF) des Meinolf Schönborn, auch die Gefahr von politisch organisierter Gewalt.

Spätestens seit dem Verbot der neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) im Jahre 1995 hat sich die klare Strukturierung der traditionellen Neonazis weitgehend aufgelöst. Es ist eine Neonazi-Szene entstanden, die nur schwach strukturiert ist. Hiervon ausgenommen sind die Jungen Nationaldemokraten, die sich ideologisch den Neonazis stark angenähert haben. Die meisten traditionellen Neonazis gehören irgendwelchen lockeren örtlichen Zusammenschlüssen von Gesinnungsgenossen an, die z. T. eher Cliques ähneln. Etliche Mitläufer sammeln sich um einige Aktivisten, die sie als Führungsfiguren akzeptieren. Die Gemeinsamkeiten bestehen im wesentlichen in einer diffusen Ausländerfeindlichkeit, Aktionismus, potentieller Gewaltbereitschaft und einem ausgeprägten Haß gegen die Polizei und das "System". Bei den meisten Mitläufern ist nur ein schwach ausgeprägtes politisches Bewußtsein vorhanden. Teilweise gibt es Überschneidungen zur Skinheadszene, wie z.B. bei der Sauerländer Aktionsfront (SAF) oder bei der Neonazi-Szene in Essen und Umgebung.

Lose örtliche Zusammenschlüsse von Neonazis sind festzustellen in Köln, im Kreis Aachen, in Düsseldorf, im Bergischen Land, in Duisburg, Essen, Dortmund, im Kreis Recklinghausen, im Sauerland und dem Rhein-Sieg-Kreis. Bei den führenden Personen der örtlichen Zusammenschlüsse handelt es sich im wesentlichen um ehemalige Angehörige der FAP. Nicht alle örtlichen Neonazi-Szenen unterhalten regelmäßige überörtliche Kontakte. Dies hängt im wesentlichen vom Engagement und von den persönlichen Bezügen der jeweiligen Führungsfiguren ab. Erkennbare Organisationsstrukturen werden teilweise kurzfristig und anlaßbezogen, wie z.B. für die Rudolf-Heß-Aktionen, gebildet. Die maßgeblichen Impulse für die bundesweite Neonazi-Szene werden durch die persönlichen Kontakte und Beziehungen von 30-50 Aktivisten bestimmt.

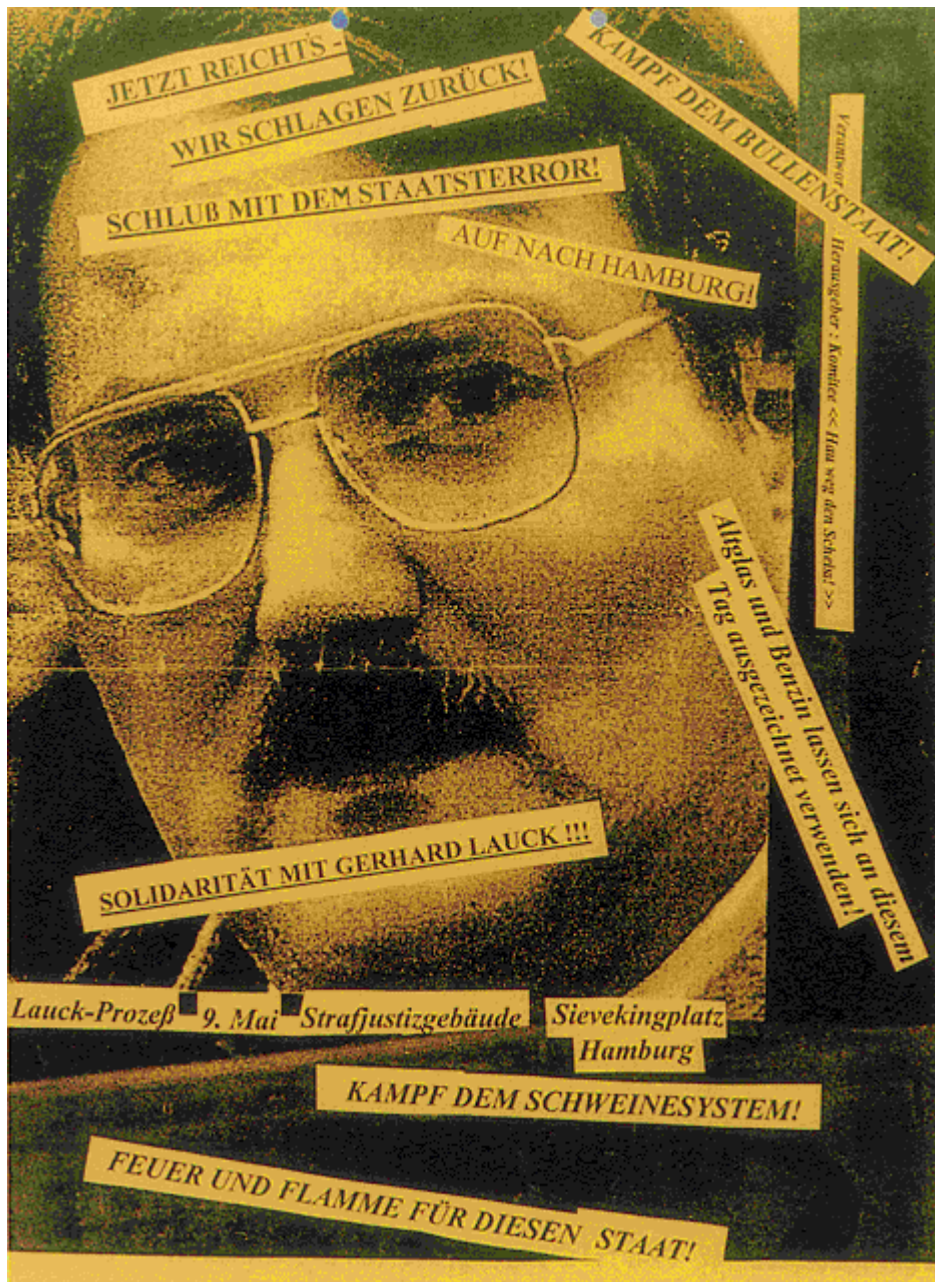
In NRW haben sich an dieser überörtlichen Vernetzung der Neonazi-Szene insbesondere Aktivisten der Sauerländer Aktionsfront (SAF) beteiligt. Die Schwerpunkte dieser Neonazis aus NRW lagen 1996 insbesondere

- in der Zusammenarbeit mit niederländischen Neonazis,
- bei der Beteiligung an bundesweiten Aktionen (z.B. dem Neonaziaufmarsch in Worms zum Todestag von Rudolf-Heß),
- in der Beteiligung an Anti-Antifa-Aktivitäten.

Die Neonazi-Szene erschien 1996 zahlenmäßig und organisatorisch geschwächt, Aggressivität und die Feindschaft gegenüber dem Staat sind jedoch gestiegen. Ursachen sind vor allem die konsequenten und harten staatlichen Maßnahmen gegen die Neonazis und ihre Organisationen und jede fehlende Organisationsdisziplin. Im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ist die Neonazi-Szene in NRW politisch relativ bedeutungslos. Allerdings sind die Neonazis viel unberechenbarer geworden.

2.2.1.1 Zusammenarbeit deutscher und niederländischer Neonazis

Die sich seit Mitte 1995 abzeichnende enge Zusammenarbeit zwischen Neonazis aus NRW und Gesinnungsgenossen aus den Niederlanden hat sich in 1996 verfestigt. So fanden 1996 in den Niederlanden am 30. März in Echt und in Leerdam gemeinsame Kundgebungen und am 2. und 9. November in Rotterdam bzw. in Schiedam gemeinsame Saalveranstaltungen deutscher und niederländischer Neonazis statt. Deutsche und niederländische Neonazis arbeiteten in dem fünf-köpfigen "Koordinationsausschuß Europa der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO) unter Leitung des niederländischen Neonazis Eite Homan zusammen.



Homan's Kontakte zur deutschen Neonazi-Szene bestehen schon seit der aktiven Zeit des 1991 verstorbenen deutschen Neonazi-Führers Michael Kühnen. Als "europäischer Statthalter" des US-amerikanischen NSDAP/AO-Chefs Gary Rex Lauck

arbeitet Homan auch mit Aktivisten der Sauerländer Aktionsfront (SAF) zusammen.

Der "Koordinierungsausschuß Europa" der NSDAP/AO gab zur Prozeßeröffnung gegen Lauck am 9. Mai 1996 vor dem Landgericht Hamburg im April 1996 eine Sonderausgabe der NSDAP/AO-Publikation "NS-Kampfruf" (Nr. 116 März/April) heraus und rief zu Militanz und Gewalt auf: ... *Die Zeit für den aktiven Befreiungskampf ist reif. Nur eines möchten wir klarstellen: Laßt die Asylantenheime in Ruhe! Unser Hauptfeind ist das System ... Unsere Feinde, in erster Linie die Büttel der Systemjustiz... Nationalsozialisten! Kameraden! Zeigt dem Staat und seinen Schergen, daß ihr euch nicht nur wie bisher zur Wehr setzt, sondern von nun an zum Angriff übergehen werdet*".

Von diesem Aufruf distanzieren sich deutsche Neonazis. Das "Nationale Info-Telefon Hamburg" vom 9. Mai 1996 erklärte, daß *"die wilden Aufrufe zur Gewalt im 'NS- Kampfruf' ... die Arbeit gewaltfreier Gruppen diskreditiert und Repressionsmaßnahmen des Staates erleichtert"* hätten.

2.2.1.2 Rudolf-Heß-Aktionen und andere Aktivitäten

Bereits im Vorfeld des 9. Todestages von Rudolf Heß plante ein *"Aktionskomitee Rudolf Heß"* aus führenden Neonazis und Jungen Nationaldemokraten (JN) einen zentralen Aufmarsch und die Öffentlichkeitsarbeit unter streng konspirativen Bedingungen. Ziele waren:

- "a) den Staat lächerlich zu machen*
- b) enorme Kosten zu verursachen*
- c) die Justiz zu entlarven*
- d) die Öffentlichkeit zu erreichen"*.

Am 17. August 1996 führten Neonazis in Worms eine Kundgebung durch, an der sich rund 200 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten. Für Worms hatten sich die Veranstalter kurzfristig entschieden und die anreisenden Teilnehmer entsprechend über Mobiltelefone dirigiert. Etliche Teilnehmer wurden von der Polizei an der Anfahrt nach Worms gehindert. Die Polizei löste die Veranstaltung in Worms auf und nahm 160 Neonazis in Gewahrsam, darunter 28 Personen aus NRW.

Mit Billigung und Unterstützung der NPD-Parteiführung beteiligten sich die JN 1996 erstmals an Vorbereitung und Durchführung der Heß-Gedenkaktivitäten. Das Medienecho blieb begrenzt. Dennoch wertete die Neonazi-Szene die Aktion als Erfolg.

In Merseburg (Sachsen-Anhalt) formierten sich am gleichen Tag etwa 120 Personen zu einem Demonstrationzug, der sich aber nach 10 Minuten wieder auflöste.



Heß-Gedenkaktion in Worms im August 1996

Ijzerbedevaart in Belgien

Rechtsextremisten aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligten sich am 24. und 25. August 1996 an der alljährlich zum Gedenken der im 1. Weltkrieg gefallenen flämischen Soldaten stattfindenden Ijzerbedevaart im belgischen Diksmuide. Im Vorfeld des traditionellen internationalen "Kameradschaftstreffens" wurden am Vorabend 24 Deutsche von der belgischen Polizei in Gewahrsam genommen und des Landes verwiesen. Unter den etwa 150 angereisten Deutschen befanden sich auch ehemalige Funktionäre der verbotenen FAP, etliche Neonazis sowie der JN-Bundvorsitzende.

Zusammenarbeit mit dänischen Neonazis

Die langjährigen guten Kontakte zwischen deutschen und dänischen Neonazis wurden auch 1996 gepflegt. Eine deutsche Delegation aus Aktivisten der Neonazi-Szene aus NRW und Berlin nahm an der Sommersonnenwendfeier der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) am 22. Juni 1996 in Kopenhagen teil. Eine politische Zusammenarbeit z. B. durch gemeinsame Aktionen war nicht festzustellen.

2.2.1.3 Anti-Antifa-Aktivitäten

Bei der Anti-Antifa-Kampagne handelt es sich nicht um eine rechtsextremistische Organisation, sondern um eine politische Strategie von Neonazis für Maßnahmen zunächst gegen ihre politischen Gegner. Initiator der Kampagne war im Frühjahr 1992 der Hamburger Neonazi Christian Worch. Auslöser der Anti-Antifa-Kampagne waren die sich 1992 häufenden tätlichen Angriffe autonomer "Linker" auf Neonazis.

Ziel der Kampagne war von Beginn an die Sammlung von Daten politischer Gegner sowie die Veröffentlichung von Personalien (Namen, Anschriften, Familienverhältnisse usw.) und Treffpunkten, verbunden mit der meist indirekten Aufforderung, Gewalt gegen diese Personen anzuwenden. Entsprechende Gewalttaten gab es höchst selten. 1996 wurden keine bekannt.

Von Juli bis September 1996 gab es im Thule-Mailboxnetz eine Serie von Bekanntmachungen über "*linke*" Einrichtungen oder Personen. Die Veröffentlichungen in diesem geschlossenen Netz für Rechtsextremisten waren teilweise mit Kommentaren versehen: "*Sie müssen wissen, was es heißt sich gegen Nationalisten zu stellen!*" "*Die Adressen sind nicht dafür da, dass sie gelöscht werden,*

sondern das ihr damit umgeht!!!" "Danke für die weiteren Zusagen, die Parasiten aus dem Dunkel zu ziehen. Wie kriegen sie ALLE!"

Im Herbst 1996 wurde die gleiche Adressenliste unter der Überschrift *"Organisationen gegen Deutschland"* auf der Thule-Homepage ins Internet eingestellt, allerdings ohne die Kommentare.

An einer Variante der Anti-Antifa-Kampagne arbeiteten deutsche und niederländische Neonazis 1996 unter Anleitung des Niederländers Eite Homan. Deutsche Gesinnungsgenossen sammelten Daten über Angehörige deutscher Sicherheitsbehörden, um sie später zu veröffentlichen. Im September 1996 wurden in enger Zusammenarbeit mit niederländischen Behörden die Drahtzieher dieser Aktion - darunter vier aus Nordrhein-Westfalen - zeitgleich vom Verfassungsschutz offen angesprochen und vor weiteren Ausspähungsaktivitäten gewarnt.

2.2.1.4 Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung (BBZ) und Westdeutsche Volkszeitung (WVZ)

Seit Mai 1996 gibt es ein bundesweites Zeitungsprojekt deutscher Neonazis, das in Berlin vornehmlich von ehemaligen Aktivisten der verbotenen FAP betrieben wird. Die "Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung" (BBZ) und ihre Regionalausgaben werden von einer kleinen Redaktion geplant und hergestellt. In NRW erscheint die "Westdeutsche Volkszeitung" (WVZ), von der 1996 die Ausgaben April/Mai, Juni/Juli, August/ September und November/Dezember herausgegeben wurden. Die anderen Regionalausgaben heißen:

- "Junges Franken"
- "Neue Thüringer Zeitung"
- "Süddeutsche Allgemeine Zeitung"
- "Mitteldeutsche Rundschau".

Mit der WVZ und den anderen Regionalausgaben der BBZ verfügt die bundesdeutsche Neonazi-Szene über eine in überörtlicher Zusammenarbeit erstellte, professionell aufgemachte Publikation. Die hauptverantwortlichen Redakteure werden unterstützt von den jeweiligen Herausgebern der Regionalausgaben.



Schwerpunkt: Soziale Themen

Auffallend an diesem neuen Zeitungsprojekt ist die inhaltliche Verlagerung der Themenfelder, mit der sich die Neonazi-Szene auseinandersetzt. War früher die Agitation gegen Juden, Linke und Ausländer der Normalfall, befaßt sich das BBZ-Projekt u.a. mit der *"sozialen Frage als Dreh- und Angelpunkt zukünftiger politischer Entwicklungen und Veränderungen"*. Die Arbeitslosigkeit und die von ihr ausgehenden Ängste werden von den Herausgebern in den Vordergrund gestellt, weil sie hoffen, damit mehr Interessenten gewinnen zu können.

Selbstverständnis

Mit dem Zeitungsverbund wollen die Herausgeber ein Forum für rechtsextremistische Organisationen und Meinungen bieten. Zum Selbstverständnis heißt es in der April/Mai- Ausgabe der WVZ unter der Überschrift *"Dem Meinungsmonopol entgegentreten"*: *"Die nationale Opposition muß sich ihre eigene Öffentlichkeit schaffen ... Die Nationalen müssen sich von der unbegründeten Hoffnung trennen, über die etablierte Presse authentische Inhalte vermitteln zu wollen. Sie müssen sich vielmehr für den steinigere Weg entscheiden, eigene Nachrichtenträger aufzubauen und andere Kommunikationswege zu eröffnen. Dies ist mit den im nationalen Medienverband erscheinenden Zeitungen 'der nationalen Erneuerung' in Angriff genommen worden."*

Das Zeitungsprojekt stockt

Die Arbeit an dem Zeitungsprojekt geriet in der zweiten Jahreshälfte 1996 ins Stocken. Teilweise verzögerte sich das Erscheinen der BBZ und ihrer Regionalausgaben, unter anderem wegen der dünnen Personaldecke der Redaktion, der ungeklärten Finanzsituation des Gesamtprojektes BBZ, dessen Kosten durch den freien Verkauf nicht gedeckt werden können, und durch Exekutivmaßnahmen und Gerichtsverfahren gegen die beiden verantwortlichen Redakteure in Berlin. So wurden am 7. September 1996 in Hochheim (Main-Taunus-Kreis) eine Redaktionsversammlung von der Polizei aufgelöst und schriftliche Unterlagen sichergestellt. Die Verurteilung einiger Redakteure zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung hat offensichtlich dazu geführt, daß bislang im Jahre 1997 keine Ausgabe der BBZ oder einer ihrer Regionalausgaben erschien.

lassen (Heß-Gedenkveranstaltungen) und einzelnen Projekten (siehe Nr. 2.2.1.3 und 2.2.1.4) zusammen.

Die Kooperation der traditionellen Neonazis mit den JN ist eine wichtige Voraussetzung, um angesichts der personellen Schwäche der gesamten Neonazi-Szene überörtlich handlungsfähig zu bleiben. Bedenklich ist in einzelnen Regionen eine Vermischung von zum Teil gewaltorientierten Neonazis und JN, vor allem durch Eintritt früherer FAP-Mitglieder in die JN.

2.2.2 Verbotene Neonazi-Organisationen

Seit 1992 wurden folgende neonazistische Organisationen verboten:

Nationalistische Front (NF)	27.11.1992
Deutsche Alternative (DA)	10.12.1992
Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	21.12.1992
Nationale Offensive (NO)	22.12.1992
Nationaler Block (NB)	11.06.1993
Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	14.07.1993
Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	02.09.1993
Wiking Jugend (WJ)	10.11.1994
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	24.02.1995
Nationale Liste (NL)	24.02.1995
Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	05.05.1995
Skinheads Allgäu	30.07.1996

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) - verboten -

Ehemalige Mitglieder bzw. Sympathisanten der verbotenen FAP, hier insbesondere des ehemaligen Kreisverbandes Essen, kommen weiterhin regelmäßig in ihren Trefflokale zusammen. Der ehemalige Landesvorsitzende NRW der FAP, Siegfried Borchardt aus Dortmund, unterhält weiterhin engen Kontakt zu führenden Neonazis auf Bundesebene und arbeitete im "Aktionskomitee Rudolf Heß" an den Vorbereitungen der Heß-Gedenkveranstaltung 1996 mit.

Nationalistische Front (NF) - verboten -

Der ehemalige Vorsitzende der verbotenen Nationalistischen Front (NF), Meinolf Schönborn, hat seine Haftstrafe am 4. November 1996 angetreten. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte am 6. August 1996 das Urteil des Landgerichts Dortmund gegen ihn bestätigt. Das Landgericht Dortmund hatte Schönborn im November 1995 zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und drei Monaten ohne

Bewährung verurteilt, weil er die NF trotz des Verbotes in ihren Strukturen aufrechterhalten und rechtsextremistisches Propagandamaterial verbreitet hatte.

Seit dem Verbot der NF im November 1992 ist der Einfluß von Schönborn in der Neonazi-Szene nachhaltig zurückgegangen. Die Verurteilung im November 1995 hat bei Schönborn und seinen Anhängern Resignation ausgelöst. Er ist politisch am Ende. Seit Juli 1996 steht das Haus in Detmold-Pivitsheide (ehemaliges NF-Zentrum) zum Verkauf an.

Exekutivmaßnahmen gegen die Neonazi-Szene in NRW

Bei einer Gruppierung im Kreis Recklinghausen mit der Bezeichnung "Kameradschaft Recklinghausen" wurden am 16. Februar 1996 und am 24. April 1996 insgesamt 69 Objekte durchsucht. Umfangreiches Beweismaterial (verbotene Neonazi-Propaganda, Schriften, Waffen, militärische Ausrüstungsgegenstände etc.) wurden sichergestellt. Der Kern der Gruppierung von etwa 10 Personen gehörte zuvor der rechtsextremistischen "Unabhängigen Wählergruppe" Recklinghausen bzw. der personengleichen "Deutsche Liste Herten" an, die sich im Kreis Recklinghausen und in der Gemeinde Recklinghausen als Wählergemeinschaft an den NRW-Kommunalwahlen 1994 beteiligt hatte.

2.2.3 Junge Nationaldemokraten (JN)

Gründung 1969

Sitz

NRW Bochum-Wattenscheid

Bund Bochum-Wattenscheid

Vorsitzende

NRW Achim Ezer

Bund Holger Apfe

Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 80	ca. 40
Bund	ca. 200	ca. 150

Publikationen "Einheit und Kampf - Das systemalternative Nachrichtenmagazin"; erscheint vierteljährlich; Auflage: ca. 1.300
 "Der Aktivist - Nationalistisches Infoblatt"; erscheint unregelmäßig; Auflage: ca. 1.000

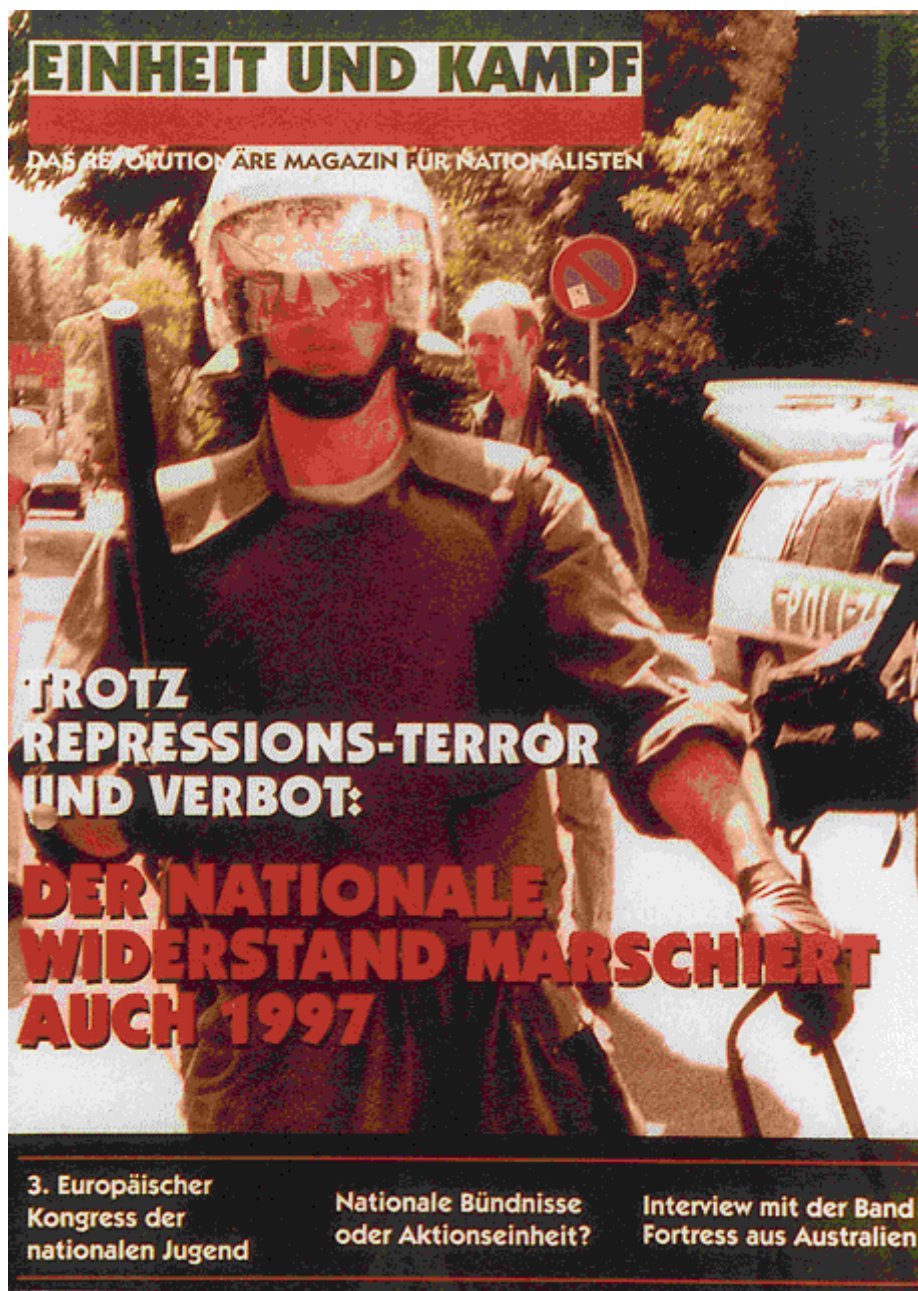
Internet JN-Köln u.a.

Mitgliederentwicklung

Die neonazistische Ausrichtung der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) hat 1996 zugenommen. Sie sind das bedeutendste Sammelbe-

cken für Neonazis aus verbotenen Organisationen. Die Kooperation mit traditionellen Neonazis wird von der NPD-Spitze gebilligt und wird auch von rivalisierenden JN-Flügeln bejaht.

Die JN-Mitgliederzahl stieg 1996 gegenüber dem Vorjahr von 150 auf rund 200 an. Der nordrhein-westfälische JN-Landesverband konnte seine Mitgliederzahl gegenüber 1995 sogar von 40 auf 80 verdoppeln. Er zählt zu den mitgliederstärksten JN-Landesverbänden. Der Mitgliederzuwachs ist vor allem auf die Aufnahme von Neonazis aus verbotenen neonazistischen Organisationen zurückzuführen. Etwa die Hälfte der JN-Mitglieder in NRW gehört der NPD an. Nach dem JN-Statut sollten JN-Mitglieder auch NPD-Mitglieder sein. Die Vorsitzenden der JN und Mitglieder, die das 27. Lebensjahr vollendet haben, müssen Mitglied der NPD sein bzw. werden.



Der JN-Bundesvorsitzende, Holger Apfel, beschreibt diese Entwicklung in der JN-Zeitschrift "Einheit und Kampf" Nr. 15/Februar 1996: *"Nun haben wohl aber gerade*

auch die Vereins- und Organisationsverbote der letzten Jahre ihren Beitrag dazu geleistet, daß die JN eine der wenigen verbliebenen organisierten Gruppen sind und somit in ihrem Bereich nahezu konkurrenzlos. Die willkürlichen Verbote haben den nationalen Widerstand zusammenrücken lassen."

Umstrukturierung zu einer Kaderorganisation

Am 25./26. Mai 1996 fand in Leipzig der 25. ordentliche Bundeskongreß der JN statt. An der Veranstaltung, die unter dem Motto *"Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national"* stand, nahmen ca. 150 Personen teil. Der Bundesvorsitzende Holger Apfel aus Niedersachsen wurde in seinem Amt bestätigt. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Achim Ezer wurde als stellvertretender Vorsitzender in den Bundesvorstand gewählt. Gastredner waren der NPD-Parteivorsitzende Voigt und der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner REP. Angenommen wurde ein Leitantrag des JN-Bundesvorstandes zur Umstrukturierung der JN zu einer Kaderorganisation. Die Entwicklung zum *"Kader"* verläuft danach über die Stufen: Mitgliedsanwärter, Mitglied/Aktivist, Kaderanwärter, Kader. Zum Kader heißt es unter anderem: *"Er ordnet seine persönlichen Interessen der Organisation unter und ist zu größten Opfern für die Organisation und die Interessen des Volkes bereit."*

Die Entwicklung zur Kaderorganisation erfolgt offenbar mit Zustimmung oder Duldung der NPD.

Die JN sehen sich derzeit in der Führungsrolle des neonazistischen Lagers. Nach Apfel haben die JN die *"Meinungsführerschaft"* im *"nationalen Lager"* übernommen und sich von einer eher unselbständigen Jugendorganisation der NPD zu einer selbständigen Kaderbewegung entwickelt. Die JN verstehen sich als *"junge Nationalisten"* und systemkritisch. Sie wollen sich verstärkt sozial- und wirtschaftspolitischen Themen zuwenden.

Ideologie der JN

Die ideologischen Fundamente der JN bilden ein *"Thesenpapier"* von 1991 und die *"Jugendpolitischen Leitlinien"* von 1995.

In dem Thesenpapier bekennen sich die JN zur Ideologie, zur Zielsetzung und zum Programm der Mutterpartei NPD, artikulieren sich aber zum Teil wesentlich aggressiver. Sie lehnen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ab und wollen die Gesellschaft durch eine Revolution zu einer völkischen Solidargemeinschaft umstrukturieren (*"Thesenpapier"*, 1991).



Völkisch-kollektivistische Elemente ziehen sich auch durch die "Jugendpolitischen Leitlinien", in denen es vordergründig um das Wohl der Jugend geht. Unausgesprochen wird eine Unterordnung des Einzelnen unter das Wohl der Volksgemeinschaft gefordert.

Publikation "Einheit und Kampf"

Die JN-Publikation "Einheit und Kampf" (EuK) entwickelte sich 1996 zunehmend zu einem neonazistischen Szeneblatt. So bot zum Beispiel die Ausgabe Nr. 16/96 dem Neonazi Meinolf Schönborn, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen neonazistischen NF, eine Plattform zur Verbreitung seiner politischen Vorstellungen. Dort heißt es u.a.: *"Schönborn will keine verbesserte Bundesrepublik, sondern das Deutsche Reich! Das billige Anbieten und Agieren der Rechtsparteien, die auf*

Parlamentarismus setzen und glauben, das System würde sie mitmachen lassen, lehnt er entschieden ab. ... "

Besetzung eines stillgelegten Förderturms in Marl

Am 4. Mai 1996 besetzten JN-Angehörige einen stillgelegten Förderturm der Zeche Auguste Victoria in Marl. Bei der Aktion wurden Transparente gezeigt u. a. mit der Aufschrift *"Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer"* und *"Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national"*, jeweils versehen mit dem Logo der JN. Vorher wurde in der Wohngegend in der Nähe des Förderturms Propagandamaterial der NPD/JN verteilt. Die Aktion wurde zum Teil von einem Spiegel-TV Kamerateam gefilmt.

Beteiligung der JN an Heß-Gedenkaktionen

Mit Billigung und Unterstützung der NPD-Parteiführung beteiligten sich die JN 1996 erstmals an Vorbereitung und Durchführung der Heß-Gedenkaktivitäten. Der JN-Bundesvorsitzende, Holger Apfel, hielt bei der zentralen Veranstaltung in Worms die Hauptrede (siehe Nr. 2.2.1.2). Parallel zu dieser Veranstaltung fand in Merseburg (Sachsen-Anhalt) eine kleine Demonstration statt, an der sich auch einige JN-Aktivistinnen beteiligten. Die Durchführung von zwei parallelen Veranstaltungen ist Ausdruck JN-interner Differenzen über die Strategie bei den Heß-Gedenkveranstaltungen.

JN-Europakongreß

Am 14. September 1996 führten die JN in Groß-Rosenburg (Sachsen-Anhalt) den 3. Europäischen Kongreß der Jugend unter dem Motto *"Europas Wiedergeburt durch den Befreiungsnationalismus der Völker"* durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 300 Personen u.a. aus Deutschland, Österreich, Belgien, Irland, den Niederlanden, Frankreich und Italien teil.

Ausblick 1997

Festzustellen ist, daß die JN im neonazistischen Lager an Einfluß gewonnen haben. Dennoch ist ihr propagierter Anspruch auf Meinungsführerschaft überzogen. In einigen Regionen laufen die JN Gefahr, durch die Aufnahme von Neonazisten ihr Selbstverständnis als Jugendorganisation der NPD zu beeinträchtigen. Bisher trennten die JN und die traditionellen Neonazisten ein unterschiedliches Organisationsverständnis. Diese Unterschiede beginnen sich zu verwischen.

Uneinigkeit innerhalb der JN ließen die Auseinandersetzungen hinsichtlich der richtigen Strategie bei den Heß-Gedenkaktionen erkennen. Ob die von den JN angestrebte Führungsrolle im *"nationalen Lager"* erzielt werden kann, muß im Hinblick auf die offensichtlichen Querelen untereinander angezweifelt werden. Ihre Ideologie und die fehlende Abgrenzung zu den traditionellen Neonazisten lassen die JN als neonazistische Organisation erscheinen.

2.2.4 Sauerländer Aktionsfront (SAF)

Entstehung 1991

Schwerpunkte Hochsauerlandkreis, Kreis Siegen, Kreis Olpe

Anhänger ca. 60

Publikation Freie Stimme; erscheint unregelmäßig; Auflage: ca. 2.000

Nach dem Verbot der FAP im Februar 1995 ist die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) - neben den JN (siehe Nr. 2.2.3) - die in Nordrhein-Westfalen bedeutendste neonazistische Gruppierung. Die im Hochsauerland agierende SAF entstand 1991 aus mehreren Skinheadgruppen ohne Strukturen im vereins- oder parteirechtlichen Sinn. Der Kreis ihrer Aktivisten ist zum Teil personengleich mit ehemaligen Angehörigen der verbotenen FAP des Hochsauerlandkreises/Kreis Siegen.

Die SAF stellt einige Aktivisten der bundesdeutschen Neonazi-Szene, die 1996 in alle wesentlichen Aktivitäten eingebunden waren.

In dem seit 1994 unregelmäßig erscheinenden SAF-Organ "Freie Stimme" wurde in der Ausgabe 10-11/1996 in einem Beitrag mit der Überschrift *"Der Kampf wird härter - Gedanken zum eigenen Verhalten"* zum Kampf gegen das herrschende System aufgefordert: *"Wollen wir den Kampf aufnehmen, dann muß dies kompromißlos auf allen nur erdenklichen Ebenen und in allen Lebensbereichen erfolgen"*.

Aktivisten der SAF geben die Fanzines (Skinhead-Publikationen) "Fälischer Beobachter", "Moonstomp" und "Siegener Bärenruf" heraus (siehe Nr. 2.3).

Nationales Info-Telefon Sauerland

Im Rahmen der Vorbereitungen der Heß-Gedenkveranstaltungen 1996 richtete ein SAF- Aktivist das "Info-Telefon Sauerland" ein. Nach dem Ende dieser Veranstaltungen im August 1996 war das NIT-Sauerland nicht mehr in Betrieb.

Gedenkveranstaltung für SAF-Gründer

Am 3. August 1996 fand in Bad Berleburg-Arfeld/Kreis Siegen die jährliche Gedenkveranstaltung anlässlich des Todestages des (1992 tödlich verunglückten) SAF- Gründers statt. Es nahmen etwa 60 Personen des neonazistischen Spektrums - überwiegend aus Nordrhein-Westfalen - teil, darunter auch Neonazis aus den Niederlanden sowie ehemalige Angehörige der verbotenen FAP. In verschiedenen Ansprachen wurde u.a. dazu aufgefordert, die europäische Vernetzung weiter voranzutreiben und sich öffentlich zum Nationalsozialismus zu bekennen. Außerdem wurde zu Aktionen anlässlich des Rudolf-Heß-Gedenkens am 17. August 1996 aufgerufen.



2.2.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Gründung	1979	
Sitz	Frankfurt/Main	
Vorsitzende	Ursula Müller, Mainz	
Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 70	ca. 70
Bund	ca. 300	ca. 300
Publikation	"Nachrichten der HNG"; erscheint monatlich; Auflage: ca. 400	

Die HNG ist eine bundesweit agierende Organisation der Neonazi-Szene. Ihr Ziel war und ist die materielle und ideelle Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen/innen. Die Mitgliedschaft in der HNG gehört für Neonazis zum guten Ton und dient auch zur Kontaktpflege auf den Jahreshauptversammlungen. Ein politisches Eigenleben entwickelt die HNG nicht. Seit 1991 wird die HNG von Ursula Müller aus Mainz geleitet, die auf der Jahreshauptversammlung am 9. März 1996 in Bad

Dürkheim für weitere drei Jahre in diesem Amt bestätigt wurde. An der Veranstaltung nahmen 150 bis 160 Personen aus Deutschland, Holland und Österreich teil.

In der Publikation "Nachrichten der HNG" werden regelmäßig eine Gefangenensliste und Briefe Gefangener veröffentlicht sowie Briefkontakte vermittelt. Zu den Aktivitäten der HNG gehörten 1996 mehrere Solidaritätsaufrufe für den angeblich "politisch verfolgten" Leiter der NSDAP/AO, Gary Rex Lauck, der vom 9. Mai bis zum 28. August 1996 in Hamburg vor Gericht stand (siehe Nr. 2.2.8). In den HNG-Nachrichten vom Februar und März 1996 wurde dazu aufgefordert, Lauck im Gefängnis zu besuchen und an den Gerichtsverhandlungen teilzunehmen: "Der Besuch des Lauck-Prozesses durch Leute der rechten Szene bedeutet auch, den Antifas die Schranken ihrer Einschüchterungen und ihres Terrors aufzuzeigen."



2.2.6 Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.

Gründung	1951
Sitz	Berlin Geschäftsstelle Hamburg
Vorsitzender	Jürgen Rieger
Mitglieder	
NRW	40
Bund	100-200
Publikation	Nordische Zeitung; erscheint vierteljährlich
Internet	Nordische Zeitung erscheint auch als Internetausgabe

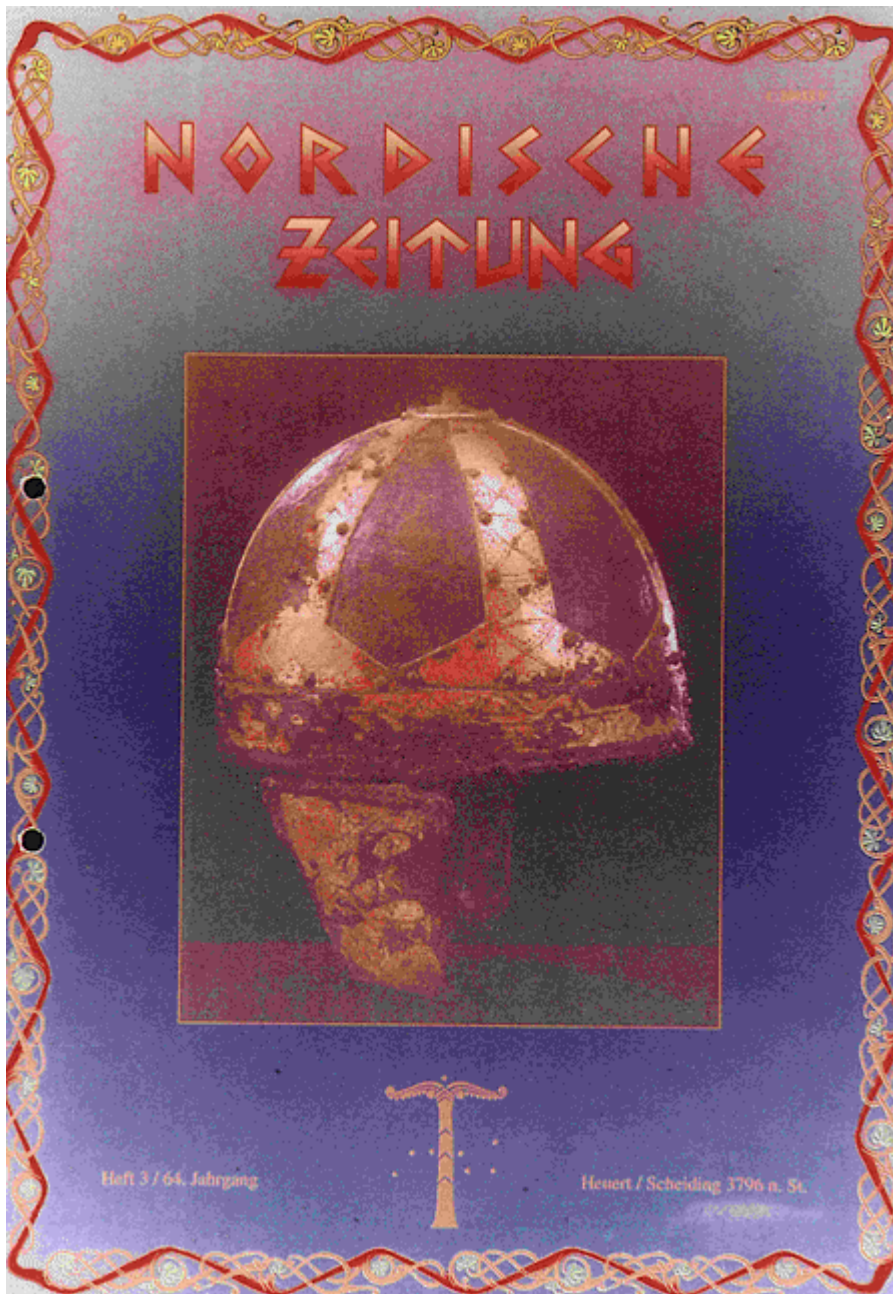
Am 1. August 1951 wurde in Göttingen "Die Artgemeinschaft e.V." mit Sitz Berlin gegründet. Sie geht zurück auf eine Vorläuferorganisation aus der NS-Zeit. Die Verwaltung der "Artgemeinschaft" ist am Wohnort des Vorsitzenden, Jürgen Rieger, in Hamburg angesiedelt. Rieger ist Vorsitzender bzw. Führungsperson weiterer rassistisch und heidnisch geprägter Kultur- und Weltanschauungsvereine, wie z.B. der rechtsextremistischen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV) und des "Nordischen Rings" (NR). Die GfbAEV und der NR vertreten rassistische Thesen und richten sich entschieden gegen die *"Rassenmischung"*.

In den letzten Jahren hat die "Artgemeinschaft" ihre Aktivitäten in NRW gesteigert.

Rechtsextremistische Vernetzung

Die "Artgemeinschaft" ist eine rechtsextremistische Vereinigung, die strukturell mit rechtsextremistischen Organisationen vernetzt ist.

Das neuheidnische Weltanschauungsgebilde wird benutzt, um rechtsextremistisches Gedankengut gesellschaftspolitisch umzusetzen. An den Veranstaltungen der "Artgemeinschaft" nehmen überwiegend Angehörige der Neonazi-Szene teil.

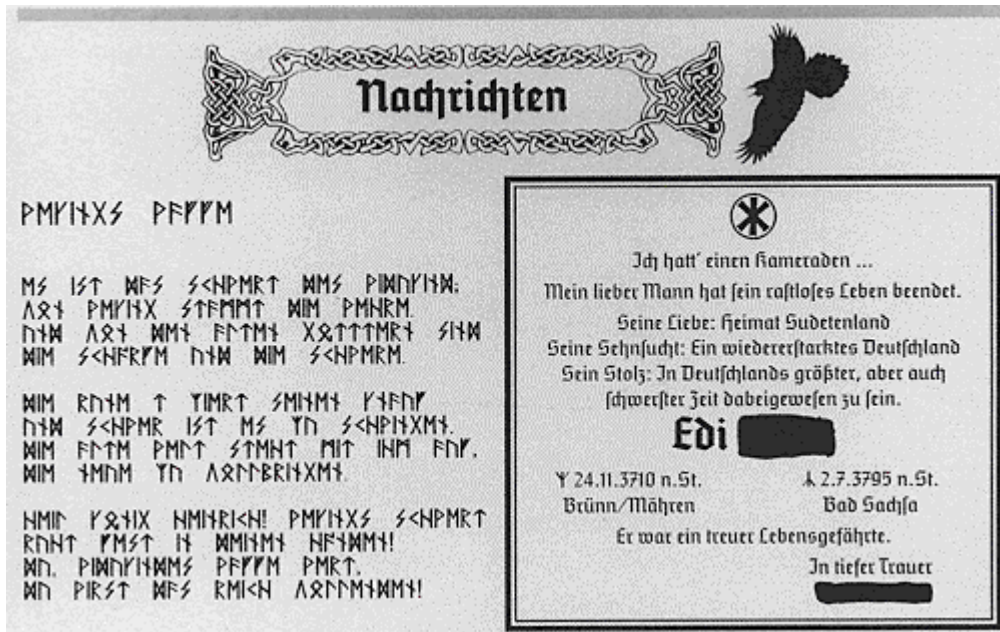


Die "Artgemeinschaft" pflegt auch zu anderen rechtsextremistischen Organisationen enge Kontakte. So wurde auf das am 30./31. März 1996 geplante Bundestreffen auch in der Neonazi-Publikation "Umbruch" hingewiesen. Ansprechpartner für die Anmeldungen war ein ehemaliger Funktionär der verbotenen FAP aus Aachen. Die alljährlich stattfindenden "Hetendorfer Tagungswochen", ein Forum für die geistige Aufrüstung des rechtsextremistischen Spektrums, wurden auch 1996 unter Mitwirkung der "Artgemeinschaft" durchgeführt.

Ideologischer Hintergrund

Für die "Artgemeinschaft" ist das Christentum eine "*orientalische*" Religion. Diese Verknüpfung ist für rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungsvereine der Einstieg für eine antisemitische Argumentation, die auf das "*orientalische*", die Wurzeln des Christentums bildende, Judentum abzielt.

An den historischen Linien der "Artgemeinschaft" und an der betonten Traditionspflege auch im Rahmen von Familien verdeutlicht sich eine die Generationen überdauernde Kontinuität völkischer, antisemitischer, rassistischer und biologistischer Vorstellungen.



Aus: Nordische Zeitung, Heft 3/1997

Artbekenntnis

Die "Artgemeinschaft" versteht sich nach eigenen Aussagen als *"eine Lebens- und Tatgemeinschaft auf religiöser, nicht christlicher Grundlage"*. Sie bezeichnet sich als Sammelstätte *"nordischer Menschen"*, wobei der Begriff *"nordisch"* nicht geographisch, sondern biologisch gemeint ist.

Die "Artgemeinschaft" ist strikt ethnozentristisch ausgerichtet; die Bedeutung der "Art" wird propagiert und den Individualrechten übergeordnet. Entsprechend heißt es im Artbekenntnis:

"Kampf ist Teil des Lebens ... Die Menschenarten sind verschieden in Gestalt und Wesen. Diese Verschiedenheit ist sinnvolle Anpassung an die unterschiedlichen Naturräume. Wir bekennen uns zur Erhaltung und Förderung unserer Menschenart als höchstem Lebensziel, denn auch sie ist eine Offenbarung des Göttlichen. ... Ohne den Tod des Einzelwesens sind die Arten nicht lebens- und entwicklungsfähig. ... Der Mensch ist unsterblich in den Nachkommen und Verwandten ... Wir bekennen, daß der höchste Sinn unseres Daseins die reine Weitergabe unseres Lebens ist."

Freundeskreis Rheinland

In Nordrhein-Westfalen entstand im September 1992 die "Gefährtschaft Rheinland" der "Artgemeinschaft", die sich seit August 1994 "Freundeskreis Rheinland" nennt. In der Vergangenheit sind von der "Artgemeinschaft" in NRW nur unregelmäßig Veranstaltungen bekannt geworden, zum Beispiel Liederabende, Erntefeste, Bildungsveranstaltungen. Am 30./31. März 1996 fand in NRW der Gemeinschaftstag der "Artgemeinschaft", das sogenannte Bundestreffen statt.

2.2.7 Neonazistische Verlage und Versandgeschäfte

2.2.7.1 Donner-Versand

Sitz	Lüdenscheid
Inhaber	Zwei ehemalige Mitglieder der verbotenen NF
Rechtsform	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Publikation	"Widerstand - Die Zeitung der volkstreuern Deutschen"

Der Donner-Versand bietet über Kataloge rechtsextremistisches Propagandamaterial an, darunter Bücher, Tonbandkassetten, CDs, Videos, Anstecker, "nationale" Aufnäher, T- Shirts, Fahnen und Aufkleber. Geleitet wird der Versand von zwei ehemaligen Mitgliedern der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF). Seit 1995 erscheint im Donner-Versand die neonazistische Szeneschrift "Widerstand - Die Zeitung der volkstreuern Deutschen", für die einer der Inhaber presserechtlich verantwortlich zeichnet. 1996 erschienen drei Ausgaben.



Das Amtsgericht Lüdenscheid verurteilte die beiden Inhaber des Donner-Versands am 8. Oktober 1996 u. a. wegen Volksverhetzung zu Bewährungsstrafen von sieben Monaten und Geldbußen in Höhe von 2.000 DM.

Ein Inhaber des Donner-Versands beteiligte sich auch an dem neonazistischen Zeitungsprojekt "Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung" (siehe Nr. 2.2.1.4).

2.2.7.2 Buchdienst und Verlag Michael Prümmer

Der ehemalige JN-Landesvorsitzende in NRW, Michael Prümmer, betreibt unter einer Postfachanschrift in Düren einen "Buchdienst und Verlag", dessen Artikel auch im Internet angeboten werden. Dort bezeichnete sich Prümmer als *"der erste nationale Buchdienst im Internet"*.

Prümmer hat 1996 mehrere Versandkataloge herausgegeben, in denen unter anderem Tonträger, Bücher, Videos, Fahnen, T-Shirts und Uhren angeboten werden. Die rechtsextremistische und neonazistische Ausrichtung des Verlagsprogramms ist unverkennbar. Um Abnehmer wirbt Prümmer zum Beispiel bei der neonazistischen HNG (siehe Nr. 2.2.5).

Im Internet beschreibt Prümmer seinen Verlag als *"notwendige Ergänzung ... des nationalen Widerstandes"*.

2.2.7.3 Nationales Informationszentrum (NIZ); NIZ-Verlag

Eine eigenwillige Außenseiter-Rolle an der Schnittstelle zwischen traditionellen Neonazis und Jungen Nationaldemokraten (JN) (siehe Nr. 2.2.3) spielt ein ehemaliger FAP- Funktionär. Der von ihm in Hamburg gegründete NIZ-Verlag ist laut JN-Schrift "Einheit und Kampf" Nr. 16 vom Juni 1996 Teil des *"von jungen Kameraden als Kommunikationsnetzwerk für nationale Aktivisten"* eingerichteten "Nationalen Informationszentrums" (NIZ). Er beteiligt sich inzwischen an der Internet-Homepage *"Das Abendlandprojekt"*, als dessen Förderer auch der neonazistische "Tonträger-Vertrieb Jens Pühse" und "Einheit und Kampf" auftreten. Der NIZ-Verlag bietet neben Aufklebern im wesentlichen *"juristische Publikationen"*, z.B. *"Paragraph Volksverhetzung und ähnliche Straftaten"*, *"Verbotsliste gegen Rechts"* und *"Strafliste gegen Rechts"*, mit folgenden Bemerkungen an: *"... Denken Sie bitte immer daran, daß Unwissenheit nicht vor Strafe schützt! Wir machen nicht die Gesetze, müssen uns aber daran halten! Bestellen Sie unsere juristischen Publikationen und schlagen Sie durch legale Arbeit dem BRD-System ein Schnippchen!"*

Die Aktivitäten um den NIZ-Verlag sind ein Indikator für das vergebliche Bemühen des Gründers, sich als Vordenker zu profilieren. Sein *"Progressiver Nationalismus"* will das Springerstiefel-Image des Neonazismus durch eine argumentative Systemkritik ersetzen. Der "Progressive Nationalismus" versteht Linksextremisten nicht - wie im neonazistischen Konzept der "Anti-Antifa" (siehe Nr. 2.2.1.3) - als Gegner, sondern wähnt sich mit ihnen auf derselben Seite: *"Sicher ist es heute noch eine Utopie, daß Rechte und Linke in der Verteidigung der Grundrechte und im Kampf gegen das System an einem Strang ziehen. Wenn aber beide Seiten auch in Zukunft voreingenommen und dogmatisch bleiben, kann das System sich weiter in Sicherheit wiegen. Daß wir progressiven Nationalisten mit dieser Auffassung damit der traditionellen Rechten schwer im Magen liegen, wissen wir."* (EuK Juni 1996, Nr. 16)

2.2.8 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Gründung	1972
Sitz	Lincoln/Nebraska (USA)

Leiter	Gary Rex Lauck
Publikation	NS-Kampfruf; erscheint zweimonatlich; 1996 allerdings nur Nr. 116 erschienen
Internet	Mehrsprachiges Angebot, Versandhandel

Die NSDAP/AO wurde 1972 von dem deutschstämmigen amerikanischen Staatsbürger Gary Rex Lauck gegründet und wird von ihm seitdem geleitet. Die politische Zielvorgabe der NSDAP/AO definierte Lauck folgendermaßen: *"Die NSDAP/AO erstrebt die Zulassung der NSDAP als eine wahlberechtigte Partei in Deutschland. Endziel unseres Strebens ist die Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten großdeutschen Reich und die Errichtung einer neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der ganzen arischen Welt."*

Die NSDAP/AO verfügt in Deutschland über keine Organisationsstruktur. Das von Lauck propagierte *"Zellensystem"* konnte er nicht realisieren. Die Aktivitäten der NSDAP/AO bestehen im wesentlichen in der Herausgabe der Schrift "NS-Kampfruf" sowie von Hakenkreuzaufklebern mit volksverhetzenden und zum Rassenhaß aufrufenden Parolen. Das Material kann in den USA straffrei hergestellt werden. Es wird per Post und konspirativ nach Deutschland geliefert.

NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

Nummer 116 März/April 1996 (107)

Am 9. Mai in Hamburg
**GERHARD LAUCK VOR
SONDERGERICHT!**

Diese Ausgabe ist die einzige Offi-
zielle Version des NS Kampfrufes
der NSDAP-AO, ein Propaganda
organ mit dem Ziel der Aufhebung
des NS Verbotes.
Wir NEHMEN KEINE VERANT-
WORTUNG für andere "Schwarz"
herausgebrachte Versionen.

NS KAMPFRUF ON THE INTERNET
URL (Address):
<http://members>
20 Millionen Internet Abonnenten haben
jeder Anschluß an alle NSDAP/AO
Publications in 12 Sprachen.
Laßt uns die System Mauer
das Schweigens brechen!

Außerdem bietet die NSDAP/AO eine Homepage im Internet, die Informationen in mehreren Sprachen, darunter auch in deutsch, anbietet. Neben der amerikanischen Ausgabe des NS-Kampfrufs findet sich dort zum Beispiel eine Galerie "Adolf Hitler als Maler und Zeichner". Zeitweise wurden 1996 auch Bücher, Videos und Kassetten angeboten.



Lauck in Hamburg verurteilt

Am 28. August 1996 wurde Lauck vom Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung von NS-Propaganda zu vier Jahren Haft verurteilt.

Uneinigkeit der NSDAP/AO-Anhänger offenbarte das Erscheinen einer weiteren Ausgabe des NS-Kampfruf Nr. 116 - März/April 1996. Sie wurde als die einzige "offizielle Version" bezeichnet. Eine Verantwortung für alle "schwarzen" Versionen - gemeint war die "Sonderausgabe 116", herausgebracht von dem Kreis um den niederländischen Neonazi Eite Homan (siehe Nr. 2.2.1.1) - wurde abgelehnt. Offensichtlich war der sehr militante Inhalt dieser Sonderausgabe nicht mit der NSDAP/AO-Zentrale in Lincoln/Nebraska (USA) abgestimmt.

In der deutschen Neonaziszene stieß die NSDAP/AO auf Ablehnung, wie die folgende Ansage des "Nationalen Info-Telefons Hamburg" deutlich macht: *"Wir halten jegliche Form der Propaganda mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen für eine überflüssige Provokation, die mehr schadet als nützt. Unzählige unbedarfte junge Aktivisten in Deutschland wurden für das Bestellen oder Verwenden der NSDAP/AO- Aufkleber von Gerichten empfindlich bestraft. Auch eine Wiederbe-gründung der NSDAP auf deutschem Boden ist sinnlos. Namen sind Schall und Rauch und können mangelndes politisches Potential nicht ersetzen. Die wilden Aufrufe zur Gewalt im 'NS-Kampfruf' haben darüber hinaus die Arbeit gewaltfreier Gruppen diskreditiert und Repressionsmaßnahmen des Staates erleichtert. Politisch ist Gary Lauck für uns also kein Thema"* (Ansage vom 7. Mai 1996).

Ausblick

Die NSDAP/AO-Zentrale in den USA scheint ohne Lauck nur noch sehr eingeschränkt handlungsfähig zu sein. Vom NS-Kampfruf ist nach der Nr. 116 im März/April 1996 erst im Februar 1997 die Ausgabe Nr. 117 erschienen. Mit dem Internet steht allerdings ein Medium zur Verfügung, über das in den USA risikolos in Deutschland strafbare Inhalte verbreitet werden können.

2.3 Rechtsextremistische Skinheads

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads in Nordrhein-Westfalen liegt weiterhin bei rund 400. Allerdings nimmt die Zahl der Jugendlichen, die sich durch typische äußere Erscheinungsmerkmale zu dieser Szene bekennen, weiter ab.

Rechtsextremistische Skinheads versuchen nicht mehr, mit Glatze, gebleichten Jeans und Springerstiefeln Aufsehen zu erregen, sondern sind immer häufiger "normal" gekleidet. Mit der Änderung ihrer äußeren Erscheinung muß jedoch nicht notwendigerweise auch eine Lösung von rechtsextremistischen Verhaltensmustern verbunden sein.

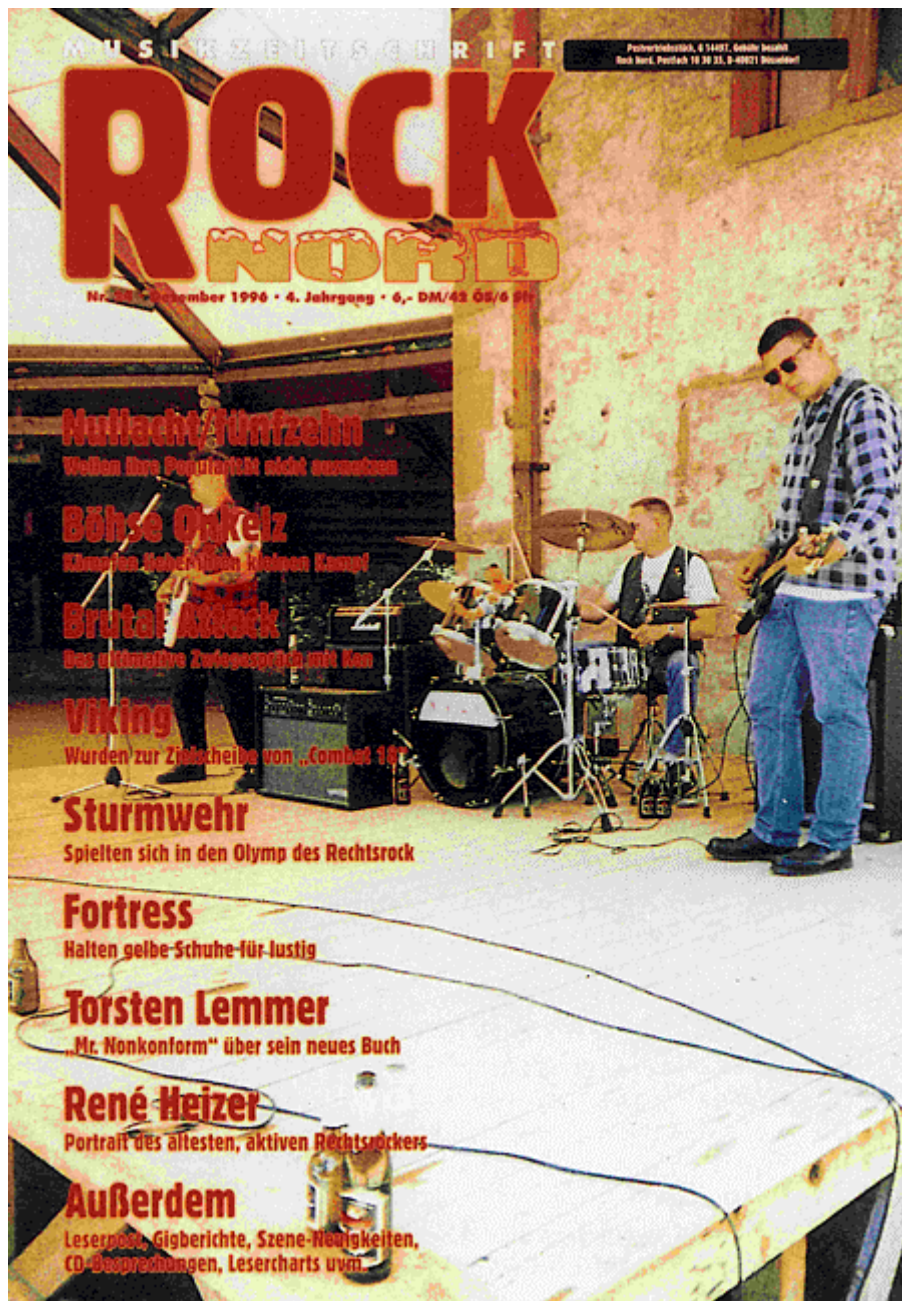
Verhältnis zur Gewalt

Besonders gefährlich sind viele rechtsextremistische Skinheads, weil sie in Gewalt ein unverzichtbares Mittel der politischen Auseinandersetzung sehen. Gewalttaten von rechtsextremistischen Skinheads richten sich vor allem gegen Fremde sowie als "Zecken" bezeichnete "Linke" und Homosexuelle, aber auch gegen Stadtstreicher und Obdachlose, die als "*undeutsche Gestalten*" angesehen werden. Damit legen sie typische neonazistische Verhaltensmuster an den Tag. Die Feindbilder rechtsextremistischer Skinheads stimmen mit denen der Neonazis überein, wenn auch ihre Weltanschauung nicht in gleicher Weise programmatisch-ideologisch gefestigt ist. Rechtsextremistische Skinheads handeln aus einer teils unterschweligen, teils offen rassistischen Motivation heraus.

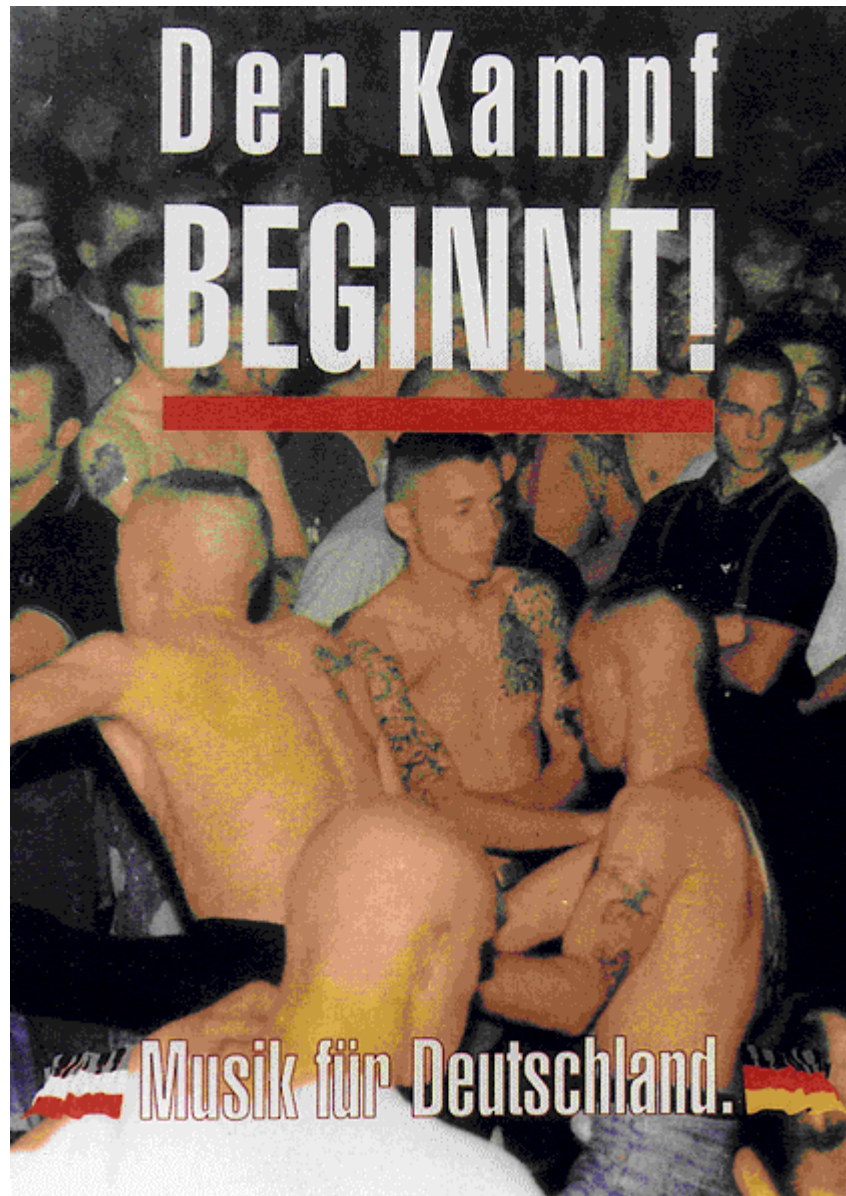
Ein Beispiel für brutales Vorgehen ist die lebensgefährliche Verletzung eines Obdachlosen am 22. August 1996 in Bielefeld. Vier rechtsextremistische Skinheads im Alter von 18 - 25 Jahren haben die Tat zum Teil gestanden. Sie gaben an, sie hätten nach einer Feier zunächst geplant, Autonome zu verprügeln, und seien zufällig auf den Obdachlosen getroffen.

Musik der Skinheads und ihre Konzerte

Bei der Skinhead-Musik handelt es sich um eine Musikrichtung, die von dumpfen, schlichten Melodien und harten, schnellen und stakkatoartigen Rhythmen dominiert wird. Sie kann ihrer Art nach als extrem laut und aggressiv charakterisiert werden. Die Skinhead-Musik in ihrer Gesamtheit wirkt vor allem als Integrations- und Aggressionsfaktor. Da der Szene weitgehend organisatorische Strukturen fremd sind und oft nur lose Zirkel existieren, bieten insbesondere Konzertveranstaltungen die Möglichkeit, zusammenzukommen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Die auch auf Tonträgern vertriebenen Lieder werden bei manchen Konzerten teilweise durch eine besondere Art der Aufführung, wie z.B. durch Zeigen des Hitlergrußes, Schwenken der Reichskriegsflagge, zur ideologisch-propagandistischen Interaktion mit der Zuhörerschaft dargeboten.



Vermeht konnte seit Anfang 1996 eine konspirative Planung und Durchführung von Skinhead-Konzerten beobachtet werden, die u.a. als Geburtstags-, Schul- oder Hochzeitsfeiern oder unter fiktiven Veranstaltungsbezeichnungen angemeldet wurden. Bundesweit fanden 1996 68 Skinhead-Konzerte statt, wobei der Schwerpunkt in den neuen Ländern lag. In Nordrhein-Westfalen gab es fünf Konzerte. Beispielsweise nahmen am 27. Juli 1996 in Meschede an einem als Geburtstagsfeier angemeldeten Skinhead-Konzert etwa 50 Personen der überörtlichen rechtsextremistischen Szene teil. Veranstalter des Konzerts war ein Aktivist der neonazistischen Sauerländer Aktionsfront (SAF) (siehe Nr. 2.2.4). Im Verlauf der Veranstaltung kam es mehrfach zu "Sieg Heil"-Rufen und zum Zeigen des "Hitler-Grußes", außerdem wurde rechtsextremistisches Propagandamaterial verteilt. Am 21. September 1996 fand in einer Gaststätte in Solingen ein überregionales Skinhead-Konzert statt, an dem etwa 50 Personen teilnahmen.

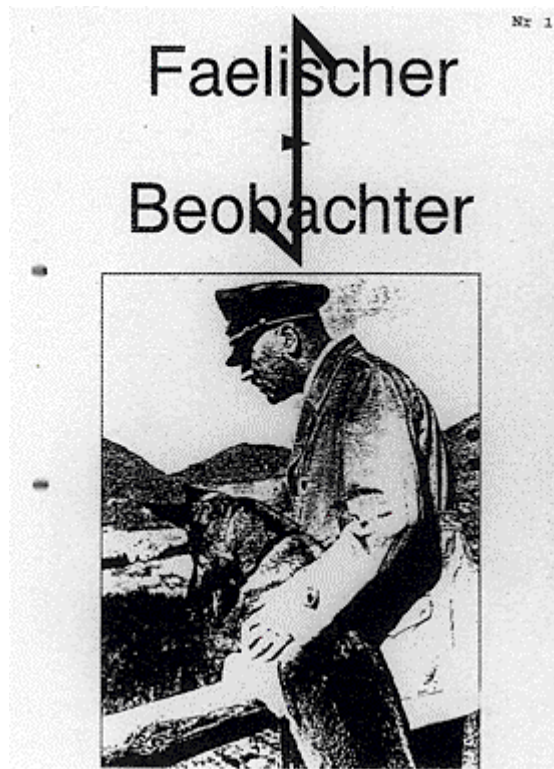


**Bildpostkarte zur Abonnentenwerbung für die
Skinhead-Musikzeitung »Rock Nord«**

Skinhead-Publikationen, sogenannte Fanzines

Die sogenannten Fanzines sind das wichtigste Kommunikationsmittel für die Skinhead- Szene.

Im Februar 1996 wurde im Hochsauerlandkreis ein neues Fanzine mit dem Titel "Fälischer Beobachter" bekannt, auf dessen Deckblatt ein Emblem der 1982 verbotenen "Jungen Front" abgebildet war. Herausgeber ist ein SAF-Aktivist. Die Auflagenhöhe betrug etwa 500 Exemplare; die Schrift soll unregelmäßig erscheinen. Die Staatsanwaltschaft Arnsberg hat vor dem Amtsgericht Meschede Anklage gegen den Herausgeber u.a. wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) erhoben.



Im August 1996 erschien in Siegen die Ausgabe 1 eines Fanzines mit dem Titel "Siegener Bärenruf". Herausgeber sind zwei Aktivisten der SAF. Über das Erscheinen der Ausgabe Nr. 3 des "Siegener Bärenruf" berichtete auch das Nationale Info-Telefon Rheinland in seiner Ansage vom 12. November 1996.

Von dem im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1995 erwähnten Fanzine "Moonstomp" waren Ende 1996 neun Ausgaben bekannt. Der Herausgeber, ein Aktivist der SAF, wurde vom Amtsgericht Meschede wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) zu einer Geldstrafe rechtskräftig verurteilt.

Im August 1996 ist im Kreis Steinfurt die 2. Ausgabe von "Amok-Texte für terminale Täter" erschienen. Außerdem erschien Ende 1996 eine mit "Oktember" bezeichnete Ausgabe Nummer 4.



Das für die Skinhead-Musikszene bedeutende, professionelle Fanzine "Moderne Zeiten" (MZ) erscheint seit Mai 1996 unter dem neuen Titel "Rock Nord". Inhaltliche Änderungen der bisherigen Ausgaben Nr. 22 bis 25 von "Rock Nord" gegenüber "Moderne Zeiten" haben sich nicht ergeben. Die Auflage beträgt nach Angaben der Redaktion 15.000 Exemplare, der Einzelpreis pro Heft 6 DM. "Rock Nord" wird wie MZ von der "Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH" in Langenfeld herausgegeben.

Produktion und Vertrieb von Skinhead-Musik

Der bereits seit Ende 1994 boomende Skinhead-Kommerz setzte sich weiter fort. Allerdings vermeiden die meisten deutschen Anbieter den Vertrieb von Tonträgern mit strafrechtlich relevanten Inhalten. In jüngster Zeit erschienen auf dem deutschen Markt aber auch vermehrt "Schwarzpressungen", d.h. CDs oder MCs, die ohne Erlaubnis des Interpreten bzw. Musikverlages hergestellt wurden. Vor allem in Skandinavien werden "Schwarzpressungen" mit strafbaren Inhalten produziert, z.B. Titel älterer Demo-Tapes deutscher Skinhead-Bands, gegen die bereits Indizierungs- und Strafverfahren anhängig waren. Derartige Tonträger sind in aller Regel nicht in regulären Plattengeschäften erhältlich. Vielmehr werden sie häufig nur innerhalb der interessierten "Szene" über den einschlägigen Versandhandel vertrieben oder, was vor allem auf Demo-Tapes zutrifft, vielfach kopiert und von Hand zu Hand weitergegeben.

Hervorzuheben ist der in Dänemark ansässige Musikverlag "NS 88" eines deutschen Neonazi-Aktivisten. Dort wurde u.a. auch die CD "Republik der Strolche" der Berliner Skinhead-Band "Landser" produziert. Sie wurde Anfang 1996 in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren über konspirative Wege in die Bundesrepublik vertrieben. Die fremdenfeindlichen, rassistischen und neonazistischen Liedtexte richten sich gegen Ausländer, insbesondere Schwarzafrikaner. So heißt es im "Afrika Lied" unter anderem:

*"Deutschland ist ein schönes Land, wir lieben es so sehr.
Doch für Affen ist bei uns längst schon kein Platz mehr.*

Refrain:

Afrika für Affen, Europa für Weiße.

*Steckt die Affen in ein Boot
und schickt sie auf die Reise.*

Im Hafen geht die Party ab, die Stimmung ist famos.

Alle Affen sind an Bord, jetzt geht die Reise los.

...

*Und die Moral von der Geschichte, Leute hört gut her, paßt Euch
irgendjemand nicht, packt ihn in ein Boot und schickt ihn auf die Reise.*

Refrain:

Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße. ..."

Bei Durchsuchungsmaßnahmen am 16./17. März 1996 in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Nordrhein-Westfalen wurden u.a. 2.000 Stück dieser CD beschlagnahmt. In Skinhead-Kreisen geht man davon aus, daß die Durchsuchungsmaßnahmen keinen allzu großen Schaden angerichtet haben. Vielmehr habe sich u.a. durch die breite Presseberichterstattung ein Werbeeffect ergeben, der zu einer gesteigerten Nachfrage nach dieser CD der Gruppe "Landser" geführt habe.

Wandel der Skinhead-Musik und Selbstdarstellung

Der Skinhead-Musik-Manager Torsten Lemmer ("Funny Sounds and Vision GmbH" sowie "Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH") beschäftigt sich in einem Buch *"Skinhead Rock - Eine notwendige Klarstellung über nonkonforme Musik"* mit der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der Skinhead-Musik, von ihm auch als *"nonkonforme rechte Musik"* bezeichnet. Er plädiert für eine Erweiterung des *"rechten"* Musik-Repertoires (Techno-, Disco- und *"selbstironische Blödelmusik"*, Tonträger mit Texten zu Sportereignissen).

Diese von ihm propagierte strategische Heranführung junger Leute über die Musik an die Politik des *"nationalen Lagers"* und damit den Wandel rechtsextremistisch instrumentalisierter Musikkultur versucht Lemmer mit seinem jüngsten Buch: *"Sänger für Deutschland - Die Biographie des Volkssängers Frank Rennicke"* zu betreiben. Eine Reihe von Kassetten des im gesamten rechtsextremistischen Spektrum als *"nationaler Liedermacher"* anerkannten Rennicke wurden bereits durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Außerdem wird Rennicke bundesweit bei Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen engagiert, unter anderem von der NPD, den JN und der DLVH.

Hammer-Skins

Die Hammer-Skins stellen eine Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Skinheadszenen dar. Sie vertreten rassistische und zum Teil nationalsozialistische Positionen. Ihr Selbstverständnis ist sehr elitär geprägt. Der Begriff Hammer-Skins wurde erstmals 1992 in Skinhead-Publikationen erwähnt, die in Deutschland zirkulierten. Nach diesen Beiträgen handelt es sich bei den Hammer-Skins um einen in den USA Mitte der 80er Jahre entstandenen losen Zusammenschluß rechtsextre-

mistischer Skinheads. In NRW sind Hammer-Skins bisher nicht erkennbar aufgetreten. Seit Ende 1996 stellen deutsche Skinheads Informationen über Hammer-Skins in eine eigene, englischsprachige Internet-Homepage ein. Als Kontaktadressen werden die Anschriften des "Ultima- Tonträgerversands" in Halle/Saale sowie des Fanzines "Hass Attacke" in Neustadt/Sachsen genannt.

Weißer Arischer Widerstand (WAW)

Im Internet werden unter der Bezeichnung "White Aryan Resistance" (WAR) Seiten mit extrem rassistischen und gewaltorientierten Inhalten angeboten. Seit Jahren sind derartige Organisationen in den USA bekannt. In NRW sind weder Organisationen, Skinhead-Gruppierungen noch Einzelpersonen unter WAR oder WAW in Erscheinung getreten.

2.4 Revisionismus

Revisionismus tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf:

- Als "Holocaust-Leugnung" werden Versuche bezeichnet, den Völkermord im Dritten Reich zu leugnen bzw. zu relativieren ("Auschwitz-Lüge").
- Unter "Kriegsschuld- und Greuellügen der ehemaligen Siegermächte" faßt man die Versuche zusammen, die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und Kriegsverbrechen zu leugnen.
- Mit dem geographischen Revisionismus wird gegen die Oder-Neiße-Grenze agitiert und werden die ehemaligen deutschen Ostgebiete zurückgefordert.

Revisionisten sind bestrebt, die Geschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus zu ändern und aufzuwerten. Es existiert keine einheitliche revisionistische Organisation. Vielmehr drückt sich Revisionismus in Aktivitäten von Einzelaktivisten und in Publikationen aus, ist aber auch als gebündeltes Ideologieelement oder geistige Strömung in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen vorhanden.

Speziell die Leugnung des Holocaust, gestützt auf pseudowissenschaftliche Gutachten ("Leuchter-Report", "Rudolf-Gutachten"), ist das Kernstück revisionistischer Agitation und Bindeglied zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen. Viele Rechtsextremisten sehen in der Auseinandersetzung um die "geschichtliche Wahrheit des Holocaust" den entscheidenden Ansatz für ihren Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Die sogenannten Gutachten sollen belegen, daß eine Massenvernichtung der Juden nicht stattgefunden hätte.

Viele revisionistische Einzelaktivisten verbreiten ihre Schriften und Propaganda vom Ausland aus. In mehreren europäischen Nachbarstaaten sowie in den USA und anderen Ländern ist die Verbreitung revisionistischer und rechtsextremistischer Propaganda im Gegensatz zur Bundesrepublik straffrei. Verstärkt nutzen Revisionisten seit 1996 das Internet zur Verbreitung ihrer Propaganda.

Häufiges Argumentationsfeld der Revisionisten ist der Verweis und die Berufung auf angeblich verweigerter Wissenschaftsfreiheit. Hinter dieser Agitation steht die Absicht, insbesondere antisemitische und den Massenmord an den Juden verharmlosende "Forschungsergebnisse" vorzulegen. Im Gegensatz zu eigenen Aussagen werden Kriterien wissenschaftlicher Redlichkeit nur scheinbar bemüht. Lediglich die Form und Struktur des wissenschaftlichen Diskurses wird gewählt.

Im Folgenden wird über Aktivisten und Organisationen berichtet, die überwiegend oder ausschließlich revisionistische Agitation betreiben.

2.4.1 Einzelpersonen

Zündel

Einer der aktivsten deutschsprachigen Revisionisten ist der in Toronto/Kanada lebende Ernst Zündel. Er verbreitet revisionistische Propaganda durch die Herausgabe des "Germania-Rundbriefs", durch ein Internet-Angebot und durch Radiosendungen auf angemieteten Frequenzen. Inhalt seiner Internet-Homepage sind hauptsächlich umfangreiche Textangebote, darunter Schriften der Revisionisten Robert Faurisson (Frankreich), Fred A. Leuchter (USA), Max Wahl (Schweiz) und David Irving (Großbritannien). Außerdem sind die Ausgaben des "Germania-Rundbriefs" seit April 1995 elektronisch archiviert. Die Propaganda Zündels ist wahlweise in deutscher, englischer und französischer Sprache abrufbar.

The Zündelsite:

“Did Six Million Really Die?”



“In a Struggle to Free Us from the Lie of the Century!”

“Im offenen Kampf gegen die Lüge des Jahrhunderts!”



Ernst Zündel:

“I am no gun-toting warrior! I am a militant pacifist!”

“Ich bin kein bewaffneter Krieger, sondern ein militanter Pazifist!”

Inhaltsverzeichnis

Ernst Zündels politische Verfolgung: Worum es hier geht!

(Der Lebenslauf eines in Deutschland geborenen kanadischen Streiters für die Ehre seiner Heimat - ungefähr 50 Seiten!)

Dokumente und Presseerklärungen in deutsch

Zensur durch Justiz und Terror

Der mittelalterliche Hexenprozeß und seine Parallelen in unserer Zeit

Augenzeuge Presse bricht zusammen

Appell der 100

Menschenrechte auch für Deutsche

Hexen-Verfolgung in Deutschland - Wie im tiefsten Mittelalter

Nicht “Offenkundigkeit”, sondern Gerechtigkeit!

Oliver Bode: Weltweite Repression gegen Nationale

Mehr über den Fall Günter Deckert

Neueste Nachrichten von Thies Christophersen an seine Freunde

Was ist Holocaust-Leugnung?

Rudolf-Hess-Gedenkmarsch 1995

Invasion des Computernetzes

Ernst Zündel - “Privat”

Wahre Freiheit durch freie Wahrheit

Der Leuchter Report: Ende eines Mythos

Amtliche Todeszahlen von Auschwitz

Mit Bedacht ‘vergessen wurden ...

Naturwissenschaft und Technik im Nationalsozialismus

Auferlegung eines Schuldkomplexes: Die sozialen und politischen Auswirkungen des Holocausts.

Simon Wiesenthal - Falscher Nazijäger.

Neueste Nachrichten von Udo Walendy

Zündel im Internet: Homepage und deutsches Inhaltsverzeichnis

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat sieben Artikel Zündels indiziert, die über das "World Wide Web" (WWW) des Internet verbreitet werden. In einem der Artikel heißt es: *“Die zwingenden Beweise, die sie (die Wissenschaftler) uns vorlegen, zeigen jedoch, daß Auschwitz kein Vernichtungszentrum war und daß die Geschichte von Massentötungen in 'Gaskammern' ein Mythos ist”*. Zündel hat den Wortlaut der Indizierungsverfügung auf seiner Internet-Seite wiedergegeben.

Am 9. Januar 1997 leitete die Staatsanwaltschaft Mannheim gegen Zündel ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Das Verfahren richtet sich insbesondere gegen Veröffentlichungen von Zündel im Internet, in denen er unter anderem den Holocaust bestreitet.

Eine noch intensivere Nutzung des Internets kündigte Zündel in seinem "Germania-Rundbrief" Nr. 213 vom 15. Dezember 1996 an. Künftig sollen dort Radioprogramme abrufbar sein; auch an Videoübertragungen sei gedacht. Ziel der Bemühungen sei es, Live-Sendungen über das Internet zu übermitteln.

Zündel stellte 1996 die Vierteljahresschrift "Die Bauernschaft" ein, die er Ende 1994 von dem im Februar 1997 verstorbenen Thies Christophersen übernommen hatte. Er begründete die Einstellung im "Germania-Rundbrief" Nr. 203 vom 15. Februar 1996 damit, daß sich die Schrift finanziell nicht selbst trage.

Auch über Radiosendungen versuchte Zündel 1996, seine revisionistische Agitation in Deutschland zu verbreiten. Am 12. und 19. Oktober 1996 strahlte er über einen russischen Mittelwellensender bei Kaliningrad (ehemals Königsberg) je 60minütige Sendungen aus, die er mit "*Hier ist die Deutsche Stimme der Freiheit*" einleitete. Die Sendungen bestanden aus endlosen Monologen sowie Zitaten aus den Schriften von Revisionisten. Außerdem warb Zündel mehrfach für seinen "Germania-Rundbrief" und wies auf seine Internet-Adresse hin. Über die Sendungen berichteten die "Nationalen Info-Telefone" Hamburg und Rheinland. Ebenso wies das rechtsextremistische Thule-Mailboxnetz auf das "*Zündel-Radio*" hin. Die Sendung wurde noch vor dem nächsten Sendetermin am 26. Oktober 1996 abgesetzt.

Zündels Internet-Aktivitäten und seine Radiosendungen zeigen, daß er mit allen technischen Mitteln versucht, revisionistische Propaganda in Deutschland zu verbreiten.

Remer

Der Alt-Nazi Ernst Otto Remer wird von Spanien nicht nach Deutschland ausgeliefert. Der Nationale Gerichtshof in Madrid lehnte im Februar 1996 die beantragte Auslieferung ab. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß es im spanischen Strafgesetz keine Entsprechung zum deutschen Delikt der "Aufstachelung zum Rassenhaß" oder zur Auschwitz-Leugnung gebe. Remer war nach seiner Verurteilung durch das Landgericht Schweinfurt vom 22. Oktober 1992 zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 10 Monaten wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß Ende 1993 nach Spanien geflüchtet und hatte sich so dem Strafantritt entzogen.



Seit Januar 1996 ist eine Broschüre mit dem Titel "National Journal - Das deutsche Info-Magazin" (NJ) auf dem Markt. NJ firmiert unter derselben Anschrift in England wie der "Deutschlandreport", der wiederum eine Nachfolgepublikation der "Remer-Depesche" war. Inhaltlich schließt sich das "National Journal" seinen Vorgängerschriften an. Es werden vorwiegend Themen behandelt, die sich mit der Leugnung des Holocaust befassen. Über den stark antisemitischen Internet-Server "Radio Islam" in Stockholm werden Auszüge aus dem "National-Journal" auch im Internet angeboten.

Scheerer

Der Revisionist Germar Scheerer, geborener Rudolf, hat am 12. April 1996 seinen Hauptwohnsitz nach Spanien verlegt. Wie bei Remer dürfte die Flucht vor der deutschen Justiz dafür ausschlaggebend gewesen sein. Vorangegangen war die Zurückweisung der Revision Scheerer's durch den 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs gegen ein Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 23. Juni 1995, in dem er zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten verurteilt wurde. In dem sogenannten "Rudolf-Gutachten", das Scheerer verfaßt hatte, wird die Existenz von Gaskammern im Konzentrationslager Auschwitz abgestritten.

Scheerer ist außerdem unter dem Pseudonym Ernst Gauss Herausgeber des im Grabert-Verlag (siehe Nr. 2.4.7) erschienenen Sammelbandes "Grundlagen zur Zeitgeschichte", in dem verschiedene deutsche und ausländische Revisionisten den Holocaust direkt und indirekt leugnen. Schriften Scheerer's stehen ganz oder in Auszügen auch im Internet zur Verfügung. Sie werden von Personen aus dem Umfeld des revisionistischen "Institute for Historical Review" (IHR) angeboten.

2.4.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

Gründung 1960

Sitz	München	
Vorsitzender	Dr. Rolf Kosiek	
Mitglieder	1996	1995
NRW	35	30
Bund	400	400
Publikation	"Das Freie Forum"; erscheint vierteljährlich; geschätzte Auflage: 700	

Die GFP ist mit rund 400 Mitgliedern im Bundesgebiet das größte rechtsextremistische überparteiliche Sammelbecken von publizistisch aktiven Rechtsextremisten. Trotz der allgemeinen Zersplitterung des *"rechten Lagers"* gelingt es der GFP, zumindest auf ihren Vortragsveranstaltungen und in separaten Gesprächsrunden der führenden GFP-Mitglieder, bundesweit Rechtsextremisten mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen zusammenzubringen. Der frühere NPD-Chefideologe Dr. Rolf Kosiek leitet die GFP offiziell seit 1972. Seit 1975 führt die GFP jährlich einen Kongreß durch, dessen Vorträge in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Neben den Jahreskongressen wirkt die GFP durch Arbeitskreise im gesamten Bundesgebiet. In NRW ist der Arbeitskreis Minden/OWL aktiv. Eine geplante Vortragsveranstaltung dieses Arbeitskreises konnte am 20. Januar 1996 aufgrund massiver Proteste von ca. 150 teilweise verummten Gegendemonstranten nicht stattfinden. Am 19. Januar 1997 wurde eine Veranstaltung des Arbeitskreises in Herford, an der ca. 100 überwiegend ältere Personen teilnahmen, durch teilweise verummte Demonstranten, die Feuerwerkskörper absossen, erheblich behindert.

Revisionistische Zielsetzung

Die GFP verfolgt revisionistische Ziele, die als Eintreten für Meinungs- und Forschungsfreiheit verschleiert werden. In einem GFP-Flugblatt heißt es z.B.: *"Die Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) setzt sich satzungsgemäß für die Freiheit der Meinungsäußerung und der historischen Forschung ein."* Tatsächlich werden die deutsche Kriegsschuld bestritten und eine einseitige Geschichtsschreibung behauptet. Zu solchen Themen will die GFP Material sammeln und in ihrer Vierteljahresschrift "Das Freie Forum" veröffentlichen.

Die GFP sieht ihre Aufgabe auch in der juristischen und finanziellen Unterstützung von Verlegern und Publizisten, gegen die in ihren Augen zu Unrecht der Vorwurf rechtsextremistischer Bestrebungen und des Revisionismus erhoben wird. So bat die GFP mit Schreiben vom 15. Mai 1996 Mitglieder und Sympathisanten um verstärkte Zuwendungen für den Rechtshilfe- und Rechtsschutzfonds "Werner-Händler-Fonds" der GFP, da u.a. Ermittlungsverfahren gegen die GFP-Mitglieder und Verleger Peter Dehoust (siehe Nr. 2.5.6) und Udo Walendy (siehe Nr. 2.4.3) anhängig seien.

GFP-Jahreskongreß 1996

Der "7. Gesamtdeutsche Kongreß" der GFP fand vom 19. bis 21. April 1996 in Fürth am Berg (Bayern) statt. Er stand unter dem Motto *"Deutschland im Europa freier Völker - Maastricht keine Lösung für die Zukunft"*. An der nicht-öffentlichen Veranstaltung einschließlich der Jahreshauptversammlung nahmen ca. 360 Personen aus dem In- und Ausland teil. Unter den Rednern befand sich auch der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden (im Juli 1996 verstorben). Der Herausgeber der rechtsextremistischen Monatsschrift "Nation & Europa", Peter Dehoust (siehe Nr. 2.5.6), wurde für sein Lebenswerk mit der *"Ulrich-van-Hutten-Medaille"* der GFP ausgezeichnet. Am Rande fand auch ein Liederabend mit dem rechtsextremistischen Liedermacher Frank Rennie (siehe Nr. 2.3) statt.

Unter dem Deckmantel des Ethnopluralismus wurde wiederholt rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit erkennbar. Mit der Forderung eines vereinigten Europas unter deutscher Vorherrschaft wurden vielfach auch bestehende Grenzen in Frage gestellt.

Erklärung zur Presse- und Meinungsfreiheit

Anlässlich des Jahreskongresses verabschiedeten die Mitglieder auch eine Entschließung zur Presse- und Meinungsfreiheit, in der u.a. die *"strafrechtliche Verfolgung gegen Verleger, Redakteure und Autoren - auch gegen Wissenschaftler - wegen deren begründeten Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte"* als *"Verstoß gegen die Menschenrechte und ... eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates unwürdig"* gewertet werden.

Flugblatt zum Fall "Priebke"

Den Prozeß gegen den 83jährigen ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke in Rom nahm die GFP 1996 zum Anlaß für ihre revisionistische Agitation. Die GFP rechtfertigte in einem Flugblatt die Priebke zur Last gelegten Geiseler-schießungen als *"legitime Abschreckungsmaßnahme"*.

2.4.3 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Gründung	1963
Sitz	Vlotho
Inhaber	Udo Walendy
Publikation	Historische Tatsachen u.aNordische Zeitung; erscheint viertel-jährlich

Der 1963 gegründete "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" gab bislang hauptsächlich die revisionistische Schriftenreihe "Historische Tatsachen" heraus. Inhaber des Verlags ist der seit Jahren aktive deutsche Revisionist und frühere nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Udo Walendy. Bundesweit ist er häufig Gast bzw. Referent auf NPD-Veranstaltungen bzw. bei Lesertreffen, an denen auch Rechtsextremisten teilnehmen.

Mehrere Ausgaben der Schriftenreihe "Historische Tatsachen" wurden bereits beschlagnahmt. In den Schriften werden die Kriegsschuld Deutschlands und die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen mit pseudowissenschaftlichen

Argumenten geleugnet bzw. gerechtfertigt. Am 17. Mai 1996 verurteilte das Landgericht Bielefeld Walendy wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) in verschiedenen Ausgaben der Schriftenreihe zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung. Das Urteil ist seit dem 18. Dezember 1996 rechtskräftig. Gegen Walendy sind wegen der Ausgaben Nr. 66, 67 und 68 von "Historische Tatsachen" weitere Ermittlungsverfahren anhängig. Aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Bielefeld wurden am 20. Dezember 1996 Haupt- und Nebenwohnsitz Walendys und die Geschäftsräume seines Verlages in Vlotho und Mönchengladbach durchsucht. In Vlotho wurden 113 Exemplare der revisionistischen Schrift "Ernst Zündel - Ein Mann, der Geschichte macht" beschlagnahmt.



Walendy-Schrift »Historische Tatsachen«

Im "Registerheft für Historische Tatsachen Nr. 51 - 68a" erklärte Walendy, er sehe sich aufgrund der Maßnahmen von Staatsanwaltschaft und Gerichten gezwungen, seine Arbeit einzustellen. Allerdings sind Anfang 1997 die Ausgaben 69, 70 und 71 erschienen. Ob die Schriftenreihe nach dem vorgesehenen Haftantritt Walendys am 20. März 1997 weiter erscheinen wird, ist allerdings fraglich.

2.4.4 Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V. (VGP)

Gründung	1984
Sitz	Remscheid
Vorsitzender	Ernst Günter Kögel
Publikation	"Deutschland - Schrift für neue Ordnung"; erscheint zweimonatlich

Durch den Zusammenschluß von zwei nationalistischen Gruppen entstand 1984 die "Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V." (VGP) mit Sitz in Remscheid. Seitdem wird sie von dem Revisionisten Ernst Günter Kögel geleitet. Das Publikationsorgan "Deutschland - Schrift für neue Ordnung" erscheint zweimonatlich. In den Artikeln Kögels und den Beiträgen anderer Autoren werden das NS-Regime verherrlicht, die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sowie der Holocaust geleugnet, die demokratischen Verhältnisse nach 1945 abgelehnt und die Gemeinschaftsinteressen gegenüber den Individualrechten überbetont.

2.4.5 Eigenverlag Burg

Der "Eigenverlag Burg" in Marl ist seit 1985 als Vertriebsorganisation der Publikation "Leitheft" bekannt. Die revisionistisch und neonazistisch ausgerichtete Schrift bezeichnet sich auch als Rundbrief eines *"Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation"*. Als Vorbild für Druck und Aufmachung der Publikation "Leitheft" dient die während des Zweiten Weltkrieges herausgegebene Druckschrift "SS-Leitheft". "Leitheft" verherrlicht Repräsentanten des Dritten Reiches, leugnet die deutsche Kriegsschuld und diffamiert demokratische Parteien und Politiker der Bundesrepublik Deutschland.

2.4.6 Unabhängige Nachrichten (UN)

Die 1969 gegründete rechtsextremistische Gruppierung "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" (UFK), die Postfachadressen in Bingen und Bochum angibt, verbreitet die Schrift "Unabhängige Nachrichten" (UN). Darin wird vor allem die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet, fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft.

In der Ausgabe August 1996 von "UN" wurden zum Beispiel *"95 Thesen zum Lutherjahr"* des Neonazis Manfred Röder veröffentlicht. Die nachstehend aufgeführten *"Thesen"* sind symptomatisch für die Ausrichtung der "UN":

"1. Seit 50 Jahren wird das deutsche Volk schuldig und immer wieder aufs neue schuldig gesprochen für den Kriegsausbruch und einmalige Verbrechen. ..."

48. Wer an Grausamkeiten oder Kriegsverbrechen erinnert, will gar keine Versöhnung, sondern die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln bis zur totalen geistigen Unterwerfung des Gegners. ..."

74. Wenn prominente jüdische Persönlichkeiten auch fünfzig Jahre nach dem Krieg betonen, daß Vergebung weder erbeten noch gewährt werden kann, dann verbietet es uns die Selbstachtung, weiter um Versöhnung zu buhlen. ..."

In der regionalen NPD-Schrift "Dortmunder Stimmen" Nr. 2, 1996 wurde zum Beispiel für die "UN" mit folgender Aussage geworben: *"Die Indianer konnten die Einwanderer und Landnehmer nicht stoppen. Jetzt leben die übriggebliebenen Reste in Reservaten. Droht uns und unseren Kindern dieses Schicksal auch? Die Bonner Parteien schützen alle, nur nicht uns und unser Heimatrecht!"*

2.4.7 Grabert-Verlag

Gründung	1953
Sitz	Tübingen
Leitung	Wigbert Grabert

Der 1953 noch unter dem Namen "Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung" von dem inzwischen verstorbenen Herbert Grabert in Tübingen gegründete Verlag wird von seinem Sohn Wigbert Grabert geleitet. Der Grabert-Verlag ist einer der größten rechtsextremistischen Verlage in Deutschland. Sein Programmschwerpunkt liegt im Bereich Revisionismus. Das Buchprogramm und andere Verlagsprodukte leugnen die Schuld der NS-Führung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, verharmlosen die Judenverfolgung und leugnen den Holocaust. Neben Büchern veröffentlicht der Verlag die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG), die u.a. revisionistische Texte enthält. Sie wird von Grabert unter der Leitung von Dr. Rolf Kosiek (siehe Nr. 2.4.2) herausgegeben. Außerdem veröffentlicht der Grabert-Verlag seinen "Euro-Kurier" mit aktuellen Buch- und Verlagsnachrichten. Grabert ist außerdem Geschäftsführer des "Hohenrain-Verlags", der mit seinen Veröffentlichungen zur Theoriebildung und Intellektualisierung innerhalb des Rechtsextremismus beitragen will (siehe Nr. 2.5).

In der jüngeren Vergangenheit wurden mehrere Bücher des Verlags sowie des ebenfalls von Grabert geleiteten "Hohenrain-Verlags" beschlagnahmt bzw. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Am 15. Juni 1996 wurde Grabert wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vom Amtsgericht Tübingen zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 DM verurteilt. Anlaß waren Druck und Vertrieb des Buches "Grundlagen zur Zeitgeschichte" durch den Grabert-Verlag. Herausgeber war der Revisionist Germar Scheerer (siehe Nr. 2.4.1).

„Wollt Ihr die totale Wahrheit?“



David Irving

GOEBBELS

Macht und Magie

ARNDT

Er war der Magier der Massen. Als Gauleiter eroberte er Berlin für die Nationalsozialisten. Sein messerscharfer Verstand, sein ausgeprägter Machtinstinkt und seine überragende Rednerbegabung führten ihn an die Spitze des Dritten Reiches. Als Virtuose des Wortes lenkte er Presse, Rundfunk und Film. Weil das Wort nicht reichte, organisierte er ab 1944 für Hitler den „totalen Krieg“. Als das Dritte Reich unterging, folgte er seinem Führer mit der ganzen Familie in den Tod.

David Irving fand Goebbels' Tagebücher 1992 in Moskau. Unter Auswertung dieser bisher verschlossenen Quelle schuf er seine sensationelle Biographie des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, in der Herkunft, Kindheit, Jugend, Kampfzeit, Macht und Untergang in bisher unerreichter Detailliertheit fesselnd geschildert werden. Das Buch, das bereits bei seinem Erscheinen in Großbritannien und Amerika ein Erdbeben auslöste, liegt in Kürze in deutscher Sprache vor. Der spektakuläre, teils farbige 40-seitige Bildteil zeigt fast ausschließlich unbekannte Fotos in noch nie gesehener Schärfe und Brillanz. 640 Seiten, 40 Bilds., geb. im Großformat, Best.-Nr. 1168 DM 68,-

Auszüge aus dem Fotoeteil des Buches:



So urteilt die ausländische Presse:

„Irving verdient Aufmerksamkeit und Respekt für seine unermüdliche Energie, seine Klugheit und seine Quellenkenntnis.“ **Daily Mail, 27.3.1996**

„Das Ergebnis ist einmalig, so als ob Goebbels eine Videokamera auf seiner Schulter getragen hätte.“ **Literary Review, 1.4.1996**

„1945 blieb (Goebbels) nichts mehr außer dem Mythos des Führers, mit dem er das deutsche Volk verhext hatte, und mit dem er nun auch noch den kompetenten Autor dieses schwergewichtigen Buches verhext.“ **Sunday Telegraph, 14.4.1996**

„Besonders stark ist das Buch Irvings in Bezug auf die Ereignisse des 20. Juli ... Wie immer weiß Irving mehr über die Details (der Todesumstände der Familie Goebbels 1945) als jeder andere. Er schont uns nicht.“ **The Daily Telegraph, 20.4.1996**

„...daß hier ein brillanter Propagandist – ein Mann, der besessen haßt und liebt – über einen ebensolchen schreibt.“ **The Observer, 21.4.1996**

„Das Buch ist ein Rolls-Royce, angefüllt mit konträren Farbphotographien.“ **New York Times, 2.6.1996**

Aus dem Katalog „Lesen und Schenken“ des Arndt-Buchdienstes

2.4.8 Arndt-Buchdienst

Der "Arndt-Buchdienst / Europa-Buchhandlung" in Kiel vertreibt Bücher bekannter Rechtsextremisten und sonstiges Schrifttum mit rechtsextremistischen Inhalten. In einer Hochglanzbroschüre des Buchdienstes mit dem Titel *"Lesen und Schenken"*, 30. Folge 1997, wird für Videos, CD's und Kunstgewerbeartikel sowie für ein Buch des Revisionisten David Irving aus Großbritannien mit dem Titel *"Goebbels - Macht und Magie"* geworben.

Der Gesellschafter und Geschäftsführer des Arndt-Buchdienstes führt dazu in einem Grußwort aus: *"Da wird ein bedeutender Freund Deutschlands außer Landes gehalten, während Mafiosis und Asylbetrüger aller Herren Länder freien Zutritt haben ..."*. Irving erhielt ein Aufenthaltsverbot in der Bundesrepublik, nachdem er 1990 in Weinheim auf einer Veranstaltung den Holocaust als *"Legende"* und als Mittel bezeichnete, vom deutschen Volk finanzielle Wiedergutmachung zu erpressen. Das Verwaltungsgericht München hatte am 22. März 1996 das unbefristete Aufenthaltsverbot gegen Irving bestätigt. Bereit am 13. Januar 1993 hatte das

Landgericht München Irving wegen Leugnung des Holocaust zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 DM verurteilt.

2.5 "Neue Rechte"

Als "Neue Rechte" wird eine bestimmte geistige Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Ideologie bezeichnet, deren Wurzeln weitgehend bei Theoretikern der sogenannten Konservativen Revolution der Weimarer Republik zu finden sind. Die Strömungen, die sich nach dem 1. Weltkrieg unter diesem Begriff fanden, sind nicht klar voneinander zu trennen und waren politisch nicht homogen. Gemeinsam war ihnen jedoch die Ablehnung von Demokratie und Parlamentarismus. Demokratie wurde als westliches, liberalistisches Ordnungsprinzip angesehen, das als undeutsch abgelehnt wurde. Die Theoretiker der Konservativen Revolution wollten anstelle der Gleichheit die Wertigkeit des Menschen, anstelle der sozialen Gesinnung den gerechten Einbau in eine gestufte Gesellschaft, anstelle von Wahlen das aus dem Volk gewachsene Führertum und anstelle des Vorrangs des Individuums den Vorrang der Volksgemeinschaft setzen.

Die Renaissance derartiger Ideen ging in den 60er Jahren von Frankreich aus, wo sich Denkkreise bildeten, die sich als "*Nouvelle Droite*" bezeichneten. Seit Beginn der 90er Jahre sind auch in Deutschland verstärkt solche Bestrebungen festzustellen.

Gemeinsam ist diesen "Neuen Rechten", daß sie sich um eine Intellektualisierung und theoretische Fundierung des Rechtsextremismus bemühen. Anders als Rechtsextremisten, die in Parteien und Vereinen organisiert sind, versuchen die "Neuen Rechten" meistens, durch Publikationen politische Diskussionen anzustoßen und Themen zu besetzen. Erst nachdem auf diesem Weg eine kulturelle Vorherrschaft (kulturelle Hegemonie) erreicht ist, sollen politische Ziele unmittelbar angestrebt werden.

Bei den Autoren der "Neuen Rechten" fällt auf, daß sie nicht fest an eine einzelne Publikation gebunden sind, sondern ihre Beiträge häufig in verschiedenen Publikationen der "Neuen Rechten" veröffentlichen.

In vielen dieser Publikationen präsent ist der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Schönhuber. Unterstützt wird er von "*Freundeskreisen*", die sich vor allem aus Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der REP zusammensetzen. Allerdings konzentriert sich Schönhuber auf seine Rolle als Vordenker, Provokateur und Symbolfigur für einen Teil des rechtsextremistischen Lagers. Nach seinem Scheitern mit den REP hat er sich - wahrscheinlich aus strategischen Gründen - keiner neuen politischen Organisation angeschlossen oder sie gegründet. Nicht mit Aufbau und Funktionen einer politischen Organisation belastet, bemüht er sich um Kontakte und Gemeinsamkeiten von Rechtsextremisten auch über die Landesgrenzen hinaus. So trafen sich Schönhuber und die Herausgeber von "Nation & Europa" (siehe Nr. 2.5.6) am 11. und 12. Dezember 1996 in Straßburg mit dem Vorsitzenden des französischen "Front National" (FN), Le Pen, und Vertretern des rechtsextremistischen belgischen "Vlaams Blok". Die deutsche Gruppe sei von Schönhuber geleitet worden, hieß es in einer Pressemeldung der "Nation Europa Verlags GmbH". Der FN-Vorsitzende habe an die deutschen Teilnehmer appelliert, den Parteihader zu überwinden und den Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung der "*nationalen Kräfte*" Europas ausgesprochen.



Schönhuber-Beitrag z.B. in "Europa Vorn"

Die im folgenden genannten Publikationen und Organisationen rechnet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zur "Neuen Rechten":

- Junge Freiheit
- Staatsbriefe
- Deutsches Kolleg (DK)
- Europa Vorn, Europa Vorn spezial
- Sleipnir – Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik
- Nation & Europa – Deutsche Monatshefte
- Thule-Seminar – Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.
- Deutsch-Europäische Studiengemeinschaft (DESG)

2.5.1 Junge Freiheit (JF)

Gründung	1986
Herausgeber	Junge Freiheit Verlag GmbH & Co., Berlin
Erscheinungsweise	seit Januar 1994 wöchentlich
Auflage	ca. 10.000
Internet	Homepage seit November 1996

JF verlor Rechtsstreit mit dem Innenministerium NRW

Gegen die Berichterstattung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen über die "Junge Freiheit" in den Verfassungsschutzberichten 1994 und 1995 erhob die "Junge Freiheit Verlag GmbH & Co." am 16. August 1996 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage. Etwa zeitgleich mit der Klageerhebung bot die JF die Klageschrift in broschierter Form zum Verkauf an. In der Klageschrift waren die Passagen aus nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten abgedruckt, deren weitere Verbreitung die JF verhindern wollte.

Mit Urteil vom 14. Februar 1997 wies das Gericht die Klage ab. Es bestätigte die Auffassung des Innenministeriums NRW, daß es bei der JF Anhaltspunkte für den

Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gibt.

Das Gericht hob in seiner Urteilsbegründung *"Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip"* hervor, die sich aus JF-Beiträgen über die Konservative Revolution entnehmen ließen. Ausdrücklich nannte das Gericht Carl Schmitt und Arthur Moeller van den Bruck, die *"(auch) antidemokratische Positionen vertreten"* hätten. Diesbezügliche JF-Artikel vermittelten *"den Eindruck der Identifikation mit dieser Denkschule."*

Die JF bemüht sich nach Auffassung des NRW-Verfassungsschutzes, extremistische Positionen zu tarnen bzw. zu verschleiern. Das Gericht sah hierin eine Bewertung, die nicht als wahr oder unwahr bewiesen werden könne. Diese Bewertung sei aber *"nachvollziehbar durch die im Verfassungsschutzbericht 1995 zitierten Artikel belegt worden"*, die in der JF *"mit anderen, für sich genommen nicht oder weniger bedenklichen Artikeln in einen Zusammenhang gestellt"* würden, *"der insgesamt den Eindruck der Verfassungsfeindlichkeit verwischen soll"*.

Das Innenministerium NRW hatte als erste Verfassungsschutzbehörde bei der JF solche Anhaltspunkte erkannt und seit Frühjahr 1995 darüber berichtet.

Erstmals hat nun ein Gericht tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen einer der "Neuen Rechten" zugerechneten Publikation festgestellt, die ihre Ausrichtung unter anderem dadurch verschleiert, daß zum Autorenstamm auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören. Die Rechtmäßigkeit der Beobachtung und Berichterstattung durch die NRW-Verfassungsschutzbehörde ist damit gerichtlich bestätigt.

Die Urteilsbegründung ist vollständig im Internet-Angebot des NRW-Verfassungsschutzes zu lesen (Adresse siehe Impressum).

Dokument

In der Pressemitteilung Nr. 6/97 vom 14. Februar 1997 teilte das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit:

"Mit Urteil vom heutigen Tage hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf die Klage der 'Junge Freiheit' abgewiesen, mit der sie sich u.a. gegen die (weitere) Verbreitung der Verfassungsschutzberichte 1994 und 1995, gegen die künftige Erwähnung in Verfassungsschutzberichten sowie gegen die Bezeichnung als rechtsextremistisch im allgemeinen wendet.

Das Gericht bestätigte mit seinem Urteil die Auffassung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen, daß es tatsächliche Anhaltspunkte dafür gebe, daß Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen. Dies reiche nach dem Gesetz für die angefochtenen Maßnahmen aus. Die verfassungsfeindlichen Bestrebungen müßten nicht bereits erwiesen sein. Die Tatsachen, die nach Auffassung des Gerichts den Verdacht rechtfertigten, seien Beiträge in der Zeitung 'Junge Freiheit', die u.a. ausländerfeindliche Tendenzen erkennen ließen, solche die sich gegen das parlamentarische System richteten und Artikel, die im Widerspruch zur grundrechtlich verbürgten Menschenwürde stünden, so etwa die kommentarlose Erwähnung von Aidskranken im Zusammenhang mit

Maßnahmen gegen die Schweinepest. Die Zuständigkeit des nordrhein-westfälischen Innenministers sah das Gericht ebenfalls als gegeben an, weil die Zeitung mit Sitz in Berlin bundesweit und damit auch in seinem Zuständigkeitsbereich vertrieben werde."

Zehnjähriges Bestehen

Im Juni 1996 feierte die JF ihr zehnjähriges Bestehen. Im Zeichen dieses Jubiläums stand die Ausgabe Nr. 25/96 mit einer Sonderbeilage und Glückwunsch-Inseraten. Für den Vorstand der "Staats- und Wirtschaftspolitische(n) Gesellschaft Hamburg" gratulierte ein Autor der rechtsextremistischen Monatsschrift "Nation & Europa" (siehe Nr. 2.5.6). Ein baden-württembergischer REP-Kreisverband schrieb: *"Herzlichen Glückwunsch zum 10-jährigen Bestehen der Jungen Freiheit. Wir setzen auf weiteren Erfolg..."*. Das Jubiläum wurde auch in der rechtsextremistischen Publizistik gewürdigt. So veröffentlichte "DESG-inform", das Mitteilungsblatt der "Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" (siehe Nr. 2.5.8), einen Bericht über die Jubiläumsfeier am 13. Juni 1996. "DESG-inform" forderte seine Leser auf, die JF regelmäßig zu kaufen und veröffentlichte die Bezugsadresse für die Jubiläums-Sonderbeilage. "Nation & Europa" gratulierte *"zum Durchhaltevermögen"*.

JF-Werbekampagne

Die JF befindet sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Mit einer Werbekampagne versuchte sie 1996, neue Abonnenten zu gewinnen. Unter Hinweis auf stark gestiegene Produktionskosten schrieb der JF-Chefredakteur Dieter Stein in der JF-Ausgabe vom 23. August 1996, wenn die JF ohne Änderung so weiterarbeite, sei sie zum Jahresende *"wirtschaftlich am Ende"*; bis dahin laufe ein Verlust von rund 450.000 DM auf. Die JF brauche innerhalb kürzester Zeit 2.500 neue Abonnenten, andernfalls drohe *"eine Liquidation des Projektes"*. Am 26. November 1996 teilte die JF mit, es gebe ca. 1.650 neue Abonnenten, und 280 bisherige Abonnenten seien auf ein sogenanntes *"Förderabo"* (jährlich 259 DM statt 199 DM) umgestiegen. Damit blieb das Ergebnis der zunächst bis zum 30. November 1996 befristeten Kampagne jedoch deutlich hinter den Erwartungen der JF zurück. Die Werbeaktion wurde daher verlängert. In der Ausgabe 2/97 vom 3. Januar 1997 wurden 2.180 neue Abonnenten und 360 Umsteiger zum Förderabo angegeben.

JF im Internet

Seit dem 9. November 1996 unterhält die JF ein Internet-Angebot mit Informationen zu Verlag und Redaktion sowie Textproben und Artikeln aus zurückliegenden Ausgaben. Zusätzlich stellt die JF im Rahmen des eigenen Internet-Angebotes anderen Gruppierungen gegen Entgelt Werbemöglichkeiten zur Verfügung.



Weiterhin Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen

Auch im Jahr 1996 bot die JF zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Verunglimpfung der Entstehung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Vorwurf der "Umerziehung")

Im Hinblick auf die Zeit zwischen Kriegsende und Gründung der Bundesrepublik erhob die JF den Vorwurf der "Umerziehung" durch die Siegermächte, um die freiheitliche demokratische Grundordnung als aufgezwungen zu diffamieren. Anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Wochenzeitung "Die Zeit" schrieb eine JF-Stammautorin in Ausgabe 9/96 unter der Überschrift "Die Abrißbirne der Nation": "In Wirklichkeit tanzte man schon in der ersten Stunde nach der Pfeife westallierter Politruks, lag an der Kette der aus Exilkreisen rekrutierten Kulturoffiziere und Umerzieher. Was sich hinter der Verheißung 'geistiger Erneuerung' tatsäch-

lich tat, an kultureller Landnahme und Kollaboration, kommt allmählich ans Licht. Erfreulich oft wird dieses bedeutsame Kapitel der Nachkriegs- bzw. BRD-Geschichte derzeit in medien- und wissenschaftsgeschichtlichen Analysen erörtert; sie belegen ..., daß die NS-Repression verschwand, um einer anderen Art der Bevormundung Platz zu machen."

Grundrechte erzeugen angeblich Korruption

Regelmäßig werden in der JF die politische Kultur oder das politische System mit diktatorischen bzw. totalitären Systemen gleichgesetzt oder in Verbindung gebracht. In JF-Ausgabe Nr. 40/96 bezeichnete zum Beispiel ein langjähriger Stammautor unter der Überschrift *"Korruption hat System"* das Phänomen der Korruption als integrales Element der liberalen Ordnung. Es sei *"... der Weg in die Korruption unentrinnbar vorgezeichnet. Werte jenseits des Egoismus wie die Unbestechlichkeit der Amtsführung, die Uneigennützigkeit der Obrigkeit und die Treue zum gegebenen Amtseid haben keinen Platz im liberalen Wertehimmel Wir müssen uns an die Korruption gewöhnen. Willkommen in der westlichen Wertegemeinschaft!"*

Rezeption von Ideen der Konservativen Revolution

Nach wie vor werden in der JF einzelne Elemente aus den der Konservativen Revolution zugrundeliegenden Wertvorstellungen plaziert. In einem Fernsehinterview wiederholte ein langjähriger JF-Autor unmittelbar vor seiner Aufnahme in die JF-Redaktion Anfang Juli 1996 sein früheres Bekenntnis zur Konservativen Revolution. Bei dieser Gelegenheit forderte er ausdrücklich ein Gesetz, durch das die Freiheit der Religionsausübung für Moslems in ihrem Wesensgehalt eingeschränkt werden sollte.

Umwertung von Begriffen

In JF-Ausgabe 31/96 wurde in einer Schlagzeile auf der Titelseite der frühere Vorsitzende der rechtsextremistischen NPD und spätere Mitherausgeber der rechtsextremistischen Publikation "Nation & Europa", Adolf von Thadden, anlässlich seines Todes in einer Art Nachruf als *"liberaler Konservativer"* bezeichnet. In zwei umfangreichen redaktionellen Beiträgen des JF-Chefredakteurs Stein und des Vorsitzenden der rechtsextremistischen "Gesellschaft für Freie Publizistik" (siehe Nr. 2.4.2) wurde von Thaddens Wirken gewürdigt. Der JF-Chefredakteur bezeichnete von Thadden sogar als *"Staatsmann"*. Daran zeigt sich erneut, daß die JF, die sich selbst als *"konservative Wochenzeitung"* bezeichnet, Begriffen wie *"konservativ"* und *"liberal"* auch rechtsextremistische Bedeutungen zuweist.

Bezugnahme auf Ideengeber des italienischen Faschismus

Auch 1996 wurde in der JF das Thema *"Faschismus"* und seine Ideengeber, wie schon in den Vorjahren, verharmlosend dargestellt. Dies gilt z.B. für ein Porträt *"Zum 70. Todestag von Vilfredo Pareto - Der Charme des Realismus"* (JF 9/1993), ein Porträt des Schriftstellers Drieu La Rochelle (JF 21/95) und die dreiteilige Artikelserie *"Mussolini und der Aufstieg des italienischen Faschismus"* (JF 1/96, JF 2/96, JF 6/96).

Die Artikelserie zum italienischen Faschismus erhob den Anspruch, das *"Licht der Aufklärung ins Dunkel der Vergangenheit"* zu bringen und *"historische Ereignisse,*

Hintergründe und Zusammenhänge möglichst realitätsnah zu vermitteln". Im weiteren Text verharmloste der Autor jedoch selbst damalige Folterungen, konkret das "Einflößen von Rizinusöl" und das "Abschneiden von Bärten", als "pittoreske Aktionen" während der Entstehung des italienischen Faschismus (JF 1/96).

Im zweiten Teil der Serie hieß es zur der Zeit nach Mussolinis Regierungsantritt rechtfertigend: *"Es ging in dieser Frühphase der faschistischen Herrschaft keineswegs darum, den neuen faschistischen Menschen zu schaffen, sondern Italien auf den Entwicklungsstand der fortgeschrittenen europäischen Nationen zu heben, denn ohne entsprechende ökonomische Basis wären alle weiterreichenden Großmachtpläne von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Deshalb mußte zunächst das Land im Inneren befriedet, der notorische italienische Schlendrian bekämpft und die Wirtschaft angekurbelt werden. Diese ideologisch gemäßigte und relativ repressionsfreie frühe Aufbauphase wurde jedoch durch den Mord an dem fähigsten Oppositionellen ... jäh beendet."* Erst danach habe Mussolini *"die wirkliche faschistische Diktatur"* errichtet. Der Beginn des dritten Teils rechtfertigte erneut die Mussolini-Diktatur: *"Durch die Wiederherstellung der inneren Ordnung, eine für italienische Verhältnisse außergewöhnliche Arbeitsdisziplin und Pflichtbewußtsein und einen - wenn auch keineswegs dramatischen - wirtschaftlichen Aufschwung sowie durch zahlreiche soziale Errungenschaften blühte Italien auf, was letztlich allen gesellschaftlichen Schichten zugute kam."*

Revisionismus

Revisionistische Agitation - Bindeglied aller Rechtsextremisten - bezieht sich in der JF auch auf fortgesetzte Bemühungen, erwiesene Tatsachen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zu verharmlosen und für die angebliche Forschung Wissenschaftsfreiheit zu verlangen.

So stellte in Ausgabe 9/96 ein Stammautor in der "Pankraz"-Kolumne die Strafbarkeit der Leugnung des Holocaust (§ 130 StGB) als Forschungsverbot und rechtswidrig dar. Es sei schon *"in monströser Weise lächerlich und anstößig"*, jemanden *"ausdrücklich und exklusiv wegen bloßen Leugnens von Tatsachen ins Zuchthaus zu schicken"*. *"Kein Land, das sich solche Paragraphen leistet, kann noch guten Gewissens als moderner Rechtsstaat bezeichnet werden."* In Deutschland sei *"ein regelrechtes Forschungsverbot installiert worden, exakt im Stile der verflissenen DDR"*.

Verharmlosung des NS-Regimes

In der JF wird ein Zerrbild des Nationalsozialismus propagiert. In einem Artikel über den Bau der *"Reichsautobahnen"* (JF 14/96) schrieb ein JF-Redakteur unter dem Titel *"Die Pyramiden des Dritten Reiches"*, Hitler habe darin für die Ewigkeit konzipierte Kulturdokumente gesehen, welche *"wie wohl kein zweites Ereignis den deutschen Aufbauwillen augenfällig verkörperten. ... Ohne die Leistungen der Bauarbeiter, Architekten, Ingenieure, Geologen, Landschaftsgärtner und der anderen beteiligten Berufsgruppen zu schmälern, bleiben doch in erster Linie die Namen Adolf Hitler und Fritz Todt untrennbar mit den Reichsautobahnen verbunden."*

In einer verharmlosenden Buchrezension in JF 35/96 wurden die Zeilen des "Horst- Wessel-Liedes" *"Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!"* zitiert und als *"die Heldenhymne des Dritten Reiches"* (Hervorhebung im Original) charakteri-

siert. Im weiteren Text des Artikels wird Horst Wessel als geschickt taktierender, begabter Propagandist dargestellt: "... (er) konnte die Kommunisten einfach austricksen, aufs Kreuz legen mit dem Hakenkreuz", der "durch Verrat" ermordet worden sei.

"PC"-Kampagne als Instrument zur Verharmlosung des NS-Regimes

Die auch von den REP verbreiteten "PC - Nein danke"-Aufkleber waren Bestandteil einer im ersten Halbjahr 1996 verschärften JF-Kampagne gegen die angeblich vorherrschende "Political Correctness" (PC). Schon beim Start der Kampagne (JF 16/96) deutete sich an, daß sie insbesondere zur Verharmlosung von NS-Verbrechen eingesetzt werden sollte: *"Der PC-Reflex wurde in jahrelanger Kleinarbeit vor allem im Zuge einer - kaum vom Datum der deutschen Wiedervereinigung unterbrochenen - einseitigen Dauerbewältigung antrainiert Ungeniert werden die Schrecken des Dritten Reiches im politischen Alltag instrumentalisiert."* In Ausgabe 30/96 wurde der sogenannte *"Appell der 100 - Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!"* erneut abgedruckt, der bereits im Mai 1996 in einer großen deutschen Tageszeitung als Inserat erschienen war. In dem begleitenden Artikel solidarisierte sich die JF mit den zahlreichen, wegen revisionistischer Publikationen mit dem Strafrecht in Konflikt geratenen Rechtsextremisten. Der Initiator des *"Appell der 100"* antwortete im JF-Interview auf die Frage, ob sich das *"Meinungsklima im Jahre 1996 dem der dreißiger Jahre"* annähere: *"Es ist bereits viel schlimmer als in den letzten beiden Jahren des Dritten Reiches, weil man damals im Kameraden- oder im Bekanntenkreise immer noch ein offenes Wort reden konnte"*



Verhältnis und Verbindungen zur Partei "Die Republikaner"

Die JF berichtet seit Jahren solidarisiertend, bisweilen sogar werbend, über die rechtsextremistische Partei "Die Republikaner" (REP). Unmittelbar vor den Landtagswahlen am 24. März 1996 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz rief JF-Chefredakteur Dieter Stein indirekt zur Stimmabgabe für die REP auf und plädierte für deren Beteiligung an der Regierung (JF 12/96): *"Hoffentlich bringen die Wahlen ... strategische bürgerlich-konservative Mehrheiten unter Einschluß demokratischer rechter Alternativen neben der Union."* Stein, der die REP regelmäßig als *"rechtskonservativ"* bezeichnet, schrieb noch in JF 42/96 anlässlich des REP-Bundesparteitags, die REP seien *"für unsere Demokratie notwendig"*.

Erkenntnisse aus der Beobachtung der REP belegen, daß die JF von dort aus gezielte Unterstützung erhält (siehe Nr. 2.1.1). In einem Schreiben der Vorsitzenden des REP-Landesverbandes NRW vom 27. September 1996 wurde Parteimitglie-

dem, die ihren Mitgliedsbeitrag freiwillig um 200 DM erhöhen, ein vom Landesverband finanziertes Jahresabonnement der JF (Preis: 199 DM) als Prämie in Aussicht gestellt. Dieses Angebot, *"das der 'rechten Sache' dient"* (so die REP-Landesvorsitzende), hätte bei entsprechender Resonanz folgende Auswirkungen:

- das nominell höhere Beitragsaufkommen verstärkte die Eigenleistungen der Partei und damit die Zuwendungen der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln;
- dadurch, daß den Parteimitgliedern empfohlen wurde, ihre Mehraufwendungen bei ihrer Steuererklärung als Parteibeitrag oder -spende zu deklarieren, würden die öffentlichen Haushalte an der Sanierung der JF beteiligt.

Die aus diesem Vorgang und den wohlwollenden Veröffentlichungen der JF gewonnenen Erkenntnisse über das Verhältnis der JF zu den REP werden bekräftigt durch zahlreiche Inserate von Parteigliederungen der REP in der JF. Unter anderem druckte die JF in Ausgabe 41/96 in der Kleinanzeigen-Rubrik einen Wahlaufdruck zugunsten des REP-Kandidaten für die Wahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters. Umgekehrt veröffentlicht die JF regelmäßig und großformatig Abonnentenwerbung in der Parteizeitung des REP- Bundesverbandes.

Verhältnis und Verbindungen zur "Freien Deutschen Sommerakademie" und anderen Organisationen

Zwischen der "Freien Deutschen Sommerakademie" (früher: "Freie Deutsche Sommeruniversität") und der JF bestehen anhaltende Verbindungen. Diese Institution ist eine Abspaltung der früheren "Sommeruniversität" der JF und wurde von Rechtsextremisten zu Zwecken der ideologischen Schulung und Kontaktpflege initiiert. Bei der Tagung der "Freien Deutschen Sommerakademie" 1996 referierten mehrere JF-Stammautoren.

In Ausgabe 25/96 erklärte die JF ihre Distanzierung von der "Freien Deutschen Sommeruniversität/-akademie". Die Distanzierung erscheint allerdings wenig glaubwürdig. Denn in derselben (!) JF-Ausgabe und auch noch danach in Ausgabe 36/96 erschien der Hauptverantwortliche der "Freien Deutschen Sommerakademie" als JF-Autor. Gerade die Tatsache seiner Autorenschaft in JF 25/96 signalisierte dem verständigen Leser eine "Distanzierung von der Distanzierung".

Wie schon 1995, veröffentlichte die JF auch im Jahr 1996 regelmäßig Inserate der rechtsextremistischen "Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" (DESG) (siehe Nr. 2.5.8).

"Distanzierung" der JF von ihren Leserkreisen

Nachdem über das Verhältnis der JF zu den JF-Leserkreisen und der JF-Sommeruniversität im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1995 berichtet wurde, distanzierte sich die JF von den Leserkreisen. In der Ausgabe 25/96 vom 14. Juni 1996 gaben JF-Redaktion und -Verlag *"In eigener Sache"* eine Erklärung zu ihrem Verhältnis gegenüber den JF-Leserkreisen ab, in der sie von *"unkontrolliert gegründeten"* JF-Leserkreisen sprachen. Es habe dort in der Vergangenheit *"vereinzelte Vorgänge gegeben, die die Arbeit der JF-Redaktion in negativer Weise tangierten und behinderten ..."*. Sie forderten die Leserkreise auf, den Begriff "Junge Freiheit" aus ihrem Namen zu streichen, und erklärten *"ihre Arbeit über diese Leserkreise offiziell für beendet"*. Gleichwohl hieß

es: "Wir danken allen Leserkreis-Mitgliedern, die sich durch konstruktive und seriöse Arbeit ausgezeichnet haben und die viel für die JF getan haben. Mit ihnen wird die JF-Redaktion weiterhin eine Zusammenarbeit suchen. ..." Damit bestätigt die JF, daß es in der Vergangenheit eine Zusammenarbeit der JF mit JF-Leserkreisen gab.

Der aktivste Leserkreis in Nordrhein-Westfalen, der unter wechselnden Bezeichnungen agierte, so u.a. unter "Junge Freiheit Gesprächskreis Ruhrgebiet", benannte sich erneut um. Er trägt nun den Namen "Junges Forum - Freiheitlicher Club für das Ruhrgebiet", wird aber nach wie vor von denselben Personen organisiert. Veranstaltungen dieses Kreises wurden in der Vergangenheit zunehmend von Teilnehmern aus anderen Regionen des Landes besucht. Noch im April 1996 war dort der JF-Chefredakteur als Referent zu Gast.

2.5.2 Staatsbriefe

Gründung	1990
Herausgeber	Dr. Hans-Dietrich Sander
Verlag	Castel del Monte; vermutlich Eigenverlag Sander
Erscheinungsweise	monatlich
Auflage	ca. 1.000

Die Staatsbriefe sind eine typische Publikation der "Neuen Rechten". Mit ihrer betont schlichten Aufmachung versuchen die Staatsbriefe auch äußerlich, ihrem Selbstverständnis als Publikation einer *"geistigen Elite"* und dem angestrebten intellektuellen Niveau der Schrift gerecht zu werden. Die Publikation enthält neben - zumeist längeren - Beiträgen zu tagespolitischen Themen, Weltanschauungen, Fragen der Geschichte und theoretischen Abhandlungen regelmäßig Buchrezensionen und vereinzelt auch Lyrik. Herausgeber ist der Publizist Dr. Hans-Dietrich Sander.

Prinzipielle Gegnerschaft zum demokratischen Staat

Sander und zahlreiche Autoren der Staatsbriefe sehen in der Wiederbelebung der mittelalterlichen Reichsidee (insbesondere des Reiches des Stauferkaisers Friedrich II.) die Verkörperung des idealen deutschen Staates. Obwohl noch keine einheitlichen und ideologischen ausgereiften Vorstellungen bestehen, sind in den einzelnen Beiträgen zur Reichsidee gemeinsame Grundansätze erkennbar. Mit ihren wiederholten Forderungen nach einem (ethnisch) homogenen, streng hierarchischen, autoritären Staat unter Führung einer *"geistigen Elite"* knüpfen die Staatsbriefe an die antidemokratischen Vorstellungen der Konservativen Revolution an. Im Gegensatz zu anderen Vertretern der "Neuen Rechten" versuchen die Autoren in den Staatsbriefen vielfach offen und in aggressiver Form, die Demokratie und das Grundgesetz als den Deutschen angeblich wesensfremde Staatsform und als widerrechtlich auferlegtes *"Provisorium"* der alliierten Siegermächte zu delegitimieren. Die Wiederbelebung eines Deutschen Reiches wird als Voraussetzung für die Bewahrung bzw. Erneuerung einer deutschen nationalen kulturellen Identität und eine innen- und außenpolitische Souveränität Deutschlands angesehen. Dabei wird die Reichsidee zu einem Mythos und Allheilmittel zur Lösung von

Gegenwartsfragen, z.B. Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, steigende Kriminalität, Ausländerzustrom, erklärt.



Titelseite der Staatsbriefe-Ausgabe Nr. 12/96

Entwurf einer "Völkischen Verfassung"

Ein Stammautor veröffentlichte in der Ausgabe 5-6/96 der Staatsbriefe den Entwurf einer "völkischen Verfassung". Er interpretierte das Grundgesetz als eine "multikulturell inkonforme, nämlich eine völkische Verfassung". Demokratie bedeute "Volks- und nicht Bevölkerungsherrschaft". Das Grundgesetz sehe eine demokratische, ausschließlich deutsche Nationalstaatlichkeit vor, die durch "verfassungspatriotische Fehlinterpretationen" der Linksextremisten zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft fälschlich uminterpretiert werde. Der Autor gesteht die verfassungs- und völkerrechtlich garantierten Menschenrechte lediglich den Angehörigen der staatlichen (deutschen) Gemeinschaft zu. Zum Schutz der Gemein-

schaft könnten Menschenrechte von Ausländern eingeschränkt bzw. abgeschafft werden. Die in den "Staatsbriefen" wiederholt aufgegriffene Forderung nach einer Apartheid der Völker (Ethnopluralismus) wird als *"Prinzip der friedensstiftenden Grenzziehung"* der Völker deklariert, steht hier letztlich aber gleichbedeutend für rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit.

Revisionismus und Antisemitismus

Ein Themenschwerpunkt in den "Staatsbriefen" ist der Revisionismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen (siehe Nr. 2.4). Insbesondere revisionistische Äußerungen mit dem Ziel der Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust finden sich nahezu in jeder Ausgabe. Unter dem Deckmantel der angeblich verweigeren Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit wird der Holocaust beharrlich als *"Greuelmärchen"* und *"freierfundene Legende"* der alliierten Siegermächte verharmlost. Daneben finden sich zahlreiche Beiträge mit antisemitischer Polemik. Gegen Sander als Herausgeber und Autor der Staatsbriefe laufen derzeit bereits zwei Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB). Die Ausgaben Juni und Oktober 1995 wurden daraufhin beschlagnahmt.

Nahezu ungeachtet der andauernden Ermittlungsverfahren setzte Sander seine antisemitische Agitation fort. Die Ermittlungsverfahren bezeichnete er als *"Willkürakte, wie sie totalitären Regimen zu eigen sind"* und kommentierte hierzu: *"Die Ermittlung lief auf jüdischer Schiene."* Sander bewertet seine volksverhetzenden Äußerungen als *"legitime Meinungsäußerung"*, zumal *"sich im 50. Jahr nach dem Ende des Dritten Reiches törichte jüdische Stimmen angehäuften (hatten), die antisemitische Emotionen entfachten"*. Daß es sich um ungerechtfertigte Vorwürfe eines *"pervertierten"* Rechtsstaates handele, beweise auch der Umstand, daß *"von jüdischer Seite ... gegen die verdächtigen Texte keine einzige Stimme laut geworden"* ist.

Angesichts der staatlichen Exekutivmaßnahmen zeigt Sander dennoch eine gewisse Vorsicht, wie der Artikel *"Die Rolle der Presse im Fall Gernar Rudolf"* (siehe Nr. 2.4.1) in Ausgabe 2-3/96 beweist. Der Beitrag enthält keinen Hinweis auf den Verfasser, was für die Staatsbriefe untypisch ist. In dem Beitrag wird erneut in Anlehnung an das pseudowissenschaftliche "Rudolf-Gutachten" die Ermordung deportierter Juden im Konzentrationslager Auschwitz geleugnet, da es *"in den tatsächlichen oder vermeintlichen Gaskammern des Konzentrationslagers Auschwitz keine signifikanten Cyanidrückstände gibt"*.

Spendenaufwurf an Leser

Angesichts der laufenden Ermittlungsverfahren und der zu erwartenden Prozeßkosten hat Sander in der Ausgabe 8/96 einen Spendenaufwurf an die Leser gerichtet: *"Aller Voraussicht nach könnte das regelmäßige Erscheinen der Staatsbriefe unter den finanziellen Prozeßfolgen leiden. Vielleicht muß ich auf mehr Doppelhefte ausweichen. Es widerstrebt mir, in dieser Lage um Spenden zu bitten ... Die Leser sollten selbst entscheiden, ob sie und wem sie beispringen."* 1996 erschienen bereits drei Doppelausgaben.

Bekämpfung der "Political Correctness"

Zentraler Angriffspunkt auf dem Weg zur kulturellen Hegemonie ist nach Ansicht der Staatsbriefe die Bekämpfung der sogenannten *"Political Correctness"* (PC). Sander und zahlreiche Autoren der Staatsbriefe sehen sich als Opfer eines ihrer Ansicht nach *"totalitären"* Staates, der keine wirkliche Meinungs-, Presse-, Forschungs-, und Wissenschaftsfreiheit zulasse. PC wird als ein Instrument/Ergebnis des angeblich andauernden Umerziehungsprozesses der alliierten Siegermächte denunziert, unter dessen Einfluß den staatlichen Institutionen ein vorgegebenes Denk-, Verhaltens- und Argumentationsmuster auferlegt wird mit dem ausschließlichen Ziel, politische Gegner zu diffamieren. Ausdruck dieses politischen Verhaltenskodexes seien eine *"gleichgeschaltete Lizenzpresse"*, eine *"Gesinnungsjustiz"* und eine *"antinationale, auslandshörige Regierung"*, die die Verbreitung von *"nationalem Gedankengut"* zu Unrecht als rechtsextremistische Bestrebungen denunzieren und verfolgen würden. Vielmehr sehen sich die Staatsbriefe selbst als *"Warner"* vor gesellschaftspolitischen Mißständen.

Die vehemente Bekämpfung von PC soll die rechtsextremistische Agitation der Staatsbriefe als verfassungskonforme Systemkritik legitimieren, um rechtsextremistisches Gedankengut zunächst zumindest publizistisch gesellschaftsfähig zu machen.

Leserkreise der Staatsbriefe

Neben der Publikation an sich versucht Sander, bundesweit über Leserkreise Anhänger bzw. Sympathisanten zu versammeln. Dabei wird sehr konspirativ vorgegangen. Es handelt sich ausschließlich um geschlossene Veranstaltungen. Die Teilnahme dürfte nur einem ausgesuchten Kreis mittels Einladung oder Empfehlung möglich sein. In Anlehnung an die Vorbilder der Konservativen Revolution benutzt Sander die Idee von *"elitären Denkkreisen"* als Schutz vor staatlicher Kontrolle. Für die Zukunft der *"nationalen Bewegung"* setzt er auf die *"zahlreichen persönlichen Bindungen, die erprobten Freundschaften, die irreguläre und unkontrollierbare Verkehrsformen entfalten können"*. Dazu *"sollten einladende Personen so oft wechseln wie Orte der Zusammenkünfte, kleine mit größeren Kreisen alternieren. Öffentliche Stätten wären zu meiden, geeignete Häuser und Wohnungen zu bevorzugen"*.

Die Bedeutung bzw. Resonanz der Leserkreise entspricht eher dem Wunschen Sanders als der Wirklichkeit. Wie die Schulungskampagne des Deutschen Kollegs (siehe Nr. 2.5.3) finden die *"Staatsbriefe-Leserkreise"* in Nordrhein-Westfalen nur äußerst geringen Zulauf. Zudem sind 1996 keine Aktivitäten der in der Vergangenheit in Erscheinung getretenen *"Staatsbriefe-Leserkreise"* Köln und Ostwestfalen bekannt geworden.

2.5.3 Deutsches Kolleg (DK)

Mit seiner Schulungskampagne gehört das Deutsche Kolleg (DK) zu den Versuchen einer Intellektualisierung des Rechtsextremismus im Sinne der *"Neuen Rechten"*.

Das DK besteht vermutlich seit Ende 1994 und soll aus einem früheren *"Junge Freiheit"*-Leserkreis in Berlin hervorgegangen sein berichtete die neonazistische *"Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung"* (siehe Nr. 2.2.1.4) Anfang 1995. Arbeitsschwerpunkt ist die *"Schulung der jungen nationalen Intelli-*

genz". Nach eigenen Angaben verfügt das DK neben der "Hauptverwaltung" in Würzburg und der "Abteilung für Prüfungswesen" in Berlin "über ein deutschlandweites Netz von lokalen Schulungsleitern, die für die Organisation und Durchführung der Schulungen vor Ort verantwortlich sind". Das DK sieht sich selbst als organisationsunabhängig und spricht mit seiner Schulungskampagne bewußt einen heterogenen Kreis der rechtsextremistischen Szene an. Ziel dieser Strategie ist neben der Schulung bzw. Heranbildung einer "nationalen Elite" der Aufbau von organisationsübergreifenden Kontakten.

Das DK finanziere sich über Spenden und Schulungsgebühren hieß es Anfang 1996 in einem "Rundschreiben an Freunde und Förderer".

Mitinitiator und "Chefideologe" des DK ist der Hamburger Philosoph und Soziologe Dr. Reinhard Oberlercher. Oberlercher hatte seine politische Heimat zunächst im Ende 1969 zerfallenen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund". Seit Ende der 80er Jahre bemühte er sich verstärkt um Kontakte zum rechtsextremistischen Spektrum. Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge, insbesondere in den ihm ideologisch nahestehenden Staatsbriefen (siehe Nr. 2.5.2) und trat wiederholt als Referent auf Veranstaltungen diverser rechtsextremistischer Organisationen auf, z.B. im April 1996 bei einer "Bundesschulung" der JN (siehe Nr. 2.2.3).

Ideologie des "Revolutionären Nationalismus"

Vor dem Hintergrund seiner politischen Vergangenheit versteht sich Oberlercher selbst als "nationaler Linker" und "nationalrevolutionärer Theoretiker". Mit seiner eigenwilligen nationalistischen Interpretation des Marxismus versucht Oberlercher einen Schulerschluß zwischen linken und rechten Denkansätzen. Die von ihm propagierte Ideologie und sein Selbstverständnis deuten zumindest teilweise auf eine geistige Nähe zu den Theorien der Konservativen Revolution und den ihr zuzurechnenden "Nationalrevolutionären" hin. Die scheinbare Verwischung der Abgrenzung von "Links" und "Rechts" ist für Oberlercher insbesondere Mittel zum Zweck. Sie dient zum einen als theoretische Grundlage für sein völkisch-nationalistisches Staats- und Gesellschaftsmodell. Zum anderen verbirgt sich dahinter auch die Strategie, linke Kräfte für rechtsextremistische Positionen zu gewinnen, um in einer gemeinsamen Bewegung von linken und rechten Systemkritikern den heutigen Verfassungsstaat zu überwinden. Hierzu führte Oberlercher in der Staatsbriefe-Ausgabe 9-10/96, aus: "Ohne aufeinander abgestimmte Rechte und Linke bleibt das Nationale Lager und seine Reichsdeutsche Bewegung handlungsunfähig Die Reichsfeinde hetzen Linke und Rechte aufeinander, um die nationale Einheit aller Deutschen zu verhindern."

Ziel: Theoretische Fundierung vor Machterwerb

Das DK sieht in der Ausbildung eines politischen Kaders die Voraussetzung für eine gesellschaftspolitische Neuordnung und einen realpolitischen Machterwerb. Vor dem "Machtergriff" stehe der "Kampf um die Wortergreifung" durch eine "starke, diskursfähige Elite" hieß es in einem "Rundschreiben an Freunde und Förderer" vom 26. Februar 1996. In der Schrift "Sleipnir" (siehe Nr. 2.5.5) schrieb Oberlercher unter der Überschrift "Deutschlands Zukunft": Da die "nationale Revolution viel Zeit" hat, sei jetzt die "Pflicht" des "nationalen Lagers": "lernen, lernen und nochmals lernen" (Ausgabe September/Oktober 1996).

Schulungskampagne des DK

Das Schulungsangebot des DK baut auf den zahlreichen Veröffentlichungen Oberlerchers in den vergangenen Jahren auf. Wesentlicher Bestandteil ist der Einführungskurs *"Reichsbürgerkunde"*, der unter anderem die Oberlercher-Schriften *"Reichsverfassungsentwurf"*, *"10 Ziele des Nationalen Lagers"* und *"Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der Nationalen Notstandsregierung in Deutschland"* beinhaltet. Mit der Bezeichnung *"Grundlagen der nationalen Intelligenz"* wird ein *"ABC der politischen Begriffe"* angeboten. Grundkurse in Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft wurden angekündigt.

Das DK stellt seine Schulungskampagne auch im Internet vor. Im Thule-Mailbox-Netz wurden von den Betreibern wiederholt Texte des DK eingestellt und kontrovers diskutiert.

Schulungsgruppen in NRW

Das DK unterhält nach eigenen Angaben in Nordrhein-Westfalen Schulungsgruppen in Bielefeld, Köln und Düsseldorf. Am zweiten Einführungskurs im Februar 1996 in Bielefeld sollen rund ein Dutzend Interessenten teilgenommen haben. Die Schulungsgruppe in Bielefeld, die bereits mehrere Veranstaltungen durchführte, sieht das DK als gefestigt an, während bei den angeblichen Schulungsgruppen Köln und Düsseldorf noch Aufbauarbeit geleistet werden müsse.

Rassismus und Antisemitismus

Oberlerchers Geschichtsbild ist von Rassismus und Antisemitismus geprägt. Er relativiert den Holocaust als legitime Maßnahme gegen eine angeblich weltweite jüdische Invasion: *"Gegen die zivilnomadische Invasion der Juden hat sich Europa durch Totalvertreibungen 1290 aus England, 1396 aus Frankreich, 1942 aus Spanien und 1942-44 aus dem Kontinent sowie durch viele Vertreibungen (z.B. im 15.-16. Jh. aus süddeutschen Städten und Gebieten) gewehrt, aber auch durch Pogrome (z.B. Polen 1648, Rußland 1890, Polen 1945-46)."*

Er verherrlicht die Machtübernahme Hitlers und damit den Nationalsozialismus als legitimen deutschen Befreiungskrieg mit dem Ziel einer erneuten Reichsgründung und relativiert deutsche Kriegsverbrechen durch Aufrechnung bzw. Vergleich: *"Der Aufstieg des Zweiten Reiches wurde 1914-18 durch den ersten Waffengang des Zweiten 30jährigen Krieges (1914-45) gebremst. Der zweite Waffengang dieses Krieges wurde 1933 durch eine glänzende sozialrevolutionäre Offensive (praktisch der zweite deutsche Befreiungskrieg) vorbereitet, die erst 1945 gestoppt werden konnte - durch eine Weltkoalition aller sozialreaktionären Mächte unter Einsatz der größten Militärmacht aller Zeiten und der Begehung unvergleichlicher und bestialischer Kriegs- und Waffenstillstandsverbrechen am deutschen Volk, mit allein sechs Millionen Toten nach dem 8. Mai 1945."*

Neues Schulungskonzept

Von der Führungsrolle, die das DK für sich beansprucht, ist es bislang weit entfernt. Das DK behauptet zwar, seine Schulungen seien gut besucht und würden von den Teilnehmern *"begeistert"* angenommen. Tatsächlich ist die Resonanz aber gering. Die Lehrinhalte sind schwer verständlich und erfordern bei den Teilnehmern ein hohes Maß an Konzentration und geistigen Fähigkeiten. Außerdem

dürften die vorgesehenen Klausuren und Prüfungen einen groß Teil der Interessenten von vornherein abschrecken. Deshalb will das DK mit einem neuen Stil der Stoffvermittlung mehr Interessenten ansprechen: *"Nicht stockernst und steif, sondern flott, locker und motivierend - es soll den Teilnehmern Spaß machen!"* Der "ABC-Kurs" soll mit einem kleinen Test auf freiwilliger Basis abgeschlossen werden. Angesichts der vom DK überschätzten Mobilisierbarkeit und Lernbereitschaft der *"rechten Szene"* ist ein Erfolg dieser Maßnahmen allerdings nicht zu erwarten.

Vernetzung der rechtsextremistischen Szene

Obwohl der erhoffte Erfolg der Schulungskampagne bislang ausgeblieben ist, gelingt es dem DK dennoch, insbesondere über die Schulungsgruppen und Vorträge Oberlehrers auf Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen, Rechtsextremisten mit unterschiedlicher ideologischer und organisatorischer Zugehörigkeit zu versammeln. Daneben ist weiterhin eine inhaltliche Annäherung insbesondere an die rechtsextremistischen Publikationen "Staatsbriefe", "Sleipnir" und "Europa Vorn" sowie an die "Freie Deutschen Sommerakademie" (siehe Nr. 2.5.1) feststellbar.

2.5.4 Europa Vorn, Europa Vorn spezial

Gründung	1987
Herausgeber	Manfred Rouhs, Köln
Verlag	Verlag Europa Vorn
Erscheinungsweise	Europa Vorn erscheint zweimal im Monat; Auflage ca. 5.000 Europa Vorn spezial ist 1996 einmal erschienen Europa Vorn und die "Neue Rechte"

Die seit 1987 erscheinende Schrift Europa Vorn versucht, zur Aktualisierung des Rechtsextremismus beizutragen. Die Schrift bietet Autoren der "Neuen Rechten", die meistens auch für andere Publikationen schreiben, eine Plattform für Strategiediskussionen ebenso wie für fremdenfeindliche, antisemitische und revisionistische Propaganda. Zu den Autoren gehört neben dem Herausgeber Manfred Rouhs der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Schönhuber.

Neuer Standort des Verlags

Im April 1996 bezog der Europa Vorn Verlag Räume in Eschweiler-Dürwiß (Kreis Aachen). Dort nahmen an einer Veranstaltung zum 10jährigen Bestehen von Europa Vorn im Herbst ca. 250 Personen teil.

Im November 1996 kündigte Rouhs an, Europa Vorn werde ein völlig neues Gesicht erhalten. Die Zeitschrift werde einmal monatlich erscheinen und sich auf politische Themen beschränken. Für Berichte aus der Musikszene werde ab 1997 eine besondere Publikation herausgegeben. Europa Vorn solle professioneller werden und wachsen.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit und die angebliche *"Überfremdung"* sind fast durchgängig Themen in Europa Vorn. In der Ausgabe Nr. 99 schreibt Schönhuber zum Beispiel, das Programm der deutschen Patrioten könne nur beinhalten, für die Identität *"unseres Volkes zu kämpfen und es vor einer Überfremdung zu bewahren, die zu einem Sprengsatz in unserer Gesellschaft wird."* Schönhuber sieht die größte Gefahr von den Türken ausgehen, die sich unter dem Einfluß der Medien von den alten Traditionen freigemacht haben, ohne eine innere Bindung zu westlichen Lebensformen und Denkschemata gefunden zu haben. *"Viele der zu uns gekommenen Gastarbeiter und insbesondere deren Nachkommen sind gestrandet im eisigen Niemandsland einander fremder Kulturen."* Dieses *"Strandgut"* liefere den Nährboden für die zunehmende Gewalt gegen das Gastland.

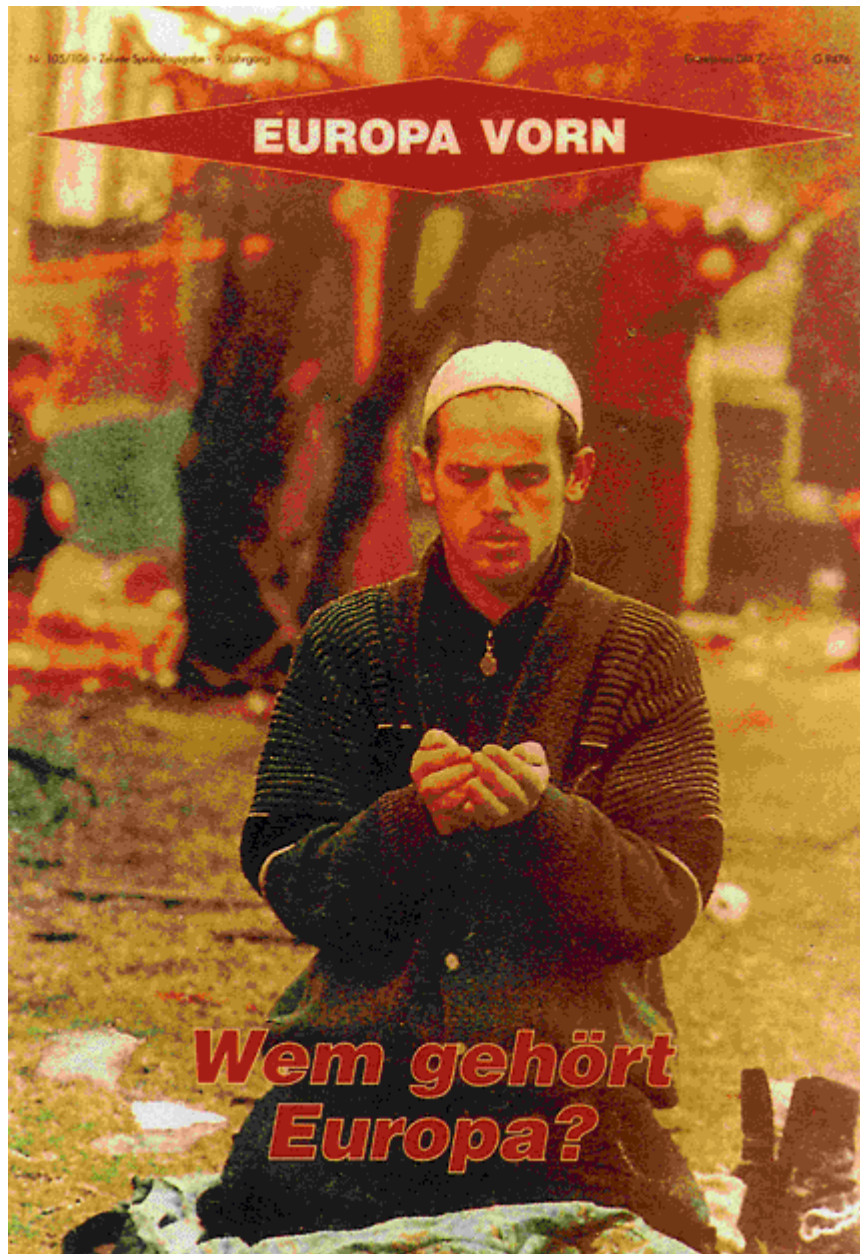
Rouhs sieht im Islam eine Art Waffenbruder gegen die multikulturelle Gesellschaft. Die islamische Religionsausübung entfalte bei den in Deutschland lebenden Ausländern eine kulturstabilisierende Wirkung. *"Es sind religiös und ethisch entwurzelte Ausländer, die mit Rauschgift handeln, 'Integration' anstreben, Tankstellen überfallen, das Wahlrecht in Deutschland einfordern und alte Leute auf der Straße ausrauben, nicht die gläubigen Moslems!"* Der Islam bilde ein Bollwerk gegen den materialistischen Hedonismus, gegen die *"One-World-Ideologie"*. Er verurteile den Islam nicht: *"Arabien, Persien und der Bosphorus mögen den Mohammedanern gehören. Europa gehört uns Europäern. So soll es bleiben, so wird es wieder sein."*

Revisionismus und Antisemitismus

Revisionistische Agitation fand in Europa Vorn u.a. in der Berichterstattung über den Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke statt.

Unter der Überschrift *"Vae victis - wehe den Besiegten"* nutzte Schönhuber den Prozeß, um historische Zusammenhänge zu verfälschen und Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten zu verharmlosen. Im Zusammenhang mit der Festnahme Priebkes sprach er vom *"Rachedurst jüdischer Organisationen"*.

Die von Revisionisten vertretenen Gebietsansprüche fordert Rouhs in einem Artikel in der Ausgabe Nr. 108 ein. Warum dürfe jeder Inder, Tamile und Schwarzafrikaner für sich ein Asylrecht in Deutschland reklamieren, nicht aber jeder Deutsche ein Heimatrecht im Land seiner Väter. Kein deutscher Patriot wolle Krieg mit Rußland. Man würde lediglich gerne mit den Russen ein freundliches Gespräch über wirtschaftliche Kooperation und die Ansiedlung von Deutschen in der Königsberger Region führen, ebenso in Schlesien, Pommern und im Sudetenland. *"Und irgendwann ist dann die Lage die, daß wir zusammen mit unseren russischen Freunden eine friedliche Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete auf die Tagesordnung der Weltpolitik setzen können."*



**Titelseite der »Europa Vorn Spezialausgabe«
Nr. 105/106**

Strategiediskussion

In der Ausgabe Nr. 103 versuchte der Publizist Andreas Molau, der einen national-revolutionären Kurs verfolgt, gemeinsame strategische Ziele von Rechts- und Linksextremisten aufzuzeigen. Seiner Meinung nach werde die soziale Frage das Thema von morgen sein. Es sei ausgerechnet die PDS, die den "Rechten" dieses Thema aus der Hand nehme. Sie vertrete klar die nationalökonomischen Eigeninteressen Deutschlands, wie etwa die Verhinderung der Kapitalflucht oder die höhere Besteuerung von Geldgeschäften. PDS minus Multikulti müsse eine Kraft der Erneuerung sein.

Europa Vorn spezial

Im Sommer 1996 erschien die Ausgabe Nr. 10 von "Europa Vorn spezial" mit dem Titel "Wem gehört Europa". Darin beschwören die rechtsextremistischen Autoren

die Gefahr einer "Überfremdung" Europas durch den Islam. Die ideelle Kraftlosigkeit des Westens und die ihr zugrundeliegende liberale Weltordnung bildeten den Nährboden für die Ausbreitung des Islams. Es sei eine langfristige Strategie der Islamisten, mit Hilfe von Flüchtlings- und Einwanderungsströmen das weltanschaulich dekadente Europa zu übernehmen.

2.5.5 Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik

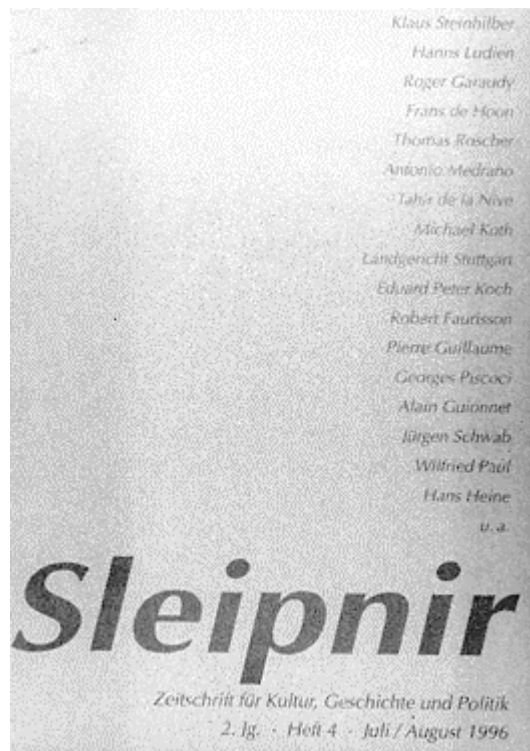
Gründung	1995
Herausgeber	Andreas Röhler, Peter Töpfer; GbR
Verlag	Verlag der Freunde (VdF), Berlin
Erscheinungsweise	zweimonatlich
Auflage	ca. 1.000

Die Publikation "Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik" wird vom "Verlag der Freunde" (VdF) in Berlin herausgegeben. Der VdF betreibt außerdem einen "Buchdienst", der schwerpunktmäßig Publikationen einschlägig bekannter Autoren aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum anbietet, darunter zahlreiche Werke von Theoretikern der Konservativen Revolution. Außerdem werden unter anderen diverse Tonträger mit Texten aus der Zeit des Nationalsozialismus vertrieben.

Bezugnahme auf die Konservative Revolution

Aufgrund der geistigen Nähe zur Konservativen Revolution und des Anspruchs, "national-revolutionäres" Theorieorgan zu sein, wird Sleipnir der "Neuen Rechten" zugerechnet.

In der zweimonatlich erscheinenden Schrift werden Beiträge verschiedener Autoren veröffentlicht. Sleipnir versteht sich als Dialogorgan zwischen nationalistisch orientierten linken und rechten Systemgegnern. Damit soll eine gemeinsame Stoßkraft für die Wiederherstellung der Einheit und Freiheit einer deutschen Nation entwickelt werden.



Schwerpunkte: Revisionismus und Antisemitismus

Revisionistische und antisemitische Agitation waren auch 1996 Schwerpunkte der Publikation.

Ein rechtsextremistischer Publizist veröffentlichte 1996 erstmals in Sleipnir mehrere antisemitische Artikel. Mehrfach machte er die Juden für die ihnen zugefügten Verbrechen mitverantwortlich. In dem Beitrag *"Zur Viktimologie des Antisemitismus"* in Ausgabe Mai/Juni 1996 heißt es: *"Wer versuchen will, dieses Übel antisemitischer Reaktionen zu bekämpfen, muß sich deshalb mit dieser Religion selbst auseinandersetzen, muß versuchen, die innere Systematik menschenverachtend-rassistischer Denkweisen und den religiös begründeten Anspruch auf ubiquitäre Wohnsitznahme, ja auf die Beherrschung der Menschheit, bloßzustellen und eine Neigung zu Idiolatrie und Autoapotheose erkennbar zu machen."*

Exekutivmaßnahmen

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Berlin wegen des Verdachts der Beschimpfung von Religionsgemeinschaften gemäß § 166 StGB wurden am 19. Juni 1996 die Verlagsräume und die Wohnungen der verantwortlichen Herausgeber durchsucht und zahlreiche Exemplare der Sleipnir-Ausgabe Januar/Februar 1996 beschlagnahmt. Im Januar 1997 erließ das Amtsgericht Berlin-Tiergarten einen Beschlagnahmebeschuß gegen die Sleipnir-Ausgabe Juli/August 1996. Den Herausgebern wird vorgeworfen, darin den Staat und seine Symbole verunglimpft zu haben (§ 90a StGB).

Bereits im November 1995 wurden neben 2.000 Sleipnir-Exemplaren 300 Exemplare anderer Publikationen mit strafbarem Inhalt sichergestellt. Wegen der Exekutivmaßnahmen wurde augenscheinlich versucht, den Katalog des Buchdienstes zumindest optisch zu entschärfen. Seit Ausgabe Mai/Juni 1996 wurde das Ver-

lagsangebot nicht mehr mit z.B. *"Immer Ärger mit dem Staatsanwalt"* oder *"Worüber nicht gesprochen werden darf"* kommentiert.

Appelle an Leser

Sleipnir sieht sich angesichts der laufenden Ermittlungsverfahren als Opfer eines angeblich totalitären und korrupten Staates. In mehreren Artikeln der Herausgeber und zwei Pressemitteilungen des VfD wird versucht, die rechtsextremistische und teilweise strafbare Agitation als legitime Wahrnehmung von Meinungs-, Presse-, Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit zu deklarieren. Die Leser wurden mehrfach um politische und auch finanzielle Unterstützung gebeten, da der Verlag durch die Beschlagnahmungen nahezu der gesamten Verlagsausrüstung und zahlreicher Publikationen wirtschaftlich am Rande der Existenz stehe. Gleichwohl erschien Sleipnir 1996 regelmäßig mit Ausnahme der Ausgabe November/Dezember, die sich verzögerte, nachdem die Druckerei aufgrund der genannten Exekutivmaßnahmen die Geschäftsbeziehungen beendet hatte.

Aussichten

Der mit Sleipnir angestrebte Schulterschluss zwischen linken und rechten Systemgegnern ist bislang gescheitert. Die Resonanz in der rechtsextremistischen Szene ist gespalten.

2.5.6 Nation & Europa - Deutsche Monatshefte

Gründung	1951
Herausgeber	Peter Dehoust, Harald Neubauer, Adolf von Thadden (im Juli 1996 verstorben)
Verlag	Nation Europa Verlag GmbH, Coburg
Erscheinungsweise	monatlich
Auflage	ca. 15.000

Mit monatlich rund 15.000 Exemplaren gehört "Nation & Europa" (NE) zu den auflagenstärksten Publikationen in der rechtsextremistischen Szene. Die Nation Europa Verlag GmbH betreibt neben der Herausgabe von NE den "Buchdienst Nation Europa".

Aufgrund der Bemühungen von NE, zur Intellektualisierung des Rechtsextremismus beizutragen und aufgrund der Nähe seiner Autoren zu Ideen der Konservativen Revolution zählt der NRW-Verfassungsschutz die Schrift zum Spektrum der "Neuen Rechten".

Mitherausgeber Dehoust ist Mitglied der DLVH, Mitherausgeber Neubauer gehört dem DLVH-Bundesvorstand an (siehe Nr. 2.1.4). Der Mitherausgeber Adolf von Thadden, der von 1964 bis 1971 Bundesvorsitzender der NPD war und sie 1975 verließ, verstarb am 17. Juli 1996. Bei Kongressen der rechtsextremistischen Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) (siehe Nr. 2.4.2) trat er regelmäßig als Gastredner auf. Auch nach seinem Tod wurde von Thadden im NE-Impressum weiter als Mitherausgeber genannt.

Intensiv nutzt der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Schönhuber NE als publizistische Plattform. Gemeinsam mit den NE-Herausgebern knüpfte er 1996 darüberhinaus auch Kontakte zu französischen und belgischen Rechtsextremisten (siehe Nr. 2.5).

Typisch für die Themen der Publikation sind teilweise fremdenfeindliche, revisionistische, antidemokratische und antiparlamentarische Beiträge.

"Geistige Erneuerung" wird gefordert

In der NE-Ausgabe Nr. 2/96 schrieb Schönhuber unter der Überschrift *"Das Ende der Illusion"*: *"Was haben in dieser Situation deutsche Patrioten zu tun? ... Sie sollten ... wissen, daß ...Gesetze, durch die ganze Geschwader von Wanzen auf dem Weg in die Wohnungen in Bewegung gesetzt werden, weniger der Bekämpfung der Mafia dienen, als vielmehr der Überwachung von Regimegegnern. Unsere einzige Chance ist die geistige Erneuerung Deutschlands."* Im Sinne des Strebens der "Neuen Rechten" nach kultureller Hegemonie fordert er dann, die Allmacht der Medien zu brechen.

Zur *"geistigen Erneuerung"* gehöre auch, die Freiheit von Forschung und Wissenschaft nicht zu beeinträchtigen und darüber nachdenken zu dürfen, warum der italienische Faschismus mit seiner ständestaatlichen Struktur die Weltwirtschaftskrise von 1929 von allen europäischen Ländern am besten bewältigt habe.

Zusammenarbeitsappelle

In der Ausgabe 1/96 rief Schönhuber wieder einmal zur Zusammenarbeit auf: *"Halten wir Patrioten uns heraus aus dem Kampf zwischen Schwarz und Rot! Eine Wahl zwischen ihnen ist die zwischen Pest und Cholera. ... Was diese Parteien für eine Freiheit meinen, haben wir schmerzlich genug erfahren müssen. Es ist die Freiheit einer rücksichtslosen Ellenbogengesellschaft, der Fälschung unserer Geschichte, der Kriminalisierung Andersdenkender. ... Ordnen wir ... unsere Reihen, suchen wir nach Gemeinsamkeiten."*

Zur Zusammenarbeit rief in NE auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechttersheimer auf. In der Ausgabe 9/96 plädierte er für eine Erneuerung von unten: *"... In unserem Land hat sich ein quasi-totalitärer Ungeist etabliert, der alle patriotischen und nationalen Bemühungen als 'rechtsextrem' diffamiert und verfolgt"*.

Revisionismus

Typische Formen des Revisionismus (siehe Nr. 2.4) fanden sich auch 1996 in NE. Unter anderem wurde behauptet, daß die Geschichtsschreibung über die NS-Zeit falsch sei.



In der NE-Ausgabe 5/96 wird Hitler, ohne ihn namentlich zu erwähnen, unter dem Titel *"Keine Kollektivscham ohne Nationalbewußtsein"* verherrlichend als Ausnahmeerscheinung dargestellt: *"Die Einbindung der Nachgeborenen in die Taten der Vorväter setzt ein starkes völkisches- und Gemeinschaftsbewußtsein und die Vorstellung voraus, daß ein Volk aus dem Erbe seiner Vorfahren lebt, ihre Taten und Leistungen als Teil der eigenen Identität begreift und sich ihrer 'erinnert'. Dann ist es logisch, sich auch der Missetaten eines der Ahnen zu erinnern, als ein Teil des Gesamterbes, und sich seiner sogar zu schämen. Für ihn, nicht für das Volk, besonders wenn diese Person eine Ausnahmeerscheinung gewesen ist, von der Idee geleitet, berufenes und begnadetes Werkzeug der Vorsehung zu sein. Ein Mann der einsamen Entschlüsse, dessen Willensstärke und Faszination auch führende Persönlichkeiten vieler anderer Länder in den Bann zog."*

In Ausgabe 9/96 würdigt NE das im eigenen Verlag erschienene Buch *"Heuchler, Henker, Halunken - Der Nürnberger Prozeß vor 50 Jahren"* unter der Rubrik *"Buch*

des Monats". Wer die Nürnberger Prozesse immer noch für den Auftakt der freiheitlich-demokratischen Nachkriegsordnung halte, werde durch dieses Buch eines Besseren belehrt. Herausgeber des Buches und Verfasser des Vorwortes ist Dehoust, das Eingangskapitel stammt von Schönhuber.

2.5.7 Thule-Seminar - Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.

Das Thule-Seminar wurde 1980 in Kassel gegründet. Gründer und Vorsitzender ist der Franzose Pierre Krebs, der ideologisch dem Vordenker der französischen "*Nouvelle Droite*", Alain de Benoist, nahesteht. Wahrscheinlich aufgrund geringer Resonanz und finanzieller Schwierigkeiten war das Thule-Seminar längere Zeit nicht aktiv. Erst seit Mitte 1995 liegen Hinweise auf erneute Aktivitäten vor.

Das Thule-Seminar versteht sich als "*ein Verein für intellektuelle Kommunikation und Synthese*". In seiner Selbstdarstellung bezeichnet es sich auch als "*Die neue Partei des Geistes*". Das Thule-Seminar verfolgt "*eine Strategie der kulturellen Auseinandersetzung*". Die theoretische Auseinandersetzung mit ideologischen Grundlagen wird, wie bei anderen Vertretern der "Neuen Rechten", als Voraussetzung für einen kulturellen und letztlich für einen politischen Wandel gesehen.

Um diese Ziele zu erreichen, plant das Thule-Seminar Vorträge, jährlich ein Kolloquium, Seminare, eine Rhetorik-Schule, Sonnenwendfeiern und heidnische Rituale. Außerdem soll nach längerer Pause wieder die früher aufwendig gestaltete Buchzeitschrift "Elemente" herausgegeben werden, die der französischen Publikation "Eléments" nachempfunden ist.

Darüberhinaus wird der "Ariadne, Buch- und Kunstversand des Thule-Seminars e.V." betrieben, der überwiegend Bücher von Autoren der "Nouvelle Droite" und Pierre Krebs anbietet. Daneben sind heidnische Kunstgegenstände, Aufkleber, Plakate sowie Schriften anderer Verlage erhältlich.

Ziel: Eine heterogene Welt homogener Völker

Mit ihrer Informationsmappe "*Die neue Partei des Geistes*", den Buchneuerscheinungen "*Im Kampf um das Wesen*" und "*Geistesgegenwart der Zukunft in der Morgenröte des Ethnos*" von Pierre Krebs und einer eigenen Homepage im Internet stellt sich das Thule-Seminar umfassend selbst vor. Es bezeichnet sich als "*geistig-geschichtliche und metapolitische Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung auf der Grundlage der gewachsenen Kulturen aller europäischen Stämme und Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres heidnisch-religiösen Erbes*". Angestrebt wird eine Überwindung des angeblich widernatürlichen, wissenschaftlich nicht fundierten "*Egalitarismus*" (Gleichheitslehre), dem eine biologisch, völkisch geprägte "*Differenzierungslehre*" entgegengesetzt wird. Danach ergebe sich u.a. aus den unterschiedlichen biologischen, kulturellen und historischen "*Wurzeln*" zwangsläufig und natürlich eine unterschiedliche Wertigkeit der Völker und des einzelnen Menschen innerhalb einer Volksgemeinschaft. Die widernatürliche "*mehrrassige*" Gesellschaft mit ihrer völkerfeindlichen "*Ideologie der sogenannten Menschenrechte*" bedrohe die ethnische Identität und die kulturellen Wurzeln der einzelnen Völker bis hin zum "*Völkermord*". Voraussetzung für ein harmonisches Nebeneinander der Völker sei "*das Modell einer heterogenen Welt homogener Völker*". Aus der natürlichen Ungleichheit und Wertigkeit ergebe

sich zwangsläufig die *"organische Demokratie lebendiger, von den natürlichen Hierarchien sozusagen getragener Völker"*, d.h. gestufte Gesellschaften unter Führung der *"geistigen Eliten"*. In den USA, der Heimstätte des Liberalismus, Pluralismus, der Menschenrechte und des Kapitalismus, wird der *"Hauptfeind"* gesehen.

Das Thule-Seminar versteht sich als *"eine Art Katalysator, indem es die geistige Verwandtschaft einzelner Menschen nach einem bestimmten, gemeinsamen Ziel orientiert"*. Unabhängig von der politischen Gesinnung - wird mit der Metapolitik *"als Kriegsschule der Ideen"* ein gemeinsamer Kampf *"gegen die alte und neue amerikanische Weltordnung"* popagiert.

Namensgeber für das Thule-Mailbox-Netz

Die Bezeichnung "Thule-Netz" wurde nach Angaben seiner Betreiber *"in Anlehnung an das 'Thule-Seminar' gewählt"*, da man sich *"den Ideen der sog. Neuen Rechten wie Alain de Benoist, Pierre Krebs... verbunden"* fühle. Im "Thule-Netz" wurde die Broschüre des Thule-Seminars *"Die neue Partei des Geistes"* von dem Betreiber der Box "Widerstand BBS" in Erlangen vorgestellt. Umgekehrt ist in der Publikation *"Im Kampf um das Wesen"* von Pierre Krebs eine Anzeige der "Widerstand BBS" abgedruckt, in der u.a. Publikationen des "Thule-Seminars" in elektronischer Form angeboten werden.

Thule-Seminar als Vertreter der "Neuen Kultur"

Das Thule-Seminar sieht sich als deutschen Vertreter einer europaweiten, von der *"Nouvelle Droite"* begründeten, Denkschule der *"Neuen Kultur"*. *"Es sind heute ebenso feste gemeinschaftliche wie ideologische Beziehungen, die die Neue Kultur in ganz Europa verbreitet haben. ... Das Europa der Denzkirkel ist auf dem Weg! Nichts kann es aufhalten!"*

Die eigene Bedeutung wird hier völlig überschätzt. Wegen ideologischer und persönlicher Differenzen entspricht eine geschlossene Bewegung der "Neuen Rechten" weder in Deutschland noch in Europa auch nur annähernd der Wirklichkeit.

2.5.8 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)

Gründung	1972	
Sitz	Hamburg	
Mitglieder	1995	1996
Bund	ca. 70	ca. 70
Publikation	DESG-inform; 10-11 Ausgaben im Jahr; Auflage ca. 1.000	

Der 1972 gegründete Intellektuellenzirkel wird von einem ehemaligen NPD-Funktionär geleitet. Die DESG versteht sich als überparteiliches Koordinierungs- und Kooperationsforum systemkritischer, *"nonkonformer Gruppen von rechts und links"*. Zu diesem Zweck werden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Außerdem gibt die DESG ihr Mitteilungsblatt "DESG-inform" heraus,

das im "Verlag Deutsch-Europäische Studien GmbH" in Hamburg erscheint. In diesem Verlag erscheint auch die Publikation "Junges Forum".

DESG-inform

Die seit Anfang 1985 erscheinende Publikation DESG-inform *"befaßt sich mit dem Kampf der europäischen Völker um Identität und Selbstbestimmungsrecht"*. Sie informiert über Aktivitäten und Planungen nonkonformer Gruppen, berichtet ausführlich über Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen aus dem In- und Ausland und stellt Schriftgut der "Neuen Rechten" vor. Vereinzelt werden auch Anzeigen rechtsextremistischer Organisationen und Verlage abgedruckt.

"Junges Forum"

Das "Junge Forum" erscheint unregelmäßig in größeren Abständen und enthält einzelne längere Abhandlungen, die zur Diskussion wichtiger Ideologieelemente der "Neuen Rechten" beitragen. Die Schrift ist ein typisches Beispiel für den Versuch, Themen und Begriffe aus dem gesamten politischen und gesellschaftlichen Spektrum inhaltlich neu zu besetzen, um damit rechtsextremistisches Gedankengut zu modernisieren bzw. zu verschleiern.

Biologisch motivierten Rassismus zeigt ein Autor in der Ausgabe 3-4/96 des "Jungen Forums". Unter der Überschrift *"Versuchung oder Chance? Bioregionalismus und volkstreue Politik"* sieht er in *"Bioregionalismus"* einen *"ganzheitlichen Politikansatz"*, der *"einmal in politisch 'rechter' Weise umgedeutet und genutzt werden"* könne. Danach ergäben sich aus den biologischen Gesetzmäßigkeiten der Natur als biologisch-kulturelles Ordnungsmodell zwangsläufig organisch gewachsene, (ethnisch) homogene Nationalstaaten. Ausländer werden zur Gefahr für den Umweltschutz und für das *"deutsche Volksgut"* erklärt. Umweltschutz wird an nationale Identität und Heimatliebe gebunden, und die Bewahrung der natürlich gewachsenen Ökostrukturen wird als Voraussetzung für einen souveränen Nationalstaat bis zur Überlebensfrage des deutschen Volkes hochstilisiert.

2.6 Moderne Kommunikationstechniken

1996 war das "Internet-Jahr" für die deutschen Rechtsextremisten. Viele der rechtsextremistischen Parteien und Vereinigungen haben sich 1996 erstmals im Internet präsentiert. Seitdem ist zu beobachten, daß der Umfang der Angebote ständig ausgebaut und die technische Qualität verbessert wird.

Von den rechtsextremistischen Parteien zeigt sich die NPD besonders aktiv. Im Frühjahr 1996 entstanden erste Homepages von NPD-Gliederungen u.a. auch von der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) in Köln und vom NPD-Landesverband NRW (siehe Nrn. 2.1.2 und 2.2.3). Die JN organisierten 1996 zwei *"Nationale Internet-Kongresse"* und gaben Neonazis Hilfestellung beim Einstieg in das Medium. Seit Anfang 1997 bietet der NPD-Bundesvorstand unter der Bezeichnung "Nationaler Provider Deutschlands" anderen Rechtsextremisten an, gegen Bezahlung ihre Seiten zu veröffentlichen. Auf der Hauptseite heißt es, mit dem Internet-Angebot wolle man *"ausführlich über das Geschehen in Deutschland aus Sicht der nationalen Deutschen informieren"*. Außerdem werden Beiträge des Bundesvorstandes angeboten, Verbindungen zu den Seiten der Landesverbände und der JN und zum NPD-Verlag "Deutsche Stimme Verlag GmbH" hergestellt.

Nichtöffentliche Informationen für Parteiverbände und -mitglieder sind für Zugriffsberechtigte mit einem Paßwort abrufbar. Indem die NPD selbst als Provider auftritt, will sie Sperrungen von Internet-Adressen, von denen sie Anfang 1997 betroffen war, vermeiden und ihre Selbstdarstellung verbessern.

Das Angebot der REP beschränkte sich 1996 auf Informationen über den Bundesverband, Anschriften und einige Seiten von besonders aktiven Parteigliederungen (siehe Nr. 2.1.1).

Das rechtsextremistische Thule-Mailboxsystem ist seit Juli 1996 auch im Internet vertreten. Neben Informationen über die einzelnen zum Thule-Netz gehörenden Mailboxen ist die Struktur der Thule-Nachrichtenbretter teilweise mit dem kompletten Inhalt verfügbar. Darüberhinaus werden technische Hinweise gegeben, z.B. zur Verschlüsselung von Daten und zum Betrieb von Mailboxen, sowie Selbstdarstellungen verschiedener Gruppierungen aus dem neonazistischen Spektrum bis hin zu Gruppierungen der "Neuen Rechten" (z.B. Deutsches Kolleg, Thule-Seminar) angeboten.

Die Wochenzeitung "Junge Freiheit" ist seit November 1996 mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten (siehe Nr. 2.5.1).

In der Neonazi-Szene (siehe Nr. 2.2) werden die verschiedenen technischen Kommunikationsmittel intensiv genutzt. Diese informationelle Vernetzung ist Grundlage der Kommunikation zwischen den Aktivisten der Szene, der Mobilisierung des weiteren Umfeldes sowie der Organisation überregionaler öffentlicher Aktionen wie z.B. der Heiß-Gedenkveranstaltungen im August 1996.

Ein wichtige Rolle spielt der Technikeinsatz beim 1996 entstanden Neonazi-Zeitungsprojekt "Berlin Brandenburger - Zeitung der nationalen Erneuerung" und ihren fünf Regionalausgaben (siehe Nr 2.2.1.4). Die Ausgaben dieser Zeitungen werden dezentral mit Hilfe von Datenverarbeitung erstellt.

Bereits seit mehreren Jahren unterhalten Neonazis bundesweit mehrere sogenannte "Nationale Info-Telefone" (NIT), über die für die Szene wichtige Informationen verbreitet werden. Die jedermann zugänglichen NIT's dienen der Neonazi-Szene zur Bündelung und Koordinierung ihrer Informationen. Sie sind somit ein wesentlicher Bestandteil ihrer kommunikativen Vernetzung. Über Anrufbeantworter werden kurzfristig zum Beispiel Informationen über geplante oder bereits durchgeführte Veranstaltungen bereitgestellt, Veranstaltungshinweise gegeben, sowie Informationen über Exekutivmaßnahmen und Hinweise auf mögliche Aktionen politischer Gegner verbreitet. Darüberhinaus wird den Anrufern Gelegenheit geboten, ihrerseits Informationen auf Band zu sprechen. In der Bundesrepublik Deutschland waren 1996 folgende NIT's in Betrieb:

- NIT Rheinland,
- NIT Hamburg,
- NIT Berlin,
- NIT Schleswig-Holstein,
- NIT Mitteldeutschland,
- NIT Franken.

Außerdem betrieb 1996 ein SAF-Aktivist (siehe Nr. 2.2.4) vorübergehend das "Info-Telefon Sauerland" zur Vorbereitung von Heiß-Gedenkveranstaltungen (siehe Nr. 2.2.1.2).

Bereits seit 1995 nutzt der in Kanada lebende Deutsche Ernst Zündel das Internet zur Verbreitung seiner revisionistischen Agitation. Den Umfang seines mehrsprachigen, unter anderem auch deutschsprachigen, Angebots hat er 1996 erheblich erweitert. Eine noch intensivere Nutzung des Internets kündigte Zündel im Dezember 1996 an. Künftig sollen dort Radioprogramme abrufbar sein; auch an Videoübertragungen sei gedacht. Ziel der Bemühungen sei es, Live-Sendungen über das Internet zu übermitteln. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat sieben Artikel Zündels indiziert, die er im Internet verbreitet; die Staatsanwaltschaft Mannheim leitete im Januar 1997 gegen Zündel ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein, u.a. wegen Leugnung des Holocaust in seinen Internet-Veröffentlichungen (siehe Nr. 2.4.1).

Schriften deutscher Revisionisten werden im Internet auf verschiedenen Internet-Homepages angeboten, so z.B. in den USA aus dem Umkreis des revisionistischen "Institute for Historical Review" (IHR), in Australien und Schweden (siehe Nr. 2.4).

Im Bereich von Rundfunk und Fernsehen zeichnen sich neuartige Nutzungsversuche besonders durch Rechtsextremisten ab. Hierzu zählen:

- Einspeisung von Rundfunk oder Fernsehen in "freie" oder "offene Kanäle" von lokalen oder regionalen Kabelnetzen;
- die Anmietung von Rundfunk-Sendezeiten bei (osteuropäischen) Sendern (terrestrischer Rundfunk);
- Rundfunk und Fernsehen über Satelliten.

So gingen 1996 in Berlin erstmals "Radio Deutschland" bzw. "Radio Germania" stundenweise auf Sendung. In der deutsch-niederländischen Neonaziszene wird die Einrichtung eines gemeinsamen Senders diskutiert. In Dänemark betreiben Neonazis bereits trotz massiver Bürgerproteste einen Regionalsender. Im Oktober 1996 strahlte der Rechtsextremist Zündel zweimal eine jeweils einstündige Sendung über eine auch von Radio Moskau genutzte Mittelwellen-Frequenz aus. Die Sendezeit mietete er bei einem Sender in Königsberg.

Für die Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, daß Rechtsextremisten versuchen, deutschsprachige Rundfunk- oder Fernsehsendungen über Satelliten zu verbreiten. Auch wenn aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen zum Beispiel der deutschen Neonazi-Szene eine Realisierung derzeit unwahrscheinlich ist, ist ein derartiges Projekt durch finanzstarke ausländische Rechtsextremisten vorstellbar.

3 Linksextremismus und -terrorismus

3.1 Linksextremismus

3.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung 1968

Sitz

Bezirk Rheinland-Westfalen Leverkusen

Bezirk Ruhr-Westfalen Essen

Bund Essen

Vorsitzende

Bezirk Rheinland-Westfalen Anne Frohnweiler

Bezirk Ruhr-Westfalen Patrik Köbele

Bund Heinz Stehr, Stellvertr. Parteivorsitzende Rolf Priemer, Bruni Steiniger

Mitglieder	1996	1995
NRW	2.100	2.100
Bund	6.250	6.000

Publikationen UZ unsere zeit; erscheint seit 1. Juli 1996 wöchentlich, vorher vierzehntägig; Auflage ca. 10. 000
Weitere Publikationen auf örtlicher Ebene

Internet Homepage des DKP-Parteivorstandes seit Februar 1997

Organisation

Die DKP verfügt bundesweit über 13 Bezirksorganisationen mit ca. 110 Kreisorganisationen. In Nordrhein-Westfalen gliedert sich die DKP in die Bezirke Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen mit zusammen ca. 40 Kreisorganisationen sowie in Wohngebiets- und Betriebsgruppen.

Organisatorisch und politisch zeigt sich die DKP weiterhin auf einem niedrigen Niveau stabil. Die angedachte Zusammenlegung der beiden Bezirke in Nordrhein-Westfalen wurde nicht verwirklicht. Beide Bezirke fühlen sich als selbständige Organisationseinheiten lebensfähig. Es zeigen sich neue Ansätze von parteiinternen Schulungen, an denen auch Personen teilnehmen, die nicht der DKP oder ihrem Umfeld zuzurechnen sind.

Seit Februar 1997 ist der DKP-Parteivorstand mit einer Homepage im Internet vertreten. Es werden unter anderem Informationen über Veranstaltungen und De-

monstrationen, Flugblätter und das Aktionsprogramm der DKP angeboten. Ihre Kreisorganisationen fordert die DKP auf, sich um Internet-Zugänge zu bemühen.

DKP-Wochenzeitung "Unsere Zeit" (UZ)

Wie vom DKP-Parteitag Anfang Februar 1996 beschlossen, wird die in Luxemburg gedruckte Parteizeitung UZ ab 1. Juli 1996 wieder als Wochenzeitung herausgegeben. Der Preis für das normale Jahres-Abonnement wurde auf 150 DM verdoppelt. Zu Beginn des 4. Quartals 1996 wurden nach Parteiangaben bundesweit 9.659 Exemplare der UZ von Abonnenten bezogen. Das traditionelle UZ-Pressesfest fiel 1996 aus.

beiden Bezirke in Nordrhein-Westfalen wurde nicht verwirklicht. Beide Bezirke fühlen sich als selbständige Organisationseinheiten lebensfähig. Es zeigen sich neue Ansätze von parteiinternen Schulungen, an denen auch Personen teilnehmen, die nicht der DKP oder ihrem Umfeld zuzurechnen sind.

Seit Februar 1997 ist der DKP-Parteivorstand mit einer Homepage im Internet vertreten. Es werden unter anderem Informationen über Veranstaltungen und Demonstrationen, Flugblätter und das Aktionsprogramm der DKP angeboten. Ihre Kreisorganisationen fordert die DKP auf, sich um Internet-Zugänge zu bemühen.

DKP im Internet

DKP-Wochenzeitung »Unsere Zeit« (UZ)

Wie vom DKP-Parteitag Anfang Februar 1996 beschlossen, wird die in Luxemburg gedruckte Parteizeitung UZ ab 1. Juli 1996 wieder als Wochenzeitung herausgegeben. Der Preis für das normale Jahres-Abonnement wurde auf 150 DM verdoppelt. Zu Beginn des 4. Quartals 1996 wurden nach Parteiangaben bundesweit 9.659 Exemplare der UZ von Abonnenten bezogen. Das traditionelle UZ-Pressesfest fiel 1996 aus.



13. Parteitag der DKP

Am 13. Parteitag der DKP (3./4. Februar 1996 in Dortmund) nahmen etwa 350 Personen teil, darunter ca. 240 gewählte ordentliche Delegierte. Zu den Gästen gehörten unter anderem Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

(VVN-BdA), der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS und der Autonomen Antifa (M), Göttingen.

Der Parteitag wählte Heinz Stehr zum Vorsitzenden, Rolf Priemer und Bruni Steinger zu stellvertretenden DKP-Vorsitzenden. Damit wurde das 1990 eingeführte Modell mehrerer gleichberechtigter Sprecher wieder aufgegeben. Aus dem Parteivorstand schied überraschend Patrik Köbele, Vorsitzender der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen, aus.

Der Parteitag beschloß das Aktionsprogramm der DKP, eine neue Finanz- und Beitragsordnung, Anträge zur Jugendarbeit sowie die wöchentliche Herausgabe der UZ. An der grundsätzlichen politischen Ausrichtung der Partei, die

- sich als kommunistische Partei der Arbeiterklasse versteht,
- den Sozialismus/Kommunismus anstrebt,
- sich immer noch weitgehend an Vorstellungen des "realen Sozialismus" orientiert,
- in Klassenkämpfen den Motor gesellschaftlicher Entwicklung sieht,
- in letzter Konsequenz an einer revolutionären Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft festhält,

änderte sich nichts.

Verhältnis DKP-PDS

Von entscheidender Bedeutung für die alleine nur sehr eingeschränkt handlungsfähige DKP ist immer noch deren Verhältnis zur PDS. Hier wirken sich die PDS-internen Auseinandersetzungen über "Kommunisten" in der PDS direkt aus. Der PDS-Beschluß zu zukünftigen Wahllisten ist als deutliche Abgrenzung zur DKP zu verstehen. In der Vergangenheit haben verschiedentlich DKP-Mitglieder auf offenen Listen der PDS kandidiert. Dies soll offensichtlich bei zukünftigen Wahlen ausgeschlossen werden (siehe Nr. 3.3.1).

Der als Hinweis an die eigenen Mitglieder gemeinte Satz des Vorsitzenden der PDS- Bundestagsgruppe *"Wer so wird, wie die DKP, endet auch bei ihrem Einfluß"*, führte zu einer Stellungnahme durch den DKP-Vorsitzenden. Dieser wies nicht nur auf die Erfolge der DKP in der Vergangenheit hin, sondern zeigte sich auch tief enttäuscht über das sich verschlechternde Verhältnis. Der Ausgang des Richtungsstreites in der PDS wird auch über das Verhältnis beider Parteien zueinander - und damit in entscheidender Weise über die weitere Entwicklung der DKP - mitentscheiden.

Reaktivierung der Parteibildungsarbeit in den Bezirken

Die Bezirksbildungskommission der DKP Rheinland-Westfalen stellte in ihrer konstituierenden Sitzung am 7. März 1996 in der DKP-Schulungseinrichtung "Karl-Liebknecht-Schule" in Leverkusen erste Überlegungen zur Reorganisation der Bildungsarbeit im Bezirk an.

Mit Mitgliedern und Sympathisanten der DKP sollen erste Grundlagen der Lehren von Marx, Engels und Lenin erarbeitet werden, die ihnen für die eigene betriebliche, gewerkschaftliche oder sonstige politische Arbeit behilflich sein können. Zielgruppe sind besonders jugendliche Interessenten. Eine Kooperation bei diesem Projekt mit dem DKP-Bezirk Ruhr-Westfalen wird angestrebt.

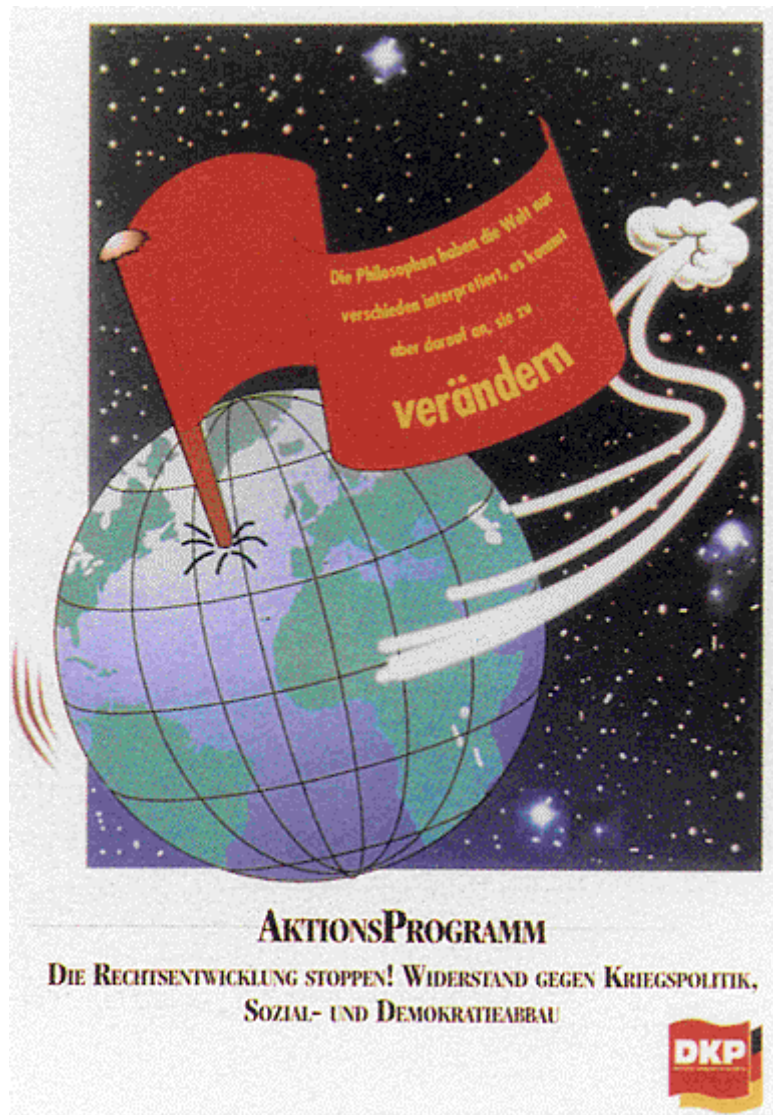
Marxistische Betriebsarbeiterschule

Die DKP hat im Bezirk Rheinland-Westfalen im Rahmen einer verstärkten Gewerkschafts- und Betriebsarbeit die - von 1979 bis zumindest 1990 durchgeführte - Betriebsarbeiterschulung (BASCH) wieder aufgenommen. Die Schulungen im Marxismus-Leninismus bzw. in "*Grundfragen antikapitalistischer Politik*" richten sich an Mitglieder und Sympathisanten der DKP. Nach eigener Darstellung waren unter den Teilnehmern auch Mitglieder der PDS und "Autonome". Die Schulungen finden im Marx - Engels - Zentrum in Wuppertal statt. Aus Sicht der DKP ist ein erster erfolgreicher Schritt gemacht. Nun solle zu einem kontinuierlichen Angebot übergegangen werden. Allerdings scheint die Nachfrage im Bezirk nicht auszureichen. Um die weitere Planung zu sichern, sollen auch Interessenten außerhalb des Bezirks, besonders aus dem DKP-Bezirk Ruhr-Westfalen, angesprochen werden.

DKP will "Kampf um die Einheitsgewerkschaft"

Am 24. August 1996 fand in der "Karl-Liebknecht-Schule" in Leverkusen eine "*regionale Beratung*" des Sekretariates des DKP-Parteivorstandes mit Vertretern der DKP-Bezirksorganisationen Rheinland-Westfalen, Ruhr-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen statt.

In seinem Einleitungsreferat behandelte der DKP-Vorsitzende Stehr sozialpolitische Themen, speziell die zunehmende Arbeitslosigkeit. Als Aufgabe der Partei bezeichnete er den "*Kampf um die Einheitsgewerkschaft*" (inhaltlich und organisatorisch) und die "*Diskussion des DGB-Programms*". Nach Angaben von Stehr mehrten sich (Anmerkung: zum damaligen Zeitpunkt) die Stimmen, das "*Programm so nicht*" anzunehmen. Die Partei müsse in diesem Sinne in die Debatte eingreifen. Nachdem die UZ als Wochenzeitung herauskomme, verfüge die DKP über eine gute Basis dafür. Stehr behauptete, daß "*die Partei und die UZ*" immer mehr Aufmerksamkeit, auch bei Einzelgewerkschaften, gewännen.



Bezirksvorstandstagen

Der DKP-Bezirk Rheinland-Westfalen hielt am 19. September 1996 in der "Karl-Liebknecht-Schule" eine Bezirksvorstandssitzung ab. Schwerpunkt dieses Treffens war die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation junger Menschen in NRW. Die Bezirksvorsitzende zog Bilanz über die Arbeit der Jugendkommission des Bezirks Rheinland-Westfalen. Zur verstärkten jugendpolitischen Arbeit in den Kreisen wurden Handlungsvorschläge erarbeitet, welche unter anderem beinhalten,

- wie Genossinnen und Genossen an Jugendliche herantreten könnten,
- wie sie die SDAJ-Lehrstellenkampagne unterstützen sollten und
- wie sie Forderungen mit der Bitte um Stellungnahme an Parteien, Gewerkschaften und andere Einrichtungen stellen könnten.



Sie hob besonders hervor, daß der Bezirk Rheinland-Westfalen 1997 die Teilnahme von drei Jugendlichen an den Jugendfestspielen in Havanna finanzieren werde.

Am 18. August 1996 führte die DKP-Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen in Essen ihre 6. Bezirksvorstandstagung mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit durch. Der Bezirksvorstand stellte fest, daß Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie Interessenvertretung für die von *"diesem Regime"* Betroffenen bedeute. Eine der hieraus resultierenden Maßnahmen sei es, sofort mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen 1999 zu beginnen. Ziel des Bezirks Ruhr-Westfalen ist der Wiedereinzug der DKP in den Stadtrat von Gladbeck. Außerdem will der Bezirksvorstand bei den Kommunalwahlen 1999 direkt oder im Bündnis mit anderen Linken mindestens in der gleichen Anzahl von Kreisen antreten wie 1994. Um dieses Ziel zu erreichen, will man Kleinzeitungen und Flugblätter herausgeben sowie Infostände und andere Mittel der Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

Aktionen für die "Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges"

Am 11. Mai 1996 führte die in Essen ansässige DKP-gesteuerte "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges" in Düsseldorf eine Veranstaltung durch. Es nahmen rund 100 Personen teil, darunter der ehemalige Verteidigungsminister der DDR sowie Vertreter von PDS, DKP und FDJ. Die Initiativgruppe versucht, mit dem Berliner "Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland" und anderen Gruppierungen aus allen politischen Lagern eine Sammlungsbewegung unter dem Motto: *"Helft den Verfolgten - gestern und heute!"* zu initiieren. Eine Forderung des Solidaritätskomitees lautet: *"Schluß mit der Verfolgung von Bürgern der DDR, die auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik gehandelt haben!"*

Ein Ziel dürfte es sein, in der alten und neuen Bundesrepublik eine politische Verfolgung zu behaupten und letztlich das untergegangene DDR-System zu legitimieren. Die *"Verfolgten"* will man rechtlich und materiell schadlos stellen. Dabei soll mit *"Verfolgten"* ein neuer Opferbegriff etabliert werden. Gemeint sind in den alten

Ländern Kommunisten aus der Zeit des *"Kalten Krieges"* und in den neuen Ländern ehemalige SED-Mitglieder und Funktionsträger, die ihre berufliche Perspektive verloren haben.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Bundeskongreß der SDAJ

Die SDAJ veranstaltete am 24./25. Februar 1996 in Gladbeck ihren 13. Bundeskongreß unter der Losung *"Perspektiven entwickeln Gegenwehr organisieren - Widerstand gegen Rechts!"*. An dem Kongreß nahmen ca. 130 Personen teil, darunter etwa 90 Delegierte. Zu den Gästen zählten Vertreter der DKP, der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS, der FDJ und des "Deutschen Freidenker Verbandes". Weiter waren Repräsentanten von fünf ausländischen kommunistischen Jugendorganisationen sowie Vertreter der Botschaften Kubas und Chinas anwesend.

Der Kongreß bestätigte den bisherigen Bundesvorsitzenden und wählte weitere vier Funktionäre (alle Mitglieder der DKP) in die Geschäftsführung. Der SDAJ-Bundesvorsitzende befürwortete eine engere Zusammenarbeit mit der DKP bei künftigen Aktionen. Die DKP sei nicht einfach ein Bündnispartner von vielen, sie nehme vielmehr aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung, des gemeinsamen sozialistischen Zieles und der gemeinsamen Geschichte einen besonderen Platz ein. Gleichwohl sei die SDAJ ein selbständiger und unabhängiger Jugendverband und keine Parteijugendorganisation. Die Postanschrift des SDAJ-Bundesvorstandes ist identisch mit der der DKP-Bundesorganisation.

SDAJ im Internet

Seit Dezember 1996 ist der SDAJ-Bundesvorstand mit einer Homepage im Internet vertreten. Neben einer Selbstdarstellung und aktuellen Informationen zu politischen Aktivitäten der SDAJ werden das SDAJ-Magazin "Position" und "Die Grundlagenschule der SDAJ" angeboten.

SDAJ-"Pfingstcamp"

Mit Unterstützung der DKP führte die SDAJ vom 24. bis 27. Mai 1996 ihr alljährliches bundesweites *"Pfingstcamp"* unter dem Motto *"Widerstand und Perspektive"* in Bottrop-Bischoffsodern durch. Angeblich nahmen 300 Personen teil. Diskutiert wurde über Themen wie:

- *"Soziale Kämpfe & Widerstand Kämpfe & Aktionen gegen Sozialabbau in Schule, Uni und Betrieb";*
- *"Auf nach Havanna Zeitzeugen eines halben Jahrhunderts Weltfestspiele im Zeichen der internationalen Solidarität".*



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die VVN-BdA NRW führte am 20. April 1996 in Duisburg ihre Landeskonferenz mit Vorstandswahlen durch. Wie auch in den Jahren zuvor, wird der geschäftsführende Vorstand weiterhin von Angehörigen der DKP beherrscht.

Am 2. März 1996 fand in Duisburg unter dem Motto *"Wir lassen nicht locker"* die 18. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt. Es nahmen rund 150 Personen teil. Neben der VVN-BdA wurde die Konferenz von örtlichen antifaschistischen Zusammenschlüssen und Organisationen wie DKP und PDS getragen. Das Abschlußplenum beschloß einen Brief an die nordrhein-westfälische Landesregierung, in dem diese aufgefordert wurde, eine Bundesratsinitiative gegen Abschiebegefängnisse einzuleiten. Ausdrücklich wurden die Aufrufe zu den Ostermärschen im Ruhrgebiet und im Rheinland und der *"Appell von Hannover"* für die Beendigung des Krieges in Kurdistan und gegen die *"Verfolgung"* von Kurden in der Bundesrepublik unterstützt. Auf örtlicher Ebene gibt es teilweise eine enge Zusammenarbeit zwischen autonomen "Antifa"-Gruppen und der VVN/BdA.

3.1.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD)

Gründung 1982 (Vorläuferorganisation 1968)

Sitz

NRW Essen

Bund Essen

Vorsitzende

NRW Helmut Böhmler

Bund Stefan Engel

Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 600	ca. 600
Bund	ca. 2.700	ca. 2.700
Publikationen	Rote Fahne; erscheint wöchentlich; Auflage ca. 7.500; Lernen und Kämpfen (luk) (Mitglieder-/Funktionärsschrift); erscheint monatlich; Auflage ca. 1.000 Stück; Jugendmagazin Rebell; erscheint zweimonatlich; Auf örtlicher Ebene erscheinen weitere Publikationen Verlag Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, Essen	

Organisation

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der MLPD gliedert sich in Regionalverbände, Ortsgruppen und Stützpunkte. Die MLPD unterhält ferner die Nebenorganisationen "Rebell", Jugendverband der MLPD, und "Rotfüchse", Kinderorganisation der MLPD. Der MLPD-gelenkte Frauenverband "Courage" wurde 1991 und die Organisation "Solidarität International" 1996 gegründet. In Gelsenkirchen-Horst besteht ein parteieigenes Schulungszentrum.

Entwicklungen 1996

Vom 1. bis 4. Februar 1996 fand konspirativ der Parteitag der MLPD in Solingen statt. Über den "Solinger Parteitag" berichtete das MLPD-Zentralorgan "Rote Fahne" in seiner Ausgabe vom 9. März 1996. Als erster gesamtdeutscher Parteitag der MLPD komme ihm besondere Bedeutung zu. 83 Prozent der Delegierten hätten erstmalig an einem Parteitag teilgenommen. Der überwiegende Teil habe keine höheren Funktionen in der Partei. Das Durchschnittsalter der Delegierten habe 40 Jahre betragen. Wichtigste Aufgabe sei es gewesen, eine neue Grundlage des Parteaufbaus zu beschließen und eine *"Bewegung zur Selbstveränderung"* der MLPD und ihres Jugendverbandes "Rebell" einzuleiten. Interne Probleme und Umbrüche in der MLPD dürften im Vordergrund des Parteitages gestanden haben.

Gründung der "Solidarität International"

Der Gründungskongreß der "Solidarität International" (SI) fand am 24./25. Februar 1996 in Kassel statt. Der Kongreß befaßte sich mit der "5. Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien" - dem Zusammenschluß von *"Bruderparteien"* der MLPD. Zu den Schwerpunkten der Arbeit im Jahr 1996 sollte die *"Entwicklung praktischer Solidaritätsarbeit mit Kräften aus Türkei und Kurdistan und mit lateinamerikanischen Ländern"* gehören.

MLPD-Pressesfest in Düsseldorf

Die MLPD veranstaltete am 25. Mai 1996 unter Beteiligung von ca. 1.800 Personen in und vor der Philips-Halle in Düsseldorf ein Pressesfest ihres Zentralorgans Rote Fahne. Auf dem Vorplatz der Halle unterhielten die MLPD-Nebenorganisationen "Rebell", "Solidarität International", die "Initiative für die Gründung eines Deutsch-Philippinischen Freundschaftsvereins" und der Frauenverband "Courage" eigene Infostände. In seinem Redebeitrag würdigte der MLPD-Vorsitzende unter den *"Bruderparteien"* besonders die philippinische "Communist

Party of the Philippines". In der Öffentlichkeit fand das Pressefest nur wenig Beachtung.

Politische Ziele

Die MLPD bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Sie wandte sich schon früh gegen den aus ihrer Sicht *"bürokratischen Kapitalismus"* der Länder des ehemaligen Ostblocks und warb lange vor dessen Zerfall für *"echten Sozialismus"*. Die MLPD sieht es als ihre Aufgabe an, *"die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihre Kämpfe zu einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höher zu entwickeln"* (Grundsatzprogramm).



Jugendverband Rebell

Ein von der MLPD und ihrem Jugendverband Rebell mit erheblichem propagandistischen Aufwand angekündigtes jährliches Sommercamp fand im Juli 1996 statt. Zu Beginn des Camps am Plauer See in Mecklenburg-Vorpommern gab es offensichtliche Schwierigkeiten. In der "Roten Fahne" vom 23. August 1996 spricht die MLPD-Führung von eigenen Führungsfehlern: *"Die Erziehungsarbeit der MLPD gegenüber dem Rebell muß sich verändern. Sie ist noch nicht darauf eingestellt, den Rebell als Selbstorganisation der Massen mit marxistisch-leninistischem Charakter durch eine systematische Kleinarbeit zu begleiten."*

Die Probleme dürften erheblich größer gewesen sein als in der "Roten Fahne" zugegeben wurde. Offensichtlich ist der politische Zweck des Camps, die Indoktrination und Ausbildung der Teilnehmer als Kaderreserve, verfehlt worden.

Bewertung

Die MLPD hat wenig Außenwirkung und befaßt sich hauptsächlich mit sich selbst. Ihre wenigen *"Bruderparteien"* in anderen Ländern sind ähnlich bedeutungslos.

3.1.3 Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Nordrhein-Westfalen (PDS NRW)

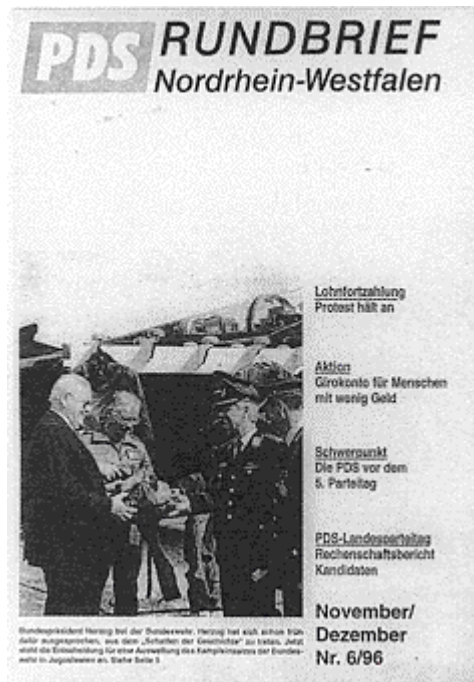
Gründung	Landesverband Nordrhein-Westfalen am 15.10.1990	
Sitz	Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)	
Sprecher	Ulrike Detjen, Knud Vöcking	
Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 590	ca. 520
Bund	ca. 110.000	ca. 120.000
Publikationen	Publikationen PDS-Rundbrief Nordrhein-Westfalen; erscheint zweimonatlich im GNN-Verlag (siehe Nr. 3.1.7); Gegen-Warte, Hrsg. AG Junge GenossInnen in und bei der PDS NRW; erscheint unregelmäßig	
Internet	Homepages der Junge GenossInnen in und bei der PDS NRW und der KPF NRW	

Grundlage für die Berichterstattung waren öffentlich zugängliche Informationen und Randinformationen aus der Beobachtung anderer extremistischer Gruppen und Parteien.

Organisation und Mitglieder

Der PDS-Landesverband NRW besteht weiterhin aus ca. 18 Kreisverbänden, Unterstützerkreisen (ca. 14) und aus Basisgruppen (ca. 3). Eine geschlossene Struktur ist damit noch nicht erreicht; der Landesverband konsolidiert sich aber weiter. Die Mitgliederzahl ist auf ca. 590 angestiegen. Die organisatorische Entwicklung ist uneinheitlich: Neben Neugründungen von Grundgliederungen hat es auch Auflösungen gegeben.

In einem eingeschränkten Umfang liegen Daten über die Mitgliederstruktur des PDS-Landesverbandes vor. Im Landesverband sind Nichtmitglieder, die sich in der PDS NRW, in einer ihrer Gliederungen oder Zusammenschlüssen engagieren und diese regelmäßig, d.h. mindestens halbjährlich, finanziell unterstützen, den Parteimitgliedern in Rechten und Pflichten gleichgestellt. Es ist deshalb fast unmöglich festzustellen, ob Personen in oder für die PDS als Mitglieder oder Nichtmitglieder tätig werden. Im Gegensatz zu anderen Parteien ist der Mitgliederbegriff daher sehr weit zu fassen.



Bemerkenswert ist, daß jeweils ein beträchtlicher Teil dieses Personenkreises in früheren Jahren Mitglied der DKP gewesen ist. Besonders groß scheint der Anteil früherer DKP-Mitglieder im Kreisverband Dortmund zu sein. Es handelt sich durchweg um solche früheren DKP-Mitglieder, die in der Vergangenheit dem sogenannten Erneuererflügel zugerechnet wurden und die sich Ende der 80er Jahre nicht mehr mit dem orthodoxen Marxismus - Leninismus der DKP-Führung identifizieren konnten. In deutlich geringerer Zahl haben PDS-Mitglieder in früherer Zeit anderen linksextremistischen Gruppierungen angehört, wie z. B. den Autonomen, der MLPD und der SDAJ. Ein kleiner, allerdings nicht unbedeutender Teil der PDS-Mitglieder ist zusätzlich in Arbeitsgemeinschaften organisiert, die zum Teil früher eigenständige extremistische Gruppierungen darstellten (wie z. B. die Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten - AG BWK - und die bundesweit organisierte Arbeitsgemeinschaft Vereinigung für Sozialistische Politik - VSP; siehe Nr. 3.1.4) sowie die in der PDS NRW neu entstandenen Arbeitsgemeinschaften Kommunistische Plattform (AG KPF) und Junge GenossInnen (AG JG).

Im Verhältnis zur landesweiten Mitgliederzahl sind in Köln, Dortmund, Duisburg, Essen, Bielefeld und Bonn überdurchschnittlich viele Personen in Erscheinung getreten. Schon bei den Wahlen der Jahre 1994 und 1995 konnte die PDS in Hochschulstandorten überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. In diesen Wahlkreisen mit PDS-Erfolgen 1994/1995 verfügte die Partei - soweit bekannt - durchweg über funktionierende Kreisverbände.

Landesvorstand

Der Landesvorstand wurde auf dem 14. Landesparteitag am 7. und 8. Dezember 1996 in Oer-Erkenschwick neu gewählt. Es kam zwar zu personellen Veränderungen, nicht jedoch zu politischen Verschiebungen des Kräfteverhältnisses im Landesverband. Nach wie vor sind in maßgeblichen Funktionen Personen vertreten, die auch anderen linksextremistischen Gruppierungen angehören. Besonders auffällig ist die Repräsentanz von Mitgliedern des Bundes Westdeutscher Kommunisten-

ten, der personell und wirtschaftlich mit dem linksextremistischen GNN-Verlag in Köln (siehe Nr. 3.1.7) verflochten ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß weiterhin im Landesverband der PDS in erheblichem Umfang Personen organisiert sind, die auch aktuell und früher links-extremistischen Gruppen angehören bzw. angehörten. Der Landesverband scheint sich als Sammelbecken oder als Plattform zu verstehen, auf der unterschiedliche - auch extremistische - Gruppierungen agieren. Durch

- personelle Verflechtungen mit dem GNN-Verlag,
- Doppelmitgliedschaften in der PDS und in der VSP bzw. dem BWK,
- Zusammenarbeit der PDS auf örtlicher Ebene mit der DKP und
- Kontakte zur Autonomen-Szene

verfügt die PDS auch weiterhin über erheblichen Einfluß im linksextremistischen Spektrum Nordrhein-Westfalen - und umgekehrt.

Kommunistische Plattform in NRW gegründet

Am 20. April 1996 wurde die Kommunistische Plattform der PDS NRW (KPF) gegründet. An der Versammlung nahmen ca. 40 Personen teil. Begründet wurde der Aufbau u. a. mit der Notwendigkeit einer Stärkung der antikapitalistischen Alternative. Außerdem gelte es, gegen Rechtsruck und Anpassungstendenzen in der Partei vorzugehen. Die bei der Gründung angestrebte Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS NRW (AG BWK) wurde verwirklicht. So luden die AG BWK und die neugegründete KPF gemeinsam zu einer Veranstaltung am 24. August 1996 unter dem Motto "*40 Jahre KPD - Verbot Grundlage politischer Unterdrückung bis heute*" ein.

Die KPF NRW ist inzwischen mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Unter anderem stehen dort zum Abruf bereit:

- Themen und Informationen der autonomen Szene,
- eine Erklärung der Tupac Amaru zur Besetzung der japanischen Botschaft in Lima/Peru,
- Hinweise zu der linksextremistischen Untergrundschrift "radikal" (siehe Nr. 3.2.4).

Düsseldorf war früher Sprecher der Landesschülervertretung NRW. Möglicherweise versucht die PDS, auf diesen Bereich Einfluß zu gewinnen.

Kommunales

Durch den Übertritt von zwei Mitgliedern des Stadtrates von Heimbach verfügt die PDS in NRW nunmehr über ihre ersten Mandate in einem Rat. Der Übertritt erfolgte aus Verärgerung über die Politik der bisherigen Partei. Die in der erhofften propagandistischen Wirksamkeit liegende Bedeutung der Ratsfraktion wurde durch die Besuche zweier hoher Parteifunktionäre innerhalb kurzer Zeit in Heimbach deutlich.

Landesparteitage

Am 22. Juni 1996 hielt der Landesverband seinen 13. Landesparteitag in Münster ab. In seinem Arbeitsbericht ging der Landesvorstand auf die Aktivitäten der PDS in NRW in den folgenden Bereichen ein:

- bundesweite Kampagne "*Sozial und solidarisch*",
- Ostermärsche 1996,
- Solidarität mit dem kurdischen Volk,
- Anti-AKW-Politik,
- Antifaschismus.

Mit der Entschließung des 13. Parteitages der PDS NRW "*Widerstand gegen den 'Katalog der Grausamkeiten'*" kündigte die PDS weitere Aktivitäten gegen den Sozialabbau an. Neben der Forderung nach Rücknahme der bisherigen Kürzungen im Sozialbereich und dem Propagieren eigener sozialer Forderungen enthält die Entschließung auch die Forderung nach dem Erhalt der Tarifautonomie und einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte im Betrieb, insbesondere "*in bezug auf wirtschaftliche und Standortentscheidungen der Unternehmen*". Die nordrhein-westfälische PDS folgt in diesem Punkt der Parteirichtung, die nicht mehr im "*real-sozialistischen*" Sinn das Eigentum an den Produktionsmitteln als entscheidend ansieht, sondern die Verfügungsgewalt über Gewinne und Investitionen.

In einem Antrag an den Schweriner Parteitag der PDS (Januar 1997), sprach sich der 14. Landesparteitag der PDS im Dezember 1996 für die Beibehaltung der Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften in der PDS und anderen Parteien aus. In der Begründung heißt es u.a., einige PDS-Mitglieder seien gleichzeitig Mitglieder in anderen "*oppositionellen Parteien*". Damit sind bestehende Doppelmitgliedschaften in PDS und DKP gemeint. Außerdem wandte sich der Landesparteitag gegen die Beschneidung der Privilegien der KPF bei der Benennung von Delegierten zu Bundesparteitagen. Beide Fälle machen deutlich, daß der Landesverband nicht zu einer klaren Abgrenzung gegenüber extremistischen Parteien bzw. politischen Positionen bereit ist, sondern ihnen politische Betätigungsmöglichkeiten eröffnen will.

Gegenläufige Tendenzen in der PDS

Innerhalb der PDS waren 1996 gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Einerseits versuchte der Bundesvorstand den Einfluß extremistischer Bestrebungen innerhalb der Partei, insbesondere in den westdeutschen Landesverbänden, zu beschneiden. Andererseits sind westdeutsche Landesverbände und extremistische

Arbeitsgemeinschaften bemüht, ihre Freiräume zu erhalten. Der Bundesvorstand ist sich offensichtlich darüber im klaren, daß westdeutsche Landesverbände in starkem Maße von Angehörigen aktueller oder früherer linksextremistischer Gruppierungen, insbesondere aus den früheren K-Gruppen, beeinflußt werden. Aus der Sicht der Bundespartei ist diese spezifische Ausrichtung in Westdeutschland für das zukünftige Überleben der Partei und das Überwinden der 5%-Hürde bei Wahlen höchst gefährlich. Der Bundesvorstand versucht, in der öffentlichen Diskussion die PDS als Partei darzustellen, die zwar die spezifischen Interessen der Menschen in den neuen Ländern vertritt, sich aber auch - speziell in den alten Ländern - als linke Reform- und Protestpartei präsentiert. Mögliche Wählerpotentiale in Westdeutschland können nur dann ausgeschöpft werden, wenn kritische Wähler ohne extremistische Orientierung angesprochen werden.

Beteiligung an Wahlen

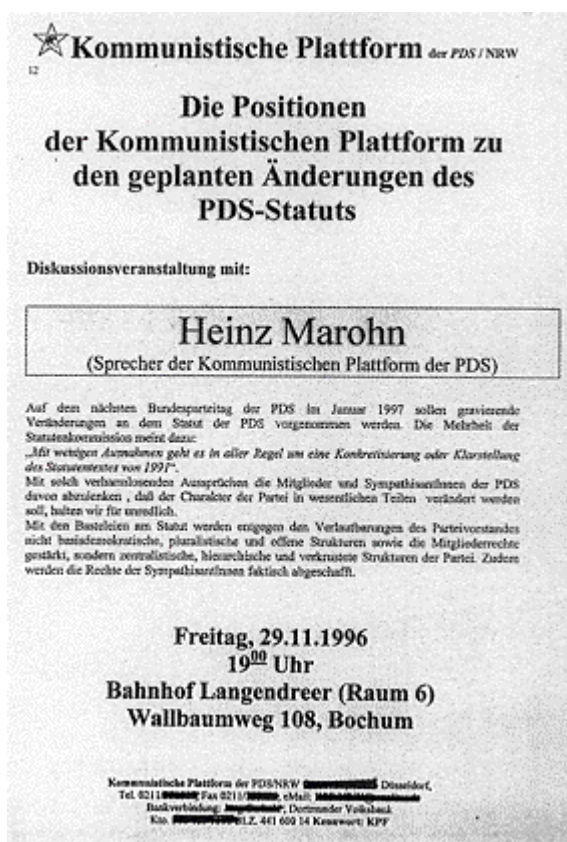
Am 29. April 1996 beschloß der PDS-Bundesvorstand Kriterien *"zur Wahlteilnahme in den alten Bundesländern"*. Danach unterstützt der Bundesvorstand eine Kandidatur bei Wahlen nur noch dann, wenn sie eigenständig durch die PDS erfolgt. Damit sollen in Zukunft gemeinsame oder offene Listen, z. B. mit der DKP, ausgeschlossen werden.

In dem Beschluß heißt es weiter, *"eine PDS-Gliederung, die sich an einer Kommunal- oder Landtagswahl in den alten Bundesländern beteiligt, mußte bereits längere Zeit vorher in der Kommunal- bzw. Landespolitik aktiv geworden sein"*. Dies erschwert im Ergebnis vermutlich die Wahlaussichten für die PDS in NRW, da sie sich in der Vergangenheit mehrfach auf eine organisatorische Zusammenarbeit mit der DKP oder mit anderen extremistischen Gruppierungen gestützt hatte.

1994 und 1995 hatte bei den Europa- und Bundestagswahlen ein breites Spektrum von Linksextremisten auf den Listen der PDS kandidiert. Der neue Vorstandsbeschluß bedeutet eine deutliche Einschränkung der bisherigen Bandbreite in der Bündnispolitik der PDS. Insbesondere der DKP soll damit die Möglichkeit genommen werden, Kandidaten auf PDS-Listen zu plazieren. Anders sieht es bei Angehörigen der ehemaligen "Dogmatischen Neuen Linken" aus dem Bereich der sogenannten K-Gruppen aus. Insbesondere die PDS-Mitglieder aus dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) oder aus der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) (siehe Nr. 3.1.4) gehören weiterhin ihren extremistischen Gruppierungen an. Diese Gruppierungen haben keinen Parteienstatus. Entsprechend können diese Personen auch weiter für die PDS kandidieren.

Zusätzlich hat der PDS-Bundesvorstand beschlossen, daß in Zukunft eine Kandidatur nur dann erfolgen soll, wenn Aufwand und Nutzen in einem akzeptablen Verhältnis stünden. Vermutlich wird in Zukunft eine Wahlbeteiligung nur noch da stattfinden, wo der Parteivorstand dies durch eine finanzielle Unterstützung wünscht. Durch die geringe Mitgliederzahl im Westen ist die Finanzausstattung fast aller PDS-Landesverbände derartig gering, daß eine Wahlteilnahme aus eigener Kraft kaum möglich ist. Insgesamt laufen die beschlossenen Maßnahmen des PDS-Vorstandes auf eine deutliche Reglementierung der bisher weitgehenden autonom operierenden westdeutschen Landesverbände hinaus.

Umgekehrt sind insbesondere die von Linksextremisten beeinflussten Landesverbände bemüht, ihre Einflußmöglichkeiten zu erhalten, z. B. durch eine direkte Kooperation mit anderen Linksextremisten, insbesondere der DKP, außerhalb von Wahlen.



PDS-Bundesparteitag in Schwerin

Durch eine Änderung des Statutes hat der PDS-Bundesparteitag im Januar 1997 Doppelmitgliedschaften für die Zukunft ausgeschlossen. Der Beschluß ist in erster Linie als Signal der Abgrenzung gegenüber der DKP zu verstehen. Eintrittswilligen DKP- Mitgliedern wird die PDS-Mitgliedschaft verwehrt, allerdings erhalten bestehende Doppelmitgliedschaften Bestandsschutz. Mitglieder anderer linksextremistischer Organisationen (VSP und BWK haben keinen Parteienstatus) können Mitglied der PDS werden bzw. bleiben. Somit zeigt die Beschränkung von Doppelmitgliedschaften ebenso wie die Beibehaltung besonderer Mandate zu den Parteitag für die Kommunistische Plattform, daß extremistische Positionen in der PDS weiter geduldet werden.

3.1.4 Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)

Sitz

NRW Köln

Bund Köln

Mitglieder **1996** **1995**

NRW unter 100 unter 100

Bund 150 unter 150

Publikation Publikation Sozialistische Zeitung - SOZ; erscheint vierzehntägig; Auflage 2.000

Entwicklung

Die VSP konnte sich auch 1996 mangels eigener politischer Ideen nicht aus ihrer krisenhaften Lage befreien. Die internen ideologischen Auseinandersetzungen haben sich weiter verschärft. Auch die Wahl eines Spitzenfunktionärs über eine PDS-Landesliste 1994 in den Bundestag brachte der VSP nicht den erhofften Auftrieb. Vielmehr ist zu beobachten, daß die VSP zusehends in der PDS aufgeht. Sie bildet inzwischen eine Arbeitsgemeinschaft in der PDS. Anfang 1997 trat der Abgeordnete in die PDS ein. Nach hiesigem Erkenntnisstand ist der Eintritt sehr wahrscheinlich aufgrund eines VSP- Beschlusses erfolgt.

Die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) hatte im Juni 1995 den Parteistatus aufgegeben, sich unter Beibehaltung der Abkürzung VSP in "Vereinigung für Sozialistische Politik" umbenannt und damit ihren Mitgliedern die Doppelmitgliedschaft eröffnet.

Politische Ziele

Die VSP ist eine trotzkistische Organisation der IV. Internationale/Vereinigtes Sekretariat (VS), Sitz Paris, mit sozialrevolutionären Vorstellungen. Die VSP sieht es als ihre Aufgabe an, *"einen Beitrag zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei zu leisten"*. Diese soll nach einer *"revolutionären Umwälzung"* die politische Macht im Staate ausüben.



3.1.5 Marxistische Gruppe (MG)

Gründung	Anfang der 70er Jahre in Bayern
Sitz	Zentrale in München
NRW	Untergliederung in NRW Schwerpunkte der Gruppenarbeit in Bochum, Detmold, Dortmund, Duisburg
Vorsitzende	Leitungsfunktionäre in Bayern
Publikation	Publikation Gegenstandspunkt; erscheint vierteljährlich; Auflage ca. 7.000 Exemplare
Internet	Homepage

Die MG ist eine revolutionär-marxistische Organisation, die ihre Aktivitäten sowohl im Innenverhältnis als auch nach außen konspirativ abschirmt. Sie rekrutiert sich im wesentlichen aus Intellektuellen und sucht keinen Kontakt zur Arbeiterschaft.

Schwerpunkte der Arbeit sind ausgiebige interne Schulungen und zahlreiche Veröffentlichungen mit polemischer Kritik zu aktuellen Ereignissen. Die MG ist zu Beginn der 70er Jahre aus den damaligen Roten Zellen hervorgegangen. Die Zentra-

le befindet sich in München. Im Internet bietet die MG ihre Grundlagentexte sowie eine Kontaktadresse in den USA an.

Die Sprache der MG ist die Sprache ihrer Leitungsfunktionäre, Agitatoren und Vielschreiber. Ihr unverwechselbarer, von beißendem Zynismus und belehrender Überheblichkeit geprägter Stil will den Schein besonderer Intellektualität erwecken und so den elitären Anspruch der MG unterstreichen, über "*Herrschaftswissen*" zu verfügen. MG-Anhänger sollen im Verlauf ihrer Schulungen nicht nur die Inhalte und Wertungen der Agitation übernehmen, sondern auch lernen, diese im MG-typischen Sprachduktus wiederzugeben. Diese Fähigkeit, auch vor fremdem Publikum unbeeindruckt von Einwendungen ein längeres Statement zur MG-Politik abzugeben, gilt allgemein als Beweis für fortgeschrittenen Schulungsstand.

Im Rahmen verschiedener öffentlicher Veranstaltungsreihen und Podiumsdiskussionen trat die MG 1996 auch in NRW in Erscheinung. Diese Veranstaltungen dienen der MG auch zur Werbung neuer Mitglieder.

3.1.6 Trotzistische Gruppierungen in NRW

Auch 1996 sind in NRW einzelne trotzistische Gruppierungen aktiv in Erscheinung getreten. Die meisten dieser Gruppen sind als "*nationale deutsche Sektionen*" einer der konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus angeschlossen. Sie werben für den Aufbau der "*proletarischen Partei*" und fordern die "*Zerschlagung des bürgerlichen Staates*", dies sei jedoch nur durch die "*permanente Revolution*" im "*Weltmaßstab*" möglich. Die nationalen Gruppierungen verlangen meist auf Weisung der internationalen Dachorganisationen von ihren Mitgliedern "*entristische*" politische Arbeit: die verdeckte Mitarbeit in anderen Organisationen, z.B. in Gewerkschaften und Parteien, um dort revolutionär-sozialistische Strömungen zu entwickeln.

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)

Der BSA mit Sitz in Essen ist eine trotzistische Gruppierung mit bundesweit 200 Mitgliedern, die sich zu den politischen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Trotzki sowie den "*revolutionären Erfahrungen und Traditionen der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der IV. Internationale*" bekennt. Sein Ziel ist eine "*sozialistische Revolution*". Der kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretende BSA gibt regelmäßig eine Zeitung im Eigendruck unter der Bezeichnung "neue Arbeiter Presse" in einer Auflage von angeblich 1.500 Exemplaren heraus. Im Jahr 1996 hat der BSA seine Zusammenarbeit mit anderen Sektionen, insbesondere mit der britischen "International Communist Party" (ICP), intensiviert.

3.1.7 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Köln

Laut Gesellschaftsvertrag (Stand 1994) stellt die GNN Mittel zur Nachrichtenerfassung bzw. -verbreitung her. Sie stellt dementsprechende Dienste des Verlages und Vertriebs für Veröffentlichungen zur Verfügung. Als Verlagsunternehmen legt sie ihre Tendenz wie folgt fest:

- " Sie verlegt Produkte, die:
- im Konflikt zwischen Eigentum und Arbeit vom Standpunkt der Arbeit ausgehen,
- im Konflikt zwischen Repression und Widerstand vom Standpunkt des Widerstandes ausgehen,
- im Konflikt zwischen imperialistischer Bevormundung und Unterdrückung und Unabhängigkeitsstreben vom Standpunkt des Unabhängigkeitsstrebens ausgehen, ...
- im Konflikt zwischen faschistischer, rassistischer, diskriminierender Politik und emanzipatorischer Politik vom Standpunkt der Emanzipation ausgehen."



Zumindest 1994 lagen über Gesellschafter und Geschäftsführer Erkenntnisse über linksextremistische Bestrebungen vor. Eine Gesellschafterin (Stand 1994) ist Mitglied des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und Sprecherin des NRW-Landesverbandes der PDS. Der BWK ist 1980 aus einer Spaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) hervorgegangen.

In einem Tätigkeitsbericht der Landesleitung des BWK Nordrhein-Westfalen für die Zeit von Februar 1993 bis Februar 1994 heißt es: "Die beschlossene Regionalisierung des GNN-Verlages Köln wird am 7.5.1993 umgesetzt. Beim Notar in Köln werden die Eigentumsanteile umgeschrieben. Die GNN-Köln gehört jetzt den Landesverbänden Hessen und NRW des BWK und der Volksfront NRW. Die Arbeitsgemeinschaften Stahl- und Metallindustrie, Gesundheitswesen und Kommunalpolitik bleiben beteiligt. Die anwesenden Treuhänder der Anteile verständigen sich

darauf, daß sie bei Bedarf die Funktion eines Beirats für die GNN-Köln wahrnehmen."

Neben der Gesellschaft in Köln bestehen weitere GNN-Gesellschaften in:

- Berlin
- Schkeuditz für Sachsen,
- Hannover für Niedersachsen/Bremen,
- Hamburg für Schleswig-Holstein und Hamburg,
- Stuttgart für Baden-Württemberg und
- München für Bayern.

Zu den erstellten Publikationen gehören u.a.:

- Antifaschistische Nachrichten. Seit 1996 werden aktuelle sowie archivierte Ausgaben der Antifaschistischen Nachrichten im Internet angeboten. Ebenso ist eine Abonnementbestellung über Internet möglich. Herausgeber der Zeitschrift sind u. a. Personen aus dem "Bund Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz" (BWK), der VSP, PDS und VVN-BdA. Als E-Mail-Adresse wird GNN-Köln angegeben.
- Lokalberichte Köln, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Lokalberichte Köln, unterstützt von: Arbeitskreis Kurdistan-Solidarität Köln, Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS NRW, Demokratischer Arbeiterverein (DIDF-Köln), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Köln, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Mitglied in der VVN/BdA Köln).
- Lokalberichte Essen, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Lokalberichte, unterstützt von Autonomen, AG Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS NRW, Deutscher Kommunistischer Partei (DKP), Deutsch-Kurdischem Solidaritätsverein, Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Essen, Spartakus-Gruppe, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.
- Lokalberichte Gelsenkirchen, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Lokalberichte Gelsenkirchen, unterstützt von AG Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS NRW, Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.
- Kurdistan-Rundbrief (siehe Nr. 3.2.6.1). Artikel aus der jeweils aktuellen Ausgabe des Kurdistan-Rundbriefs und ältere Ausgaben werden vom presse-rechtlich Verantwortlichen auch im Internet veröffentlicht.
- Angehörigen Info. Herausgegeben von "Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD". Die Schrift erscheint vierwöchentlich bei GNN Schleswig-Holstein/Hamburg; sie wird von Personen des bisherigen RAF-Umfeldes herausgegeben.
- PDS-Rundbrief Nordrhein-Westfalen, Herausgeberin ist die PDS NRW.

In dem bundesweiten Netz von GNN-Gesellschaften werden linksradikale und linksextremistische Positionen in verschiedenen Druckerzeugnissen verbreitet. Die aufgelisteten Herausgeber sind gleichzeitig ein Beleg für die heute mögliche Breite im Bereich der linksextremistischen Bündnispolitik. Durch die Mitarbeit von PDS-Gliederungen in den Unterstützerkreisen und die personelle Verflechtung zwischen GNN-Verlag und BWK-Arbeitsgemeinschaften in der PDS kommt der PDS

die schon in früheren Berichten angesprochene besondere Rolle im westdeutschen Linksextremismus zu.

Die PDS hat über die GNN-Gesellschaften eine weitere Möglichkeit der Einflußnahme und propagandistischen Steuerung in eine weitgefächerte linksextremistische Szene hinein. Offen bleibt, ob PDS oder BWK mehr von der Medienposition des GNN-Verlages profitieren.

3.2 Militante Linksextremisten

NRW Gruppen existieren in fast allen größeren Städten des Landes

Anhänger

1996

1995

NRW

ca. 950

ca. 950

Bund

mehr als 6.000

mehr als 6.000

mit Personen, die dem Antimperialistischen Widerstand zuzurechnen sind, mehr als 7.000

Wichtigste Publikationen

Interim (Berlin); radikal; clockwork; Antifaschistische NRW Zeitung; Agitare Bene, Köln (inzwischen eingestellt), Ein Loch in der Zensur, Aachen (inzwischen eingestellt); weitere Publikationen auf örtlicher Ebene

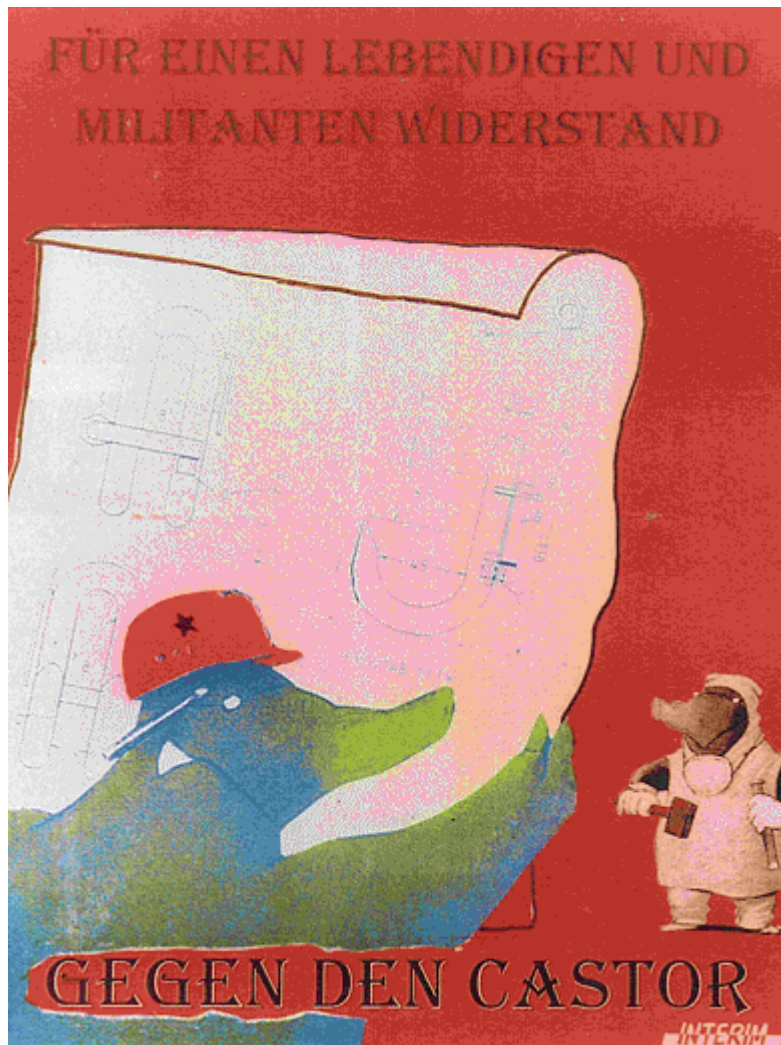
Die bereits im Jahresbericht 1995 dargestellte Entwicklung im Bereich des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums läßt eine Gliederung in Gruppenbezügen kaum mehr zu. So haben sich über die Themenfelder

- Antirepression,
- Antifaschismus,
- Antirassismus,
- Antikapitalismus / Antimperialismus,
- Antikernkraft

Gruppierungen und Bündnisse gebildet, die ihrer personellen Zusammensetzung und ihrer politischen Ausrichtung nach nur noch bedingt mit den bisher bekannten "klassischen Autonomen" zu vergleichen sind. Insbesondere die anhaltende Mobilisierungsschwäche, teilweise fehlende politische Konzepte, gruppeninterne Querelen und finanzielle Engpässe verdeutlichen vor dem Hintergrund drohender politischer Handlungsunfähigkeit für die Szene die Notwendigkeit, verstärkt Bündnisse zu suchen und zu initiieren. Es waren daher vor allem auf regionaler Ebene Bündnisbemühungen mit fast dem gesamten linksextremistischen Spektrum bis hin zu bürgerlichen Gruppen (z.B. Bürgerinitiativen) festzustellen.

Insbesondere aus gegebenen aktuellen Anlässen, wie z.B. bei der Anti-Castor-Kampagne, wurden teilweise unter dem Deckmantel von Bündnissen, teilweise auch gegen den erklärten Willen der Bündnispartner, massive militante Aktionen, wie z.B. Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Sabotagehandlungen, durchgeführt.

Die politische Ausrichtung eines Teils dieser Bündnisse wird durch militante Linksextremisten beeinflusst bzw. bestimmt.



Einzelne Gruppierungen betätigen sich nur in einem der Themenbereiche, was früher unter "autonomer Teilbereichspolitik" verstanden wurde. So beklagte z.B. auch die Berliner Gruppe "Für eine linke Strömung" (F.e.l.s.) bei ihrem Austritt aus dem bundesweiten Bündnis "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO), dem nicht nur autonome Gruppen angehören, daß Themen über Antifa hinaus innerhalb der AA/BO kaum durchsetzbar seien. Mitglieder solcher Gruppen verstehen sich nicht zwangsläufig als "Autonome" und haben auch kein Bedürfnis, sich in die autonome Lebensweise zu integrieren. Teilweise sehen sie sich ausschließlich z.B. als "Antifaschisten" oder "Antirassisten".

Weiterhin bestehen jedoch (meistens auf örtlich beschränkter Ebene) rein autonome Gruppierungen.

3.2.1 Bundesweite Organisation

Die jahrelangen bundesweiten Organisierungsbemühungen militanter Linksextremisten blieben auch 1996 ohne Erfolg.

"Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO)

So setzte die "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) ihre Organisationsbemühungen zwar fort, hatte aber 1996 durch Austritte bzw. Auflösung einiger Gruppen Rückschläge zu verzeichnen. Die von der Berliner Gruppe "Für eine linke Strömung" (F.e.l.S) in ihrer Publikation "ARRANCA!", Ausgabe Nr. 8 1996, dargestellten Gründe ihres Austritts sind exemplarisch für die aktuelle Situation der AA/BO:

- die AA/BO sei eine Teilbereichsorganisation. Themen, die nichts mit "Antifa" zu tun hätten, seien kaum durchsetzbar,
- interne inhaltliche Differenzen würden um der Einheit willen vertuscht. Außer der Gegnerschaft zum deutschen Staat und zu "Nazis" bestünden keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten,
- das Konzept des "Schwarzen Blocks" sei in der augenblicklichen Situation eine sinnentleerte Weiterführung des autonomen Militanzfetischs. Es werde um jeden Preis ein oberflächliches Gefühl von Stärke und Gemeinsamkeit konstruiert,
- gemeinsame praktische Initiativen seien kaum noch vorstellbar. Einige wichtige AA/BO-Gruppen hätten nicht die Stärkung sozialer Bewegungen von unten als Ziel, sondern in erster Linie die Stärkung der eigenen Gruppe.

Anfang 1997 gehörten der AA/BO noch 10 Gruppen an, darunter aus NRW die Unabhängige Antifa Bielefeld (UAB) und die Antifa Bonn/Rhein-Sieg.

"Bundesweite Antifa-Treffen" (BAT)

Erfolgsversprechender scheint das Konzept der "Bundesweiten Antifa-Treffen" (BAT) als loses Aktionsbündnis zu sein. Regelmäßig treffen sich größtenteils linksextremistische "Antifa"-Gruppen aus ca. 40 Städten, um über den Informationsaustausch hinaus Aktionen und Perspektiven "antifaschistischer" Arbeit zu diskutieren und zu entwickeln. Viele dieser Gruppen lehnen die AA/BO als zu hierarchisch und wegen des dominierenden Einflusses einzelner AA/BO-Gruppen ab. Über das Thema "Antifaschismus" hinaus zeichneten sich 1996 keine weiteren politischen Gemeinsamkeiten innerhalb der BAT ab.

Obwohl einzelne Gruppen an Treffen beider Organisierungszusammenhänge teilnehmen, stehen beide Lager in Konkurrenz zueinander. Gemeinsame Kampagnen wurden bisher nicht durchgeführt bzw. Kampagnen des anderen Lagers nicht vorbehaltlos unterstützt. So blieb z.B. die Kampagne der BAT gegen die Jungen Nationaldemokraten (JN) (siehe Nr. 2.2.3) 1996 ohne größere Resonanz. Die Gefahr des Scheiterns der Organisierungsbemühungen wird auch innerhalb der Mitgliedsgruppen beider Lager gesehen. Die Unabhängige Antifa Bielefeld veröffentlichte in der Schrift "GegenDruck", Nr. 7, August/September 1996, eine Diskussion zwischen Gruppen der BAT und der AA/BO:

"Dieses Jahr hat uns gerade auch in der Region gezeigt, daß viele Aktionsfelder weggefallen sind. Für das BAT wird es noch schwerer, perspektivisch voran zu kommen." (Gruppe GegenStrom aus Göttingen). Die Krise der Antifa ist die Krise, die das BAT auch hat. ... Ich denke eher umgekehrt, daß die AA/BO demnächst wegbrechen wird. Einfach anhand ihrer inneren Widersprüche. (Antifa Infoblatt, Berlin).

3.2.2 Militante Aktionen

Anti-Repressions-Kampagne

Die Anti-Repressions-Kampagne militanter Linksextremisten richtet sich gegen staatliche Einrichtungen, insbesondere die Sicherheitsorgane, wie z.B. Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz sowie deren Repräsentanten. Ausgangs- und Bezugspunkt der Aktivitäten im Rahmen der Anti-Repressions-Kampagne waren auch 1996 hauptsächlich die bundesweiten Durchsuchungen im Verfahren "AIZ, Das K.O.M.I.T.E.E. und radikal" vom 13. Juni 1995. Die Durchsuchungsmaßnahmen haben die militante linksextremistische Szene nachhaltig logistisch und politisch geschwächt.

Ein im Januar 1996 erschienenes Flugblatt militanter Linksextremisten verdeutlicht das breite Themenspektrum der Kampagne:

*"Linxs Radikal ins nächste Jahrtausend
trotz Kriminalisierung + Repression
D. eigenen Widerstand entwickeln
Weg mit 129a + 129 + Beugehaft
Weg mit dem Pkk-Verbot
Keine Aussagen bei Bullen u. Staatsanwaltschaft + Richtern
Solidarität mit allen politischen Gefangenen
Grüße an die gesuchten Untergetauchten!"*

Im Laufe des Jahres 1996 versandete die Anti-Repressions-Kampagne, größere überörtliche Demonstrationen fanden nicht mehr statt.



Solidaritätsaktionen zugunsten der Zeitschrift "radikal" rückläufig

Anlässlich des ersten Jahrestages der bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen stellten sich am 13. Juni 1996 drei der vier im Zusammenhang mit der Herausgabe der "radikal" mit Haftbefehl gesuchten Personen. Ein wesentlicher Grund dürfte in der rückläufigen Solidaritätskampagne und in den damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Lebens im Untergrund liegen.

Am 26. November 1996 stellte sich der letzte der vier nach den bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen vom 13. Juni 1995 in den Niederlanden untergetauchten mutmaßlichen "radikal"-Redakteure in Düsseldorf. Alle Beschuldigten sind inzwischen auf freiem Fuß.

Im August 1996 veröffentlichte eine "Auswertungsstelle im radikal-Verfahren" u.a. in Interim Nr. 386 vom 23. August 1996 und der Solidaritätszeitung "radikale Zeiten" Nr. 6, September 1996, eine Auswertung von 88 Ordern Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Koblenz. In einer Stellungnahme der "Auswertungsstelle" wurde insbesondere kritisiert, daß die relativ frühzeitig entdeckten Observationen von den Zielpersonen nicht szenen-öffentlich gemacht worden seien.

Zwischen Juni und August 1996 fanden einige kleinere Solidaritätsaktionen ohne Resonanz statt.

Antifaschismus

Die Thematik Antifaschismus stand auch im Jahre 1996 weiterhin im Hintergrund. So konnten in Nordrhein-Westfalen keine größeren demonstrativen bzw. spektakulären militanten Aktionen gewaltbereiter linksextremistischer Szenekreise festgestellt werden. Diese Entwicklung wird durch die andauernde Diskussion über die AA/BO und die BAT bestätigt. Die von den BAT-Gruppen initiierte Kampagne gegen die "Jungen Nationaldemokraten" (JN), in deren Zusammenhang seit Herbst 1996 eine "Antifaschistische Sonderzeitung" mit dem Titel "*Tuu Matsch Nazis*" auch in NRW verbreitet wurde, erzielte 1996 im linksextremistischen Spektrum keine größere Resonanz.

Neben einem bundesweiten Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration am 16. November 1996 in Würzen (Teilnehmer ca. 4.000 Personen, überwiegend aus dem linksextremistischen Spektrum), zu deren Teilnahme auch in Nordrhein-Westfalen (mit relativ geringem Erfolg) mobilisiert wurde, waren auf örtlicher Ebene Aktivitäten festzustellen, zum Beispiel:

- Am 29. Juni 1996 in Bonn eine demonstrative Aktion von ca. 50 verummten Personen vor dem Wohnhaus einer in linksextremistischen Veröffentlichungen als "*Naziverbrecher*" und "*Mörder*" bezeichneten Person.
- In der zweiten Hälfte des Jahres 1996 tätliche Auseinandersetzungen vorwiegend im Raum Wuppertal zwischen der linksextremistischen Szene und angeblichen Rechtsextremisten.
- Am 21. Dezember 1996 Demonstration von ca. 300-400 Personen, darunter ca. 200 Personen des militanten linksextremistischen Spektrums in Lüdenscheid gegen den rechtsextremistischen Donner-Versand (siehe Nr. 2.2.7.1).

Mit weiteren "Aktionen" der gewaltbereiten linksextremistischen Szene gegen von ihr dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnete Personen und Objekte muß auch zukünftig gerechnet werden. Die autonome Antifa hat auch 1996 technische und "nachrichtendienstliche" Mittel gegen vermeintliche Rechtsextremisten eingesetzt. So wurden Mobiltelefone mit automatischen Daueranrufen blockiert, Nutzer (User) ins Thule-Netz unter falschem Namen eingeschleust und elektronische Nachrichten mit Störprogrammen versandt. Zusätzlich wurden einzelne Personen durch Flugblätter in ihrem sozialen Umfeld als angebliche Rechtsextremisten ge-

outet. Der Polizeifunk wird ohnehin standardmäßig mitgescannt, Möglichkeiten zum Scannen von Mobiltelefonen werden derzeit getestet.

Anti-Rassismus

Abschiebehaftanstalten bleiben originäres Aktions- und Agitationsziel

Die Abschiebehaftanstalten bildeten auch 1996 herausragende Zielobjekte. Die wichtigste Veranstaltung der militanten linksextremistischen Szene zum Thema "Anti-Rassismus" war, wie in den Jahren 1994 und 1995, eine Demonstration am 26. Juni 1996 vor der Justizvollzugsanstalt in Büren gegen die herrschende "Abschiebepraxis", zu der bundesweit mobilisiert wurde. An der Demonstration beteiligten sich mindestens 1.000 Personen. Etwa 200-300 Personen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums aus NRW, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein bildeten innerhalb des Demonstrationszuges einen sogenannten "Schwarzen Block", aus dem heraus einzelne Personen versuchten, gewalttätige Aktionen durchzuführen. Dies wurde jedoch von der Polizei und anderen Demonstrationsteilnehmern verhindert. Bei Vorkontrollen setzte die Polizei 72 Personen fest, drei Polizeibeamte wurden leicht verletzt.



Freilassungskampagne Safwan Eid

In NRW kam es aus Anlaß des Lübecker Brandanschlages im 18. Januar 1996 in Köln, in Solingen und Wuppertal zu Demonstrationen mit bis zu etwa 250 Teilnehmern, an denen sich auch Angehörige des militanten linksextremistischen Spektrums beteiligten. Seit März 1996 wurde im linksextremistischen Spektrum für die Freilassung des einige Tage nach dem Brand als tatverdächtig inhaftierten Libanesen Safwan Eid mobilisiert. An bundesweiten Demonstrationen am 23. März und 2. November 1996 in Lübeck beteiligten sich auch Personen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums aus Nordrhein - Westfalen. Medien, Staat und Bevölkerung wurde Rassismus unterstellt: "Es braucht weiterhin Druck, um dem überwältigenden rassistischen Gleichklang von Medien, Staat und Bevölkerung so gut es geht etwas entgegenzusetzen". Die Zielrichtung der Aktionen ging über ei-

ne reine Prozeßunterstützung hinaus. So hieß es in einem Demonstrationaufruf einer Berliner *"Grevesmühlen Vorbereitungsgruppe"* für den 2. November 1996 in Lübeck: *"Solidarität heißt neben 'Freiheit für Safran Eid' vor allem 'Gegen Deutschland'"* (vgl. Interim Nr. 394 vom 25. Oktober 1996).

Antikapitalismus / Antiimperialismus

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums wurde auch das Thema *"Sozialabbau"* zu Agitationszwecken genutzt. Die von der Szene offensichtlich gehegten Hoffnungen, über dieses aktuelle Thema eine breit angelegte Mobilisierung, insbesondere in Form von Aktions-/Demonstrationsbündnissen und damit Akzeptanz bei großen Teilen der Bevölkerung zu erlangen, sind nicht realisiert worden. So wurde zwar das Thema *"gegen Sozialabbau"* in Szene-Publikationen erörtert. Insgesamt konnte die Szene jedoch in NRW keine eigenen herausragenden Veranstaltungen durchführen.

So nahmen beispielsweise an der von demokratischen Organisationen durchgeführten bundesweiten Großdemonstration gegen den Sozialabbau am 15. Juni 1996 in Bonn ca. 1.800 Linksextremisten, darunter ca. 500 Personen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums, mit einem eigenen *"revolutionären Block"* unter der Überschrift *"Her mit dem schönen Leben!"* teil. Ausschreitungen wurden von der Polizei unterbunden.

In Köln nahmen an der regelmäßigen *"Montagsdemonstration"* zum Thema *"gegen Sozialabbau"*, die erstmals am 21. Oktober 1996 stattfand, auch gewaltbereite Linksextremisten teil.

Militante Aktionen gegen Kernkraft

Das militante linksextremistische Spektrum griff seit Mitte des Jahres 1996 verstärkt das Thema *"Anti-AKW"* auf und versuchte durch militante Aktionen, das öffentliche Meinungsbild in Richtung auf eine Verhinderung der Castor-Transporte zu beeinflussen. Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei im Zusammenhang mit dem als *"Tag X2"* bezeichneten zweiten Atommülltransport von Frankreich nach Dannenberg (Niedersachsen) am 8. Mai 1996 wurden als Erfolg gewertet:



"Obwohl militante Gewaltfreie 'Graswurzel'-Leute uns bei der Gegenwehr zeitweise behindern wollten, gelang es den Bullen nur äußerst schwer, sich den Weg zu bahnen. ... Das Tag X Konzept ist voll aufgegangen - der Transport ist auf allen Ebenen teurer geworden, politisch wie materiell." (Interim Nr. 376 vom 16. Mai 1996).

Im Vorfeld des zweiten Castor-Transports kam es auch in NRW zu gefährlichen Eingriffen in den Bahnverkehr sowie zu demonstrativen Aktionen an Bahnstrecken und Bahnhöfen, u.a. in Bad Salzuflen, Gütersloh, Köln, Lemgo und Bielefeld.

Militanten Linksextremisten geht es über die Verhinderung von Castor-Transporten hinaus insbesondere um einen weiteren Anknüpfungspunkt in ihrem Kampf gegen das *"herrschende patriachal - kapitalistische System"*. *"Der Anti-AKW-Widerstand muß ... in den Zusammenhang eines generellen revolutionären Kampfes gesetzt werden"*. Im August 1996 veröffentlichten *"einige Linksradikale"* eine neue Schrift *"Der Wurfanker - linksradikales anti-akw-info"* Nr. 0, die neben politischen Aussagen auch eine Anleitung zur Sabotage an Strommasten der *"Autonome Gruppen gegen den Strom"* sowie eine Bauanleitung mit Gebrauchsanweisung für sogenannte Hakenkrallen und Wurfanker, mit denen die Oberleitungen auf Bahnstrecken beschädigt werden können, enthält. Die Bahn sollte durch Störungen des Betriebes zur Aufgabe der Castor-Transporte gezwungen werden. Obwohl 1996 keine weiteren Castor-Transporte vorgesehen waren, setzten militante Linksextremisten ihre Sabotageaktionen fort.

Auch in Zukunft ist damit zu rechnen, daß militante Linksextremisten

- mit Gewalt gegen Castor-Transporte und Bahnanlagen vorgehen und
- das Bündnis mit Bürgerinitiativen suchen.

3.2.3 Autonome

Verfahren gegen Angehörige der Göttinger "Autonomen Antifa (M)" endgültig eingestellt

Das Verfahren gegen Angehörige der Göttinger "Autonomen Antifa (M)" wurde am 22. Juni 1996 vorläufig und inzwischen endgültig eingestellt, nachdem die 17 Angeklagten erklärt hatten,

- die Bestimmungen des Versammlungsrechts zukünftig beachten zu wollen,
- auf die Herausgabe beschlagnahmter Dokumente zugunsten des Instituts für Sozialforschung in Hamburg zu verzichten und
- jeweils 3.000 DM an eine KZ-Gedenkstätte zu zahlen.

In einer u.a. in der INTERIM Nr. 383 vom 12. Juli 1996 veröffentlichten Erklärung beteuert die Gruppe allerdings: *"Die Autonome Antifa (M) sieht sich weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Wie in der Vergangenheit wird sie auch weiterhin adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden."*



Die Einstellung des Verfahrens wurde im gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum teilweise kritisch gesehen. So bedauerte die "Unabhängige Antifa Bielefeld" in der autonomen Schrift "GegenDruck" Nr. 7/1996, daß anhand des Verfahrens die Praxis der angeblich politischen Justiz im *"Rechts-Staat Deutschland"* nicht öffentlich gemacht wurde.

Anlaufstellen/Trefforte militanter Linksextremisten

Als zentrale Anlaufstellen haben weiterhin die sogenannten Autonomen Zentren und Infoläden ihre Bedeutung behalten. Darüber hinaus finden - teilweise auch aus konspirativen Gründen - Treffen in Privatwohnungen und in Szenelokalitäten statt. Solche Anlauf- und Kontaktstellen unterliegen häufigen Veränderungen und sind in fast allen größeren Städten NRW's anzutreffen.

Bemühungen, sich u.a. durch Besetzung leerstehender Gebäude "Autonome/Antifaschistische Zentren" zu erkämpfen, konnten auch im Jahre 1996 festgestellt werden, z.B.:

- Im Anschluß an eine Demonstration für ein *"Autonomes Jugendzentrum"* in Mülheim an der Ruhr besetzten am 23. März 1996 ca. 50 - 60 Personen - u.a. des linksextremistischen autonomen Spektrums - kurzfristig eine ehemalige

Lederwarenfabrik.

- Am 5. Juni 1996 versuchten 20 Personen - u.a. des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums - erfolglos, in Solingen-Ohligs in einem besetzten Haus ein *"autonomes/antifaschistisches Zentrum"* zu errichten.

Das im Jahresbericht 1995 vorgestellte Beispiel eines autonomen Zentrums in Mönchengladbach und die damit in Verbindung stehenden Unterstützungs- und Solidaritätsaufrufe *"Für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum - EXXIL - in Mönchengladbach"* fanden in autonomen Szenekreisen wenig Beachtung und nicht die erhoffte Resonanz.

3.2.4 Publikationen

Die derzeitige Schwäche im Bereich der militanten Linksextremisten zeigte sich 1996 in NRW auch bei der Herausgabe einzelner linksextremistischer Zeitschriften mit regionaler und teilweise überregionaler Bedeutung. Es stellten sich sowohl finanzielle als auch personelle Probleme ein. Außerdem wurde von den Herausgebern eine deutlich zurückgegangene Spendenbereitschaft verzeichnet. Zu diesen Entwicklungen wurde selbstkritisch u.a. festgestellt, daß keine neuen Impulse mehr erfolgten und die Konzepte teilweise nicht mehr zeitgemäß seien.

"Agitare Bene" eingestellt

So wurde in den "Remscheider Antifa News" von Juni 1996 - kommentiert mit der Aussage *"wieder ein Stück linker Kultur, das den Bach runter geht"* - mitgeteilt, daß die der autonomen Szene zugeordnete Publikation "Agitare Bene" aus Köln nicht weiter erscheinen werde. Bestätigt wurde dies durch ein vermutlich von Angehörigen der Redaktion der "Agitare Bene" verfaßtes Schreiben (vgl. Interim Nr. 395 vom 1. November 1996) vom Oktober 1996.

"Agitare Bene" hatte eine überörtliche Bedeutung sowohl für Aktivitäten und Verlautbarungen der militanten linksextremistischen Szene als auch für terroristische Gruppen (u.a. AIZ, Revolutionäre Zellen, RAF-Häftlinge). Gleichwohl ging in den letzten Jahren die Resonanz in den eigenen Reihen kontinuierlich zurück, und es entstanden finanzielle und personelle Engpässe. Die letzte "Agitare Bene" erschien mit der Nr. 77 im Sommer 1995.

"Ruhrgebiets" Info eingestellt

Die Redaktion des Ruhrgebiets Infos kündigte in der Ausgabe Nr. 42, Mai/Juni 1996, die vorläufige Einstellung der seit Mai 1991 herausgegebenen Schrift an, um ein neues Konzept der Zeitung zu entwickeln. Als Gründe für diesen Schritt nannte sie:

- stark rückgängige Verkaufszahlen und damit verbundener Geldmangel,
- der städtemäßigen Zersplitterung der linksradikalen Szene im Ruhrgebiet konnte mit der Zeitung nicht entgegengewirkt werden,
- seit der Gründung habe sich keine nennenswerte Vertriebsstruktur herausgebildet.

Vordringlich stelle sich jedoch die Frage, ob das hinter der Zeitung stehende Konzept noch zeitgemäß sei. *"Es ist ja nicht so, daß es einen linksradikalen Widerstand im Ruhrgebiet nicht mehr gibt, nur ist davon in der Zeitung kaum was zu spüren."*

"Ein Loch in der Zensur" eingestellt

Die Aachener autonome Zeitschrift "Ein Loch in der Zensur" (LIZ) erschien mit der Ausgabe Nr. 69 vom Oktober 1996 letztmalig. Das gab die Redaktion im Januar 1997 in einem Flugblatt bekannt. Die Einstellung sei nicht auf Finanzierungsprobleme oder auf Verbotsverfügungen des Staates, sondern auf redaktionsinterne Auseinandersetzungen zurückzuführen. Erstmals erschien LIZ im Januar 1991. Die Schrift wurde mit einer monatlichen Auflage bis zu 2.500 Exemplaren hergestellt. Schwierigkeiten deuteten sich bereits im Januar 1996 an. Die Ausgabe Nr. 66 vom Juni 1996 erschien nur als "Sparausgabe".



Interim

In bundesweit verbreiteten Schriften wie der Interim und der Untergrundschrift "radikal" wurde ebenfalls die Frage diskutiert, ob ihr aktuelles Zeitungskonzept noch zeitgemäß ist.

Die in Berlin erscheinende Interim ist eine der wenigen autonomen Schriften mit bundesweiter Bedeutung. Grund ist sicher auch die mit der wöchentlichen Erscheinungsweise verbundene hohe Aktualität. Die Interim dient als "Infoblatt" und "Diskussionsplattform" für das gewaltbereite linksextremistische Spektrum. Die Publikation enthält nur wenige eigene redaktionelle Beiträge. Hauptsächlich druckt sie übersandte Texte, Flugblätter, Anzeigen etc. ab. 1996 waren verstärkt Beiträge

militanter Gruppen - hauptsächlich in Form von Anschlagserklärungen - zur Castor- Thematik festzustellen.

Seit Ende 1996 wird auch bei den "Machern" der Interim, deren Redaktion teilweise von Ausgabe zu Ausgabe wechselt, über ein neues Konzept nachgedacht. Mit einer Fragebogenaktion (veröffentlicht u.a. in der Ausgabe Nr. 400 vom 5. Dezember 1996) sollte ein Meinungsbild der Leser über *"Sinn oder Unsinn und zum Fortbestand der Interim"* eingeholt werden.

Untergrundschrift "radikal"

Seit dem 13. Juni 1996 wurde eine neue Ausgabe der "radikal" - Nr. 154, Juni 1996 - auch in NRW verbreitet. Die 100 Seiten umfassende Schrift enthält u.a. erneut Selbstbezeichnungen militanter Linksextremisten, so z.B. die Erklärung der Gruppe *"Flammende Herzen und Freunde"* zu einer Sabotageaktion am 2. Januar 1996 gegen eine Bahnstrecke in Berlin mit einer ausführlichen Anleitung zur Zerstörung von Gleisüberwachungseinrichtungen.

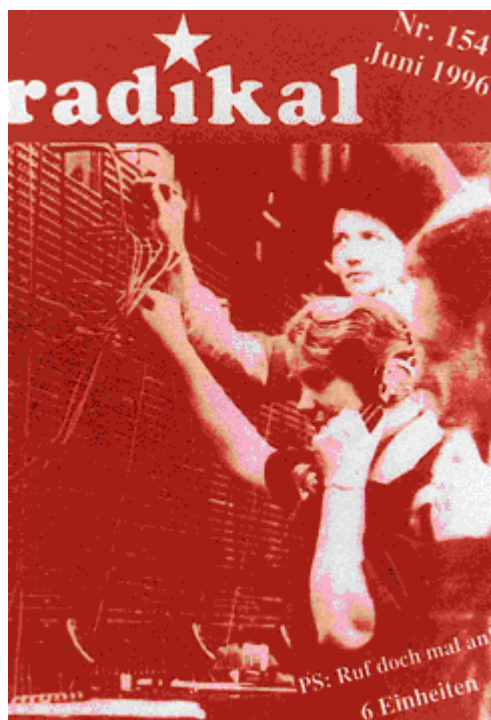


Diese radikal-Ausgabe wurde schrittweise in das Internet gebracht. Die gedruckte Ausgabe wurde weiterhin im Handverkauf verbreitet, diesmal unter der Kontaktanschrift der niederländischen Szene-Zeitschrift "Ravage" in Amsterdam.

Nachdem die Ausgabe Nr. 153 vom November 1995 ohne Wissen der "radikal"-Hersteller von niederländischen Sympathisanten in das Internet eingestellt wurde, bewerteten die Herausgeber die Verbreitung der Schrift durch das Internet positiv: *"Damit ist die Existenz der radi im Internet ein Schlag gegen die bundesdeutschen Zensurbehörden"* ("radikal" Nr. 154, S. 18). In Unterschied zur Nr. 153 erschien die Nr. 154 vollständig im Internet.

Gegen die Veröffentlichung der "radikal" Nr. 154 im Internet leitete die Bundesanwaltschaft im August 1996 ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung und der öffentlichen Billigung von Straftaten ein. In einem Schreiben wies die Bundesanwaltschaft die deutschen Internet-Service-Provider darauf hin, daß sie sich möglicherweise einer

Beihilfe zu diesen Straftaten strafbar machen, wenn sie weiterhin den Abruf der "radikal"-Seiten ermöglichen sollten.



Antifaschistische NRW Zeitung

Die vierteljährlich unter der Kontaktanschrift des Infoladens Wuppertal erscheinende "Antifaschistische NRW Zeitung" ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Antifa-Gruppen aus NRW. Den Schwerpunkt der Zeitung bilden Hintergrundberichte über vermutete rechtsextremistische Personen und Gruppierungen sowie Berichte über Entwicklungen im Rechtsextremismus. Außerdem werden auch gesellschaftliche Prozesse, die nach Ansicht der Herausgeber eine Verschiebung von Werten, Verhaltensweisen oder Gesetzen nach "Rechts" bedeuten, dargestellt. Einzelne Artikel können auch über das Internet abgerufen werden.

Angesichts der augenblicklichen Krisensituation im Bereich linksextremistischer Publikationen bleibt abzuwarten, ob die Zeitung weiterhin regelmäßig erscheinen wird.

3.2.5 Antiimperialistischer Widerstand

Gruppen des antiimperialistischen Widerstandes

Zu den bundesweit agierenden und kommunizierenden Gruppen des antiimperialistischen Widerstandes zählen folgende Einzelgruppen:

- "Initiative Linker Aufbruch" (ILA), Gütersloh,
- "Jarama! - Jugend gegen Imperialismus und Faschismus" (Jarama), Mainz,
- "Revolutionäre Organisation - Jetzt Aufbauen!" (ROJA), Marburg.

Fusion zu "Jarama"

Diese drei Gruppen, die bislang selbständig agierten, und ihre Mitglieder arbeiten inzwischen in einem "revolutionären Kollektiv" unter der Bezeichnung Jarama zu-

sammen. Der Name bezieht sich nach Angaben von Jarama auf den Kampf der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg, die in einer Schlacht im Tal des Flusses Jarama in Neukastilien im Februar 1937 die Übermacht der von Deutschland unterstützten Franco-Truppen zurückgeschlagen haben.

"clockwork" und "Jarama"

Die Szenepublikation "clockwork - zusammen für befreiung kämpfen", deren Redaktionsadresse in Mainz identisch ist mit der Anschrift des Kollektivs Jarama, hat den Charakter eines Organs von Jarama. Die Schrift erscheint unregelmäßig mit einer angeblichen Auflage von 9.000 Exemplaren. 1996 sind 3 Ausgaben erschienen. Presserechtlich und für den Vertrieb verantwortlich ist der Ehemann einer RAF-Strafgefangenen.

nr. 41/42
sommer '96
2.50 mark

clock
work

**zusammen
für befreiung
kämpfen**

editorial

internationale solidarität, unterstützung für den
kampf der politischen gefangenen weltweit war
oft thema und inhalt der „alten“ und „neuen“
clockwork, eher selten hat die clockwork bisher
kämpfe um befreiung und kämpferischen wider-
stand gegen die herrschenden verhältnisse zum
thema gemacht und dazu Stellung bezogen, das
wird zukünftig - also nicht nur in dieser ausgabe
anders werden.

mit dem kampf des erlen ejército zapata de
liberación nacional im südostlichen chiapas
und fragen der internationalistischen solidarität be-
lassen sich zwei artikel in dieser ausgabe.

zum erstenmal in der geschichte der zeitung wird
ende juli - anlässlich des „amerikanischen
treffens für eine menschliche gesellschaft und ge-
gen den neoliberalismus“, zu dem die erste die
stärker der web aufgerufen hat - eine ausgabe der
clockwork auf spanisch erscheinen. (siehe anzei-
ge dazu in dieser ausgabe).

die clockwork hat ausserdem eine neue anschrift
- die bitte für alle korrespondenz zukünftig zu
nutzen ist.

die clockwork-redaktion

neue anschrift-
redaktion clockwork
postfach 1205
55002 mainz

★ roman m. schernikau im gespräch - seite 4 ★ einige gedanken zur solidarität mit dem kampf der
zapatas in mexico - seite 8 ★ zur aktuellen situation von mumia abu-jamal - seite 9 ★ ein
interview mit gioconda belli - seite 11



der aufstand der zapatas, 3. januar 1994, nach cristóbal de las casca

foto: kerby nach

Ya basta heißt es reicht!

Eine teilnehmende Beobachtung

Der Artikel verfolgt die Ereignisse in Chiapas seit dem 1. Januar 1994, will und kann aber keine umfassende Chronologie der Geschehnisse und noch viel weniger eine politische Einschätzung der kurzen Geschichte der zapatistischen Erhebung sein. Es sind Überlegungen aus dem Westen mit der politischen Geschichte Westdeutschlands seit 68 im Kopf, mit den Mustern unseres Denkens und unserer Erfahrung. Das muß immer wieder gesagt werden, um das Entstehen zu verstehen, die Fragen und Zwecke, die die teilnehmende Beobachterin immer wieder verunsichern.

Als uns am 1. Januar 1994 die Nachrichten über einen Aufstand aus Chiapas erreichten, kamen neben dem Entsetzen auch Zweifel: woher kommen die bewaffneten Guerrillas, von denen zuvor noch niemand etwas gehört hatte? Ist die Bewegung wirklich chiapanekisch? Was wird das mexikanische Militär tun? Wird es ein Verweid für einen Genozid? Erinnerungen aus Guatemala und den Massenwunden unter der indischen Bevölkerung.

Chiapas war wenigen Menschen bekannt - den archäologischen Touristen, die der Straße der Maya-Tempel folgten und den Menschen der Solidaritätsbewegung mit Guatemala, die die Flüchtlinge im chiapanekischen Urwald kannten, besuchten und unterstützten.

Seit Anfang der 80er haben sich zehntausende von guatemaltekischen Flüchtlingen auf der mexikanischen Seite der Grenze niedergelassen, geflohen über die gemeinsamen Berge des Regenwaldes oder über den Fluß, der mal durch Guatemala, mal durch Mexiko fließt. Sie hatten dort ihre „Lager“ gebaut und waren mehr als zehn Jahre geflohen, hatten sich organisiert, ihre Struktur, Sprache und Kultur beibehalten und angehäuft und hatten sich gerade, seit Anfang der 90er, auf den „Rückweg“, den Rückweg nach Guatemala gemacht. Dieser arme und reiche Teil Mexikos mit seiner überwiegend indischen Landbevölkerung hatte für mehr als zehn Jahre noch immer Menschen auf der Flucht aufgenommen. Schon immer schämte ich mich dort ob unserer „Flüchtlingspolitik“, die hochrechnet, wie die Armen den Reichen den Reichtum rauben.

Alle, die sich immer wieder mal in guatemaltekischen Flüchtlingslagern aufhielten, wollten um die Lage der mexikanischen Gemeinden, die kaum besser war als in den Lagern, wußten, daß es kaum fließendes Wasser, Steins, befehle Strafen gab, daß der Weg ins nächste Krankenhaus oft zu weit war, wußten von Unre-

hen, von Auseinandersetzungen mit Grundbesitzern, den bewaffneten Viehbesitzern, wußten von Menschenrechtsverletzungen, sahen Dörfer, die zerstört und verrotten worden waren. Jeder kannte den Gefängnisstrahl, der auf dem Weich Palenque mitten im Wald stand, gebaut mit Baumstämmen der „Solidaridad“, Hochsicherheitsstrahl für die indische Bevölkerung, mit den Wächtern der deutschen Krieger nicht unähnlich.

Und doch hat kaum jemand erwartet oder geglaubt, daß eben diese geschlagenen und müden Indigenos sich schon längst organisiert, bewaffnet und vorbereitet hatten.

YA BASTA!

In einem Überraschungsexpressschreiben im Morgenröten des 1. Januar 1994 in verschiedenen Gemeinden Chiapas - San Cristóbal, Oxucingo, Las Margaritas, Ahauvitano - bewaffnete Einheiten eines bislang unbekanntem Aufstandsbereichs, der EZLN - Ejército Zapatista de Liberación Nacional.

Sie erklärten der Welt ein YA BASTA! - Es reicht!

... wir, elendige und arme Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklärt haben, ein letztes Mittel ist, aber ein gezieltes. Die Diktaturen führen seit vielen Jahren einen nicht erklärten Auswärtigenkrieg gegen unsere Väter, weshalb wir Dich um Deine entscheidende Teilnahme bitten, diesen Plan des mexikanischen Völkers, das für Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gewerkschaft und Frieden kämpfen, zu unterstützen. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen, bis wir die Erfüllung dieser Grundforderungen unseres Völkers erreicht haben werden und eine Regierung in unserem freien und demokratischen Land bilden können.

(Erklärung aus der Selva Lacandona, Generalkommando der EZLN, Ende 1993)

Diese allgemeinen Forderungen, die in unseren Ländern schon längst zu Hüllen geworden sind, haben bis heute immer wieder zu Verwunderung und Erklärungsversuchen geführt. Es wird aber in dem seit mehr als einem Jahr stattfindenden Dialog immer deutlicher, daß Demokratie eben nicht Wahlrecht bedeutet, daß Gerechtigkeit nicht mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zu tun hat, daß Land nicht Eigentumszettel meint, daß die Kontroverse dieser Utopien noch gesucht und be-

schlossen werden muß. Diese Forderungen zeichnen nur Linien, an denen entlang von Monaten verhandelt und debattiert wird. Die Forderungen beschränken aber auch Räume, in denen tatsächlich neue Strukturen und Handlungen entstehen können.

Im Sommer '95, als der Dialog zwischen EZLN und Regierungsdelegation stockte und nichts sich zu bewegen schien, erklärten die zapatistischen Delegierten, die mexikanische Regierung habe ihre so schweren Weiter aufzugeben. Sie hätten sie ernst genommen, hätten sie in die Dörfer getragen und versucht, sie zu verstehen und seien zu der Meinung gelangt: daß die Wörter nichts bedeuten würden und daß, wie jeder wußte, Weiter bekanntlich mit dem Wind gehen. Dieser Konflikt ist seit dem 1. 1. '94 spürbar und kann im Grunde nur durch eine wirkliche Umwälzung, eine Revolution bzw. eine Neuschaffung der Gesellschaft gelöst werden.

Die mexikanische Regierung hält sich für demokratisch und kann deshalb über Demokratie schlecht grundsätzlich diskutieren. Sie kann bereit sein, das Wahlrecht etwas durchlässiger zu gestalten, den Wahlbottig etwas unregelmäßiger zu machen, den Indigenos das individuelle

Kotzenrecht zu garantieren. Die EZLN-Delegierten meinen aber etwas völlig anderes. Sie wollen über die Strukturen und Entscheidungsgewalten sprechen, die direkt ihr Leben betreffen und organisieren. Eine mexikanische Zentralregierung kann zum Beispiel unmöglich über das Land einer Gemeinde entscheiden - demnach kann eine mexikanische Regierung gar keinen NAJTA-Vertrag mit einem anderen Land machen, kann ein Land nicht verkaufen, die Richterinnen anvertrauen. Commandante Tacho erklärte in einem Interview, daß er sich eben zu einer Weltwirtschaft nicht äußern oder verhalten könne, da sie nichts hätten, was sie mit der Welt handeln oder gar aus der Welt bereiten könnten.

Seit 1994 gibt es in Chiapas Gemeinden, „unrebellen“ Gemeinden, die ihre Bürgermeister abgewählt haben, die Fortüne ererbt haben, die sich überhaupt erst zur Gemeinde erklärt haben, die keine Abgaben bezahlen und die vorhandenen Verwaltungsinstitutionen ignorieren - Demokratie von unten und für die Regierung wilde Autonomiebestrebungen. Angesichts dieser direkten Entscheidungsgewalten wenden uns aus dem Westen die undemokratischen Strukturen unserer Länder mehr als deutlich.

Fortsetzung auf Seite 6

Regelmäßige Kontakte zu RAF-Häftlingen

Verschiedene tatsächliche Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß das revolutionäre Selbstverständnis der drei Gruppen den bewaffneten Kampf gegen den Staat nicht ausschließt, sondern grundsätzlich bejaht. Die terroristische Gewaltbereitschaft der Jarama-Gruppen ist offenbar durch Kontakte zum Kreis der sog. Hardliner unter den RAF-Häftlingen geprägt worden, welche die von der RAF-Kommandoebene im April 1992 verkündete Deeskalation ("Zäsur"), d.h. den vorläufigen Verzicht auf tödliche Anschläge der RAF-Kommandoebene, strikt ablehnen. Die Gruppen orientieren sich am RAF-Konzept des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes; sie werden von Hardlinern unter den RAF-Häftlingen anscheinend akzeptiert und beeinflusst.

Offenbar befinden die Jarama-Gruppen sich in einem *"revolutionären Reifungsprozeß"*, wie er jahrelang von den RAF-Gefangenen gefordert wurde. Dieser Prozeß ist im Sinne der ursprünglichen RAF-Konzeption eine Grundvoraussetzung, um *"radikal-minderheitlicher Störfaktor"* in Frontstellung zum Staats- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland werden zu können. Die Fortentwicklung des Konzepts *"radikal-minderheitlicher Störfaktor"* geht einher mit dem *"Aufbau verbindlicher und handlungsfähiger Organisationsstrukturen"* und zielt darauf ab, *"Gegenpol zur kapitalistisch-imperialistischen BRD und ihren Machenschaften"* zu werden. Da die Gruppen den *"bewaffneten Kampf"* nicht grundsätzlich ausschließen, ist der Schritt zu terroristischen Aktionen möglicherweise nicht weit.

Initiative Linker Aufbruch (ILA) Gütersloh

Die ILA Gütersloh ist seit 1993 bekannt. Ihre Mitglieder traten und treten zum Teil auch unter der Bezeichnung "Internationale Jugend" auf. In der Publikation "clockwork" wurde bereits im März 1994 ein ILA-Beitrag über die Ziele revolutionärer Arbeit veröffentlicht, der bei den Hardlinern unter den RAF-Häftlingen hohe Akzeptanz fand. In diesem Beitrag *"Reform und Revolution"* führt die ILA u.a. folgendes aus: *"Ziel revolutionärer Arbeit muß die Polarisierung der politischen Verhältnisse sein. ... Es wird keine Kompromisse mit diesem Staat geben, wenn es um unseren Kampf geht. ... Auch wenn der bewaffnete Kampf als Mittel im Moment nicht das Wesentliche darstellt, ist es falsch, ihn generell zu diskreditieren"*.

Damit knüpft die ILA direkt an das alte RAF-Konzept des bewaffneten antiimperialistischen Guerillakampfes. An anderer Stelle des Beitrags ergreift die ILA Partei für die Hardliner unter den RAF-Häftlingen und gegen die Deeskalationserklärung der RAF-Kommandoebene. Den Beitrag vom März 1994 verschickte die ILA im September 1994 an die inhaftierten RAF-Hardliner und versichert diesen: *"Wir denken, dass Eure Erfahrungen und Eure Vorstellungen wichtig sind für eine Neubestimmung revolutionärer Politik"*.

Die grundsätzliche terroristische Gewaltbereitschaft der ILA wird kontinuierlich deutlich. So heißt es in einem ILA-*"Redebeitrag 2-8-94"*, der zum Tag der Besetzung der Paulskirche in Frankfurt (einer Aktion aus Solidarität mit den hungerstreikenden RAF-Inhaftierten) verfaßt wurde: *"jetzt wo alles bergab geht, müssen wir unseren unversöhnlichen Klassenstandpunkt beibehalten und uns nicht auf faule Kompromisse einlassen. revolutionäre Intervention, die bewußte Konfrontation mit dem Feind ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil revolutionärer Politik. ... die Schaffung einer revolutionären Perspektive beinhaltet nach wie vor eine Politik der bewußten Konfrontation ... wir müssen auch der Negation unserer Geschichte ent-*

gegenwirken. das meinen wir nicht nur in bezug auf bewaffnete politik, ... wir müssen ... jetzt die grundlagen für einen neuen anlauf schaffen. einen 'schritt machen'. es liegt an uns das anzupacken."

Selbsternannte Erben der "RAF"?

Die ILA sieht sich selbst erkennbar in der Nachfolge der RAF, mit deren Geschichte (*"unserer Geschichte"*) sie sich verbunden fühlt, und propagiert eine Wiederaufnahme revolutionärer - auch *"bewaffneter"* - *"Politik"* in einem *"neuen Anlauf"*. Dieser Vorstellung der ILA entspricht - wiederum mit RAF-Bezug - eine unter der Bezeichnung "Jarama" herausgegebene Erklärung, die auch für die ILA gilt. Im "Angehörigen Info" vom 9. August 1996, *"herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD"*, äußert sich Jarama zu ihrem Selbstverständnis und ihren politischen Zielen folgendermaßen:

"Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, ... revolutionäre Politik wiederaufzubauen. Der Aufbau von verbindlichen und handlungsfähigen Organisationsstrukturen ist eine unserer Orientierungen in diesem Aufbauprozess ... Wir sind bis jetzt dahin gekommen, daß in der Jarama! Genossinnen und Genossen aus Gütersloh, Marburg und Mainz in einem Kollektiv organisiert sind ... Der politische Prozess der Organisation und die Weiterentwicklung der Kollektive sind so für uns eine Einheit, in der wir stark und handlungsfähig werden ... Wir sind davon überzeugt, daß man gerade an den Erfahrungen, die im Zusammenhang mit dem Aufbruch der RAF gemacht wurden, ... nicht vorbeigehen darf. Wir fühlen uns den politischen Gefangenen aus der RAF, die zu dieser Geschichte stehen, eng verbunden"

In dieser Erklärung wird deutlich, daß die Jarama-Gruppen darauf abzielen, verbindliche und aktionsfähige terroristische Strukturen nach dem Vorbild der alten RAF aufzubauen. In diesem Sinne ist auch die Ankündigung der "clockwork"-Redaktion in der Ausgabe Nr. 41/42, Sommer 1996, zu verstehen, daß sie künftig neben der *"unterstützung für den kampf der politischen gefangenen weltweit"* verstärkt *"kämpfe um befreiung und kämpferischen widerstand gegen die herrschenden verhältnisse"* thematisieren will. Im Zusammenhang mit dem *"kampf der zapatistas in mexico"* erklärte die "clockwork"-Redaktion: *"der aufbau einer revolutionären bewegung hier und aus dem eigenen kampf solidarisch mit allen kämpfenden - das ist notwendig, das wollen wir! nicht mehr, aber auch nicht weniger!"*

Internationalismus hat Kampf gegen "BRD-Imperialismus" zum Ziel

Dabei warnt die "clockwork"-Redaktion deutlich vor einer Unterstützung von Befreiungsbewegungen um ihrer selbst willen. So kritisiert sie in einem im Frühjahr 1996 in Ausgabe Nr. 39/40 erschienen Artikel zur Lage des kurdischen Befreiungskampfes die bundesrepublikanische Kurdistan-Solidarität. Sie komme *"oftmals über die folkloristische Verkörperung des 'eigentlich müßte man' nicht hinaus"*. *"Das wesentlich Kriterium für die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf"* kann in den Augen der "clockwork"-Redaktion *"nur sein, inwieweit sie mit dem Aufbau einer revolutionären Perspektive in der BRD einhergeht."* Mit der Forderung *"Internationalismus ... muß vorrangig den Widerstand gegen die imperialistischen Machenschaften der BRD zum Kern haben"* versucht die Redaktion, radikale Linke in der Bundesrepublik auf ihre revolutionären Ziele in Deutschland und ihre Aufgabe zu verpflichten, hier *"radikal- minderheitlicher Störfaktor zu sein"*.

Ideologie-Anleihe bei der DKP

In der "clockwork", Ausgabe Nr. 43, Herbst 1996, wählen die Verfasser u.a. aktuell in der Szene diskutierte Fragen, die sie ihrer eigenen ideologischen Position entsprechend werten. So weisen sie angesichts des von vielen Angehörigen des anti-imperialistischen Widerstandes aufgegriffenen Themas "*Neoliberalismus*" auf die Notwendigkeit der "*Leninschen Imperialismusanalyse*" hin. Als Beleg für ihr Imperialismusverständnis dokumentiert die Redaktion den Artikel eines DKP-Vorstandsmitglieds "*Zur Aktualität von Lenins Imperialismusanalyse*".

Eine beachtliche Affinität zur DKP, zu ihren Positionen und den ihr nahestehenden Organisationen, zeigt sich auch an einer Reihe von Veranstaltungen, die die Jarama-Gruppen gemeinsam mit SDAJ-Mitgliedern und der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) durchgeführt haben.

3.2.6 Kurdistan-Solidarität deutscher Linksextremisten

Kurdistan-Solidarität ist der Versuch von deutscher Seite, sowohl auf die Situation der Kurden in der Türkei, als auch auf die Situation der Kurden hier in der Bundesrepublik Einfluß zu nehmen. Dabei steht die PKK stellvertretend für die Kurden schlechthin. Als Ziele der Aktivitäten der deutschen Unterstützer werden im wesentlichen formuliert:

- die Beendigung der Militärhilfe für die Türkei,
- die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes und der PKK als Kriegspartei,
- die Anerkennung des kurdischen Exilparlamentes,
- die Aufhebung des PKK-Verbotes in der Bundesrepublik,
- die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Türkei.

Zur Zeit befindet sich die Kurdistan-Solidarität jedoch in einer schwierigen Phase. Angesichts der Zurückhaltung der PKK hinsichtlich militanter Aktionen - ob aus taktischen Gründen oder aus Schwäche sei dahingestellt - und der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Probleme und anderen, politisch bedeutsameren Themen (z.B. Castor-Transporte) hier in der Bundesrepublik fällt es der Unterstützer-Szene schwer, in den Medien und der Öffentlichkeit auf die Kurdistan-Thematik aufmerksam zu machen.

3.2.6.1 Linksextremistische Beteiligung an der Kurdistan-Solidarität

Seit dem Verbot der PKK und ihr nahestehender Organisationen im Jahre 1993 hat sich das Interesse deutscher Linksextremisten an der Kurdistan-Solidarität deutlich verstärkt. Neben Personen des autonomen und antiimperialistischen Spektrums engagieren sich auch linksextremistische Parteien, wie DKP, MLPD und PDS in der Kurdistan-Solidarität. Dieses Engagement wird - im Gegensatz zu den Aktivitäten von kirchlichen, gewerkschaftlichen und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen - dem gesetzlichen Auftrag entsprechend von der Verfassungsschutzbehörde beobachtet.

Während die Bemühungen der MLPD zu solidarischen Aktionen angesichts ihrer geringen politischen Bedeutung von der PKK erst gar nicht beachtet werden, tut sich die DKP recht schwer. Offenbar bestehen - vor allem in der Parteibasis - er-

hebliche Vorbehalte, sich mit den *"Krawallmachern von der PKK"* an einen Tisch zu setzen; insbesondere nach den gewalttätigen Ausschreitungen im März 1996.

Solche Probleme haben einzelne Abgeordnete der PDS offenbar nicht. In den Reihen der PDS-Bundestagsgruppe gibt es einige Abgeordnete, die sich massiv in der Kurdistan-Solidarität engagieren. Selbst nach den Ausschreitungen anlässlich der Demonstrationen zum Newroz-Fest 1996, als die Bilder der beiden blutüberströmten Polizeibeamten am Grenzübergang Elten durch die Presse gingen, äußerte eine PDS-Bundestagsabgeordnete, daß die Ausschreitungen von staatlichen *"Agents provocateurs"* inszeniert worden seien.

Aktivitäten der linksextremistischen Unterstützer-Szene

Die wichtigsten Aktivitäten der deutschen Unterstützer-Szene im Jahre 1996 waren der *"Appell von Hannover"*, eine Konferenz im Gustav-Stresemann Institut, diverse Regionaltreffen der in der Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) organisierten Gruppen, die Gründung des Rechtshilfefonds Azadi und die Aktion: *"Prominente auf Plakaten mit PKK-Symbolen"*. Daneben gab es noch Aktionen zu den Themen *"Anti-Tourismus-Kampagne"* und *"Kampagne gegen Rüstungsexporte in die Türkei"* sowie Delegationsreisen nach Kurdistan und diverse Diskussionsveranstaltungen.



Aktion: "Prominente auf Plakaten mit PKK-Symbolen"

Im Ergebnis bleibt jedoch festzustellen, daß - bis auf die Gründung des "Rechtshilfefonds Azadi" - alle Aktionen der Solidaritäts-Szene als mehr oder weniger gescheitert betrachtet werden können.

Die erfolgreichen Bündnisbemühungen der linksextremistischen Unterstützer-Szene in das linksdemokratische und bürgerliche Lager, die in den *"Appell von*

Hannover" mündeten, wurden durch die gewalttätigen Ausschreitungen von PKK-Anhängern bei den Demonstrationen am 9. und 16. März 1996 zunichte gemacht.

Von der "1. Konferenz 'Kurdistan im Frieden' in Deutschland", die vom 5.-7. Juli 1996 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn stattfand, hat in der Öffentlichkeit kaum jemand Notiz genommen. Die Regionaltreffen der in der ISKU organisierten Solidaritätsgruppen finden in konspirativen Zirkeln in versteckten Hinterhöfen statt. Für diese Treffen interessieren sich offenbar ebensowenig Personen wie für die Diskussionsveranstaltungen zum Thema Kurdistan. Die Teilnahme hieran ist offensichtlich zu einer lästigen Pflichtübung für die Angehörigen der Solidaritäts-Szene geworden.

Selbst zu einem für die Solidaritäts-Szene bedeutsamen Datum, nämlich dem 3. Jahrestag des PKK-Verbotes, fanden keine nennenswerten Aktionen statt bzw. wurden erst gar nicht geplant. Es bleibt zu vermuten, daß der PKK in einer zur Zeit noch andauernden Appeasement-Phase Aktionen ihrer deutschen Helfer nicht genehm waren, und allein konnten oder wagten diese nicht, Aktionen durchzuführen. Dies zeigt, wie schwach die deutsche Solidaritäts-Szene ist.

Publikationen

Der "Kurdistan-Report" will über die Vereinsverbote und den "*Widerstand*" berichten. Im Gegensatz zum "Kurdistan-Rundbrief", hat er eher die Qualität eines - recht aufwendig gestalteten - Nachrichten-Magazines. Nach außen hin wurde die Ausrichtung der Zeitschrift bis Sommer 1995 durch das ERNK-Symbol und die ERNK-Farben deutlich. Aufgrund anhängiger Strafverfahren gegen presserechtlich Verantwortliche wurde seit Mitte des Jahres 1995 das Symbol nicht mehr auf dem Titelblatt aufgeführt. Als Kontaktadresse für Bestellungen ist die ISKU in Bonn angegeben, nachdem die vormalige Adresse, das "Kurdistan Informationsbüro" (KIB), rechtskräftig verboten worden war. Als presserechtlich Verantwortliche fungieren u.a. einschlägig bekannte deutsche Linksextremisten. Der Kurdistan-Report ist eine Publikation, die im wesentlichen von deutschen Linksextremisten für den interessierten deutschen Leser erstellt wird. Der Kurdistan-Rundbrief ist eher eine Art "Amtsblatt" für die PKK und die sie unterstützenden Organisationen. Sowohl Kommentare Öcalan's als auch der ERNK und von ARGK- Funktionären werden größtenteils unkommentiert wiedergegeben. Der Kurdistan- Rundbrief erscheint im GNN-Verlag und richtet sich inhaltlich an deutsche Leser, denen er die Möglichkeit bietet, sich über die Standpunkte der PKK "unzensuriert" zu informieren.



Im Jahre 1996 führte der "Kurdistan-Rundbrief" eine Spendensammlung durch, um, wie es formuliert wurde, "den 'Rundbrief trotz kleiner Auflage weiter preisgünstig wie jetzt herauszugeben". Der Spendenaufruf bezifferte sich auf 13.000 DM. Bis zum 25. November 1996 sind nach eigener Darstellung 12.325 DM eingegangen. Auch für 1997 wurde bereits ein entsprechender Spendenaufruf angekündigt. Offenbar befindet sich der "Kurdistan-Rundbrief" in den gleichen finanziellen Schwierigkeiten wie diverse andere linksextremistische Publikationen.

Der presserechtlich Verantwortliche monierte die Nennung des Kurdistan-Rundbriefes im NRW-Verfassungsschutzbericht 1994; während des verwaltungsgerichtlichen Streitverfahrens änderten sich erstmals die Herausgeber. Die verbotenen Organisationen Kurdistan-Komitee und FEYKA-Kurdistan wurden ab Mai 1995 sowohl bei den Kontaktadressen als auch im Impressum gestrichen bzw. geändert.



Im Laufe des Jahres 1996 wurde eine weitere Änderung des Herausgeberkreises und der Redaktion bekanntgegeben. Die bis dato noch aufgeführten kurdischen Mit- Herausgeber "Kurdistan-Komitee in der BRD e.V." und "Feyka Kurdistan" werden nun nicht mehr genannt. Als Grund wird auf *"die Repression und die fortbestehenden Verbote"* verwiesen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß auch die Herausgeber des "Kurdistan- Rundbrief" bemüht sind, ihre Position durch Bündnisse bzw. die Mitaufnahme tatsächlich oder vermeintlich nicht extremistischer Personen zu stärken.

Ideologische Differenzen

Innerhalb der linksextremistischen Kurdistan-Solidarität gibt es z.T. erhebliche ideologische Differenzen zur PKK. Während Personen des antiimperialistischen Spektrums die Positionen der PKK kritiklos übernehmen, regt sich an anderer Stelle erhebliche Kritik z.B. an der Gewaltbereitschaft von PKK-Anhängern bei verschiedenen Demonstrationen, am Umgang mit Abtrünnigen (Liquidierung), an der Rolle der Frau, am Nationalismus der PKK (Hauptanliegen der PKK ist nicht die Revolution, sondern die Schaffung eines eigenen Staates) und am Führerkult um PKK-Chef Öcalan. In einem Mailbox-Beitrag anlässlich der Diskussion zu den gewalttätigen Demonstrationen am 9. und 16. März 1996 bringt jemand die Kritik mit dem nachfolgenden Zitat auf den Punkt: *"...Öcalan ist ein autoritärer Sack"*.

3.2.6.2 Antiimperialistische Kurdistan-Solidarität

Maßgebliche Personen des früheren RAF-Umfeldes bilden heute die Schaltstellen der antiimperialistischen Kurdistan-Solidarität; sie fungieren als Vermittler zwischen PKK und deutschen Linksextremisten und sie nehmen in Einzelfällen auch "Strohmann"-Funktionen wahr. So wurden beispielsweise die Räumlichkeiten des "Kurdistan- Informationszentrums" in Köln, einer PKK-orientierten Einrichtung, von Deutschen aus diesem Personenkreis angemietet, obwohl sich nahezu ausschließlich Kurden dort aufhalten und dort tätig sind.

Diese früheren RAF-Sympathisanten orientieren sich heute streng an der Ideologie der PKK und "bejubeln" unkritisch die Partei und ihren Vorsitzenden.

Der bewaffnete Kampf als revolutionäres Mittel erfährt eine ausdrückliche Legitimierung.

Die eigene politische Arbeit sieht dieser Personenkreis als Teil des Kampfes gegen den Imperialismus - hier in der Bundesrepublik Deutschland und im *"Trikont"*.

Die ISKU und das KIZ

Ein erheblicher Teil der linksextremistischen Bestrebungen aus dem Bereich des autonomen und antiimperialistischen Spektrums wird von der Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) in Bonn koordiniert, einer Art Bundeszentrale für die Kurdistan-Solidarität deutscher Linksextremisten. In der ISKU sind bundesweit zahlreiche Personen und Gruppen in einem losen Zusammenhalt organisiert, die sich von Zeit zu Zeit zu regionalen Treffen zusammenfinden.

Neben der Koordinierung verschiedener Regionaltreffen von in der ISKU organisierten Kurdistan-Solidaritätsgruppen gingen von der ISKU auch die Impulse zu den wichtigsten Aktivitäten der linksextremistischen Kurdistan-Solidarität aus, so u.a. die Gründung des Rechtshilfefonds (-vereins) Azadi, Vortragsveranstaltungen, Gefangenenbesuche, propagandistische Begleitung von Prozessen gegen mutmaßliche PKK-Funktionäre und die Plakataktion *"Prominente auf Plakaten mit PKK-Symbolen"*.

Das Gegenstück zur Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) auf kurdischer Seite ist das Kurdistan-Informationszentrum (KIZ), das der PKK nahesteht.

Interessengegensätze zwischen Antiimperialisten und PKK

Durch die derzeitige Deeskalationspolitik des PKK-Chefs Öcalan sind die deutschen Unterstützer der PKK jedoch irritiert: während die PKK in gewissem Umfang Duldung und Toleranz sucht, sind das Feindbild und der *"Revolutionsdrang"* des antiimperialistischen Widerstandes ungebrochen. Zwangsläufig werden Klagen über die *"Demokratisierung"* der PKK laut.

3.2.6.3 Kurdistan-Brigaden

Entstehung der Kurdistan-Brigaden

Wenigstens seit 1993 unterstützen Linksextremisten aus Deutschland und anderen europäischen Staaten den bewaffneten Kampf der PKK in Kurdistan. Die Bezeichnung Kurdistan-Brigaden ist in Analogie zu den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39) gewählt worden. Zahlenmäßig handelt es sich bei den Deutschen nur um eine kleine Gruppe, derzeit etwa ein halbes Dutzend Personen. Auch der Generalsekretär der PKK, Öcalan, nannte diese Zahl in einem im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vom 25. November 1996 veröffentlichten Interview, in dem er auf die Frage, wie viele Deutsche sich denn unter den PKK-Kämpfern in Kurdistan befänden, antwortete: *"Ein paar sind es schon. Vielleicht ein halbes Dutzend. Es sind zumeist junge Deutsche, die ziemlich schwach sind. Ich wollte sie nicht abweisen und bin mit ihnen. Sie treten für die Sache Kurdistans ein."*

Reaktionen der Szene auf Veröffentlichung im "FOCUS"

Nachdem das Nachrichtenmagazin "FOCUS" (Nr. 43/1996) in einem Artikel unter der Überschrift *"Die deutschen PKK-Soldaten"* die Situation der *"Kurdistan-Brigaden"* teilweise zutreffend wiedergegeben hatte, haben Teile der linksextremistischen Szene erstmals auch offen die Existenz solcher kämpfenden Einheiten eingeräumt. So gab die "Kurdistan-Solidarität Hamburg" unter dem Datum 21. Oktober 1996 eine Presseerklärung heraus, in der der *"kurdische Befreiungskampf"* als *"ein legitimer Kampf für die Menschenrechte"* gerechtfertigt und dementsprechend gegen die Diffamierung des Einsatzes aller *"sich solidarisch erklärenden Gruppen und Personen"* als *"terroristische Gefahr"* entschieden protestiert wird.

Die "Sozialistische Tageszeitung Neues Deutschland" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 4. Dezember 1996 ein Interview mit einer Person aus Hamburg, die sich selbst "Haki" nennt und die nach eigenen Angaben in Kurdistan war, mit der *"Waffe in der Hand ... ein Jahr lang als PKK-Kämpfer"*.

Den "FOCUS-Artikel" nennen "Haki" und die Gruppe, der er angehört, empört eine *"Verleumdungskampagne"*. Trotz aller inhaltlicher Mängel, die "Haki" in diesem Artikel erkennen will, gibt er aber zu, er habe das *"die Berge sind offen"* aus dem Parteiprogramm der PKK wörtlich genommen und dort ein Jahr für die PKK gekämpft. "Haki" *"... vergleicht den 'Einsatz von deutschen, palästinensischen, armenischen, libanesischen Genossen und Genossinnen' mit dem Kampf der Interbrigadisten gegen Franco"*.

Für "Haki" ist *"der Imperialismus ... die größte Gefahr der Menschheit"*, der aber in Kurdistan seine Schwäche erfahre. Es ist ihm klar, daß er und die *"nichtkurdischen Genossen"* als *"Legionäre"* und *"Söldner"* beschimpft werden, denn *"alles bewegt sich im kapitalistischen Geld-Denken."* Er *"und seine Freunde"* aber seien *"Internationalisten"*, nur so sei *"die Welt zu ertragen"*.

"Licht am Horizont"

Seit Ende des Jahres 1996 kursiert in der Szene ein Buch mit dem Titel *"Licht am Horizont - Annäherungen an die PKK"*; Verfasser des Buches sind - namentlich nicht bekannte - Personen, die sich nach eigenen Angaben im Sommer 1995 *"längere Zeit an der Parteischule der PKK"* aufgehalten, *"dort am Alltag und am Unterricht"* teilgenommen haben und so *"gleichzeitig die Chance"* hatten, *"die Partei kennenzulernen"*. Ziel des Buches ist es, die PKK und ihre Ziele der "Linken" näherzubringen und für eine *"Solidarität mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes unter Führung der PKK"* zu werben.

Die Verfasser hoffen auf *"fruchtbare Diskussionen, die, sich die Wirklichkeit wieder aneignend, in praktischen Schritten münden."* Auch in diesem Buch ist die Rede von *"InternationastInnen"*, die ihren - militärischen - Beitrag als *"Internationale Brigaden"* zum kurdischen Befreiungskampf leisten:

"Wichtiger für die Partei erscheint uns übrigens aus eigener kurzer Erfahrung nicht die Tatsache einer möglichst internationalen Mitgliedschaft, die mit türkischen, armenischen, persischen, lhasischen, aserbeidschanischen, russischen, deutschen ... GenossInnen schon im Aufbau ist, sondern die Bereitschaft, Menschen aller Nationen am eigenen Kampf und an den eigenen Erfahrungen mit der sozialisti-

schen Revolution teilhaben zu lassen. ... Wenn auch der direkte militärische Beitrag zum Befreiungskampf realistisch eingeschätzt wird, ordnen kurdische Freunde die Tatsache internationalistischer Beteiligung oft analog zur Bedeutung der Internationalen Brigaden in Spanien 1936-39 ein."

"Der Weg in die Berge"

In diesem Anfang 1997 erschienenen Buch schildert eine Antimperialistin ihre Teilnahme am bewaffneten Kampf der PKK als Kurdistan-Brigadistin und ihre ideologische Schulung in den Jahren 1994 und 1995. Das Buch enthält eine bemerkenswert unkritische, schwärmerische Sicht der PKK und ihres Generalsekretärs Öcalan. Die Verfasserin schreibt zwar unter dem Pseudonym einer Italienerin, es gibt jedoch Hinweise, daß es sich um eine Deutsche handelt, die im früheren RAF-Umfeld politisch geprägt wurde. Ein Ergänzungsband wird über die Informationsstelle Kurdistan (ISKU) in Bonn angeboten.

Ein in "Der Weg in die Berge" enthaltenes Foto von Frauen der kurdischen Guerilla ARGK hatte die Szene-Publikation "clockwork" bereits in ihrer Ausgabe 39/40 im Frühjahr 1996 veröffentlicht. In dem Artikel über den kurdischen Befreiungskampf wurde auf die Bedeutung der bundesrepublikanischen Kurdistan-Solidarität für den *"eigenen Kampf"* der Linksextremisten und den *"Widerstand gegen die imperialistischen Machenschaften der BRD"* hingewiesen (siehe Nr. 3.2.5).



Buch: "Der weg in die berge"

"Antimperialistischer Widerstand" und "Kurdistan-Brigaden"

Maßgebliche Personen aus dem "Antimperialistischen Widerstand" und der links-extremistischen Kurdistan-Solidarität hatten und haben Verbindungen zu den deutschen Kurdistan-Brigadisten. Unklar ist jedoch, ob sich diese Brigadisten ausschließlich zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes der PKK vor Ort

aufhalten oder ob sie ihr in PKK-Lagern und PKK-Schulen erworbenes militärisches Wissen später in Deutschland - zusammen mit ihren in Deutschland verbliebenen GenossInnen - in "neuen" terroristischen Vereinigungen in terroristische Aktionen umsetzen wollen und werden.

Unabhängig davon werden auch junge Kurden und Türken hier in der Bundesrepublik Deutschland für den Kampf der PKK angeworben; im Herbst des Jahres 1996 erschien eine Todesanzeige für einen türkischen Linksextremisten aus Berlin, der in Kurdistan gefallen war.

Dokumente

Auszüge aus Briefen des Kurdistan-Brigadisten "Ciya" aus dem Kriegsgebiet an deutsche Genossen von Dezember 1993 und Sommer 1994, gefunden bei einer polizeilichen Durchsuchung der Informationsstelle Kurdistan (ISKU) in Bonn im November 1995. (Fehler wurden aus dem Original übernommen).

"... Es war für mich die erste massive Auseinandersetzung mit der offenen Kriegsrealität, die ich erst ein paar Monate kennengelernt habe. Anfänglich unbewaffnet, nachts stundenlang, auf teilweise sehr gefährlichen Wegen, haben die Sinne und besonders den Gleichgewichtssinn geschärft. Klar, in der Metropole herrscht eine andere Form, bzw. Ebene des Krieges, aber das Lernen, Stück für Stück, zu unterscheiden, wie nah oder weit die Kriegsgeräusche sind, wie das Einschlagen von Bomben, Raketen, Helikopter als sicheres Vorzeichen für die Jets mit ihrer tödlichen Last, und eine Fülle von anderen Eindrücken bringt Dich immer wieder in Form der Auseinandersetzung mit Problemen, die eine militärische Linie sind.

... wenn die organisierten antiimperialistischen Kräfte zusammen in einer Orientierung kämpfen wollen-müssen, wenn wir die herrschende One-World-Doktrin durchbrechen wollen. Die Entfremdung des Menschen, in der Metropole im kapitalistischen-imperialistischen System, ist nicht die gleiche die ein feudalistisches und aufoktroiertes kolonialfaschistisches System hervorbringt.

Die Ergebnisse der Barbarei sind die gleichen, nicht quantitativ, aber das Zusammenwirken der verursachenden Kräfte sind grundverschieden. Das Bestreben nach Veränderung, sprich Revolution, schließt diese Sichtweise, Methode mit ein, was nichts anderes als die Methode der Dialektik ist. Nachts wenn ich daliege, die Flöhe ein manchmal halb auffressen, man mit Kratzen und Frieren beschäftigt ist, arbeitet mein Kopf auf Hochtouren. ...

Es ist nicht so, daß ich die neuen Menschen, die schon die Veränderung in sich tragen, die nach der neuen "Menschheit" streben, nicht kennengelernt habe, es gab Erlebnisse, die einen für alle Anstrengungen entschädigten, wo Du denkst, wir: wir die ARGK. ...

Denn wenn es hier garantiert eines nicht gibt, dann ist das eine Überlebensgarantie. Es bewirkt nur, daß dein Haß sich weiter vertieft.

Doch die Möglichkeit diese Realität kennenzulernen, hat die Partei uns Internationalisten ermöglicht. Die Größe, das Umfassende eines Prozesses in der Praxis, mit seinen Widersprüchen, Siegen und Niederlagen kennenzulernen, was in Europa sich allenfalls auf dem Niveau der Theorie abspielt. ...

Wenn nicht eine Kugel oder anderer Vorfall dazwischen kommt, werden wir uns wiedersehen. Irgendwann, irgendwo. Das wird die Praxis hier zeigen und auch die Bedingungen für das revolutionäre Projekt in Europa.

Ciya

Botan, den 22.12.93

Zweiter Brief (Sommer 1994)

"... Nach über 10 Monaten in Botan, als Mitglied der Guerilla, ist mein Verständnis von der Geschichte des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes, die Geschichte der PKK, seinen wechselseitigen Beziehungen - die eng mit der Realität dieser Geschichte verbunden sind, das praktische Verständnis von der Führung eines revolutionären Befreiungskrieges und seiner Taktiken in der Praxis gewachsen. ...

Es war vielmehr immer mein Bestreben gewesen, im Kampf gegen den Faschismus und für eine radikale umfassende Veränderung der gesellschaftlichen/ökonomischen Verhältnisse in der kapitalistischen/imperialistischen Metropole den unabdingbaren internationalen Bezug, die internationalistische Sichtweise - in der Solidarität mit den Kämpfen "der Verdammten dieser Erde" - herzustellen, ...

Schon in den Anfängen, bis zur heutigen Gegenwart kämpften und kämpfen Internationalisten in den Reihen der PKK. Arabische, armenische, türkische, ..., finnische und deutsche Freunde zeigen, daß der Internationalismus, der internationalistische Gedanke in der Guerilla und der Partei Realität und nicht ein reines Lippenbekenntnis ist. ...

Die PKK nimmt somit im weltweiten Klassenkampf, im speziellen im mittleren Osten, eine besondere Rolle ein. Sie ist fähig, für andere Bewegungen, Länder, Kämpfe, ein Beispiel zu geben. ...

Das liegt zum einen an einer klugen und umsichtigen Führung, die die richtigen Antworten auf die ihr - durch die imperialistischen Realität - gestellten Fragen gibt, zum anderen an einer militärischen Strategie, die die militärischen Lehren und Erfahrungen, unter den speziellen Bedingungen dieses Landes, aus der chinesischen und vietnamesischen Revolution, in Form der beweglichen Kriegsführung glänzend versteht und anwendet, sowie das frühzeitige Erkennen eigener begangener Fehler und die Liquidation der selbigen. ...

Meine Grüße gelten der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung und fordere sie auf ihre Praxis noch effektiver zu entwickeln, aber auch im speziellen der antifaschistischen Bewegung die ich auffordere sich verstärkt praktisch mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu solidarisieren.

Es lebe der Internationalismus!

Es lebe die PKK, ARGK, ERNK!

BIJI PKK, ARGK, ERNK!

BIJI SEROK APO!

Mit revolutionären Grüßen

CIYA"

3.3 Linksextremistischer Terrorismus

3.3.1 Rote Armee Fraktion (RAF)

Mutmaßliches RAF-Mitglied stellte sich

Im Rahmen des sogenannten Aussteigerprogramms des Verfassungsschutzes stellte sich im November 1996 der als mutmaßliches Mitglied der RAF-Kommandoebene mit Haftbefehl gesuchte Christoph Seidler den Ermittlungsbehörden. Der bestehende Haftbefehl wurde am 22. November 1996 aufgehoben. Der dringende Tatverdacht gegen Seidler bezüglich des Anschlags auf Dr. Alfred Herrhausen sowie auf Mitgliedschaft Seidlers in einer terroristischen Vereinigung (RAF) wurde vom Bundesgerichtshof verneint.

RAF-Kommandoebene

Entgegen der Annahme, daß die RAF als eine handlungs- und erklärungs-fähige terroristische Vereinigung nicht mehr existiere, hat sich die RAF-Kommandoebene mit einer Erklärung vom 29. November 1996 sowie zwei Leserbriefen vom 29. November und 9. Dezember 1996 wieder zu Wort gemeldet. Den Anlaß der Erklärung bildete offenbar die Tatsache, daß der als mutmaßliches RAF-Mitglied damals mit Haftbefehl gesuchte Christoph Seidler sich den deutschen Behörden gestellt hatte. Dieser Umstand, insbesondere die Vermittlungsbemühungen des Verfassungsschutzes, scheint die RAF-Kommandoebene in höchstem Maße zu beunruhigen. Kein anderer Anlaß der letzten Jahre hat die RAF-Kommandoebene so schnell zu einer Erklärung veranlaßt. In den jüngsten Verlautbarungen erteilte die RAF-Kommandoebene einer *"Neuaufgabe des alten"* RAF-Konzepts mit terroristischen Anschlägen einer Stadt-Guerilla eine klare Absage.

Allerdings kritisierte die RAF scharf den Schritt Seidlers: *"Aussteigerprogramm und Kronzeugenregelung sind zwei Seiten einer Medaille. Illegale oder Gefangene sollen dazu gebracht werden, sich zum Werkzeug des Staatsschutzes zu machen und so nicht nur ihre GenossInnen, sondern auch ihre eigene Geschichte zu verraten"*. Jegliche Kooperation mit Behörden, auch schlichte Dementis vermittelt dem Sicherheitsapparat Kenntnisse über *"klandestine illegale Strukturen"*. Auch eine zukünftige Linke brauche wieder derartige Kampfstrukturen. Priorität räumte die RAF auch jetzt wieder der *"Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken"* ein. Die von RAF-Häftlingen Pohl und Hogefeld geforderte Selbstauflösung lehnte die Kommandoebene ab, ohne auf die beiden Inhaftierten näher einzugehen.

Der unterschiedliche Sprachstil der RAF-Erklärungen legt nahe, daß die Kommandoebene in verschiedene Kleinstgruppen zerfallen ist, die zwar erklärungs-fähig sind, aber aktuell kaum handlungsfähig oder -willig sind. Solange die RAF-Kommandoebene nicht doch zerfällt oder ihre Auflösung durch Erfolge der Fahndung und/oder des sog. Aussteigerprogramms erfährt, bleibt sie gefährlich.

Die Erklärung und die beiden Leserbriefe stehen im Volltext im Internet-Angebot des Verfassungsschutzes NRW zur Verfügung (Adresse siehe Impressum).

RAF-Häftlinge

Der RAF-Häftling Helmut Pohl hatte die RAF in einem Interview in der Juni-Ausgabe 1996 der Zeitschrift "konkret" aufgefordert, er halte es jetzt für nötig, daß die RAF-Kommandoebene ihre Auflösung als RAF erkläre. Im August 1996 unter-

strich er diese Aufforderung indem er öffentlich erklärte, die RAF-Häftlinge hätten sich schon 1992 gegen weitere gezielt tödliche Aktionen der RAF-Kommandoebene ausgesprochen. Der bisherige Hardliner Pohl hat damit faktisch die Aufgabe des bewaffneten Kampfes gefordert und sich zum Ende der RAF bekannt. Pohl verfolgt offenbar die Absicht, eine neue Diskussion über die Haftbedingungen anzustoßen mit dem Ziel, eine vorzeitige Haftentlassung der noch verbliebenen RAF-Häftlinge zu erreichen.

Unterstützt wurde der RAF-Häftling Helmut Pohl in seiner Forderung nach Selbstauflösung der Kommandoebene von der RAF-Inhaftierten Birgit Hogefeld, die in ihrer Schlußerklärung vom 29. Oktober 1996 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ebenfalls ausdrücklich erklärte, *"sie finde die Aufforderung von Helmut Pohl an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären, richtig - dieser Schritt sei lange überfällig"*. Hogefeld bezeichnete die Erschießung des US-Soldaten Eduard Pimental durch RAF-Mitglieder im August 1985 als *"grauenhaft und zutiefst unmenschlich"*. Für sie sei deutlich geworden, daß vieles in der Geschichte der RAF als *"Irrweg"* anzusehen sei. Sie erklärte abschließend: *"Der Kampf, wie ihn die RAF Anfang der 70er Jahre begonnen hat, gehört einer vergangenen Epoche an"*.

Gerichtsverfahren

Birgit Hogefeld wurde am 5. November 1996 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt u.a. wegen Mordes, des mehrfachen versuchten Mordes, der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF). Die Verteidigung hat Revision angekündigt. Der Prozeß gegen Hogefeld war im linksextremistischen/-terroristischen Spektrum nur auf begrenztes Interesse gestoßen. Ihre verschiedenen Prozeßerklärungen wurden von einer "Info-AG" aus Wiesbaden herausgegeben und teilweise über Mailbox-Systeme verbreitet.

Am 18. Januar 1996 begann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt a.M. die Hauptverhandlung im Strafprozeß gegen Monika Haas. Ihr wird eine Beteiligung an der Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut im Jahr 1977 vorgeworfen. Auch dieser Prozeß fand im terroristischen Umfeld kaum Interesse. Im März 1997 wurde Haas mangels Fluchtgefahr aus der Untersuchungshaft entlassen.

Entlassungen

Am 10. Mai 1996 wurde das ehemalige RAF-Mitglied Hanna Krabbe nach 21 Jahren Haft aus der Justizvollzugsanstalt Lauerhof in Lübeck vorzeitig auf Bewährung entlassen. Mit Hanna Krabbe wurde die letzte Tatbeteiligte an dem RAF-Überfall im April 1975 auf die Deutsche Botschaft in Stockholm auf freien Fuß gesetzt. Die damaligen Mittäter Taufer und Dellwo waren im Frühjahr 1995 vorzeitig aus der Haft entlassen, der Mittäter Rössner bereits im Mai 1994 begnadigt worden.

Das ehemalige RAF-Mitglied Susanne Becker, geb. Albrecht, wurde im Juni 1996 aus dem offenen Vollzug einer Bremer Justizvollzugsanstalt entlassen. Die Reststrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Insgesamt wurden seit 1992 28 ehemalige RAF-Mitglieder aus der Haft entlassen:

1992	7
1993	8
1994	6
1995	5
1996	2.

Inhaftiert sind derzeit noch 10 ehemalige RAF-Mitglieder.

Am 24. Januar 1997 wurde die frühere Angehörige der terroristischen "Bewegung 2. Juni" Inge Viett aus der Haft entlassen.

3.3.2 Revolutionäre Zellen (RZ)/Rote Zora

Von den Revolutionären Zellen und der Roten Zora wurden 1996 keine Anschläge verübt. Die konspirativen Strukturen dieser Gruppen bestehen vermutlich weiter.

Illegale tauchten wieder auf

Nachdem am 12. März 1996 die Bundesanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ein mit Haftbefehl gesuchtes RZ-Mitglied wegen Verfolgungsverjährung eingestellt hatte, tauchte dieser nach achteinhalb Jahren wieder aus der Illegalität auf. Mit Verfügung vom 28. August 1996 stellte die Bundesanwaltschaft ein damit zusammenhängendes Ermittlungsverfahren gegen ein anderes RZ-Mitglied mangels Beweises wegen eines Brandanschlags der RZ auf die Firma Brüggenu und Brand in Wetter am 19. Dezember 1985 ein.

Bereits 1995 waren zwei mutmaßliche RZ-Mitglieder nach jahrelanger Illegalität unter Inanspruchnahme der Gesprächs- und Vermittlungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes wieder aufgetaucht und hatten sich der Bundesanwaltschaft gestellt. Der Prozeß steht noch aus, Untersuchungshaft wurde nicht angeordnet. Der Ausgang des bevorstehenden Gerichtsverfahrens könnte positive oder negative Reaktionen bei anderen Personen auslösen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden.

3.3.3 Antimperialistische Zelle (AIZ)

Nach der Festnahme zweier mutmaßlicher Mitglieder der AIZ am 25. Februar 1996 in Witzhave/Schleswig-Holstein haben Anschläge der AIZ nicht mehr stattgefunden; auch sind Verlautbarungen dieser Gruppe - etwa sog. Positionspapiere - seitdem nicht mehr bekannt geworden. Die AIZ ist offenbar zerschlagen; eine terroristische Gefahr geht von ihr nicht mehr aus.

Festnahme von mutmaßlichen AIZ-Mitgliedern

Die zwei am 25. Februar 1996 vom BKA festgenommenen mutmaßlichen AIZ-Mitglieder befinden sich weiter in Untersuchungshaft. Inzwischen hat der Generalbundesanwalt Anklage wegen verschiedener Sprengstoffverbrechen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf

erhoben. Das Gericht wird im Verfahren u.a. zu klären haben, ob die AIZ aus mehr als den beiden Angeklagten bestanden hat.

Nach Einschätzung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes hat die AIZ zeitweise - mindestens in ihrer Anfangsphase - aus mehreren Personen bestanden. Eine der "Keimzellen" der AIZ befand sich dabei offenbar in Aachen. Aber auch in den späteren Phasen der AIZ müssen weitere Personen die AIZ durch konkrete Handlungen unterstützt haben, z.B. durch Ausspähungen oder Versendung von Bekennerschreiben. Dem hat sich in einem Interview der Süddeutschen Zeitung vom 13. Dezember 1996 auch der Generalbundesanwalt angeschlossen. Für ihn *"steht fest, daß es die beiden nicht alleine waren"*.

Anschläge der AIZ von 1992 bis 1995

21.11.92	Brandanschlag auf das Gebäude der juristischen Fakultät der Universität ("Rechtshaus") in Hamburg
18.08.93	Blockadeaktion (in Brand gesetzte, mit Sägespänen gefüllte Säcke auf der Fahrbahn) vor der elterlichen Wohnung eines ehemaligen GSG 9-Angehörigen in Solingen
17.11.93	Schuwaffenanschlag auf das Gebäude des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln
05.06.94	Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Kreisgeschäftsstelle der CDU in Düsseldorf
24.-26.09.94	versuchter Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Landesgeschäftsstelle der F.D.P. in Bremen
22.01.95	Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Volkmar Köhler in Wolfsburg
23.04.95	Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des CDU-MdB Dr. Joseph Theodor Blank in Erkrath bei Düsseldorf
17.09.95	Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des CDU-MdB Paul Breuer in Siegen
23.12.95	Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des peruanischen Honorarkonsulats in Düsseldorf

Gelungene Kooperation des NRW-Verfassungsschutzes mit BAW und BKA

Die Zerschlagung der AIZ und die Festnahme von zwei Hauptverdächtigen beruhte auf einer gelungenen Kooperation insbesondere des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt. Bereits 1993 war der NRW-Verfassungsschutz ersten Hinweisen auf die Bildung einer neuen militanten Gruppe im Raum Aachen nachgegangen und hatte unter Einsatz verschiedener nachrichtendienstlicher Mittel systematisch Informationen gesammelt. Dabei fielen auch Hinweise über die beiden Hauptverdächtigen an, die der Bundesanwaltschaft zur gerichtlichen Verwertung übermittelt wurden. Die Bundesanwaltschaft eröffnete in eigener Zuständigkeit personenbezogene Ermittlungsverfahren gegen die Betroffenen, als hinreichende Beweismittel vorlagen. Der NRW-Verfassungsschutz übergab daraufhin die Operation an das beauftragte Bundeskriminalamt. Die polizeilichen Ermittlungen führten dann zur Festnahme der Hauptverdächtigen. Die Zerschlagung der AIZ kennzeichnet das gesetzliche Zusammenspiel zwischen Vorfeldaufklärung des Verfassungsschutzes und Strafverfolgung von Justiz und Polizei.

Übertritt zum Islam

In der Untersuchungshaft erklärten die beiden AIZ-Verdachtspersonen ihren Übertritt zum Islam und bekannten sich zum schiitischen Fundamentalismus iranischer Prägung. In der Hamburger Szenepublikation "Zeck" bezeichneten sie sich im Mai 1996 als *"muslimische politische Gefangene"*. Insbesondere auch die auf die *"islamische Republik Iran"* bezogenen Ausführungen in der Grußadresse korrespondieren mit der zuletzt deutlich zutage getretenen Hinwendung der AIZ zum fundamentalistischen Islam. Bereits in ihren Erklärungen aus dem Jahre 1995 hatte sich die AIZ wiederholt positiv auf revolutionär islamische und islamistische Gruppierungen bezogen. In ihrer Grundsatzerklärung vom 13. Juli 1995 und in der Erklärung zum Anschlag auf das Haus des CDU MdB Breuer in Siegen vom 17. September 1995 ging die AIZ sogar soweit, die Überfälle tschetschenischer Terror-

kommandos in Rußland sowie die Anschläge der algerischen GIA (siehe Nr. 4.3) in Paris ausdrücklich gut zu heißen.

Isolierung durch die linksextremistische Szene

All dies und die Art der Tatbegehung bei den verübten Sprengstoffanschlägen (Gefährdung Unbeteiligter) hat dazu geführt, daß die AIZ und die beiden Inhaftierten selbst innerhalb der linksextremistischen Szene fast völlig isoliert sind. So begründete eine Hamburger "Soli Gruppe" in der in Berlin erscheinenden Szenezeitschrift "Interim" (Nr. 138 vom 21. November 1996) den Entzug ihrer Solidarität für die beiden mit deren positiver Bezugnahme auf Aktionen islamischer Bewegungen und regierungstreuer iranischer Gruppierungen. Auch im Angehörigen Info Nr. 189 vom 23. Dezember 1996 formuliert ein Mitglied der Angehörigengruppe: *"... die Identifikation oder Sympathie z.B. mit der iranischen Regierung ist eine Grenzüberschreitung. Mit unserer Vorstellung von Selbstbestimmung hat das nichts mehr zu tun."*

Einschätzung

Durch die Festnahme der beiden tatverdächtigen AIZ-Mitglieder ist wahrscheinlich die ohnehin bereits gesplante AIZ zerschlagen worden. Es spricht vieles dafür, daß es sich bei den beiden Festgenommenen um Schlüsselpersonen der Gruppierung gehandelt hat. Darauf deutet das Ausbleiben weiterer Anschläge und jeder anderen Reaktion (neue Erklärung o.ä.) auf die Festnahme der beiden hin. Es besteht die Gefahr, daß frühere Mitglieder und Unterstützer nach neuen terroristischen Strukturen suchen, innerhalb derer sie ihre Aktivitäten fortsetzen können. Eine Fortsetzung terroristischer Aktionen unter der Bezeichnung AIZ ist unwahrscheinlich, weil die AIZ durch die vorsätzliche Gefährdung Unbeteiligter und ihre islamistische Orientierung inzwischen in der linksextremistischen Szene völlig diskreditiert ist.

3.4 Moderne Kommunikationstechniken

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums haben Mailboxen und schnell zunehmend auch das Internet als Kommunikationssysteme hohe Bedeutung.

Internet

Die linksextremistischen Organisationen sind inzwischen nahezu geschlossen im Internet vertreten. Organisationen wie DKP, PDS, Marxistische Gruppe verfügen über eigene Homepages, deren Umfang ständig erweitert wird. Teilweise sind auch Organisationsgliederungen mit eigener Homepage vertreten. Verschiedene Publikationen der linksextremistischen Szene werden seit 1996 auch im Internet angeboten.

So ist die linksextremistische Untergrundschrift "radikal" seit November 1995 auch im Internet erschienen. Die "radikal"-Ausgabe Nr. 154 erschien im Juli 1996 erstmals im Volltext.

Im CL-Mailbox-Netz stellte die linksextremistische "Infogruppe Hamburg" seit Ende Januar 1996 ihr Internet-Projekt "Nadir.org" vor, das seine Ziele selbst folgendermaßen beschreibt: *"Wir wollen technische Basis für politische Gruppen bereitstellen, die wir als Teil der radikalen Linken ansehen. Das heißt, daß wir Einzel-*

personen nur in Ausnahmefällen anschließen (wir halten das nicht ganz konsequent durch) und Strukturen, mit denen wir politisch und inhaltlich nicht zusammenarbeiten, gar nicht. Wir verstehen uns nicht als Dienstleister." Das Projekt ermögliche auch, mit anderen Mailboxverbundsystemen Verbindung aufzunehmen, so z. B. mit dem - von Angehörigen der autonomen/antiimperialistischen Szene betriebenen - "SpinnenNetz".

Mailboxen

Von Linksextremisten genutzte oder betriebene Mailbox-Systeme, die in der Regel zusätzlich untereinander vernetzt sind, befinden sich auf einem hohen Niveau und sind ausnahmslos internetfähig. Derzeit werden neben dem Informationsaustausch auf nationaler Ebene etwa zu gleichen Anteilen Informationen über internationale Vernetzungen, u.a. durch das "European Counter Network" (ECN) und das "International Counter Network" (ICN), Nachrichten und Aufrufe weltweit ausgetauscht und sind im Internet aufrufbar. Mailboxsysteme sind auch in einem Großteil der Infoläden des autonomen Spektrums eingerichtet. Bundesweit ist weiterhin das "SpinnenNetz" von besonderer Bedeutung. Dessen Betreiber haben sich nach Angaben des "SpinnenNetz" Bonn zusammengefunden, um die gemeinsame politische Kommunikation und Organisation unter den aktiven Gruppen und Organisationen der radikalen und revolutionären Linken zu fördern. So arbeite "SpinnenNetz Bonn" zum Beispiel mit der militanten autonomen "Antifa Bonn/Rhein-Sieg" und der "Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) zusammen. Seit etwa einem Jahr wird das "SpinnenNetz" als Box zunehmend zur internen Meinungsfindung, hier zumeist unter Verwendung des Verschlüsselungsprogramms PGP verwendet. Die für die "Öffentlichkeit" bestimmten Informationen werden über das CL-Mailbox-Netz verbreitet.

Mailbox-Verbund-System "ComLink" (CL-Mailbox-Netz)

Das CL-Mailbox-Netz ist ein deutschsprachiges Teilnetz des weltweiten "Association for Progressive Communication" (APC-Netz). Das CL-Mailbox-Netz, das als solches nicht als linksextremistisch eingestuft wird, unterhält mehr als 200 Mailboxen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Italien und Ex - Jugoslawien mit rund 20.000 Nutzern. International ist das CL-Mailbox-Netz eingebunden u.a. in das Internet. Innerhalb der von Linksextremisten betriebenen und genutzten Mailboxen ist ein wichtiger Themenschwerpunkt z.B. die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. So werden neben umfangreichen Diskussionen zum Thema auch Informationen zu Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen über das CL-Mailbox-Netz verbreitet und zur Teilnahme an Gegenmaßnahmen mobilisiert. Der Grad der Mobilisierung zu demonstrativen Aktionen und die themenbezogene Auseinandersetzung innerhalb der von Linksextremisten betriebenen und genutzten Mailboxen im CL-Mailbox-Netz gerade im Themenbereich Antifaschismus und Antirassismus übersteigt zwischenzeitlich deutlich den Aufwand in den allgemeinen Szenemedien wie Publikationen, Readern oder Flugschriften/Aufrufen. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist der Kurdistankonflikt. Nahezu täglich werden in den CL-Boxen Aufrufe zu Solidaritätsaktionen, Demonstrationen oder Kundgebungen sowie Darstellungen der Situation der Kurden in der Türkei aus Sicht der betreffenden linksextremistischen Verfasser veröffentlicht. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Öffentlichkeitsarbeit der "Kurdistan-Solidaritätskomitees" ein, die fast ausschließlich über das CL-Mailbox-Netz betrieben wird.

Der regelmäßig von einem Herausgeberkreis im GNN-Verlag Köln erstellte "Kurdistan-Rundbrief" und die Meldungen der "Deutsch-Kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-A", von kurdischen Solidaritätskomitees und verbotenen kurdischen Vereinigungen erstellt, werden über das CL-Mailbox-Netz verbreitet.

Darüber hinaus werden nahezu alle Szenepublikationen mit einer überregionalen Bedeutung über CL-Mailboxen verbreitet und finden somit auch in Leserkreise Zugang, die nicht dem linksextremistischen Spektrum angehören.

Neben der Verbreitung eigener Publikationen mittels der CL-Boxen wurden 1996 Flugschriften und auch Erklärungen zu Anschlägen linksextremistischer Gewalttäter in die entsprechenden Bretter eingestellt. Dazu gab es intensive Berichterstattungen, Diskussionen und Aufrufen zu Gegenaktivitäten hinsichtlich des Verlaufs von Prozessen gegen Linksextremisten und -terroristen sowie des Prozesses gegen die Herausgeber und Verbreiter der Untergrundschrift "radikal".

4 Ausländerextremismus und -terrorismus

4.1 Türken

4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB, KAPLAN-Verband)

Sitz	Köln	
Verbandsführer	Metin Kaplan	
Mitglieder	1996	1995
NRW	600	1.200
Bund	1.500	3.000
Publikation	Publikation "Ümmet-i Muhammed" (Die Gemeinde Moham- meds)	

Der Kaplan-Verband (Islami Cemaat ve Cemiyetler Birliği - ICCB) propagiert den revolutionären Sturz des türkischen Regimes und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach dem Vorbild des Iran. Der ICCB finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erträgen aus Immobilien.

Am 3. November 1995 veröffentlichte der bis dahin publizistisch kaum in Erscheinung getretene Metin Kaplan unter der Überschrift "*eine Fetva*" ein Flugblatt, in dem er sich u.a. massiv gegen die Demokratie und das Bestehen politischer Parteien wandte und zur Schaffung eines islamischen Staates aufrief. Einige Ausführungen entsprachen wörtlich Texten, die bereits bei seinem Vater, dem am 15. Mai 1995 verstorbenen ICCB-Gründer Cemaleddin Kaplan, zu einem politischen Betätigungsverbot geführt hatten. Am 21. August 1996 erließ die Stadt Köln auch gegen Metin Kaplan eine Ordnungsverfügung mit einem politischen Betätigungsverbot. Bei Zuwiderhandlung droht ihm ein Zwangsgeld in Höhe von 1.000 DM.

Am 19. Mai 1996 fand in der Düsseldorfer Philipshalle das Neujahrsfest des ICCB unter der Führung des Metin Kaplan statt. Es nahmen ca. 3.000 Personen teil. Die Veranstaltung verlief störungsfrei. Zu Lebzeiten Cemaleddin Kaplans nahmen am jährlichen Neujahrsfest meist mehr als 5.000 Anhänger teil. Ein Rückgang der Anhängerschaft des KAPLAN-Verbandes ist erkennbar. Außerdem hat sich ein Teil der ICCB-Anhänger im Herbst 1995 vom Verband abgespalten und als Verband der muslimischen Vereine e.V. (MCB) - Muslüm Cemaatler Birliği mit Sitz in Bochum - neu formiert.

Im Oktober 1996 kündigte Kaplan auf einer Vorstandssitzung an, daß bundeseinheitliche Vereinssatzungen und eine neue Namensgebung für die Organisation in Planung seien. Er bemängelte einen erheblichen Mitgliederverlust, der aus ungenügenden Aktivitäten resultiere. Desweiteren erklärte Kaplan, daß er das Erbe seines Vaters angetreten und sich zum "*Präsidenten der islamischen Föderation in Deutschland*" ernannt habe. Zur politischen Linie äußerte er, sie richte sich gegen die USA, Israel und die türkische Regierung unter Erbakan und Ciller.

In der türkischen Tageszeitung "Sabah" vom 8. Oktober 1996 wurde berichtet, daß der ICCB beabsichtige, von Deutschland aus einen Fernsehsender "HAKK TV" zu installieren.

4.1.2 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG; früher AMGT)

Sitz Köln (vereinsrechtlich eingetragen in Bonn)

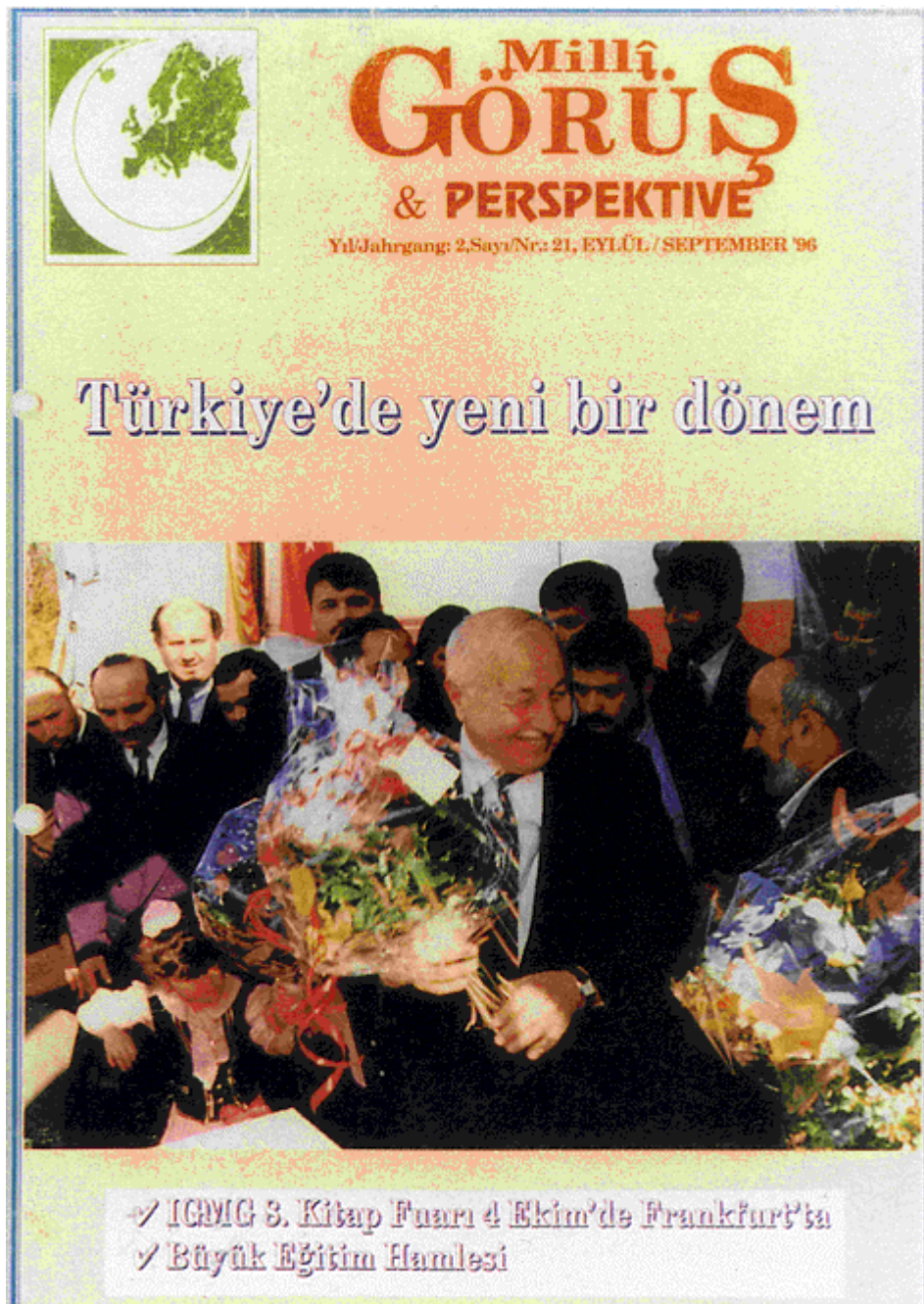
Generalvorsitzender Ali Yüksel

Mitglieder	1996	1995
NRW	7.500	7.500
Bund	26.000	26.000

Publikation Milli Görüs & Perspektive

Organisation

Im Verlauf des Jahres 1995 gliederte sich die vormalige "Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa" (AMGT) neu. Als direkte Nachfolgeorganisation wurde die Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG) beim Vereinsregister in Köln angemeldet. Ihr Aufgabenbereich, die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes, umfaßt jedoch nur einen Teil der Aufgaben der ehemaligen AMGT. Die eigentliche Nachfolgeorganisation der AMGT ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), die - laut Satzung - zur religiösen, kulturellen und sozialen Betreuung der türkischen Staatsangehörigen gegründet wurde, daneben aber auch die religiös-politischen Ziele der AMGT und der türkischen Refah-Partei weiterverfolgt. Außerdem ist weiterhin die Islamische Union Europa e.V. (IUE), Köln, für die Organisation humanitärer und karitativer Hilfsmaßnahmen zuständig. Sie verwaltet auch die Spendenkonten, über die nicht nur die Refah-Partei, sondern auch befreundete Organisationen in Aserbeidschan, Bosnien und Tschetschenien unterstützt werden.



IGMG strebt Anerkennung als Religionsgemeinschaft an

Die IGMG besitzt die Mehrheit im "Islamrat". Im Islamrat und im Zentralrat der Muslime Deutschland (ZMD) haben sich sowohl nicht-extremistische als auch extremistische islamische Organisationen zusammengeschlossen, um als repräsentative Gesprächspartner für staatliche Stellen ihr Ziel, die Anerkennung als Religionsgemeinschaften, zu verfolgen. Laut einer Presseveröffentlichung im November 1996 ist das IGMG-Vorstandsmitglied Hasan Özdoğan zum neuen Vorsitzenden des Islamrats gewählt worden. Unter dem Deckmantel des Islamrats unternimmt die IGMG weiterhin Anstrengungen, offiziell als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden, um die damit verbundenen rechtlichen und finanziellen Vorteile nutzen zu können. Auch ist die Organisation weiterhin bemüht, neue Vereine zu eröffnen und ihren Immobilienbesitz zu mehren, der mittlerweile mit rund 100 Mio. DM zu beziffern ist.

IGMG unterstützt türkische Refah-Partei

Die IGMG war und ist das Sammelbecken für Anhänger der islamisch-extremistischen türkischen Refah-Partei. Diese Partei, die seit 1991 im türkischen Parlament vertreten ist, hat das Ziel, mit legalen Mitteln das laizistische Staatssystem der Türkei durch ein islamisches System zu ersetzen. Milli Görüs (=nationalreligiöse Anschauungsweise) steht für das Konzept eines auf islamischem Recht aufgebauten Staatssystems, das in der Türkei als Modell für eine weltweite Islamisierung geschaffen werden soll. Nach massiver Wahlkampfunterstützung durch die IGMG wurde die Refah-Partei bei den Parlamentswahlen in der Türkei im Dezember 1995 mit mehr als 20% der Stimmen zur stärksten Fraktion gewählt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wahlkampfkosten wurde durch Spenden der IGMG-Mitglieder finanziert. Zunächst in der Opposition, wurde Necmettin Erbakan, Vorsitzender der Refah-Partei, nunmehr türkischer Ministerpräsident. Die Wahlen in der Türkei und der Erfolg der Refah-Partei führten auch zu Auswirkungen auf die IGMG in Deutschland. So zog u.a. der ehemalige Vorsitzende der IGMG als Abgeordneter der Refah-Partei ins türkische Parlament ein. Die Regierungsübernahme in der Türkei hat jedoch nicht zu einem merklichen Anstieg der IGMG-Mitgliederzahlen geführt. Vielen Mitgliedern erscheint das Finanzverhalten ihrer Führungsfunktionäre zu undurchsichtig.

IGMG-Generalversammlung im Juni 1996

Am 1. Juni 1996 fand in der Dortmunder Westfalenhalle die 2. ordentliche Generalversammlung der IGMG statt. Den rund 12.000 Teilnehmern wurde der neue IGMG-Vorstand vorgestellt. Neben einem neuen Vorsitzenden wurde ein Neffe des Refah-Führers Erbakan zum Generalsekretär der IGMG bestimmt. Erbakan, der in den vergangenen Jahren stets als Gastredner aufgetreten war, nahm an der Versammlung aus Termingründen nicht teil und wurde per Tele-Konferenz zugeschaltet. Darin teilte er mit, die Refah-Partei habe sich stets um die Probleme der im Ausland lebenden Türken gekümmert, und die - zu diesem Zeitpunkt noch nicht existente - Refah-Regierung werde Lösungen für die angehäuften Probleme bieten. In seiner Eröffnungsrede behauptete der stellvertretende IGMG-Generalsekretär u.a., daß der Verband inzwischen die größte zivile Organisation in der Welt sei. Weiterhin sagte er, bei den deutschen Behörden gelte es Vorurteile auszuräumen, insbesondere, daß die Muslime die Macht an sich reißen wollten und sich gegen die Integration stellen würden. Dies träfe zumindest auf die IGMG nicht zu, die nach seiner Darstellung auch nicht antisemitisch ausgerichtet sei.

Bereits im Jahre 1995 ist in einem von der IGMG (damals noch AMGT) angestregten Eilverfahren gegen das Land Hamburg, mit dem die Nennung im Verfassungsschutzbericht untersagt werden sollte, vom Verwaltungsgericht die Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden bestätigt worden, daß es sich um eine extremistische Organisation handelt, die eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

IGMG-Kontakte zur Scientology-Organisation

Seit einigen Jahren gibt es Kontakte der IGMG zur Scientology-Organisation, die Presseberichten zufolge auch vom IGMG-Vorstand eingeräumt worden sind. Die Scientology-Organisation bekommt so Zugang zu islamistischen Türken in Deutschland und zur türkischen Refah-Partei. Die IGMG kann ihrerseits von den

wirtschaftlichen Verbindungen der Scientology-Organisation profitieren. In der IGMG-Zentrale sind bereits Seminare von Scientology durchgeführt worden.

Eigener Fernsehsender

Mit dem Fernsehsender Kanal 7 verfügt die Refah-Partei seit 1995 über ein wichtiges Propagandainstrument. Der Sender kann über Satellit auch in Europa empfangen werden. Die IGMG-Mitglieder sind zur finanziellen Unterstützung des Senders aufgerufen, damit das *"Gedankengut von Milli Görüs in aller Welt verbreitet"* werden könne.

4.1.3 Deutsche Türkische Föderation (ATF) - Almanya Türk Federasyon - sog. "Graue Wölfe"; früher: Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

Sitz	Griesheim bei Frankfurt/M.	
Vorsitzender	Mehmet Erdogan (seit 5. Oktober 1996)	
Mitglieder	1996	1995
NRW	2.000	1.800
Bund	6.900	6.000

Organisation

Die ATF besteht in NRW aus ca. 70 Ortsvereinen (sog. Kultur- und Idealistenvereine). Sie strebt eine extrem nationalistische und zugleich strikt antikommunistische Ausrichtung des türkischen Staates an. Sie vertritt die politischen Ziele der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in der Türkei (Vorsitzender Alparslan Türkeş, Anfang April 1997 verstorben), die sich für ein großtürkisches Reich einsetzt. Die publizistischen Aktivitäten der ATF sind gering. Sie finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erträgen aus Immobilien.

Auf dem ADÜTDF-Jahreskongreß am 5. Oktober 1996 in Essen wurde die Gründung des Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa - Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri (AÜTDK) bekanntgegeben. Diesem Verband gehören u.a. die nationalen Föderationen in Deutschland (ATF), Holland (HTF), Österreich (AÜTDF), Frankreich (FÜDF), Belgien (BÜTDF) und der Schweiz (IÜTDF) sowie weitere nationale Föderationen an, z.B. in den USA, Australien, Ägypten. Die in Europa und Übersee bestehenden Föderationen sind seitdem nicht mehr der ehemaligen Frankfurter ADÜTDF-Zentrale unterstellt, sondern werden von einem fünfköpfigen Aufsichtsgremium der AÜTDK kontrolliert, dem auch der bisherige Vorsitzende der ADÜTDF angehört. Zum Vorsitzenden der deutschen ATF-Sektion wurde Mehmet Erdogan gewählt. Die nationalen Föderationen arbeiten eigenverantwortlich und formal selbständig. Sie sind gehalten, ihre Aktivitäten unmittelbar der AÜTDK mitzuteilen und sich ihren Weisungen und Kontrollen zu unterwerfen. Untersagt sind unmittelbare Kontakte der nationalen Föderationen zu der MHP-Zentrale in Ankara/TR. Diese werden ausschließlich durch die AÜTDK wahrgenommen.

Enttäuschung über Wahlergebnis der türkischen MHP

Die ATF, damals noch ADÜTDF, die erneut den Wahlkampf der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in der Türkei materiell und finanziell unterstützt hat, war über das niedrige MHP-Wahlergebnis am 24. Dezember 1995 von 8,2 % enttäuscht. Durch das Abrutschen unter die Zehnprozentgrenze ist die MHP im neuen türkischen Parlament nicht mehr vertreten. Aus Anlaß des schlechten Wahlergebnisses der MHP fand am 6. Januar 1996 in Iserlohn eine Versammlung der ADÜTDF statt, an der ca. 500 Personen, unter ihnen Vorsitzende, Sekretäre und Kassierer aller ADÜTDF- Ortsvereine aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin teilnahmen. Der ADÜTDF-Vorsitzende beklagte starke Verluste von Wählerstimmen vor allem in Mittelanatolien.

Veranstaltungen

Am 11. April 1996 veranstaltete die belgische Sektion der ADÜTDF in Hasselt ihren 5. Großen Kongreß. Unter den ca. 4.000 Teilnehmern waren zahlreiche ADÜTDF- Mitglieder aus Deutschland. Als Gastredner trat - wie bei Großveranstaltungen der ADÜTDF üblich - der Vorsitzende der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Alparslan Türkes, auf, der sich kritisch über die türkische Regierungspartei Refah (siehe Nr. 4.1.2) und besorgt über deren Zulauf äußerte.

Am 5. Oktober 1996 führte die ADÜTDF in der Grugahalle in Essen ihren 19. Jahreskongreß durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 8.000 - 10.000 Personen aus dem In- und Ausland teil. Als Ehrengast nahm wie in den Vorjahren der MHP-Vorsitzende Alparslan Türkes aus der Türkei teil. In seiner Rede betonte er die Größe und Stärke der türkischen Nation, die alle Feinde vernichten und die Fesseln der Sklaverei lösen werde. Die Türken gehörten einer freien Nation an, die nur Allah ergeben sei. Für die in Deutschland lebenden Türken sei kulturelles und parteipolitisches Engagement wichtig, um Einfluß in deutschen Parteien und Gewerkschaften zu erlangen. Die Gründung des Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa - Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri (AÜTDK) - wurde bekanntgegeben.

4.1.4 Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C) - verboten –

Sitz

Zentralkomitee Istanbul

Europazentrale Köln

Vorsitzender Dursun Karatas

Mitglieder	1996	1995
NRW	300	250
Bund	1.200	1.000

Publikationen Kurtulus (Befreiung)
Devrimci Sol

Die in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 vom Bundesministerium des Innern verbotene "Devrimci Sol" nennt sich nach der Abspaltung eines Oppositionsflügels 1994 Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C, Devrimci Halk Kurtulus Partisi- Cephesi). Sie verwendet jedoch auch die Bezeichnungen Devrimci Halk Kurtulus Cephesi (DHKC), Devrimci Halk Gücleri (DHG) (Revolutionäre Volkskräfte) sowie die Verbindung DHKC-DHG.

Die DHKP-C verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch einen bewaffneten Volkskrieg zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei terroristischer Methoden. Auch in Deutschland zeichnete sie 1996 erneut für Gewaltaktionen gegen türkische Einrichtungen verantwortlich. Die Organisation finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen sowie regelmäßig durchgeführten Spendenkampagnen, bei denen die "Spenden" teilweise mit Gewaltandrohung erpreßt werden.

Auch 1996 standen gewalttätige Aktionen der DHKP-C in Deutschland in Verbindung mit aktuellen Ereignissen in der Türkei (siehe Nr. 4.1.7).

Seit der Spaltung der Devrimci Sol besteht zwischen DHKP-C und dem in Deutschland weniger bedeutenden Oppositionsflügel THKP-C eine erbitterte Feindschaft, die bis zu gegenseitigen Mordanschlägen führte. So wurde im November 1994 ein DHKP-C-Anhänger in Bergisch-Gladbach auf offener Straße erschossen. Einer der Täter wurde im Mai 1996 vom Landgericht Köln zu einer Jugendstrafe von 9 Jahren verurteilt. Sein damaliger Mittäter konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Im November 1996 startete die DHKP-C europaweit ihre alljährliche Spendenkampagne. Vereinzelt wurde wieder versucht, Spendengelder mit Drohungen einzutreiben.

4.1.5 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten (TKP/ML)

Gründung	1972	
Bund		
Leitung	Zentralkomitee	
Leitung in Deutschland	Auslandsbüro	
Mitglieder	1996	1995
NRW	600	600
Bund	2.000	1.900
Publikationen	Mücadele (Kampf); Auflage ca. 1.000 Partizan Sesi (die Stimme des Partisanen) etc.	

Die TKP/ML wurde 1972 durch Ibrahim Kaypakkaya gegründet. Sie vertritt die Lehren des Marxismus/Leninismus, ergänzt durch Ideen Mao Tse-tungs. Ziel der TKP/ML ist die Abschaffung des bestehenden türkischen Staatssystems und die

Errichtung eines kommunistischen Systems mit maoistischer Prägung. Dieses Ziel soll durch eine bewaffnete Revolution erreicht werden, die der militärische Arm, die "Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee" (TIKKO) erkämpfen soll. Anhänger der TIKKO befinden sich in der Osttürkei im bewaffneten Kampf mit türkischen Sicherheitskräften. Die Kämpfer, deren Zahl als gering einzuschätzen ist, agieren mit Duldung der PKK. Die in der Türkei verbotene TKP/ML arbeitet in Deutschland konspirativ. Öffentlich tätig sind die Basisorganisationen

- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) und
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF).



Plakat mit TKP/ML-Gründer Kaypakkaya

Die Aktivitäten der TKP/ML und der TIKKO werden durch Mitgliederbeiträge und jährlich veranstaltete Spendenkampagnen finanziert.

Die TKP/ML hat sich aufgrund eines internen, Anfang 1994 begonnenen Machtkampfes in zwei Fraktionen gespalten, den "Partizan-Flügel" auf der einen und das "Ostanatolische Gebietskomitee" (DABK) auf der anderen Seite. 1996 führten beide Flügel der TKP/ML getrennt voneinander ihre jährlichen Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Gründers Kaypakkaya am 27. April und 18. Mai 1996 in der Kölner Sporthalle durch. Es nahmen jeweils mehrere tausend Personen an den Veranstaltungen teil. Aufgrund andauernder interner Streitigkeiten und Machtkämpfe fand insbesondere im DABK-Flügel kaum politische Arbeit statt. Beide Flügel beteiligten sich jedoch an Aktionen zum Thema Haftbedingungen in der Türkei (siehe Nr.4.1.7)

4.1.6 Marxistische Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Kommunistische Partei - Aufbauorganisation (KP-IÖ)

Gründung	1994	
Sitz	Köln	
Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 250	ca. 100
Bund	ca. 700	ca. 250
Publikation	Atilim (Angriff)	

Bei der MLKP handelt es sich um einen 1994 entstandenen Zusammenschluß der TKP/ML-Hareketi (Bewegung) und der "Türkischen Kommunistischen Arbeiterbewegung" (TKIH). Die den Marxismus-Leninismus vertretende MLKP strebt den revolutionären Umsturz des türkischen Staates und den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung an. Bereits im September 1995 kam es zu internen ideologischen Differenzen innerhalb der MLKP, die zur Abspaltung der "Kommunistischen Partei - Aufbauorganisation" (KP-IÖ) führten.

Das Jahr 1996 war gekennzeichnet durch gewalttätige Auseinandersetzungen der beiden Organisationen. So wurde am 21. Februar 1996 ein Funktionär der KP-IÖ vor seiner Wohnung in Moers von mehreren Personen mit einer Schußwaffe bedroht und entführt. Am Abend des 25. Februar 1996 wurde er von seinen der MLKP zuzurechnenden Entführern in Dortmund freigelassen, nachdem bereits mehrere Tatverdächtige festgenommen worden waren. Nahezu zeitgleich wurde in den Niederlanden ebenfalls eine Funktionärin der KP-IÖ entführt.

Zum vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen kam es am 27. August 1996, als MLKP-Aktivisten einen KP-IÖ-Funktionär in Duisburg erschossen. Aus einem Auto wurden auf den mit zwei KP-IÖ-Funktionären besetzten Wagen mehrere Schüsse abgegeben, die den Fahrer leicht, den Beifahrer so schwer verletzten, daß er kurze Zeit später im Krankenhaus starb.

Die MLKP übernahm die Verantwortung für dieses Tötungsdelikt. In ihrer Publikation Atilim schrieb sie *"Die Bestrafung des Kemal Yazar, der ein Feind der Partei war, übernahm die MLKP"* (YDK= Auslandsbüro). Die Polizei konnte mehrere Tatverdächtige ermitteln. Eine Person wurde am 29. November 1996 als dringend tatverdächtig festgenommen und inzwischen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, ein weiterer Tatverdächtiger ist flüchtig. Nach Bekanntwerden der Tat versammelten sich am selben Abend 30 - 50 Personen vor dem Duisburger MLKP-Verein, zerstörten die Fensterscheiben und schlugen sich mit Anhängern des Vereins.

Mit einer Beruhigung der Lage ist zur Zeit nicht zu rechnen. Vergeltungsmaßnahmen der KP-IÖ bzw. weitere Gewalttaten der MLKP sind zu befürchten.

4.1.7 Solidaritätsaktionen linksextremistischer türkischer Gruppierungen (DHKP-C, TKP/ML, MLKP)

Als Reaktion auf eine Gefängnisrevolte am 4. Januar 1996 im Ümraniye- Sondergefängnis für politische Gefangene in Istanbul, bei der drei Häftlinge ums Leben

gekommen und 28 weitere verletzt worden waren, kam es in Deutschland im Januar 1996 zu zahlreichen Brandanschlägen gegen und Sachbeschädigungen an türkischen bzw. türkisch-deutschen Einrichtungen. Betroffen waren u.a. Reisebüros, Vereine und Banken. Die Taten, die hauptsächlich der DHKP-C (siehe Nr. 4.1.4), der MLKP (siehe Nr. 4.1.6) und der TKP/ML (siehe Nr. 4.1.5) zuzurechnen sind, ereigneten sich vor allem in Nordrhein-Westfalen und im norddeutschen Raum.

Am 9. Januar 1996 wurde in Istanbul ein Journalist tot aufgefunden. Nach Angaben türkischer Linksextremisten soll er wegen seiner Berichterstattung über die Gefängnisrevolte von der Polizei zu Tode gefoltert worden sein. Dieser Vorfall führte auch in NRW zu zahlreichen Protestveranstaltungen gegen das Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte.

Am 1. Mai 1996 kam es in Istanbul zu einer Demonstration mit ca. 50.000 Teilnehmern. An der Kundgebung nahmen u. a. auch mehrere teils vermummte Personen teil, die sich mit Fahnen und Sprechchören als Angehörige verbotener linksextremistischer Gruppen wie der Untergrundorganisation Dev-Sol, der Kommunistischen Partei und der kurdischen PKK zu erkennen gaben. Bei anschließenden Unruhen wurden drei Demonstranten erschossen, 65 Menschen teils schwer verletzt und 227 Personen festgenommen. In der Folge kam es auch im Bundesgebiet, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, zu Brandanschlägen, Demonstrationen, Besetzungen und Blockaden.

**ZAFERE MAHKUM EDILENLER,
ÖLÜMÜ KÜÇÜLTEREK YENERLER!**



Aygün UĞUR TKP(ML)	A. Berdan KERİMGİLLER DHKP-C	İlginç ÖZKESKİN DHKP-C	Ali AYATA TKP(ML)	Hüseyin DEMİRCİĞLU MLKP	Müjdat YANAT DHKP-C
--------------------------	------------------------------------	------------------------------	-------------------------	-------------------------------	---------------------------

BİZ KAZANDIK!



Tahsin YILMAZ TİKB	Ayçe İdil ERKMEN DHKP-C	Yemliha KAYA DHKP-C	Hicabi KÜÇÜK TİKB	Osman AKGÜN TİKB	Hayati CAN TKP(ML)
--------------------------	-------------------------------	---------------------------	-------------------------	------------------------	--------------------------

**ÖLÜM ORUCU VE SÜRESİZ AÇLIK GREVİ
ŞEHİTLERİMİZ ÖLÜMSÜZDÜR!**
Die Gefallenen des Hungerstreiks sind unsterblich!

TKP(ML)
TÜRKİYE KOMÜNİST PARTİSİ (MARKSİST-LENİNİST)

In der Türkei fanden wegen der dortigen Haftbedingungen seit dem 20. Mai 1996 Hungerstreikaktionen politischer Gefangener statt. Unter anderem in Köln führten auch die TKP/ML (DABK-Flügel) sowie die MLKP (mit Unterstützung der DHKP-C) eine Hungerstreikaktion durch. Die Aktion wurde am 26. Juni 1996 durch die Polizei aufgelöst, da es zu zahlreichen Verstößen gegen Strafvorschriften sowie zu Störungen gekommen war. Am 22. Juni 1996 fand in Köln eine Demonstration türkischer Linksextremisten statt, an der die TKP/ML - beide Flügel -, DHKP-C, THKP-C, Bolsevık Partizan, EKİM und MLKP teilnahmen. Wegen Differenzen mit der MLKP nahmen Vertreter der KP-IÖ nicht an der Demonstration teil. Vertreter der THKP-C wurden durch Mitglieder der TKP/ML-DABK-Flügel vor Angriffen der DHKP-C geschützt. Es wurden wiederholt Embleme der verbotenen DHKP-C gezeigt. Im Laufe der Demonstration wurde die THKP-C dennoch von DHKP-C-Angehörigen angegriffen, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Anfang Juli 1996 wurde bekannt, daß der Hungerstreik in der Türkei in ein Todesfasten umgewandelt wurde und mehrere Personen bereits im Koma lagen, so daß mit Todesfällen gerechnet werden mußte. Da die Solidaritätshungerstreiks in Deutschland nicht die erhoffte Resonanz fanden, wurden ab dem 4. Juli 1996 "illegale Aktionen" durchgeführt. Insbesondere nachdem die Hungerstreikaktion in der Türkei den ersten Toten gefordert hatte, reagierten türkische Linksextremisten in Deutschland bundesweit mit zahlreichen Demonstrationen, Brandanschlägen, Besetzungen und Farbschmierereien, die sich besonders gegen türkische Einrichtungen richteten. So kam es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen zu folgenden Aktionen gegen türkische Einrichtungen:

04.07.96	Brandanschlag auf den Verein "Emirgan" in Köln
04.07.96	Besetzung der Ziraat-Bankasi in Köln
05.07.96	Brandanschlag auf den "Sozial- und Kulturverein Türkischer Elternbund" in Recklinghausen
05.07.96	Brandanschlag auf türkisches Reisebüro in Köln
05.07.96	Besetzung Büro "Istanbul Airlines" in Köln
15.07.96	Brandanschlag auf türkisch-deutschen Kulturverein in Düren
18.07.96	Brandanschlag auf türkischen Kulturverein in Aachen
23.07.96	Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in verschiedenen Städten
26.07.96	Handgranatenanschlag auf türkische Moschee in Castrop-Rauxel
27.07.96	Versuchter Brandanschlag auf türkische Moschee in Duisburg-Hamborn.

Auch deutsche Einrichtungen wurden Ziel von Aktionen:

05.07.96	Farbschmierereien und Ablegen eines Molotowcocktails an der Polizeiwache Essen-Bredeneby
13.07.96	Demonstration am Flughafen Köln/Bonn mit ca. 30 Personen
26.07.96	Demonstrative Aktion im WDR-Studio in der Rathausgalerie in Wuppertal
26.07.96	Kurzfristige Versammlung vor dem WDR-Landesstudio in Bielefeld
27.07.96	Demonstration vor dem Hauptbahnhof in Bonn.

Nach dem Tod des zwölften Hungerstreikenden lenkte die türkische Regierung am 27. Juli 1996 ein und ging zumindest teilweise auf die Forderungen der Häftlinge ein. Am 21. September 1996 fand zu der Thematik eine Gedenkveranstaltung türkischer linksextremistischer Organisationen mit mehr als 5.000 Teilnehmern statt.

4.2 Kurden: Verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und unterstützende Organisationen

Sitz Damaskus/Syrien
Europavertretung wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit ständig wechselnden Aufenthaltsorten

Generalsekretär Abdullah Öcalan (genannt APO)

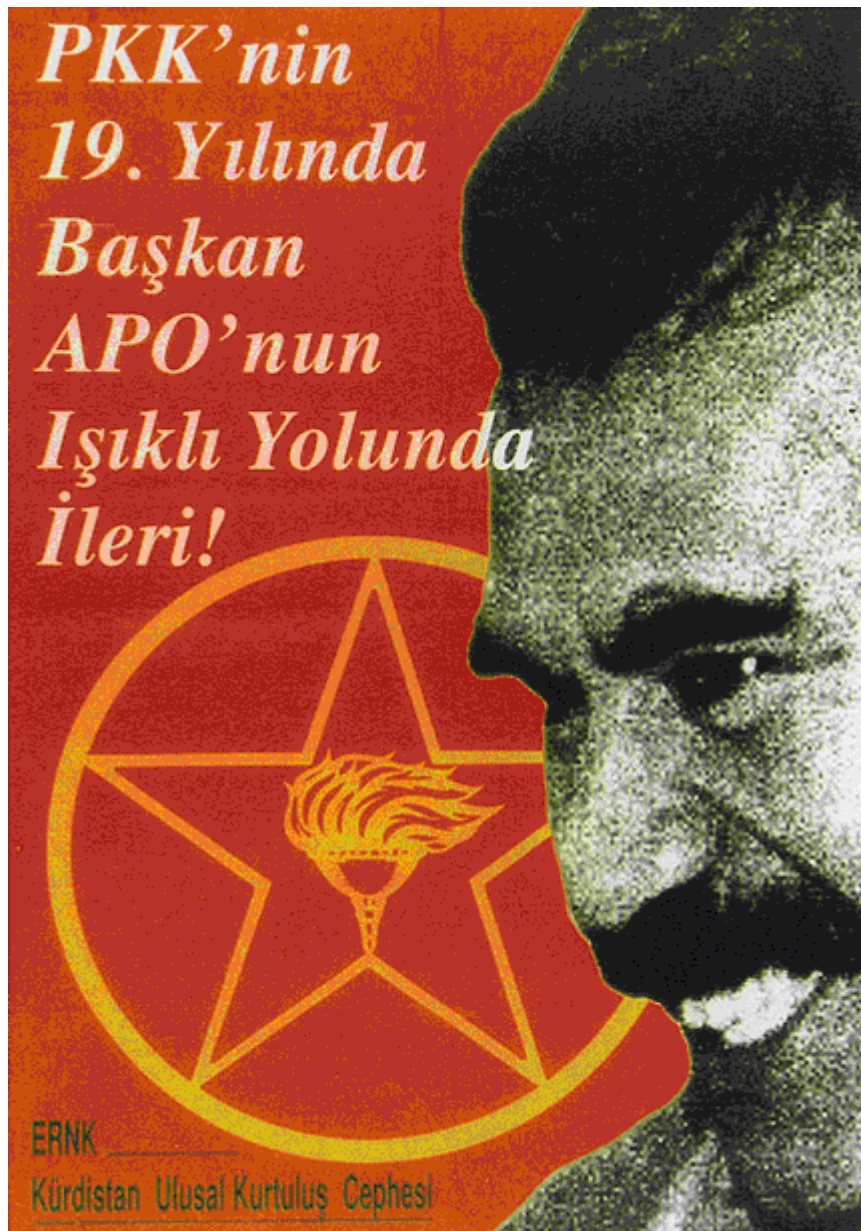
Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 1.900	ca. 1.700

Bund	ca. 10.000	ca. 8.900
Publikationen	Serxwebun (Unabhängigkeit); erscheint monatlich, Auflage 30.000 Özgür Politika, (Freie Politik), Tageszeitung, Auflage 30.000 Mezopotamien Verlag & Vertrieb, Köln	
Agentur	DEM-Nachrichtenagentur, Köln	
Druckerei	H.A.M.-Druckerei, Düsseldorf	
Fernsehsender	Med-TV London/Brüssel	

Die PKK (Partiya Karkeren Kurdistan) ist eine marxistisch-leninistische Kaderorganisation, die in Deutschland konspirativ und durch zahlreiche Neben- und Teilorganisationen tätig ist. Führer der PKK ist Generalsekretär Abdullah Öcalan, der die PKK von Damaskus in Syrien aus autoritär steuert. In Deutschland gehören der PKK fast ausschließlich türkische Kurden an. Seit dem 26. November 1993 sind der PKK und ihrer Nebenorganisation ERNK die Betätigung in Deutschland verboten.

Politische Ziele

Die PKK kämpft weniger für eine Ideologie sondern steht vielmehr im aktiven militanten Kampf für mehr Autonomie in Kurdistan. Ihr Operationsgebiet ist die Südosttürkei. Im Rahmen der kriegerischen Auseinandersetzung benötigt die PKK Rückzugsgebiete. Diese findet sie vorzugsweise in den kurdischen Grenzgebieten von Syrien, Irak und Iran. Gleichzeitig steht sie auch mit der Kurdisch-Demokratischen Partei/Irak (KDP) in Auseinandersetzungen. (Die KDP/Irak und die PUK - Patriotische Union Kurdistan - verwalten das im Nordirak ausgewiesene Schutzgebiet für irakische Kurden.)



ERNK-Poster: »Laßt uns im 19. Gründungsjahr der PKK APO's Fackel folgen«

Guerillakrieg in der Türkei

Öcalan hat die PKK zunächst mit terroristischen Aktionen und seit 15. August 1984 zusätzlich mit offenem Kampf zu einem Machtfaktor in Ostanatolien gemacht, dem das türkische Militär in weiten insbesondere gebirgigen Gebieten - vor allem nachts - weichen mußte. Nach ersten uneingeschränkten Separatismusforderungen propagiert Öcalan als Ziel der Partei mehr Autonomie für das kurdische Volk. (Das "kurdische Volk" umfaßt weltweit mehr als 20 Millionen, davon sollen sich rd. 7 Millionen in Türkisch- Kurdistan aufhalten, die übrigen im Irak, Iran, Syrien, übrige Türkei und Europa.)

Verluste im Kampf gegen irakische Kurden

Durch die Aktionen des türkischen Militärs, insbesondere in der Herbstoffensive 1996, wurde das Aktionsfeld der PKK wesentlich eingeengt. Im Grunde genommen änderte dies an der Situation in der Südost-Türkei nichts. Viele Jugendliche, darunter 13- bis 14jährige, die die PKK für den Kampf rekrutiert hatte, sind gefallen. Es gibt Hinweise, daß auch bei uns Jugendliche animiert wurden, sich zum Kriegseinsatz zur Verfügung zu stellen.

Nach einer theoretischen Schulung, die mehrere Monate andauern kann, müssen diese damit rechnen, daß sie zum Kampfeinsatz ins sogenannte Kampfgebiet gebracht werden.

Strategie in Europa

Die ersten drei Monate des Jahres 1996 waren im wesentlichen durch massive Drohungen Öcalans geprägt, gegen die Bundesrepublik Deutschland, deutsche Staatsbürger und deutsche Interessen sowohl in der Türkei als auch in Deutschland vorzugehen. In einem längeren Interview mit dem kurdischen Sender MED-TV am 28. Januar 1996 erklärte er: *"Die Unterdrückung der Kurden ist unerträglich geworden. Sie sind nahe daran, zu explodieren. Deutschland wird das erleben. Wenn der Waffenstillstand keine positiven Antworten erfahren sollte, wird es in Europa eine Massenerhebung geben, in erster Linie in Deutschland. Es werden dabei hunderte von Menschen sterben"*.

Diese Äußerungen Öcalans waren mitursächlich für die Aggressivität und Gewaltbereitschaft der PKK-Anhänger bei der Demonstration am 9. März 1996 in Bonn und den Ereignissen im Zusammenhang mit der verbotenen Demonstration am 16. März 1996 in Dortmund.

Wie schon in den Vorjahren verfolgte Öcalan in erster Linie propagandistische Zwecke, um durch eine Drohkulisse die Kurdenproblematik erneut in die politische und gesellschaftliche Diskussion zu bringen. Gleichzeitig hielt er sich die Option auf kalkulierte gewaltsame Aktionen offen.

Die folgende Übersicht von Öcalan-Erklärungen ließ 1996 eine Mischung aus Drohgebärden und Friedensbekundungen erkennen, die sich im Laufe des Jahres zu reinen Friedensbekundungen entwickelten. Die maßgebliche Richtungsänderung fand nach dem für die PKK verheerenden öffentlichen Echo auf die gewalttätigen Demonstrationen im März statt:

Wann?	Wo?	Inhalt
15.12.95	MED-TV/Özgür Politika	Verkündung eines nicht befristeten Waffenstillstands
25. und 28.01.96	MED-TV	<i>"Die Unterdrückung der Kurden ist unerträglich geworden. Wenn der Waffenstillstand keine positive Antwort erfahren sollte, wird es in Europa eine Massenerhebung geben. ... Wenn morgen 50 deutsche Touristenleichen in Deutschland ankommen, dürfen die Verantwortlichen nicht überrascht sein."</i>
11.03.96	SKY, griech. SAT-TV-Sender	Warnungen Öcalans an Touristen jedweder Nationalität, die Türkei zu besuchen. Tourismusregionen seien Kriegsgebiete von vorrangiger Priorität.
17.03.96	MED-TV	<i>"Gestern hat unser Volk in Dortmund, dem großen Deutschland, das unglaubliche Sicherheitskräfte mobilisierte, gezeigt, daß seine Macht die Kurden nicht daran hindern kann, ihr Fest zu feiern."</i>
20.03.96	MED-TV	<i>"Ich rufe die Kurden auf, ihre Konflikte im Ausland mit friedlichen Mitteln und in politischen Gesprächen beizulegen und dabei den demokratischen Spielregeln Rechnung zu tragen."</i>
26.03.96	Özgür Politika	Falls Deutschland seine harte Vorgehensweise fortsetze, würde die PKK Deutschland den Krieg erklären. Jeder Kurde könne mit sich eine Bombe zünden.
29.03.96	Die Zeit	<i>"Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, würden wir Selbstmordattentäter in sensiblen Bereichen einsetzen. Tausende sind dazu bereit. Sobald ich den Befehl erteile, würden überall in Deutschland Dynamitladungen hochgehen."</i>
05.05.96	ZDF	<i>"Ich möchte sowohl gegenüber der deutschen Öffentlichkeit als auch gegenüber der deutschen Regierung klarstellen, daß wir in der BRD keine Selbstmordanschläge vorhaben. In der BRD wird es keine Gewaltaktionen der PKK mehr geben."</i>
20.05.96	Welt	<i>"Die PKK und auch ich selbst, wir sind ganz schön daneben gelegen. Wir haben Ihre demokratische Ordnung falsch eingeschätzt und die Gefühle des deutschen Volkes verletzt."</i>
15.09.96	ZDF	<i>"Wir werden in der BRD keine Gewalt mehr anwenden. Wir haben unsere Organisation und unsere Sympathisanten entsprechend angewiesen. Es ist uns wichtig, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Ich selber werde alles tun, um die Sympathie der deutschen Öffentlichkeit für die Kurden wiederzugewinnen."</i>
22.11.96	ARD	Öcalan verspricht der Bundesregierung und den Innenministern Gesetzestreue. Er erklärte wörtlich: <i>"Jeder Kurde, der in unserem Namen eine politisch motivierte Straftat begeht und damit gegen das Gesetz verstößt, kann von mir aus in die Türkei abgeschoben werden."</i>
25.11.96	Spiegel	<i>"Ich bin eindeutig für Gewaltverzicht, das ist realistische Politik. Ich war der erste aller Falken und ich bin die erste aller Tauben - noch vor der späten Taube Arafat. Er hat von Anfang an auf Gewalt gesetzt. Ich war immer für einen friedlichen Ausgleich."</i>

Entsprechend früheren Verhaltensmustern setzt der PKK-Führer derzeit auf Deeskalation. Dabei war auch von Bedeutung, daß die Gewaltaktionen zwar von Aktivistinnen gefeiert, aber von den Sympathisanten mißbilligt wurden. In den Interviews seit Mai 1996 erklärte Öcalan nur noch, daß er den politischen Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland und eine entsprechende politische Lösung anstrebe. In der Bundesrepublik Deutschland werde es keine Gewaltaktionen von Seiten der PKK mehr geben.

Trotz diverser "Rückschläge" (u.a. Verhaftungsaktionen in Bayern und Baden-Württemberg, Durchsuchung von MED-TV in Belgien) blieb die PKK seit Ende März 1996 auf ihrem Kurs. Die Funktionäre sind angewiesen, ein ordnungsgemäßes Verhalten durchzusetzen; Zuwiderhandlungen würden *"gerichtlich"* von der PKK bestraft. Man erwartet für diese Zurückhaltung allerdings, belohnt zu werden, z.B. mit der Durchführung von Kulturveranstaltungen oder Demonstrationen, um auf diese Weise bei Anhängern und Sympathisanten der "Kurdischen Sache" Präsenz zu zeigen, notfalls auch ohne Fahnen und Symbole. Verbote von derartigen Veranstaltungen stoßen deswegen auf Unverständnis und liefern Argumente für die "sogenannten Hardliner", die Gewaltaktionen für unverzichtbare Anlässe halten, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und die Anhänger an sich zu binden. Unterstützt werden diese durch deutsche Linksextremisten der antiimperialistischen Kurdistan-Solidarität, die von der PKK in Deutschland ein härteres Vorgehen verlangen. Sollte die PKK mit Zurückhaltung an Anziehungskraft verlieren, werden sich die Vertreter der harten Linie möglicherweise durchsetzen.

Strukturen

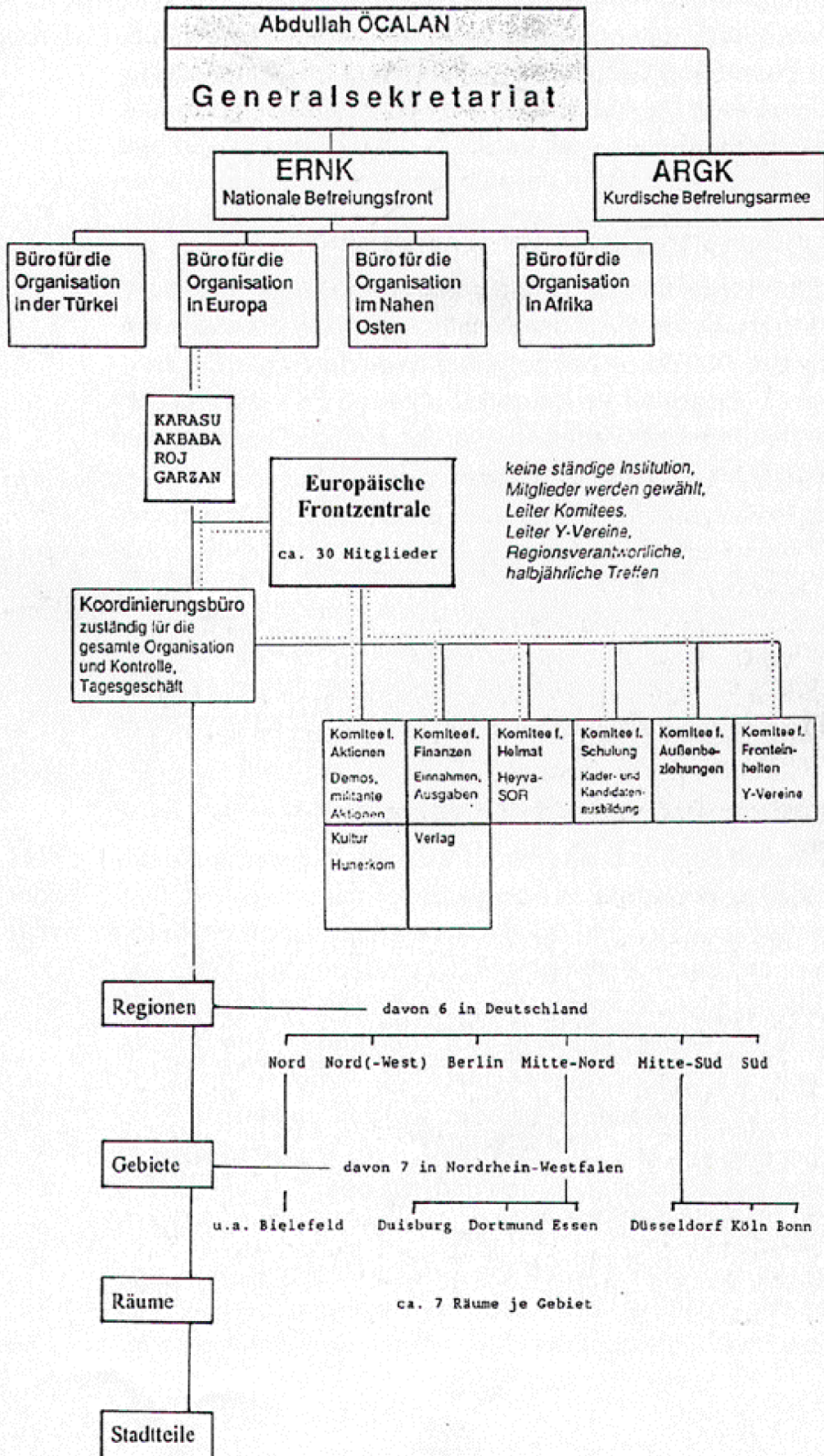
Die interne Handlungsfähigkeit der PKK ist durch die Verbote nicht wesentlich geschwächt worden. Wenn auch der zum Schutz vor Entdeckung notwendige organisatorische Aufwand durch konspiratives Vorgehen größer geworden ist, blieben die internen Strukturen fast vollständig erhalten; in Einzelfällen wurden sie modifiziert und noch stärker abgedeckt.

Propagandaorganisation ERNK - verboten -

In Europa und damit auch in Deutschland wird die PKK durch die am 21. März 1985 gegründete Propagandaorganisation "Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan" (ERNK) "Nationale Befreiungsfront Kurdistans" repräsentiert, deren Betätigung in Deutschland seit 1993 verboten ist. Die ERNK unterhält in verschiedenen anderen europäischen Ländern unter ihrem Namen firmierende Einrichtungen. Die oberste FunktionärsEbene, das Europakomitee der ERNK, wird von den ERNK-Sprechern gebildet. Diese Führungskader wurden im Herbst 1996 teilweise ausgewechselt. Die Europa-Funktionäre wurden teilweise durch neue Leiter aus Damaskus/Syrien und aus dem Kriegsgebiet in der Türkei ersetzt. Teilweise wurden Funktionäre aus Europa befördert.

Die Steuerung der Aktivitäten durch die Europa-Sprecher bzw. das Europakomitee erfolgte früher von Köln aus. Die weisungsberechtigten Funktionäre benutzen heute aber ständig wechselnde Aufenthaltsorte. Es ist daher davon auszugehen, daß die Europavertretung nicht mehr über einen ständigen Sitz verfügt.

Struktur der PKK



Bis auf einige wenige Funktionäre unterliegt die Führungsriege einem ständigen Funktionswechsel. In der Regel finden rund alle sechs Monate Rotationen statt. Die Funktionäre sind aufgefordert, ihre Aufgaben derart wahrzunehmen, daß sie den Bezug zur Basis nicht verlieren.

Regionalstruktur und Massenorganisationen

Die ERNK hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden zu organisieren und für den Befreiungskampf zu engagieren. Ihr unterstellt sind auch die sogenannten Massenorganisationen, die ihr verdeckt über die Arbeit für Berufsgruppen oder über Freizeitaktivitäten weitere Mitglieder zuführen sollen.

Die Organisation ist streng hierarchisch aufgebaut: Europa ist in 15 Regionen aufgeteilt, von denen sich allein sieben in Deutschland befinden. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen zwei Regionen vollständig und eine teilweise. Diese Regionen sind jeweils in Gebiete und diese wiederum in Räume und Stadtteile gegliedert. Jeder Organisationseinheit steht ein Leiter vor, der die Befehle der jeweils nächsthöheren Ebene nach unten umsetzt. Aus Gründen der Konspiration wechseln die Funktionäre - mindestens vom Gebietsleiter an aufwärts - täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen, die auf unverdächtige Personen angemeldet sind, erreichbar.

Kurdisches Exilparlament

Die Arbeit des "Kurdischen Exilparlaments" dient der Darstellung der Friedensstrategie der PKK. Die konstituierende Sitzung fand am 12. April 1995 in Den Haag statt. Seine 65 Mitglieder wurden von einer Delegiertenversammlung gewählt, deren Angehörige weit über die Hälfte der PKK zuzurechnen sind und die nicht nach allgemeinen Prinzipien gewählt wurden. Die nicht-extremistischen Kurdenvereinigungen - wie KOMKAR - haben sich nicht an der Wahl beteiligt.

Das "Kurdische Exilparlament" hat für die PKK die Funktion, in der politischen Öffentlichkeit aufgrund der scheinbar demokratischen Legitimation als Verhandlungspartner für die Kurdenfrage akzeptiert zu werden.

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland - YEK-KOM

Die am 27. März 1994 gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland - YEK-KOM - mit Sitz in Bochum versteht sich als Interessenvertreter der überwiegenden Anzahl der in Deutschland lebenden ca. 500.000 Kurden. Sie unterstützt mit ihrem politisch/propagandistischen Wirken die extremistischen Ziele der PKK.

In der ersten Jahreshälfte 1996 startete die Föderation eine bundesweite Kampagne, um die deutsche Öffentlichkeit über die Situation der Kurden in Deutschland zu informieren. Neben der ständigen Kritik am Verhalten des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerung wurde die Bundesrepublik Deutschland massiv kritisiert, eine Politik der Kriminalisierung und offenen Repression aller Kurden zu betreiben. Auch im weiteren Verlauf des Jahres wurde von YEK-KOM bundesweit Propaganda gegen das PKK-Verbot, gegen die Türkei und die Bundesregierung betrieben.

Für ihr politisches und propagandistisches Wirken bedient sich die Föderation u.a. ihrer offiziellen Mitgliedsvereine. In NRW sind dies:

- Verein zur Förderung des deutsch-kurdischen Kulturaustausches e.V., Bielefeld,
- Deutsch-kurdischer Solidaritätsverein e.V., Bochum,
- Kurdisches Haus, Köln.

Darüber hinaus gibt es weitere Vereine, die engen Kontakt zu YEK-KOM unterhalten und deren politische Ziele unterstützen:

- Kurdischer Arbeiterbund, Aachen,
- Kurdistan-Zentrum, Bonn,
- Kurdistan-Solidaritätsverein e.V., Region Duisburg,
- Deutsch-kurdischer Solidaritätsverein, Dortmund,
- Kurdisches Kulturhaus, Düren,
- Kurdischer Elternverein, Krefeld,
- Mesopotamisches Jugendhaus, Leverkusen,
- Deutsch-kurdischer Solidaritätsverein e.V., Essen,
- Deutsch-kurdischer Freundschaftsverein, Hagen.

Auf diesem Wege unterstützen Mitgliedsvereine und Dachverband die politischen Ziele der PKK und ihres Führers Öcalan.

**Föderation kurdischer Vereine
in Deutschland e.V.**

YEK-KOM

Innenministerium Schleswig-Holstein
z.H. Herrn Innenminister Prof. Dr. Hans-Peter
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Sehr geehrte Herr Innenminister

In Deutschland leben über 500.000 Kurdinnen und Kurden. Wir als YEK-KOM, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V., vertreten die Interessen eines großen Teils dieser kurdischen Bevölkerung in Deutschland.

Am 22. November 1993 hat der Innenminister Manfred Kanther 36 kurdische Vereine und Organisationen verboten. Besonders fühlt sich der türkische Staat durch das Verbot ermutigt. Gleichzeitig verstärken sich die Angriffe des türkischen Staates auf demokratische kurdische Organisationen und Institutionen in der Türkei und in Kurdistan. Mit großer Mehrheit der kurdischen Bevölkerung gewählte Abgeordnete wurden in 1993 inhaftiert, weil sie sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage eingesetzt hatten. Kurdische und türkische Intellektuelle, Gewerkschafter und Journalisten wurden aus dem gleichen Grund ermordet oder verhaftet.

Durch die Vereinsverbote und die seither praktizierte Kriminalisierung, wurden praktisch die Grundrechte wie Meinungs-, Organisations-, Informations- und Versammlungsfreiheit für die Kurden außer Kraft gesetzt.

Das heißt, daß gleiche Demonstrationen oder Versammlungen alleine schon durch den Verdacht, daß dabei sogenannte nicht zugelassene Symbole oder Fahnen getragen werden können, verboten werden.

Wir, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V., als eine Interessenvertretung der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden fordern die Bundesrepublik Deutschland auf: Deutschland muß von diesen Angriffen ablassen. Überwinden wir unsere Probleme mit der Methode des Dialogs, nicht mit den primitiven Methoden der Angriffe, sondern durch Gespräche, wie es Zivilisierte Menschen tun.

Wir bitten Sie, sich für die Aufhebung der Verbote der kurdischen Vereine und Organisationen und sowie deren Anerkennung einzusetzen.

In diesem Sinne fordern wir von der Innenministerkonferenz am 22.11.1996 in Hamburg:

- die Diskriminierung der Kurdinnen und Kurden in der BRD muß ein Ende finden!
- Aufhebung aller Verbote gegen Kurdische Organisationen!
- Ausübung internationalen Drucks auf die Türkei für eine politische Lösung der Kurdenfrage!
- Anerkennung der Identität der 500.000 Kurdinnen und Kurden in Deutschland!
- Politische, soziale und kulturelle Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen ImmigrantInnen!

Mit freundlichen Grüßen

**YEK-KOM-
Schreiben**

Spendenkampagne und Finanzierung der PKK

Zur Deckung des Etats für den politischen und militärischen Kampf benötigt die PKK jährlich Beträge in Millionenhöhe. So sind mehr als 3 Mio. US-Dollar pro Jahr für MED-TV, die ERNK und modernste Waffen und Informationstechnik aufzubringen. Finanziert wird dies durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikatio-

nen und Spendengelder der Anhänger, wobei es am typischen Merkmal der Freiwilligkeit bei einer Spendenzahlung durchaus von Fall zu Fall mangelt.

Neben diesen Einnahmequellen unterstützen auch einzelne Staaten (z.B. Syrien, Irak) die PKK. Ferner schöpft die PKK Gewinne von Personen ab, die im Bereich Schleusung und Drogenhandel tätig sind. Ihre *"Spende"* wird von der PKK nach Höhe der vermuteten Einnahmen veranschlagt. Am Drogenhandel selbst ist die PKK nicht unmittelbar beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Senders MED-TV in Belgien im September 1996 wurden 10 Mio. US-Dollar beschlagnahmt, angeblich Spendengelder kurdischer Landsleute für die Arbeit der PKK in Europa. Auch bei vorsichtiger Bewertung machen Spenden einen wesentlichen Teil der PKK-Finanzierung aus.

Die alljährliche Spendenkampagne fand von Mitte Oktober 1996 bis Mitte Januar 1997 statt. PKK-intern war für Nordrhein-Westfalen ein Gesamtbetrag von ca. 8,5 Mio. DM als Plansoll vorgegeben. Die von Einzelpersonen zu zahlenden Beträge sind abhängig vom Einkommen, wobei selbst Asylbewerber und Arbeitslose Beiträge zwischen 500 DM und 1.000 DM zahlen sollen. Es werden Sammelkolonnen zusammengestellt, die für die Einziehung der Spenden *"durch Hausbesuche bei den Zahlungswilligen/pflichtigen"* verantwortlich sind. In der Regel werden vorwiegend Sympathisanten zur Zahlung aufgefordert. Freiwillige Spenden werden zum Anlaß genommen, ein Mehrfaches zusätzlich einzufordern. Zahlungsunwillige werden mit Nachdruck teilweise bis hin zu körperlicher Gewalt an ihre *"Verpflichtung"* erinnert. Derzeit gibt es allerdings keine entsprechenden Weisungen *"von Oben"*. Sie wären mit der aktuellen *"Politik der Entspannung"* nicht vereinbar.

MED-TV

Seit Ende März 1995 strahlt der von der PKK gesteuerte Sender Med-TV mit einer Unterbrechung im Sommer 1996 über Satellit täglich ein Fernsehprogramm aus, das in Europa und im Nahen Osten zu empfangen ist. Es ermöglicht der PKK die schnelle und umfassende Verbreitung ihrer Propaganda. Über eine Homepage im Internet verbreitet MED-TV auch Informationen über den Sender, Sendezeiten und Programminhalte.

Auch in Deutschland wurden zumindest bis Frühjahr 1996 über sogenannte Produktionsgesellschaften Beiträge produziert.

Nach den gewalttätigen Demonstrationen im März 1996 geriet MED-TV aufgrund seiner tendenziösen Berichterstattung unter Druck. Am 3. Juli 1996 stellte der über Satellit aus dem Ausland zu empfangende Fernsehsender seine Übertragung ein. Eine polnische Satellitengesellschaft mit Verflechtungen nach Frankreich soll dem Sender den Mietvertrag gekündigt haben. Eine Sendelizenz in Großbritannien war zuvor abgelaufen. Nach PKK-Meinung war die Kündigung Folge des von Bonn und Ankara ausgeübten Drucks. Kurz nach der Einstellung nahm MED-TV seine Sendungen in vermindertem Umfang wieder auf. Der Direktor von MED-TV, İlhan Kizilhan, erklärte, es existiere ein neuer Vertrag für einen Satellitenkanal. MED-TV gab am 15. August 1996 in einer Nachrichtensendung die Wiederaufnahme des regelmäßigen Programms bekannt. Öcalan, der per Telefon zur Sendung zuge-

schaltet wurde, gratulierte den Mitarbeitern und bezeichnete MED-TV als Stimme eines unterdrückten Volkes. Der Sender bleibe eine solide Plattform der Demokratie und der Meinungsvielfalt.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der belgischen Polizei wegen des Verdachts der Geldwäsche wurden am 18. September 1996 in Herford, Hiddenhausen und Celle mehrere Gebäude durchsucht, die mit MED-TV über eine in Belgien ansässige Aktiengesellschaft "NV R.O.J." in Zusammenhang stehen. Zeitgleich wurden Objekte in Belgien und London durchsucht. Ausgangspunkt für das Verfahren war eine Beschlagnahme von 10 Millionen US-Dollar in Luxemburg, die der "NV R.O.J." gehören sollten und deren Herkunft ungeklärt war. Auf ein Aachener Bankkonto wurden von einem Vorstandsmitglied der "NV R.O.J." 867.000 DM in bar eingezahlt. Die legale Herkunft dieses Geldes konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Özgür Politika

In der PKK-orientierten Tageszeitung Özgür Politika werden häufig Interviews mit dem PKK-Führer Öcalan abgedruckt. Wie zu anderen Veranstaltungen der PKK wurde auch zu der später verbotenen Großdemonstration am 16. März 1996 in Dortmund bundes- und europaweit aufgerufen. Laut Özgür Politika habe ein großer Teil der PKK-Anhänger die gewaltsam verlaufenden Demonstrationen am 9. März 1996 in Bonn und am 16. März 1996 in Dortmund als "Siege" gefeiert.

Özgür Politika veröffentlichte am 14. August 1996 eine Erklärung der ERNK zum 12. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes (15. August). Darin hieß es, die PKK und das kurdische Volk seien weiterhin psychologischen und terroristischen Angriffen des "*internationalen Imperialismus*" ausgesetzt. Dessen Zentren befänden sich in Ankara, Brüssel und Bonn.

Propaganda für die PKK

Daneben sind noch die folgenden Zeitungen/Zeitschriften, in denen Propaganda von der PKK oder für die PKK betrieben wird, von besonderer Bedeutung:

- Serxwebun (Unabhängigkeit),
- Jina Serbilind (Die stolze Frau),
- Sterka Ciwan (Jugendzeitschrift).

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beantragte am 12. Juni bei der Staatsschutzkammer des Landgerichts Düsseldorf die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift "Jina Serbilind" wegen Werbung für die verbotene PKK und ERNK durch besonders auf Frauen abzielende Propaganda.

Die Nachrichtenagentur DEM mit Sitz in Köln gibt eine eigene Publikation "DEM News Bulletin" in englischer Sprache heraus. Die erste Ausgabe umfaßte den Zeitraum 15. April bis 15. Mai 1996. Die Artikel der ersten Ausgabe beschäftigten sich überwiegend mit dem "*(Befreiungs-) Kampf*" der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) in der Türkei und den Aktivitäten der "Demokratie-Partei des Volkes" (HADEP).

Bedeutsame Aktivitäten der PKK und deren Unterstützerorganisationen

Demonstration am 9. März 1996 in Bonn

Am 19. Februar 1996 meldete das *"Internationalistische Komitee zur Vorbereitung des 8. März"* eine Demonstration in Bonn mit dem Thema *"Internationaler Frauen-Lesben- Kampftag für einen weltweiten revolutionären Frauen-Lesben-Befreiungskampf"* an. An der Demonstration nahmen auch ca. 500 - 1.000 Angehörige der PKK- Frauenorganisation "Freier Frauenverband Kurdistans" (YAJK) teil.

Während des zunächst friedlich verlaufenden Aufzuges wurden plötzlich in großer Zahl Fahnen der PKK und mehrere quadratmetergroße Bilder Öcalans entrollt. In intensiven Verhandlungen mit den Veranstalterinnen versuchte die Polizei, das Ablegen der verbotenen Symbole zu erreichen. Dies beantworteten die Demonstranten mit massiven Angriffen gegen die Polizei, die sie mit Pflastersteinen, Flaschen, herabgerissenen Ästen, Holzlatten und Reizgas attackierten. 25 Beamte und zahlreiche Demonstranten wurden zum Teil erheblich verletzt.

Demonstration am 16. März 1996 in Dortmund

Für den 16. März 1996 wurde von einem *"Vorbereitungskomitee für eine Demonstration in Dortmund"* eine Versammlung zum Thema *"Politische Lösung für Kurdistan"* angemeldet. Die Mitglieder dieses Vorbereitungskomitees waren zuvor nicht im PKK- Zusammenhang bekannt. Dennoch wurde im Vorfeld festgestellt, daß es sich um eine von der PKK organisierte Veranstaltung handelte.

Trotz des vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bestätigten Verbotes der Veranstaltung hielt die PKK an der Demonstration fest. Über das Verbot unterrichtete sie die Teilnehmer deshalb nicht und schleuste frühzeitig mehr als 2.000 Demonstranten in die Dortmunder Innenstadt. Im Laufe des Tages kam es zu Rangeleien mit der Polizei und mehreren Brandanschlägen. Die Polizei erteilte 2.699 Platzverweise, nahm 166 Personen in Gewahrsam und 284 Personen fest.

Zu schweren Ausschreitungen kam es an den Grenzübergängen. An der deutsch-niederländischen Grenze bei Elten besetzten 1.500 Kurden aus den Niederlanden die Autobahn. Zwei Polizisten erlitten bei einem Angriff auf ihren Streifenwagen schwere Kopfverletzungen. In Aachen-Lichtenbusch, wo ca. 30 Busse an der Einreise gehindert wurden, besetzten 1.500 Kurden die Autobahn, zogen sich aber am Nachmittag Richtung belgische Grenze zurück. Auf der Raststätte "Tecklenburger Land" an der Autobahn Osnabrück/Dortmund plünderten etwa 500 Kurden eine Schreinerei, schichteten Holz an den Zapfsäulen der Tankstelle auf und drohten mit einer Brandkatastrophe. Auf massives polizeiliches Einschreiten ließen sich die Kurden zur Rückfahrt nach Norden bewegen. Die Polizei war in Nordrhein-Westfalen mit rund 8.500 Beamten im Einsatz; sie setzte landesweit 2.500 Demonstranten fest.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden in der PKK-Szene unterschiedlich beurteilt. Während Aktivisten sich begeistert über die bewiesene Stärke der PKK zeigten, hielt die Mehrheit der Sympathisanten Gewalt in Deutschland für das falsche Mittel.

Kurdisches Neujahrsfest Newroz 1996

Das kurdische Neujahrsfest "Newroz" am 21. März ist für das kurdische Volk der Tag der Freiheit und des Widerstandes. Newroz ist Ausdruck der Hoffnung auf Selbstbestimmung und auf ein freies Kurdistan.

Wie in der Vergangenheit war das Newroz-Fest auch 1996 für die kurdische Bevölkerung in Deutschland Anlaß zur Anmeldung zahlreicher Veranstaltungen und Demonstrationen, um auf die bekannte prekäre Lage der Kurden in der Türkei aufmerksam zu machen. Neben zahlreichen kleineren Saalveranstaltungen und Informationsständen waren allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 20 Veranstaltungen und Demonstrationen angemeldet worden, vorwiegend von seriösen Organisationen. Anmeldungen von PKK-Angehörigen wurden wegen befürchteter neuer Krawalle bis auf wenige Ausnahmen bundesweit untersagt. Trotz ausgesprochener Verbote demonstrierten am 20. März 1996 in Nordrhein-Westfalen mehrere hundert Sympathisanten in Düsseldorf, Bielefeld, Bochum, Köln, Hagen, Bonn, Duisburg und Moers. Mehr als 200 Personen wurden vorläufig festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen. Wegen der starken Polizeipräsenz kam es zu keinen schweren Ausschreitungen.

Besetzung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Am 23. Januar 1996 besetzten im Auftrag der PKK 50 kurdische Frauen in Begleitung mehrerer Kinder die Eingangsschleuse für Besuchergruppen des Landtages NRW. Aus der Gruppe heraus wurden Parolen gegen die Türkei skandiert und Plakate mit Kriegsbildern aus Kurdistan gezeigt.

Großdemonstration in Hamburg

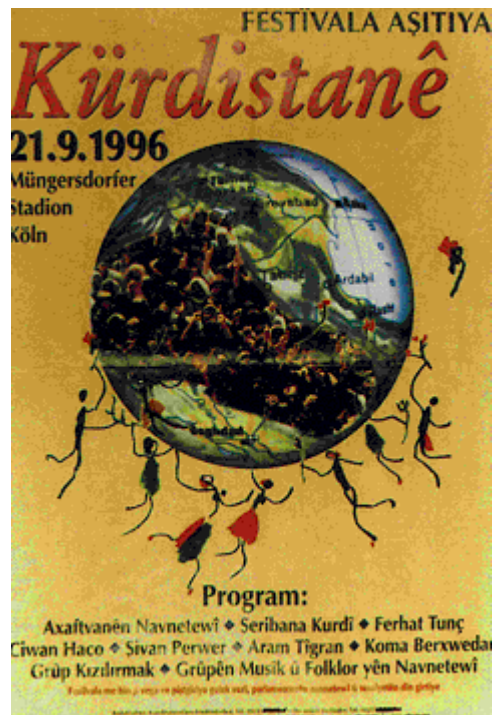
An der von einem Aktionsbündnis "Frieden jetzt" angemeldeten und von der PKK organisierten Großdemonstration nahmen am 15. Juni 1996 in Hamburg ca. 40.000 Personen teil. Während der Demonstration wurden Fahnen und Symbole der PKK sowie Bilder Öcalans gezeigt. Im Laufe der Kundgebung wurde ferner eine Rede Öcalans eingespielt, der betonte, die PKK stehe der deutschen Demokratie und Gesetzgebung respektvoll gegenüber. Die Veranstaltung verlief friedlich.

Hungerstreikaktionen

Aus Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan (siehe Nr. 4.1.7) begannen am 3. Juni 1996 Anhänger der PKK auf dem Bottler Platz in Bonn einen Hungerstreik, der am 24. Juni 1996 endete. An der Aktion beteiligten sich tagsüber etwa 50 Personen, nachts etwa 20 Personen. Der Protest richtete sich insbesondere gegen die schlechten Haftbedingungen in dem türkischen Militärgefängnis Diyarbakir.

"Friedensfestival Kurdistan" in Köln

Das von Vertretern des "Appell von Hannover", "Medico International" und anderen veranstaltete "Friedensfestival Kurdistan" am 21. September 1996 im Müngersdorfer Stadion in Köln wurde von ca. 60.000 Teilnehmern besucht. Die Veranstaltung verlief friedlich und geordnet. Im Stadion waren einige PKK- bzw. ERNK-Fahnen sowie Bilder von Märtyrern der PKK angebracht. Ein anfangs ausgerolltes großes Öcalan-Bild wurde nach Aufforderung wieder eingerollt. Die Reden betonten den friedlichen Charakter der Veranstaltung. Ausdrücklich wurde der Polizei Dank ausgesprochen.



Das Programm bestand aus politischen und kulturellen Beiträgen. Im Laufe des Nachmittags entwickelte die Veranstaltung Volksfestcharakter. Gegen 19.00 Uhr wurde über Telefon eine Rede Öcalans ins Stadion übertragen. Öcalan kritisierte darin das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden, u.a. in Belgien gegen MED-TV, hob aber auch hervor, daß in jüngster Zeit auch die Europäer bereit seien, "demokratisch" über das Kurdenproblem zu reden.

In PKK-Kreisen wurde das Festival als Erfolg gefeiert.

Selbstmordanschläge in Tunceli, Adana und Sivas

Bei drei Selbstmordanschlägen von PKK-Anhängern in der Türkei wurden mindestens 17 Menschen getötet. Bei einem Anschlag am 30. Juni 1996 in Tunceli hatte sich eine Frau, mit einem Sprengsatz als Schwangere getarnt, auf einem zentralen Platz der Provinzhauptstadt während einer militärischen Fahnenparade unter die Soldaten gemischt und die Bombe zur Detonation gebracht. Mindestens sechs türkische Soldaten wurden getötet. Bei weiteren Anschlägen am 25. Oktober in Adana und am 29. Oktober 1996 in Sivas brachten ebenfalls als Schwangere getarnte Frauen vor Polizeirevieren ihre am Körper getragenen Bomben zur Explosion. Dabei wurden in Adana mindestens fünf, in Sivas mindestens sechs Menschen getötet. Nach Angaben der in Köln ansässigen "DEM-Nachrichtenagentur" hat die Selbstmordattentäterin aus Tunceli mit ihrer Aktion den Freiheitswunsch des kurdischen Volkes zum Ausdruck bringen und den Feind treffen wollen. Die Tageszeitung "Özgür Politika" druckte seit dem 18. August 1996 mehrere Anzeigen - teilweise mit Bild - in denen die Selbstmordattentäterinnen als Märtyrerinnen verehrt wurden.



Die Rolle der Frau in der PKK

Das Organ der YAJK ("Union der Frauen aus Kurdistan"), Jina Serbilind, berichtete in einer Sonderausgabe vom Juni 1996 über die "1. Nationale Frauenkonferenz" sowie über die 3. Europäische Konferenz der YAJK.

Die Beziehungen der Frauen zu den Männern dürften nicht stärker sein als die Beziehungen der Frauen zur "*Partei*". Die Frauen müßten sich mit der Waffe der Organisation identifizieren und als einen Teil der Organisation verstehen. Nur so könne es der Frau gelingen, selbstbewußt zu sein. So könne die Frau alle ihre Probleme lösen, und so werde es ihr gelingen, ihre eigene Weiblichkeit zu lieben und zu achten, statt sie zu verachten. Die Frau könne der Unterdrückung durch den Mann Widerstand leisten, indem sie den Krieg zum Mittelpunkt ihres Lebens mache. Die Rettung der Frauen liege in der Militarisierung der Frauen. Dadurch, daß sie sich stärker an den Krieg binde, könne die Frau verhindern, sich in einen Mann zu verlieben. Dadurch würden die Beziehungen der Frauen zu den Männern normalisiert.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß die PKK nur aus Frauen bestehende Kampfeinheiten im Einsatz hat.

Gründung neuer Organisationen

Die PKK ist bemüht, ihren Einfluß auf die in Deutschland lebenden Kurden durch Gründung von Organisationen für bestimmte Zielgruppen kontinuierlich auszubauen. So wurden gegründet:

- die "Union der Journalisten Kurdistans" (YRK) am 17./18. Februar 1996 in Köln,
- der "Verein der kurdischen Juristen" (KHB) am 2./3. März 1996 in Osnabrück,
- die "Union der Schriftsteller Kurdistans" (YNK) am 12. Oktober 1996 in Köln.

4.3 Algerier: Islamische Heilsfront (FIS), Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)

Die FIS (Front Islamique du Salut) strebt den gewaltsamen Sturz der Regierung in Algerien an. Sie ist in ihrem Heimatland verboten. Der bewaffnete Kampf gegen das Regime in Algerien wird im wesentlichen von der "Armée Islamique du Salut" (AIS) und - insbesondere - von der noch radikaleren, eigenständig operierenden GIA (Groupe Islamique Armé) geführt. Die Lage in Algerien ist auch von erbitterten Auseinandersetzungen der militanten islamistischen Gruppierungen untereinander geprägt. So scheint es auch innerhalb der radikalen GIA Richtungsstreitigkeiten zu geben. Der Anführer Abou Aberrahman Amine, alias Djamel Zitouni, ist im Juni 1996 getötet worden. Es halten sich hartnäckig Gerüchte, daß er von eigenen Leuten umgebracht worden ist. Die Machtkämpfe innerhalb der GIA dauern an. Gleichwohl sind bis in die jüngste Zeit zahlreiche weitere grausame Terroranschläge verübt worden, die der GIA zugerechnet werden. Auch der Bombenanschlag in der Pariser Express- Metro am 3. Dezember 1996 wird mit der GIA in Verbindung gebracht. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich war 1995 schon einmal Ziel einer Attentatsserie, welche die Pariser Regierung zum Abbruch der Verbindungen mit dem Algerischen Regime bewegen sollte.

Aber auch die AIS, der militärische Arm der FIS, scheint zunehmend zerstritten und der politischen Führung durch die FIS zu entgleiten und auf Gewalt zu setzen. Hintergrund ist die harte Haltung des Regimes gegenüber den radikalen Islamisten. Durch das Referendum über die neue Verfassung Ende November 1996 ist die Stellung Präsident Zerouals nochmals gestärkt worden.

Die ursprünglichen Gründer und Führer der FIS, z.B. der charismatische Abbassi Madani, befinden sich seit Jahren in Haft bzw. Hausarrest; von ihnen gehen derzeit offenbar keine entscheidenden Impulse für die Entwicklung der FIS aus. Der FIS droht eine Zerfaserung in verschiedene Strömungen und damit ein Substanzverlust.

Viele Funktionäre der FIS sind vor dem Verfolgungsdruck ins Ausland geflohen, u.a. auch nach Deutschland. Allerdings wird die Zahl der Aktivisten bundesweit nur auf etwa 50 geschätzt. Die Zahl der Anhänger dürfte in NRW 50, bundesweit 200 nicht übersteigen. Einer der in Deutschland lebenden Funktionäre ist der Sprecher des "Exekutivkomitees der FIS im Ausland", Rabah Kebir. Er hat seinen Wohnsitz nach Köln verlegt, ist anerkannter Asylbewerber und verfügt über eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Kebir zählt zu den Befürwortern eines politischen Dialoges und sieht sich deswegen seit längerem von der GIA mit dem Tode bedroht. Seine Position ist jedoch auch in der FIS nicht unumstritten. Die Verhältnisse in Algerien setzen insoweit auch die Rahmenbedingungen für in NRW lebende Anhänger der FIS bzw. GIA.

Gegen vier algerische Aktivisten, darunter zwei Söhne des FIS Mitbegründers Madani, wird vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf seit dem 21. August 1996 ein Prozeß wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Waffenschmuggels und Urkundenfälschung geführt. Die Personen befinden sich seit März 1995 in Haft.

Der Generalbundesanwalt hat ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen vier mutmaßliche Mitglieder der GIA eingeleitet. Die Personen stehen im Verdacht, u.a. eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben.

Die in Deutschland lebenden Anhänger der FIS/GIA sind durch diese Entwicklungen tief verunsichert, sie verhalten sich derzeit ruhig. Welche Bedeutung Kebir, der in Deutschland mit einem politischen Betätigungsverbot belegt ist, angesichts der Entwicklung in Algerien künftig noch zukommt, bleibt abzuwarten.

Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, daß eine Gefahr von Anschlägen auf Ziele in Deutschland besteht.

4.4 Libanesen: AMAL, Hizb-Allah

Die AMAL, die ein ambivalentes Verhältnis zur Hizb-Allah hat, war 1996 weiterhin bemüht, ihre verbliebene Anhängerschaft (viele wechselten zur Hizb-Allah) zu aktivieren und wieder an Einfluß unter den schiitischen Libanesen zu gewinnen. Eine dauerhafte Aktivierung ist trotz der Anstrengungen jedoch bisher nicht gelungen. Die AMAL ist in Deutschland derzeit nur propagandistisch - und zwar auf das Heimatland bezogen - tätig.

Die schiitisch-extremistische Hizb-Allah strebt einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild im Libanon an und kämpft mit terroristischen Mitteln für die Vernichtung Israels.

Im April 1996 kam es bei der israelischen Militäraktion "*Früchte des Zorns*" zu massiven Auseinandersetzungen zwischen israelischen Sicherheitskräften und der Hizb-Allah im Süd-Libanon. Die Führung der Hizb-Allah drohte daraufhin mit weltweiten Vergeltungsschlägen. In Bonn versammelten sich am 17. April 1996 ca. 300 Personen, vorwiegend Libanesen, zu einer Protestdemonstration, bei der Israel angeprangert wurde. Am 20. April 1996 kam es zu einer weiteren, diesmal nicht angemeldeten Demonstration von rund 60 Personen vor der israelischen Botschaft. Die Aktionen verliefen friedlich. Nachdem die Konfliktparteien einen Waffenstillstand vereinbart haben, hat sich die Situation etwas beruhigt. Zu Gewaltaktionen in Deutschland kam es bisher nicht.

Bei den in NRW lebenden rund 300 Anhängern der Hizb-Allah deuten sich Bestrebungen zu einer personellen Erneuerung an. Die in den letzten Jahren weitgehend inaktive Führung soll durch andere Personen ersetzt werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Wechsel in der geistigen Führung des Islamischen Zentrums in Münster, das nach wie vor zentrale Anlaufstelle für Hizb-Allah-Aktivisten in Deutschland ist und in engem Kontakt zum iranisch gesteuerten Islamischen Zentrum in Hamburg steht, zu sehen. Daneben bestehen regionale Schwerpunkte in Bonn, Bocholt, Essen und Duisburg.

Demonstration zum Jerusalem-Tag

Am 17. Februar 1996 fand die diesjährige Demonstrationsveranstaltung zum Jerusalem-Tag (Ghods-Tag) statt. Der Jerusalem-Tag wurde von Khomeini zum Zeichen der Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser gegen Israel eingeführt. Unter den Demonstranten befanden sich Anhänger verschiedener islamisch-

extremistischer Organisationen mit mehr oder weniger enger Bindung an den Iran. Die Teilnehmerzahl war mit rund 1.500 Personen niedriger als in den Vorjahren.

4.5 Palästinenser: HAMAS, PFLP, DFLP

Die beiden extremistischen Palästinensergruppen Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) verbinden marxistische Theorien mit nationalistischem Gedankengut. Den schwierigen Friedensprozeß zwischen Israelis und Palästinensern haben sie kaum mit nennenswerten Aktionen begleitet. Die Bedeutung dieser beiden Organisationen in Deutschland wird als insgesamt rückläufig eingeschätzt. Die hier lebenden Anhänger sind weitgehend inaktiv. Es gibt Hinweise, wonach versucht wird, über eine neu gegründete "Palästinensische Gemeinde Deutschland" wieder an Einfluß zu gewinnen, wobei man wohl auf den Zulauf von enttäuschten vormaligen Arafat-Anhängern hofft.

Die Meinungsführerschaft im kompromißlosen Kampf gegen Israel liegt bei der sunnitisch-extremistischen Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS), deren Ziele in Deutschland vom Islamischen Bund Palästina (IBP) vertreten werden. Insgesamt dürften sich in Deutschland nicht mehr als 100 Aktivisten aufhalten. Der IBP unterstützt die HAMAS, die auch 1996 wieder mehrere schwere Terroranschläge in Israel verübt hat, vorwiegend propagandistisch und durch Sammlung von Spenden. Neben dem militanten Kampf gegen Israel engagiert sich die HAMAS in den Autonomiegebieten Ghaza und West-Jordanland sozial und karitativ. Dies hat ihr einen Rückhalt in der Bevölkerung verschafft, den sie für ihre Ziele zu nutzen sucht. Es haben sich Hinweise ergeben, daß der in Aachen ansässige Verein "Al Aqsa e.V" unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe für Palästina die Ziele der HAMAS unterstützt.

4.6 Iraner

Bedeutsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung fanden im Jahre 1996 nicht statt. Von Propagandaaktionen der iranischen Opposition im Bundesgebiet abgesehen, waren iranische Organisationen kaum öffentlich aktiv.

4.6.1 Anhänger der iranischen Regierung

Die außerhalb des Heimatlandes lebenden Anhänger des Regimes der Islamischen Republik Iran sind in regionalen Vereinen des islamisch-extremistischen Dachverbandes "Union islamischer Studentenvereine in Europa" (U.I.S.A.) organisiert und werden vom Iran finanziert. Die U.I.S.A. setzt sich als einzige überregionale iranische Organisation in Deutschland für die islamische Revolution ein. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Propagierung der Revolutionsideen Khomeinis, die Gewinnung neuer Anhänger sowie die Bekämpfung von Oppositionellen. Die U.I.S.A.-Mitglieder sind verpflichtet, *"bis zum Tod den islamischen Glauben und die islamische Revolution zu verteidigen"*. Sie sind auch maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der alljährlich im Bundesgebiet stattfindenden Großdemonstration zum Jerusalem-Tag beteiligt, an der zuletzt am 17. Februar 1996 in Berlin 1.500 Personen teilnahmen, bei früheren Demonstrationen bis zu 5.000 Personen.

Die öffentlichen Aktivitäten der U.I.S.A. beschränkten sich im wesentlichen auf die Teilnahme an Veranstaltungen des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH). Das IZH ist seit der Machtübernahme Khomeinis die ideologische Zentrale des Irans in Westeuropa für die Verbreitung des Islamismus iranischer Prägung.

4.6.2 Gegner der iranischen Regierung

Bedeutsamste iranische Oppositionsgruppe ist schon seit mehreren Jahren die "Organisation der Volksmodjahedin Iran" (MEK) und ihr militärischer Arm "Nationale Befreiungsarmee" (NLA), die sich selbst als Vertreterin eines gemäßigten islamischen Kurses versteht. Nachdem sie 1981 vom Mullahregime politisch kaltgestellt wurde und mit Anschlägen agierte, floh ihr Chef, Massud Radjavi, nach Paris. Im August 1989 wurde seine Frau, Maryam Radjavi, zur Exilpräsidentin gewählt. Die Bezeichnung "Volksmodjahedin" wird von der Organisation öffentlich nur noch selten verwendet. Um ihre Publizität und wohl auch Akzeptanz von Belastungen der Vergangenheit zu befreien, tritt die Organisation vorwiegend im Rahmen des von ihr majorisierten "Nationalen Widerstandsrat Iran" (NRWI) auf. Der NRWI ist ein Zusammenschluß von MEK und kleinerer iranischer oppositioneller Gruppen. Die wichtigsten sonstigen Organisationen sind:

- Flüchtlingshilfe Iran e.V.,
- Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V.(VIDA),
- Frauen für Demokratie im Iran e.V.

Auch die in Deutschland agierende Organisation "Iranische Moslemische Studentenvereinigung e.V." (IMSV), die vor 1994 hauptsächlich die Interessen der MEK vertreten hatte, ist im NRWI integriert.

Zur Durchsetzung seiner Ziele hat der NRWI auch im Jahre 1996 großangelegte Spendensammlungen organisiert.

Im Zusammenhang mit der Ermordung einer Funktionärin der Volksmodjahedin und eines Sympathisanten des NRWI in der Türkei im Februar 1996 fand am 29. Februar 1996 in Bonn eine Protestveranstaltung statt, an der ca. 1.000 Personen teilnahmen. Die Demonstration richtete sich gegen die Regierung Irans, die nach Ansicht der Volksmodjahedin für die Ermordung der beiden Personen verantwortlich ist. Die Demonstrationsteilnehmer forderten auf Plakaten u.a. den Ausschluß des "Terror-Regimes der Mullahs" aus der UNO. Die Demonstration verlief friedlich.

4.7 Nordiren: Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA)

Ziel der PIRA ist die Unabhängigkeit von Großbritannien und die Wiedervereinigung mit Irland. Dieses Ziel versucht sie mit terroristischen Mitteln durchzusetzen. Der seit ca. 26 Jahren andauernde Bürgerkrieg in Nordirland forderte über 3.000 Menschenleben und begann im Jahre 1969 mit den Bürgerrechtsmärschen der Katholiken.

Am 31. August 1994 verkündete die PIRA in Belfast die "vollständige Einstellung der militärischen Operationen". Mit der Aufkündigung ihres eineinhalb Jahre lang eingehaltenen Waffenstillstandes im Februar 1996 hat die PIRA offenkundig ihre Taktik geändert. Die zunächst auf Großbritannien beschränkten Anschläge wur-

den mit dem Sprengstoffanschlag auf eine britische Kaserne in Osnabrück am 28. Juni 1996 auch auf das europäische Festland ausgeweitet und beendeten sechs anschlagfreie Jahre außerhalb Großbritanniens. Die Tat als solche weist auf eine Änderung der Haltung der PIRA hin und läßt weitere Anschläge nicht ausschließen.

4.8 Srilanker/Tamilen: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Gründung	1972	
Sitz	Deutsche Sektion: Mönchengladbach	
Mitglieder	1996	1995
NRW	ca. 200	ca. 150 - 180
Bund	ca. 650	ca. 600
Publikation	Tamil Eelam Saithikal (Tamil Eelam Nachrichten); erscheint unregelmäßig	
Internet	Englischsprachige Homepage	

Die revolutionär-marxistische Organisation "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) führt seit etwa 12 Jahren auf Sri Lanka einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesisch getragene Zentralregierung. Gegründet wurde die LTTE im Jahre 1972 zunächst unter der Bezeichnung "Tamil New Tigers". Ihren jetzigen Namen führt sie seit 1976. Ziel der LTTE ist die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Tamilenstaates "Tamil Eelam" auf dem Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka, das überwiegend von Tamilen bewohnt wird. Im Laufe der Zeit verübte die LTTE eine Vielzahl von Terroranschlägen gegen srilankische und indische Ziele. Die von Ministerpräsidentin Kamaratunga auch im Jahre 1996 angebotenen Friedensgespräche und Amnestieangebote wurden abgelehnt. Stattdessen hat der Guerillakrieg an Härte und Brutalität zugenommen. Ursache der Auseinandersetzungen sind die Minoritätenprobleme Sri Lankas, die sehr kompliziert sind, da sie historisch, ethnisch, sprachlich und religiös bedingt sind. Etwa 70% der Bevölkerung sind buddhistische Singhalesen und etwas über 20% sind hinduistische Tamilen.

Die LTTE-Sektion Deutschland besteht aus konspirativen Zellen und setzt ihre Taktik der Abschottung nach außen fort. In Deutschland versucht sie, durch massive Spendengelderpressungen den Guerillakampf im Heimatstaat zu unterstützen. Unter anderem wegen gewaltsamer Spendenerpressungen wurde von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf im Jahre 1996 gegen Angehörige der LTTE Klage beim Landgericht Düsseldorf erhoben.

Am 11. Januar 1997 organisierte die LTTE in Dortmund eine Gedenkveranstaltung aus Anlaß des vierten Todestages des ehemaligen Leiters ihrer Auslandsorganisation Krishnakumar, an der etwa 600 Personen teilnahmen.

Die LTTE ist bestrebt, auf alle Lebensbereiche der in Deutschland lebenden Tamilen Einfluß zu nehmen. Dazu dient ihr ein bereitgefächertes Netz an Clubs und

Vereinen. Sie errichtet eigene Schulen und Kindergärten. Damit versucht sie, selbst Minderjährige zu indoktrinieren.

4.9 Inder: International Sikh Youth Federation (ISYF)

Die in Deutschland aktive ISYF unterstützt die im nordindischen Bundesstaat Punjab für die Gründung eines unabhängigen Sikh-Staates "Khalistan" kämpfenden terroristisch Sikh-Gruppen durch Geldspenden.

5 Spionageabwehr

Allgemeine Entwicklung

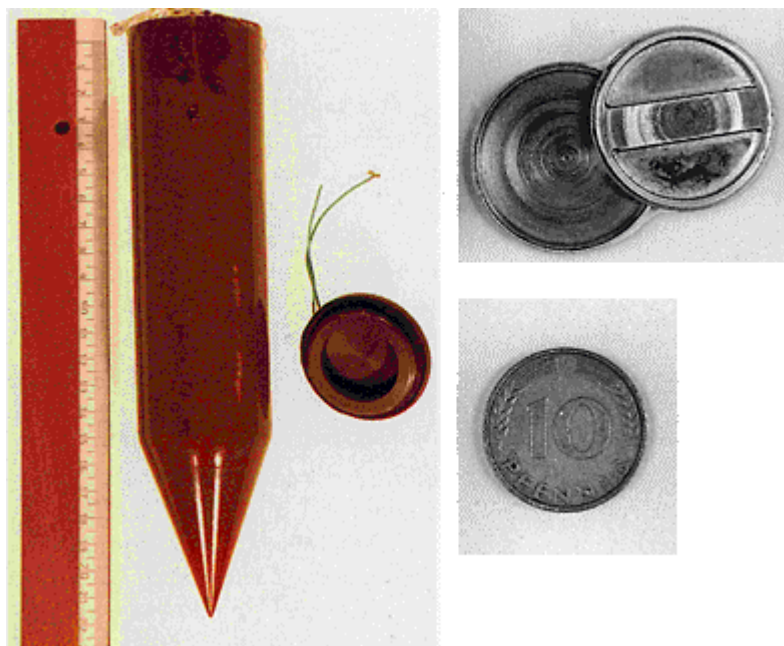
Seit 1989 ist die politische Ausrichtung der Welt auf zwei Blöcke beendet. Anders als in Mitteleuropa ist es jedoch in Südosteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion noch nicht durchweg zu politischen Neuorientierungen gekommen.

Diese Konstellation wirkte sich auf die Tätigkeit der Spionageabwehr im Jahr 1996 aus. Sie ist gekennzeichnet von deutlichen Entspannungen in Mitteleuropa. Die politische Zielsetzung einer Zusammenarbeit erfordert vertrauensbildende Kontakte und läßt Notwendigkeit und Vertretbarkeit von Spionageaktivitäten in den Hintergrund treten.

Auch in den oben angesprochenen Gebieten, in denen die politische Entwicklung, zum Teil auch hinsichtlich der territorialen Abgrenzung, noch im Fluß ist, stehen innenpolitische und wirtschaftspolitische Zielsetzungen im Vordergrund. Gleichwohl haben die nationalstaatlichen Entwicklungen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion dauerhaft eigene Spionageorganisationen geschaffen. Anders als zu Zeiten der Blockbindungen, in denen das gegenseitige Mißtrauen und der Verdacht der Desinformation selbst durch offen zugängliche Informationsquellen Spionage als "Aufklärung" erforderlich zu machen schien, stehen für die neu entstandenen Spionageorganisationen neben Gesichtspunkten der inneren Sicherheit insbesondere Aktivitäten zur Sicherung bzw. zum Aufbau einer eigenen Wirtschaft im Vordergrund.

Auch die sogenannten Schwellenländer vorwiegend des Nahen Ostens, aber auch in Asien, die über eine staatlich verfaßte Wirtschaftsorganisation verfügen, setzen seit sie von Blockbindungen befreit sind, ihre Nachrichtendienste ein, um ihre wirtschaftliche Position zu verbessern. Die Bemühungen zielen, grob gesehen, in zwei Richtungen. Ziel ist zum einen die Beschaffung von Informationen, die die Wirtschaftsproduktion auch international konkurrenzfähiger machen. Erkenntnisse aus dem Hochtechnologiebereich sind hier von Bedeutung. Für den Ausbau einer im internationalen Markt konkurrenzfähigen Wirtschaft sind aber technisches Know How, Produktgestaltung und Erkenntnisse zu modernen Werkstoffen und Materialien ebenso von unschätzbarem Wert. Daneben sind die Bemühungen dieser Nachrichtendienste darauf gerichtet, aus den technologisch führenden Ländern wie Deutschland Waren zu beschaffen, deren Export eingeschränkt ist.





Für die Zusammenarbeit der Führungsstelle mit ihren Agenten werden verschiedene nachrichtendienstliche Hilfsmittel eingesetzt (z.B. Erddübel, Bild oben links). Als Container werden Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens verwendet, die ein Versteck erhalten. Solche Container werden über sog. "Tote Briefkästen" ausgetauscht. Die als Geldstück (Bilder oben rechts) getarnten Container werden bei Treffs persönlich übergeben, weil dies unauffällig und unverfänglich geschehen kann. Container die durch ein Verschlusssystem (Bilder links) relativ gut vor Entdeckung geschützt sind, werden nach wie vor von fremden Nachrichtendiensten gerne genutzt.

Wirtschaftsspionage hat, ohne daß dem in der Öffentlichkeit große Bedeutung beigemessen wurde, schon immer eine große Rolle gespielt. Ein Großteil der sogenannten Aufklärungsbemühungen des ehemaligen Ostblocks richtete sich auf die Gewinnung von Erkenntnissen zur Stärkung der Wirtschaft. Dieser Bereich von Spionagemühungen hat durch die erst nach der Blockauflösung möglichen Aktivitäten vieler Schwellenländer zusätzlich insofern an Bedeutung gewonnen, als die Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Dienste sich erheblich erhöht hat. Parallel hierzu hat die Beschaffung sonstiger Informationen dank verstärkter internationaler Zusammenarbeit und eines offeneren Informationsaustausches an Bedeutung eingebüßt.

Wirtschaftsspionage fällt allerdings nur insoweit in den Aufgabenbereich staatlicher Spionageabwehr, als ausländische staatliche Organisationen mit geheimdienstlichen Mitteln, d.h. konspirativ, Erkenntnisse und Waren beschaffen. Materiell sind solche Aktivitäten auch dann als Spionagetätigkeit anzusehen, wenn sie zwar nicht von offiziellen staatlichen Spionageorganisationen oder Geheimdiensten ausgehen, aber von diesen erheblich gesteuert werden. Durchweg läßt sich allerdings sagen, daß vielfach die Gesetzesgrundlagen oder die sonstigen offiziellen Aufträge für die Tätigkeit ausländischer Aufklärungsorganisationen ausdrücklich die Zielrichtung Wirtschaftsspionage einschließen. Die Schwierigkeit besteht daher eher darin, auch solche verdeckten Beschaffungsbemühungen, die nicht unmittelbar von ausländischen Aufklärungsdiensten ausgehen, als staatlich gesteuerte Spionagetätigkeit zu erkennen.

Wirtschaftsspionage gegenüber deutschen Firmen fällt danach in den Aufgabenbereich der Spionageabwehr nur insoweit, als die Ausspähungen offen oder verdeckt durch ausländische Nachrichtendienste bzw. verdeckt durch sonstige staatliche Stellen erfolgen. Für den gesamten Bereich der von Privatpersonen und privaten Firmen gesteuerten Ausspähungsbemühungen sind die Betroffenen auf eigene Verhinderungsbemühungen angewiesen. Staatliche Spionageabwehrbehörden können hier ausschließlich mit der Vermittlung allgemeiner Erkenntnisse aus ihrer Spionageabwehrtätigkeit und sonstigem allgemeinem Know How helfen.

Auch weiterhin gelten die im NRW-Verfassungsschutzbericht 1995 getroffenen Feststellungen über die Zahl der in Spionageaktivitäten in Deutschland verwickelten Länder. Sie ist nach der Auflösung der Blockbildung deutlich gewachsen. Nachrichtendienstliche Aktivitäten sowohl Nordkoreas als auch Chinas sind hier ebenso bekanntgeworden wie die anderer Schwellenländer aus dem Fernen und Nahen Osten. Schwerpunktmäßig spielen aber nach wie vor Spionageaktivitäten Rußlands und des Irans eine Rolle.

Nachrichtendienste Rußlands

Die Nachrichtendienste Rußlands haben ihre Position im staatlichen Machtgefüge des Landes konsolidieren können. Sie sind fester Bestandteil des Sicherheitsapparates und haben nicht zuletzt wegen der inneren Situation des Landes einen großen Teil ihres Einflusses zurückgewinnen können. Deutschland zählt, wie schon in den Jahren vor 1989, zu den wichtigsten Zielgebieten der russischen Auslandsaufklärung. Ziele der Spionagetätigkeit sind nach wie vor Erkenntnisse aus Wissenschaft, Militär und Politik. Wirtschaftsaufklärung hat im Verhältnis dazu weiter an Bedeutung gewonnen. Auch hohe Regierungsvertreter haben in Interviews und Stellungnahmen immer wieder verdeutlicht, daß die Auslandsaufklärung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der russischen Wirtschaft zu leisten habe. Im Februar 1996 rief z.B. der russische Staatspräsident bei einer Sitzung des russischen Wirtschaftsrates zur verstärkten Wirtschaftsspionage auf, um so den *"technologischen Abstand zu den entwickelten Ländern des Westens"* zu reduzieren.

Daneben gelten die Hauptbemühungen der gesamten russischen Spionage der beabsichtigten Osterweiterung der NATO. Aufgabe der Auslandsaufklärung ist es, Informationen über die Absichten der NATO-Länder sowie der Länder, die einen Beitritt zur NATO anstreben, zu gewinnen. Die mit dem Erweiterungsprozeß verbundenen Hoffnungen und Ängste der daran Beteiligten und der die Erweiterung mit Mißtrauen verfolgenden Länder geben den klassischen Nährboden für Aufklärungsbemühungen auf allen Seiten ab.

Kasachischer Dienst

Aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind daneben weiterhin Aufklärungsbemühungen des kasachischen Dienstes festzustellen. Er nutzt die günstige Situation aus, Aussiedler für die eigene Erkenntnisgewinnung einzusetzen. Hier stehen solche Personen im Mittelpunkt des Interesses des kasachischen Dienstes, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation die Erwartung rechtfertigen können, in Bereichen beruflich Fuß zu fassen, in denen sie Zugang zu nachrichtendienstlich interessanten Erkenntnissen haben können. So wurde einem Aussiedler, der als leitender Ingenieur in Kasachstan tätig war, von Mitarbeitern des Komitees für nationale Sicherheit in Kasachstan nahegelegt, sich zu bemühen, ins Ruhrgebiet zu

kommen und sich dort nach einer Zeit des Einlebens bei einem bestimmten Unternehmen zu bewerben. Dies war mit der Erwartung verbunden, daß es dem Ingenieur gelingen könnte, bei dieser Firma für den kasachischen Dienst Erkenntnisse zu Verfahren zur Herstellung bestimmter Produkte zu gewinnen.

Zur Sensibilisierung befragt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz deshalb Personen, deren berufliche Qualifikation von fremden Nachrichtendiensten zur Erkenntnisgewinnung in der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden kann. Diese Befragungen bieten zudem die Möglichkeit, gegebenenfalls Anwerbungen zu offenbaren.

Iranische Nachrichtendienste

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor bevorzugtes Operationsgebiet für iranische nachrichtendienstliche Aktivitäten mit zwei Schwerpunkten.

Angehörige iranischer Nachrichtendienste steuern hier lebende Landsleute als Informanten. Interesse besteht insbesondere an Informationen über regimefeindlich eingestellte Organisationen und Personen unter den ca. 100.000 in der Bundesrepublik lebenden Iranern. Ziel der Ausforschungsbemühungen ist es, die iranischen Oppositionellen zu überwachen und in ihren Aktivitäten möglichst einzuschränken. Es gibt Hinweise darauf, daß bei dieser grundsätzlich illegalen Tätigkeit Oppositionelle auch bedroht und eingeschüchtert werden.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Informationen und Gütern, deren Export eingeschränkt ist. Insbesondere mit der Güterbeschaffung versucht der Iran, die von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen internationaler Absprachen errichteten Handelsbarrieren zu umgehen, die eine unkontrollierte Ausfuhr von Hochtechnologie und sensitiven Produkten in bestimmte Krisenländer wie z.B. den Iran verhindern sollen. Je strikter die Exportbestimmungen im Laufe der Jahre wurden, je mehr wurde die nachrichtendienstliche Beschaffung, insbesondere von ABC-Waffen- und Trägertechnologie, sonstiger Kriegswaffen und anderer Hochtechnologie forciert.

Zur Umgehung der Exportbestimmungen hat der Iran in der Bundesrepublik Deutschland ein Beschaffungsnetz aufgebaut, in dem iranische Firmen, iranische Stiftungen und Einzelpersonen ebenso eingebunden sind wie staatliche iranische Institutionen. Die Beschaffung bezieht sich durchweg nicht auf Endprodukte, die meist unmittelbar die Möglichkeit ihrer Verwendung für Bereiche offenbaren, deren weitere Entwicklung gerade nicht gefördert werden soll. Gegenstand sind vielmehr sogenannte Dual-use- Güter. Hierunter versteht man solche Produkte und Produktteile, die sowohl für eine erlaubte als auch für eine die Exportsperr auslösende Nutzung geeignet sind. Im Einzelfall ist eine Beurteilung, ob das Produkt danach dem Exportverbot unterliegt, äußerst schwierig. Bei Einkäufen des Irans ist deshalb höchste Sensibilität geboten und die Einschaltung der exportüberwachenden Behörden (z.B. Bundesausfuhramt) in Zweifelsfällen unerlässlich.

Nachrichtendienstliche Tätigkeiten der ehemaligen DDR

Die Aufarbeitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der ehemaligen DDR ist inzwischen nicht nur von der Seite der Abwehrbehörden, sondern auch hinsichtlich der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen weitgehend abgeschlossen worden. Es

stehen noch einige Gerichtsverfahren an. Allein beim OLG Düsseldorf liegen noch 11 Anklagen vor.

6 Wirtschafts- und Geheimschutz

Informationen in Sicherheitsfragen

Standen in den Vorjahren eintägige Informationsveranstaltungen in Sicherheitsfragen für Unternehmen der verschiedensten Branchen im Vordergrund, so konzentrierte sich 1996 die Informationstätigkeit der Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes auf gezielte Einzelberatungen von insgesamt 35 Unternehmen. Hierbei sowie bei den zahlreichen Einzelkontakten zu den Sicherheitsbevollmächtigten in der Wirtschaft zeigte sich großes Interesse an Informationen zu aktuellen Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in wirtschaftlichen Dingen.

Sicherheitsfachmesse Security 96

Erstmals haben sich 1996 das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Referat Wirtschafts- und Geheimschutz des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes an der Sicherheitsfachmesse Security beteiligt, die vom 8. bis 11. Oktober 1996 in Essen stattfand.

Das Fachpublikum zeigte großes Interesse an Informationen des Verfassungsschutzes zu den Themen Wirtschaftsspionage, Spionage, Rechts- und Linksextremismus sowie sicherheitsgefährdende Aktivitäten ausländischer Extremisten in Deutschland.

Geheimschutzverfahren in der Wirtschaft

Durch das sogenannte Geheimschutzverfahren in der Wirtschaft sollen geheimhaltungsbedürftige Staatsaufträge durch die Wirtschaft vor Ausspähungsversuchen fremder Nachrichtendienste geschützt werden (ausführlich zum Geheimschutzverfahren: NRW-Verfassungsschutzbericht 1995, S. 293f).

Der bei solchen Aufträgen von Bundesbehörden oder nicht-deutschen Stellen für die Festlegung der Geheimschutzvorkehrungen zuständige Bundesminister für Wirtschaft hat 1996 mehr als 40 nordrhein-westfälische Unternehmen aus der Geheimschutzbetreuung des Bundes entlassen, da diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums keine geheimhaltungsbedürftigen Aufträge von Bundesbehörden oder nicht-deutschen Stellen durchzuführen hatten. Hintergrund waren zum einen die rückläufigen Auftragszahlen im Rüstungsbereich. Zum anderen waren die Länder angehalten, bei der Vergabe eigener geheimhaltungsbedürftiger Aufträge nicht mehr nur auf Firmen zurückzugreifen, bei denen das Geheimschutzverfahren des Bundes ausschließlich der Landesinteressen wegen aufrechterhalten werden mußte.

Nordrhein-Westfalen hat sich mit dem zweiten Teil seines Sicherheitsüberprüfungsgesetzes - SÜG NW - (§§ 25 bis 32) auf diese Situation eingerichtet und ein eigenes Landesgeheimschutzverfahren in der Wirtschaft gesetzlich geregelt. Im Jahre 1996 wurden gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zwei Firmen in das Landesgeheimschutzverfahren genommen, die geheimhaltungsbedürftige Aufträge nordrhein-westfälischer Behörden auszuführen hatten.

Erfahrungen mit dem SÜG NW

Im Zuge der Umsetzung des 1995 in Kraft getretenen SÜG NW haben ca. zwei Drittel aller in Frage kommenden öffentlichen Stellen das mit Verschlusssachen in Berührung kommende Personal bereits einer Sicherheitsüberprüfung nach den neuen Vorschriften unterzogen. Die Bereitschaft der zu überprüfenden Personen zu einer Sicherheitsüberprüfung war bis auf wenige Ausnahmen vorhanden. Lediglich zwei Fälle wurden bekannt, in denen sich die betroffenen Personen keiner Sicherheitsüberprüfung unterziehen wollten.

Auf der anderen Seite mußte einer größeren Anzahl bislang zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigter Betroffener der Verzicht auf eine erneute Sicherheitsüberprüfung und Ermächtigung zum Zugang zu Verschlusssachen erläutert werden, da sich die Zahl der zum Zugang zu Verschlusssachen zu ermächtigenden Personen aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen gegenüber dem früheren Rechtszustand deutlich verkleinerte. Durchweg fand hierbei der Grundgedanke der Novellierung, nämlich die Beschränkung effizienterer Sicherheitsüberprüfungen auf einen engeren Risikobereich, Anklang.

7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

7.1 Gesetzliche Grundlagen

Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist gesetzlich geregelt

Rechtsgrundlagen für die Arbeit des Verfassungsschutzes NRW sind unter anderem:

- Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NW-) vom 20. Dezember 1994 (GV NW 1995 S. 28, SGV NW 12),
- Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz - BVerfSchG -) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 2954),
- Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen - SÜG NW -) vom 7. März 1995 (GV NW S. 210, SGV NW 12).

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (u.a. Personalausweisgesetz, Paßgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen für das Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde setzt z.B. das Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (siehe Nr. 7.6).

Die Behörden des Verfassungsschutzes sind als Teil der vollziehenden Gewalt auch im übrigen an Gesetz und Recht und insbesondere an die in Art. 1 bis 19 Grundgesetz verankerten Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden (Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz).

Verfassungsschutzgesetz bewährt sich

Das neue VSG NW, das seit dem 26. Januar 1995 in Kraft ist, bewährt sich. Es gibt dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz eine klare Rechtsgrundlage, die auch eine effektive und rechtsstaatliche Tätigkeit zum Schutz unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates ermöglicht. Alle zulässigen Grundrechtseingriffe sind in einer abschließenden Aufzählung der nachrichtendienstlichen Mittel geregelt. Festgelegt ist auch, wann personenbezogene Daten erhoben und gespeichert werden dürfen.

Besondere Bedeutung räumt das VSG NW dem Datenschutz ein. Hier schafft das Gesetz unter Beachtung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit Transparenz. Die Voraussetzungen für die Speicherung personenbezogener Daten werden vom Gesetz unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Grundsätze genau bestimmt. So beschränkt etwa § 8 Abs. 3 VSG NW die Speicherung von Daten auf das für die Aufgabenerfüllung erforderliche Maß. Die §§ 10 und 11 VSG NW regeln detailliert die Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten. Außerdem verpflichten sie die Verfassungsschutzbehörde, zusätzlich bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach

festgesetzten Fristen zu prüfen, ob die von ihr erhobenen Daten noch zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Darüber hinaus enthält das Gesetz klare Vorschriften zur Übermittlung personenbezogener Daten durch bzw. an die Verfassungsschutzbehörde. Besonders geschützt werden zum Beispiel die Daten von Minderjährigen. So dürfen Erkenntnisse über Minderjährige, die vor der Vollendung des 16. Lebensjahres liegen, überhaupt nicht gespeichert werden (§ 9 VSG NW).

Jedem Bürger gewährt § 14 VSG NW ein Auskunftsrecht hinsichtlich der zu seiner Person gespeicherten Daten. Ohne besondere Begründung kann jeder eine solche Auskunft kostenlos verlangen. Die Auskunft kann nur aus den in § 14 Absatz 2 VSG NW abschließend aufgezählten Gründen versagt werden. Im Jahr 1996 haben sich 20 Auskunftssuchende an die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde gewandt und nachgefragt, ob über sie personenbezogene Daten gespeichert sind. Den Bürgern wurde mitgeteilt, ob und gegebenenfalls welche Daten zu ihrer Person vorlagen. Teilweise waren die Auskünfte aus den Gründen des § 14 Abs. 2 VSG NW eingeschränkt, jedoch unterblieb in keinem der Fälle die Auskunft völlig.

Sicherheitsüberprüfungen gesetzlich geregelt

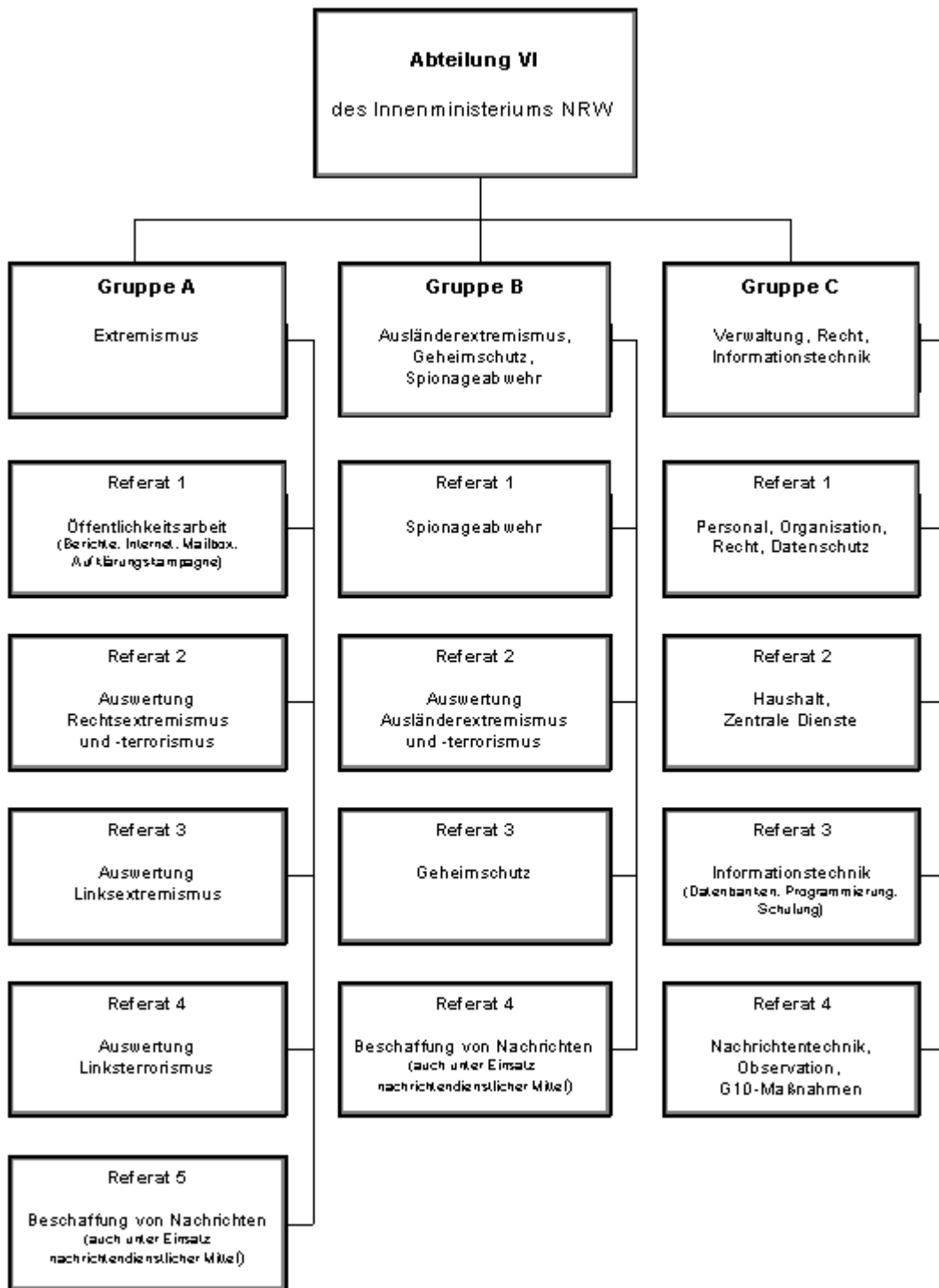
Am 12. April 1995 ist das Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen (SÜG NW) in Kraft getreten. Es regelt die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Landesgesetzgeber stellte die Durchführung der bis dahin auf Grund einer Richtlinie vorgenommenen Sicherheitsüberprüfungen erstmalig auf eine gesetzliche Grundlage. Nähere Ausführungen zur Tätigkeit des Verfassungsschutzes auf der Grundlage des SÜG NW finden sich in Kapitel 6 dieses Berichts.

7.2 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsschutzbehörden. Neben den Landesbehörden nimmt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf Bundesebene wahr und fungiert als Zentralstelle (Artikel 87 Abs. 1 Grundgesetz). Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind gesetzlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Innenministerium (§ 1 Abs. 1 VSG NW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung VI des Innenministeriums zuständig, die sich in drei Gruppen gliedert. Die Abteilung verfügte 1996 über 303 Stellen. Für Sachmittel und Investitionen wurden 1996 6,4 Mio. DM ausgegeben.

Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen



7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient gemäß Art. 73 Nr. 10 Buchstabe b Grundgesetz und § 1 VSG NW der Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder.

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Verfassungsschutzes liegt darin, Informationen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über verfassungsfeindliche, sicherheits- und bestandsgefährdende Bestrebungen zu sammeln, auszuwerten und weiterzugeben. Bund und Länder arbeiten dabei eng zusammen. Drei Hauptaufgabengebiete lassen sich unterscheiden:

- Sammlung und Auswertung von Informationen über
- politischen Extremismus und Terrorismus (Rechts-, Links- und Ausländerextremismus bzw. -terrorismus);
- Bestrebungen und Tätigkeiten, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind;
- geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht (Spionage);
- Mitwirkung im Rahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes und des vorbeugenden Sabotageschutzes;
- Verfassungsschutz durch Aufklärung (Öffentlichkeitsarbeit).

Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Die wesentlichen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht als oberstes Organ der Rechtsprechung in mehreren Entscheidungen definiert. Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalens (§ 3 Absatz 4 VSG NW) zählen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Der Erhalt dieser Prinzipien dient insbesondere dem Schutz des einzelnen Bürgers vor der Allmacht des Staates. Es handelt sich somit um eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, wie sie totalitäre Staaten nicht kennen. Die Beeinträchtigung dieser demokratischen Grundordnung ist das eigentliche Ziel der Extremisten von rechts und links. Deren Aktivitäten zu beobachten ist daher eine besonders wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes.

7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist im wesentlichen ein Nachrichtendienst. Er besitzt keine polizeilichen Befugnisse. Verfassungsschutz und Polizei sind in der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch getrennt (Trennungsgebot). Erscheint dem Verfassungsschutz aufgrund seiner Erkenntnislage ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so unterrichtet er die Polizeibehörden von seinen Beobachtungen. Diese entscheiden dann in eigener Verantwortung, ob und welche polizeilichen Maßnahmen zu treffen sind (z.B. Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen).

Offene Informationsquellen wichtig

Der Verfassungsschutz sammelt in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über die zu beobachtenden Bestrebungen und Tätigkeiten und wertet sie aus. Auch ein Nachrichtendienst nutzt dabei überwiegend die offenen Quellen, d.h. die allen zugänglichen Erkenntnismöglichkeiten. Dies sind insbesondere Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstiges Material extremistischer Organisationen, mit denen diese ihre Vorstellungen propagieren und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele werben.

Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse reichen jedoch allein nicht aus, um ein objektives und zuverlässiges Bild über die tatsächlichen - oft geheimgehaltenen - Planungen und Gefährdungen zu erhalten.

Um auf diesen Feldern zu fundierten Erkenntnissen zu gelangen, ist der Verfassungsschutz befugt, Methoden einzusetzen, die der geheimen, vom Betroffenen nicht wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen.

7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung

Die allen Verfassungsschutzbehörden eingeräumte Befugnis zum Einsatz von Mitteln zur heimlichen Informationsbeschaffung ist die Konsequenz ihres im Grundgesetz beschriebenen Auftrags, Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes abzuwehren. Das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz zählt die nachrichtendienstlichen Mittel in § 5 Absatz 2 abschließend auf:

- Einsatz von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informanten, zum Zwecke der Spionageabwehr überworfenen Agenten, Gewährspersonen und verdeckten Ermittlern;
- Observation;
- Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Videografieren und Filmen);
- verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
- Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
- Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel;
- Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen sowie die Sichtbarmachung, Beobachtung, Aufzeichnung und Entschlüsselung von Signalen in Kommunikationssystemen;
- Verwendung fingierter biografischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden);
- Beschaffung, Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
- Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz;
- weitere vergleichbare Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere das sonstige Eindringen in technische Kommunikationsbeziehungen durch Bild-, Ton- und Datenaufzeichnungen.

Mit allen genannten Mitteln wird erheblich in grundrechtlich geschützte Positionen der Betroffenen eingegriffen. Ihr Einsatz muß daher stets auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nimmt Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nur in sehr seltenen Fällen vor. Die Zahl der angeordneten Überwachungsmaßnahmen liegt seit vielen Jahren unter 10 pro Jahr.

In das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis darf laut Artikel 10 Grundgesetz nur auf der Grundlage eines speziellen Gesetzes eingegriffen werden. Ein solches Gesetz ist das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, kurz: G 10. Es berechtigt auch die Verfassungsschutzbehörden, dem Brief- und Postgeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernmeldeverkehr zu überwachen und aufzuzeichnen. Solche Beschränkungen dürfen allerdings nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für den Verdacht erfolgen, daß jemand

- bestimmte schwere und staatsgefährdende Straftaten plant, begeht oder begangen hat

oder

- jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

Diese Einschränkung auf bestimmte, abschließend in § 2 G 10 aufgezählte Straftaten trägt der Schwere des Eingriffs des Staates in die Privatsphäre des Betroffenen Rechnung.

Neben den genannten inhaltlichen Anforderungen sieht das nordrhein-westfälische Ausführungsgesetz zum G 10 verfahrensmäßige Schutzvorkehrungen vor. Es bedarf eines Antrages durch den Leiter der Verfassungsschutzabteilung an den Innenminister, der die Maßnahme persönlich anordnen muß. Bevor die Maßnahme durchgeführt werden darf, ist die Zustimmung einer vom parlamentarischen Kontrollgremium für die Dauer der Wahlperiode des Landtags bestellten Kommission erforderlich, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahme entscheidet. Diese sogenannte G 10-Kommission besteht aus insgesamt vier Mitgliedern, die nicht dem Landtag angehören müssen und die in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen sind.

Grundsätzlich darf erst mit der Ausführung der Beschränkungsmaßnahme begonnen werden, wenn die G 10-Kommission zugestimmt hat. In besonderen Eilfällen kann es erforderlich sein, die Maßnahme vor der Entscheidung durch die G 10-Kommission zu beginnen. Sie ist in diesen Fällen schnellstmöglich zu informieren und entscheidet dann nachträglich. Sollte sie die Beschränkungsmaßnahme für nicht zulässig halten, hat der Innenminister diese unverzüglich aufzuheben.

Die Anordnung einer Beschränkungsmaßnahme ist auf höchstens drei Monate befristet. Sie kann im gleichen Verfahren um jeweils höchstens drei Monate verlängert werden.

7.7 Verarbeitung personenbezogener Daten und erläuternder Texte

Die Verfassungsschutzbehörde NRW darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten u.a. in Dateien verarbeiten. Dies erfolgt vor allem mit Hilfe zweier Instrumente:

- des Abteilungs-Informationssystems der Verfassungsschutzbehörde NRW zur eigenen Aufgabenerfüllung und
- des "Nachrichtendienstlichen Informationssystems" (NADIS) zur Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)

Die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde übermittelt dem Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. den Landesverfassungsschutzbehörden die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten. Zu dem Zweck der gegenseitigen Unterrichtung haben die Verfassungsschutzbehörden nach § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz eine gemeinsame Datenbank, das sogenannte "Nachrichtendienstliche Informationssystem" (NADIS), errichtet, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird. Im NADIS dürfen alle Verfassungsschutzbehörden Daten einstellen und abrufen. Aus Datenschutzgründen kann aus dem NADIS nur erkannt werden, ob über eine Person Erkenntnisse vorliegen, nicht aber, was bekannt ist. Das NADIS enthält lediglich personenbezogene Grunddaten, wie Namen, Vornamen, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift, außerdem einen Hinweis auf die Behörde, die den Datensatz in die Datenbank eingestellt hat, nicht jedoch Texte oder Kürzel, die etwas über die Erkenntnisse aussagen, die die für die Einstellung verantwortliche Verfassungsschutzbehörde gewonnen hat. Hat eine andere Verfassungsschutzbehörde ein Interesse an Sachinformationen, so muß sie auf konventionellem Wege bei der Behörde nachfragen, die den Datensatz eingestellt hat. Das NADIS ist also eine Hinweisdatei, aus der lediglich zu entnehmen ist, ob und gegebenenfalls wo über eine bestimmte Person Akten, also Aufzeichnungen über Sachverhalte, vorliegen.

Die aus dem NADIS ersichtlichen Angaben besagen nicht, daß es sich bei den gespeicherten Personen um Extremisten, Terroristen oder gegnerische Agenten handelt. Bei dem NADIS handelt es sich daher nicht um eine "Verdächtigendatei". Die Speicherung einer Person in diesem System hat für den Betroffenen keinerlei diskriminierende Wirkung. Auch ist das NADIS aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den "gläsernen Menschen" zu schaffen.

Speicherungen im Abteilungs-Informationssystem

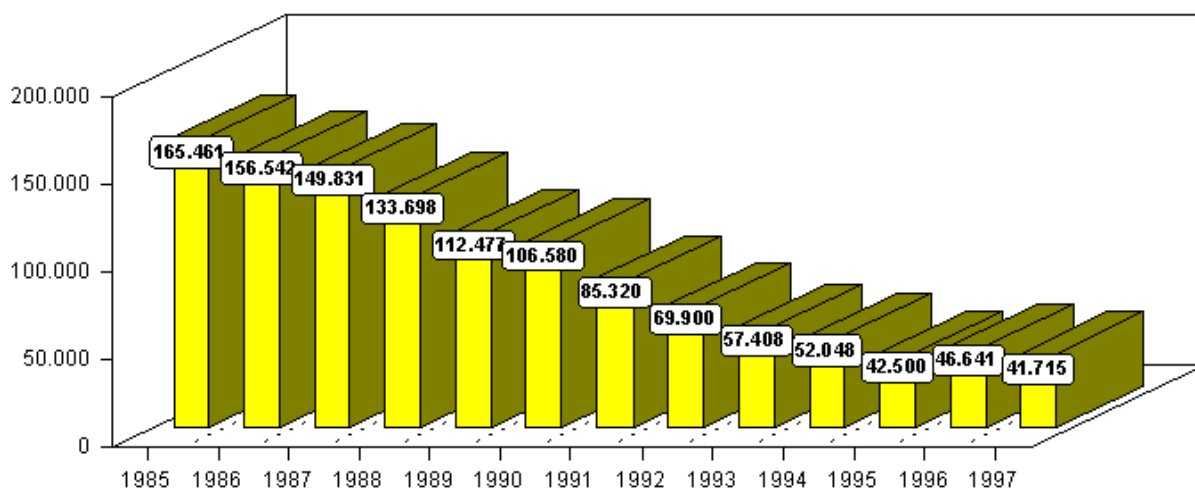
Zu behördeninternen Zwecken dürfen personenbezogene Daten im Rahmen des § 8 VSG NW bei der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen verarbeitet werden. Seit Januar 1995 steht dazu ein computergestütztes Abteilungs-Informationssystem zur Verfügung, in dem im Unterschied zum NADIS auch Sachverhaltshinweise gespeichert werden dürfen. Allerdings gewährleistet § 12 Abs. 3 VSG NW zugleich, daß solche Textzusätze nicht verselbständigt verwertet werden dürfen, weil sonst die Gefahr bestehen kann, daß verkürzt wiedergegebene Sachverhalte zu falschen Bewertungen führen. Deshalb verlangt der Gesetzgeber, daß in diesen Fällen die "dazugehörenden erläuternden Unterlagen", in der Regel also die aktenmäßig festgehaltenen Erkenntnisse, Bewertungsgrundlage

sein müssen. Faktisch enthält das Abteilungs-Informationssystem die Inhalte, auf die von NRW im NADIS hingewiesen wurde. Speicherungen, die nicht auch im NADIS erfolgen, werden in NRW nur in Ausnahmefällen vorgenommen, z.B. wenn die Daten nicht für eine Speicherung im NADIS ausreichen, also unvollständig sind.

Datenbestände werden weiter bereinigt

Von Nordrhein-Westfalen waren im NADIS Anfang 1996 46.641 Personen und Ende 1996 41.715 Personen gespeichert. Damit ist der stetige Abbau des Datenbestandes, der im Verlaufe der letzten 12 Jahre nur 1995 unterbrochen war, fortgesetzt worden. Dieser Rückgang ist das Ergebnis regelmäßiger Bereinigungsaktionen, der politischen Veränderungen nach 1989 und strengerer Datenschutzvorschriften.

Entwicklung des NADIS-Datenbestandes - Speicherungen des Verfassungsschutzes NRW von 1985 bis 1997 (jeweils am 1. Januar)



7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen

Die Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungs- und sicherheitsgefährdende Bestrebungen und geheimdienstliche Tätigkeiten sind kein Selbstzweck. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet regelmäßig die Landesregierung und den Landtag über ihre Erkenntnisse. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit dient der geistig-politischen Auseinandersetzung jedes einzelnen Bürgers mit extremistischen Bestrebungen und Gedankengut sowie der öffentlichen Diskussion.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen arbeiten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zusammen. Der Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie der inneren und äußeren Sicherheit dient die Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Andererseits ist der Verfassungsschutz auf die Erkenntnisse anderer Behörden angewiesen. Der Informationsaustausch zwischen den Behörden unterliegt jedoch strengen gesetzlichen Grenzen.

7.9 Kontrolle des Verfassungsschutzes

Rechtsstaatliche Verwaltung ist ohne politische und rechtliche Kontrolle nicht denkbar. Auch der Verfassungsschutz ist davon nicht ausgenommen.

Neben die allgemeine, außerordentlich wirksame Kontrolle durch die kritische Öffentlichkeit - vor allem verkörpert von den Medien - tritt die Kontrolle durch

- das parlamentarische Kontrollgremium,
- der Hauptausschuß und der Ausschuß für Innere Verwaltung des Landtags NRW,
- die G10-Kommission,
- Untersuchungsausschüsse,
- Gerichte,
- die Datenschutzbeauftragte,
- den Landesrechnungshof.

Das parlamentarische Kontrollgremium

Besondere Bedeutung hat dabei das parlamentarische Gremium des nordrhein-westfälischen Landtages, das die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde kontrolliert. Zu diesem Zweck besitzt es einen Unterrichtsanspruch über die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und ein Akteneinsichtsrecht.

Das Kontrollgremium besteht aus acht Mitgliedern, die der Landtag aus seiner Mitte mit 2/3-Mehrheit wählt. Im Rahmen seiner Kontrollfunktion kann das Gremium auch Bürger hören, die sich mit Eingaben an die Verfassungsschutzbehörde gewandt haben. Ende 1996 gehörten dem parlamentarischen Kontrollgremium folgende Abgeordnete an (mit Fotos auch auf der Seite "Mitglieder des Kontrollgremiums" zu finden):

Mitglieder des parlamentarischen Kontrollgremiums	
Klaus Matthiesen - Vorsitzender	SPD
Birgit Fischer	SPD
Stefan Frechen	SPD
Robert Krumbein	SPD
Dr. Hans-Ulrich Klose	CDU
Maria Theresia Opladen	CDU
Heinz Paus	CDU
Roland Appel	GRÜNE
Stellvertretende Mitglieder	
Reinhard Grätz	SPD
Jürgen Jentsch	SPD
Annelie Kever-Henseler	SPD
Brigitte Speth	SPD
Wilhelm Droste	CDU
Dr. Rolf Hahn	CDU
Lothar Hegemann	CDU
Christiane Bainski	GRÜNE

7.10 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit

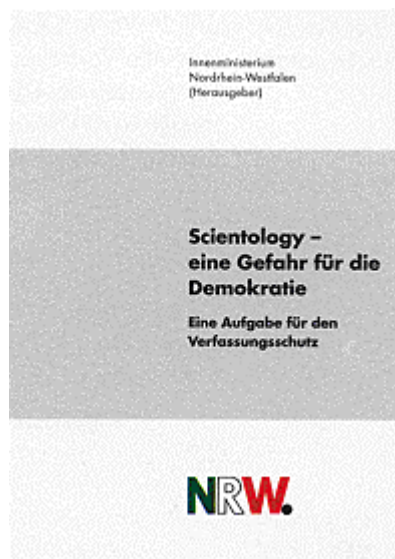
Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die Information der Öffentlichkeit 1996 intensiv fortgesetzt.

Der Umfang des Jahresberichts 1995 wurde gegenüber den vorherigen Jahresberichten noch einmal erweitert. Weiterhin besteht ein großes Interesse an den detaillierten Informationen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Dies zeigt sich an den zahlreichen Bestellungen des Jahresberichts, der innerhalb weniger Monate weitgehend vergriffen war. Für die Zukunft ist eine Erhöhung der Auflage von 30.000 auf 32.000 Exemplare erforderlich.

Der Zwischenbericht 1996 des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, der über wichtige Ereignisse und Entwicklungen bis Ende September 1996 berichtet, erschien im Oktober 1996 mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren.

Mit besonders hohem Interesse wurde 1996 die Broschüre "Scientology – eine Gefahr für die Demokratie. Eine Aufgabe für den Verfassungsschutz?" aufgenommen, die im Januar 1996 erstmals erschien. Die hohe, bundesweite Nachfrage

von Unternehmen, Behörden, Schulen, kirchlichen Organisationen, Selbsthilfeorganisationen und interessierten Einzelpersonen führte dazu, daß im Laufe des Jahres 1996 insgesamt rund 50.000 Exemplare versendet wurden (siehe auch Nr. 1.6).



In zahlreichen Presse-, Funk- und Fernsehinterviews äußerten sich der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Franz-Josef Kniola, und der Leiter des Verfassungsschutzabteilung, Fritz-Achim Baumann, zu Themen des Verfassungsschutzes. Besonders häufig ging es dabei auch um die Frage, ob die Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz beobachtet werden soll.

Im Oktober beteiligte sich der NRW-Verfassungsschutz an der Internationalen Sicherheits-Fachmesse Security 96 in Essen. Sicherheitsfachleute aus Wirtschaft, Behörden und Verbänden nutzten die Möglichkeit, sich zu den Themen Wirtschaftsspionage, Spionage, Rechts- und Linksextremismus sowie über sicherheitsgefährdende Aktivitäten ausländischer Extremisten in Deutschland zu informieren. Auf der Messe "didacta 97", die im Februar 1997 in Düsseldorf stattfand, war der NRW-Verfassungsschutz ebenfalls vertreten.

Referenten des Verfassungsschutzes NRW hielten auch 1996 zahlreiche Vorträge, wobei neben dem Schwerpunkt "Rechtsextremismus" verstärkt Themen aus dem Ausländerextremismus nachgefragt wurden. Daneben werden immer wieder auch Vorträge zu Themen wie "Terrorismus" oder "Aufgaben des Verfassungsschutzes" gewünscht.

In vielen Vortragsveranstaltungen zeigte sich 1996 Interesse an Internet-Aktivitäten von Extremisten. Der NRW-Verfassungsschutz beteiligte sich in diesem Zusammenhang an der Tagung "Rechtsextremismus im Internet", die die Landeszentrale für politische Bildung im Juni 1996 in Oberhausen veranstaltete. Außerdem wurden auch spezielle Vorträge zum Thema "Extremismus im Internet" gehalten. Auf Wunsch des Landtags Nordrhein-Westfalen wurde der Bericht "Extremismus in Datennetzen" erstellt, der im August 1996 dem Hauptausschuß vorgelegt wurde (siehe auch Nr. 1.5).

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen



Willkommen in Düsseldorf beim **NRW**-Verfassungsschutz!




Innenministerium NRW, Düsseldorf

hutzbehörde des Landes NRW ist die Abteilung VI des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen. Zur Zeit sind dort 303 Mitarbeiter beschäftigt.

Innenminister [Franz-Josef Kulola](#) ist für den Verfassungsschutz verantwortlich.

Staatssekretär im Innenministerium ist [Wolfgang Rlotte](#)

Leiter des NRW-Verfassungsschutzes ist [Dr. Fritz-Achim Baumann](#).

- Das ist neu [Aktuelle Kurzneldungen](#) 
- [NRW-Verfassungsschutzbericht 1996](#)
- Unsere Schriften (Verfassungsschutzberichte, Broschüren) können Sie in der [Online-Bibliothek](#) lesen oder [als Datei laden](#)
- So ist der NRW-Verfassungsschutz zu erreichen [Post - Tel - Fax - E-Mail](#)
- Info-Material [online bestellen](#)
- Unter dem Motto *FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - gegen Fremdenhaß* führt der Verfassungsschutz in NRW [Aufklärungskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus](#) durch.
- [Rechtsgrundlagen](#) des NRW-Verfassungsschutzes (Gesetze im Volltext)
- Spezielle Fragen beantwortet das [Online-Lexikon Verfassungsschutz](#)
- So wird der Verfassungsschutz [kontrolliert](#)
- Wie es nach 1945 anfang: [Entstehung des Verfassungsschutzes NRW](#)
- So sind [andere Verfassungsschutzbehörden](#) zu erreichen
- Homepage des [Innenministeriums NRW](#)
- Homepage des [Landes NRW](#)

Impressum

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Abteilung Verfassungsschutz

Haroldstraße 5 / Postfach 10 30 13

40213 Düsseldorf / 40021 Düsseldorf

NRW-Verfassungsschutz im Internet

Seit dem 27. November 1996 ist der NRW-Verfassungsschutz im Internet erreichbar. Unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.nrw.de> können Verfassungsschutzberichte oder z.B. das Scientology-Gutachten in der Online-Bibliothek gelesen oder als Dateien geladen werden. Außerdem enthält das Internet-Angebot neben aktuellen Meldungen Informationen über die Entstehung, die Rechtsgrund-

lagen und die Kontrolle des NRW-Verfassungsschutzes. Die FAIRSTÄNDNIS-Kampagne wird unterstützt, viele Materialien sind online bestellbar, und im Online-Lexikon werden häufige Fragen zum Verfassungsschutz beantwortet. Bis Ende Dezember 1996 besuchten rund 5.000 Nutzer das Angebot.

Bereits seit April 1996 ist der Verfassungsschutz NRW per E-Mail erreichbar (Adresse siehe Impressum). Die Möglichkeit, Fragen, Kritik und Anregungen auf diesem - kurzen - Weg an den Verfassungsschutz zu richten, wird zunehmend genutzt. Die Mailbox des Verfassungsschutzes NRW ist weiterhin unter der Nummer 0211135294 zu erreichen.

FAIRSTÄNDNIS-Kampagne: Neues Computerspiel und neues Jugendmagazin

Der Verfassungsschutz NRW beteiligte sich 1996 weiter an der Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, die die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern 1993 als Antwort auf die Eskalation fremdenfeindlicher Anschläge starteten. Die Aktivitäten standen auch 1996 unter dem Motto "FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - gegen Fremdenhaß". Der Einsatz finanzieller Mittel war 1996 allerdings durch die seit Mai geltende Haushaltssperre erheblich reduziert.



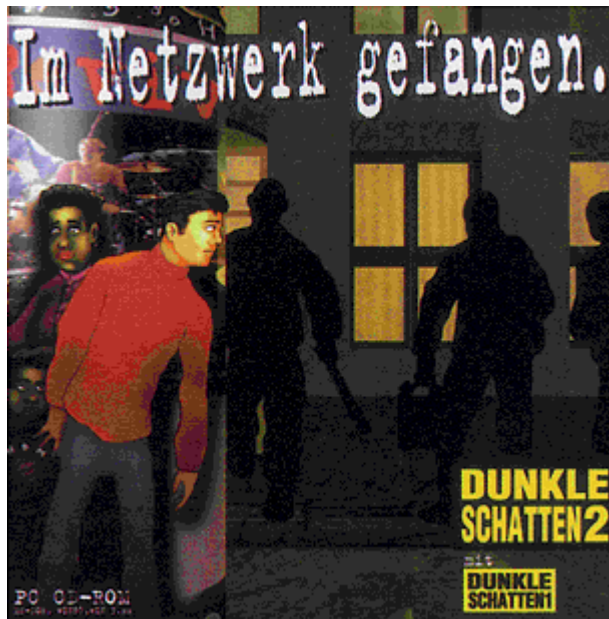
Im Rahmen der FAIRSTÄNDNIS-Kampagne erschien 1996 eine neue Ausgabe des Jugendmagazins "basta". Das Magazin wendet sich direkt an Schüler und Jugendliche, es kann aber auch im Unterricht eingesetzt werden. Die "Pädagogische Handreichung" zu dem Magazin gibt Lehrern zusätzliche Informationen und macht Vorschläge zum Einsatz im Unterricht. Magazin und Handreichung können kostenlos bestellt werden (Bestellkarte am Ende dieses Berichts). Wer im Internet schon

einmal in das neue "basta" hereinschauen möchte findet es im Internet unter



<http://www.universum.de>

Seit Ende 1996 liegt das neue CD-ROM-Computerspiel "Im Netzwerk gefangen - Dunkle Schatten 2" vor. Das Spiel greift aktuelle rechtsextremistische Tendenzen auf und spielt unter anderem in Datennetzen und Mailboxen. Karsten, der Held des Spiels, ist inzwischen in der Ausbildung in einer kleinen Lithographenanstalt und besucht die Berufsschule. Dort gibt ihm ein Mitschüler ein "heißes" Computerspiel. Unversehens wird Karsten in ein spannendes Abenteuer verwickelt. In der Welt der internationalen Datennetze kommt er einer Verschwörung auf die Spur. Er begegnet der nationalsozialistischen Vergangenheit und lernt viel über die Geschichte seiner Heimatstadt. Gemeinsam mit seinen Freunden lernt er Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft, aber auch Drohungen und Gewalt kennen.



Das Computerspiel kann kostenlos bestellt werden (Bestellkarte am Ende dieses Berichts). Technische Voraussetzung ist ein PC 486, 8 MB und höher. Wer es noch nicht kennt: Auf der CD-ROM ist auch das Computerspiel "Dunkle Schatten1", das bereits 1994 erschienen ist.

Die Aufklärungskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus wird 1997 unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Jahres gegen Rassismus fortgesetzt.

8 Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
ADÜTDF	siehe ATF
AIS	Armé Islamique du Salut, Islamische Heilsarmee
AIZ	Antiimperialistische Zelle
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistans
ATF	Almanya Türk Federasyon, Deutsche Türkische Föderation (sog. "Graue Wölfe"); früher: Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V.
BAT	Bundesweite Antifa-Treffen
BBZ	Berlin Brandenburger-Zeitung der nationalen Erneuerung
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
DA	Deutsche Alternative
DABK	Ostanatolisches Gebietskomitee
DAV	Deutscher Arbeitnehmer-Verband e.V.
DESG	Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DHKP-C	Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi, Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DVU	Deutsche Volksunion
EMUG	Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft, Köln
ERNK	Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan, Nationale Befreiungsfront Kurdistans

FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FFD	Freundeskreis Freiheit für Deutschland
FEYKA	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland
FIS	Front Islamique du Salut, Islamische Heilsfront
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.
GG	Grundgesetz
GIA	Group Islamique Armé, Bewaffnete Islamische Gruppe
GNN	Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
HVD	Heimattreue Vereinigung Deutschlands
IBP	Islamischer Bund Palästina
ICCB	Islami Cemaat ve Cemiyetler Birligi (Kaplan-Verband), Köln
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (früher: AMGT), Köln
IHR	Institute for Historical Review
ILA	Initiative linker Aufbruch Gütersloh
IMSV	Iranische Moslemische Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.
ISKU	Informationsstelle Kurdistan e.V., Bonn
ISYF	International Sikh Youth Federation
IUE	Islamische Union Europa e.V., Köln
JF	Junge Freiheit
JN	Junge Nationaldemokraten
KDP	Kurdisch-Demokratische Partei/Irak
KHB	Verein der kurdischen Juristen
KIB	Kurdistan Informationsbüro
KIZ	Kurdistan Informations-Zentrum

KOMKAR	Verband der Vereine aus Kurdistan
KP-IÖ	Kommunistische Partei - Aufbauorganisation
KPF	Kommunistische Plattform der PDS
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MEK	Organisation der Volksmodjahedin Iran
MG	Marxistische Gruppe
MLKP	Marxistische Leninistische Kommunistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MZ	Moderne Zeiten
NAVEND	Kurdisches Informations- und Dokumentationszentrum e.V.
NB	Nationaler Block
NF	Nationalistische Front
NIT	Nationales Infotelefon
NIZ	Nationales Informations Zentrum
NJ	National Journal
NL	Nationale Liste
NLA	Nationale Befreiungsarmee
NO	Nationale Offensive
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PIRA	Provisorische Irische Republikanische Armee
PKK	Partiya Karkeren Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner

RZ	Revolutionäre Zellen
SAF	Sauerländer Aktionsfront
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten
UISA	Union islamischer Studentenvereine in Europa
UFK	Unabhängige Freiheitliche Vereinigung
VdF	Verlag der Freunde
VGP	Vereinigung Gesamtdeutsche Politik
VIDA	Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V.
VSG	Verfassungsschutzgesetz
VSP	Vereinigung für Sozialistische Politik
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten
WJ	Wiking Jugend
WVZ	Westdeutsche Volkszeitung
YAJK	Freier Frauenverband Kurdistans
YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland
YCK	Union der Jugendlichen aus Kurdistan
YNK	Union der Schriftsteller Kurdistans
YRK	Union der Journalisten Kurdistans